Die Wahrheit über

J.W. STALIN



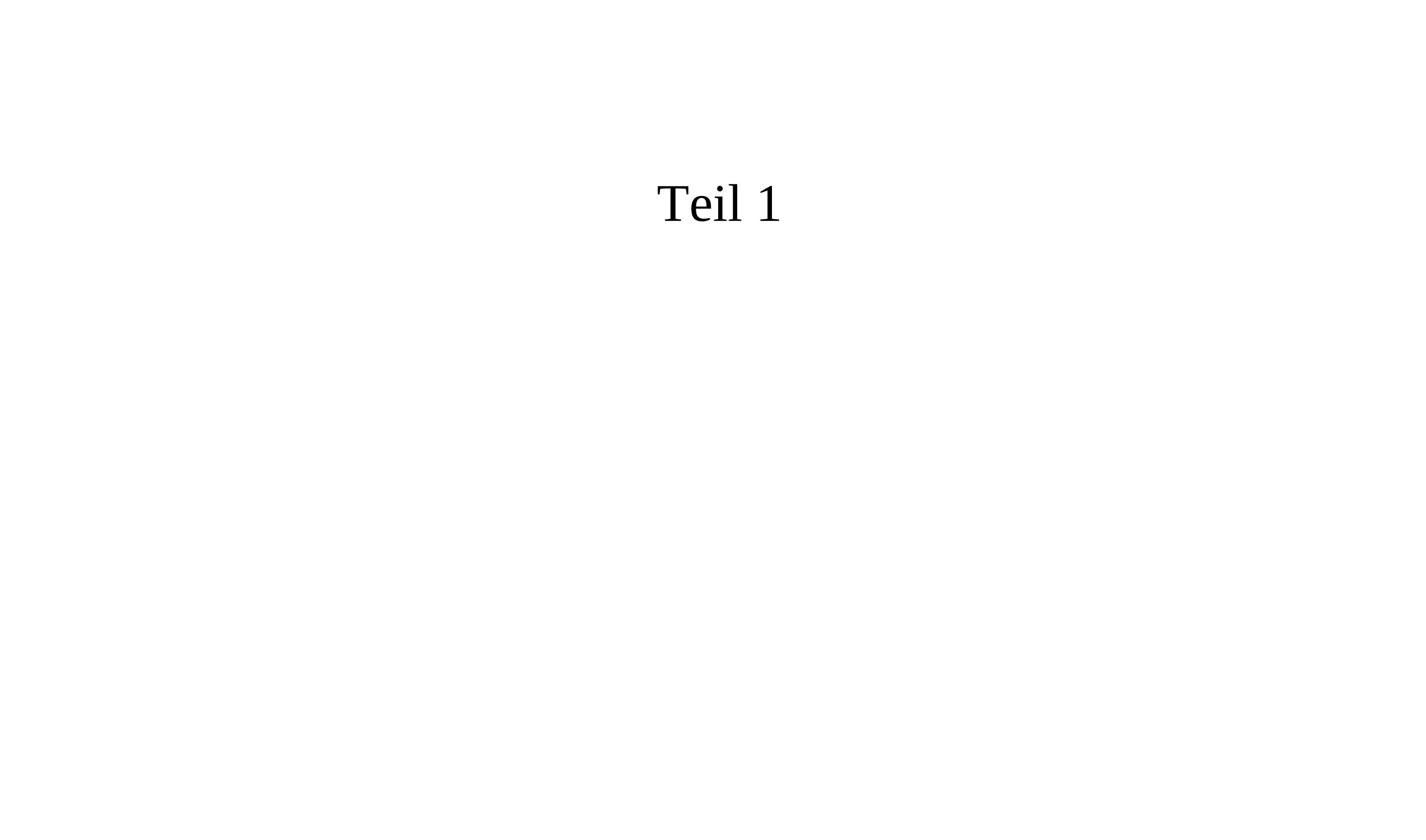
Herausgegeben 1979 von der
Kommunistischen Partei Deutschlands/MarxistenLeninisten

Inhalt

Teil 1

Teil 2

Der Titel dieser Broschüre, die wir hiermit vorlegen, ist auch gleichzeitig ihr Programm.
In der heutigen öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik ist über Stalin ein anscheinend felsenfestes Urteil vorhanden: Er war ein Diktator, ein Mann vom Schlage Hitler gar. Die so genannten stalinistischen Säuberungen werden gleichgesetzt mit dem Terror von Gestapo und SS im Deutschland Adolf Hitlers.
Es sind schier unzählige Vorwürfe, die gegen Stalin vorgebracht werden, aus fast allen politischen Richtungen, zu nahezu allen politischen Ereignissen der damaligen Zeit.
So massiv ist diese Propaganda, dass selbst Menschen, die mit dem Kommunismus sympathisieren, meinen, Stalin wäre so etwas Ähnliches wie ein dunkler Fleck auf einer weißen Weste.
Vor allem auch jüngere Menschen, die sein Wirken nicht mehr persönlich erlebt haben, die von frühester Kindheit an - wenn überhaupt - dann nur schlechtes über Stalin erfahren haben, reagieren hier oft hilflos; wissen nicht, was sie sagen sollen, wenn mit der Propaganda gegen Stalin der Kommunismus angegriffen wird. Zumal heute solche Angriffe gerade auch aus der Sowjetunion kommen, die inzwischen zu einer imperialistischen Großmacht geworden ist und von der die ganze neue Welle der Angriffe seit dem Ende der fünfziger Jahre ausging.
Deshalb hat unsere Partei diese Broschüre vorgelegt. Wir wollen mit ihr die bekanntesten und auch wichtigsten Fragen behandeln, die Stalin zum Vorwurf gemacht werden, anhand derer gegen ihn gehetzt wird.
Fragen, die sowohl die innen- als auch die Außenpolitik der KPdSU(B) betreffen, die von J.W. Stalin geführt war, werden hier behandelt. Und zwar anhand von Tatsachenmaterial, Aussagen von Zeitgenossen und von wissenschaftlichen Arbeiten.
Wir hoffen damit die Mauer dieses Urteils über Stalin, das ein planmäßig gezüchtetes Vorurteil ist, zu durchbrechen, die Bereitschaft zu erhöhen, die Tatsachen zu sehen.
Der Leser dieser Broschüre soll die Wahrheit über Stalin erfahren. Deshalb hat das Zentralkomitee der KPD/ML beschlossen, diese Broschüre zu veröffentlichen. Unsere Partei ist die einzige Partei in ganz Deutschland, die Stalin nicht nur verteidigt, sondern sich auch offen dazu bekennt, Stalins Lehren zu befolgen.
Wer nach der Lektüre dieser Broschüre den Wunsch hat mehr über Stalin zu erfahren, dem raten wir, einmal selbst Stalins Schriften zu lesen, und er wird sehen, dass nichts von dem stimmt, was über diesem Mann gesagt wird.
Zu viele Verleumdungen gegen Stalin werden vorgebracht, als das man alle in einer Broschüre wie dieser behandeln könnte. Zu viele reine Erfindungen sind dabei, als das hier der Platz wäre, sie alle zu widerlegen.
Indem wir die wichtigsten und am meisten geäußerten Fragen hier beantworten, meinen wir klar machen zu können, dass J.W. Stalin nicht nur kein Diktator, Großmachtpolitiker und Bürokrat war, sondern ein Kommunist, ein revolutionärer Führer ersten Ranges in der ganzen Welt.



Teil 1

Stalin, ein Diktator und Massenmörder?

Nein! Ein Kämpfer für die Rechte der arbeitenden Menschen.

Stalin - so wird von der westlichen Propaganda gesagt - war ein Diktator, der mit unumschränkter Gewalt sein Land tyrannisierte, ohne Rücksicht auf die Menschen eine Großmacht daraus machen wollte, seine politischen Gegenspieler allesamt liquidierte.
Und als Zeugen dafür werden keinesfalls nur Großkapitalisten oder ähnliche Leute benannt, sondern langjährige Mitglieder der KPdSU(B), sogar Nikita Chruschtschow selbst, und auf jeden Fall doch Menschen aus der UDSSR, authentische Zeugen also.
Nun hat es ohne Zweifel in der UDSSR, wie in jedem sozialistischen Staat, auch Menschen gegeben, die unterdrückt wurden. Aber nicht wie bei uns, die große Mehrheit der arbeitenden Menschen, sondern jene ehemaligen Reichen und ihre Parteigänger, die sich gegen die Revolution der Arbeiter und Bauern stellten, die gegen sie kämpften.
Was die Zeugen, die für den angeblichen stalinschen Terror benutzt werden, betrifft, so sei hier nur darauf verwiesen, dass man bei einer gewissen Kenntnis der wahren Verhältnisse leicht beurteilen kann, wes Geistes Kind sie sind.
Zum Beispiel ein Herr Solschnyzin mit seinem Archipel Gulag, mit dem er Millionen verdiente, der sich darüber aufregt, dass er von Kommunisten nicht mit seinen militärischen Rang angesprochen wurde. Ein Mann, den selbst sein Fürsprecher im Westen relativ schnell fallen ließen, als sichtbar wurde, dass er nicht nur gegen den Kommunismus, sondern auch gegen die parlamentarische Demokratie ist, dass er sich mit Kreisen der extremen Rechten zusammenschloss.
Oder ein Ilja Ehrenburg, der von der Kommunistischen Partei während des Krieges von seinem Posten in der Presse abgesetzt wurde, weil er eine rassistische Vernichtungspropaganda gegen alle Deutschen betrieb und sich heute als verfolgter Literat in seinem neu gewonnenen Ruhm sonnt.
Oder ein Roy Medwedew, der ein siebenhundert Seiten dickes Buch über Stalins angeblichen Verbrechen und seine Unfähigkeit verfasst hat, wobei er laufend Zeugen zitiert, die nur er selbst kennt, in dem er von allen westlichen Biographen Stalins abgeschrieben hat und vor keiner noch so dümmlichen Geschichte halt macht. Auch er ist durch sein Buch, das ein US-Verlag veröffentlichte, reich geworden. Sein anderes Ziel, sich als neuer Führer einer reformkommunistischen Bewegung zu etablieren, scheiterte er allerdings daran, dass die zahlreichen Lösungsvorschläge, die er für frühere Probleme macht, allesamt leicht aufgeblasene Hirngespinste zu entdecken waren.
Schließlich Nikita Chruschtschow, der gegen Stalins „Personenkult“ wetterte und sich selbst wenig später als „Vater der neuen Maiskultur“ feiern ließ. Er war es auch, der den entscheidenden Satz prägte: „Wer Stalin verteidigt, verteidigt das politische System, das zu seiner Zeit existierte.“ Und genau das ist richtig. Denn das System zu Stalins Zeit war der Sozialismus. Chruschtschow und seine Leute veränderten das politische System des Sozialismus sehr schnell und errichteten von neuem den Kapitalismus. Unsere Partei dagegen verteidigt das politische System der UdSSR zu Stalins Zeit, weil das Sozialismus war.
Stalin habe den Sozialismus geschadet, behauptet manch seiner Verleumder heute. Nun, wenn man eine kleine Bilanz zu Beginn ziehen will, kann man sehen: Millionen und Abermillionen reihten sich zu jener Zeit in die Reihen der kommunistischen Parteien ein, die in Stalin zu Recht den Führer ihrer Weltbewegung sahen. Zahlreiche Staaten schritten auf dem Weg des Sozialismus voran, die in der Sowjetunion Stalins ihren besten Freund sahen.
Geschadet haben den Kommunismus jene, die Stalins Namen in den Dreck ziehen wollen, die dazu beigetragen haben, dass auch hier unser Land ein einheitliches Vorurteil gegen Stalin

entstehen konnte: all die Chruschtschows, Ulbrichts und wie sie sonst noch heißen mögen, die den Sozialismus in ihren Ländern zerstörten.
Die Sowjetunion zu Stalins Zeit, haben wir gesagt, das war der Sozialismus. Wir wollen das zeigen anhand zweier Fragen, der Kollektivierung der Landwirtschaft, die angeblich den Ruin der Bauernschaft bedeutet hat, und den Moskauer Prozessen und ihrer Geschichte, die überall als Beweis für den angeblichen Stalinschen Terror genannt werden.
Wir werden aber nicht nur zeigen, wie das wirklich war, sondern auch wie die Arbeiter und Bauern gelebt haben, wie ihre Welt aussah, die von den Verleumdern als so schrecklich geschildert wird.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft

Sicherheit, Brot und Wohlstand für die Völker der Sowjetunion.

Über die Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion, die in den dreißiger Jahren - im Rahmen der beiden ersten Fünfjahrpläne - durchgeführt wurde, sind schon die unglaublichsten Dinge und Gerüchte verbreitet worden.
Man hört: Da wurden die Bauern massenweise in die Kollektivwirtschaften gezwungen, und danach hungerte ganz Rußland. So ungefähr die Darstellung. Wenn sich Autoren entsprechender Werke einen Anstrich von Objektivität geben wollen, fügen sie oft noch hinzu, dass dies alles zwar ein enormer Fortschritt gewesen sei, aber unter riesigen Opfern der Bevölkerung.
Wie ist es nun damit, was bedeutet denn die Kollektivierung der Landwirtschaft für die Bevölkerung, für die Bauern vor allem, und wie wirkte sie sich aus?
Was bedeutete die Kollektivierung der Landwirtschaft für den einzelnen Bauern? Die kollektivierte Landwirtschaft ist eine Übergangsform vom kleinen bäuerlichen Privatbetrieb zum Gemeineigentum. Der Boden ist verstaatlicht und die wichtigsten Produktionsmittel sind schon Gemeineigentum. Dennoch gibt es auch - je nach der Stufe der Kollektivierung - privates landwirtschaftliches Eigentum. Für den einzelnen Bauern bedeutet dies die Möglichkeit, auf größeren Feldern wesentlich mehr zu produzieren, die Hilfe des Staates zur Mechanisierung zu erhalten, um die Produktion steigern zu können. Er war nicht mehr der Konkurrenz der Großbauern ausgesetzt, die versucht hatten, ihn zu ruinieren.
Das Einkommen der Bauern stieg durch diese Entwicklung stark an. Die Möglichkeiten für gemeinsame kulturelle und soziale Einrichtungen wurden so geschaffen und anderes mehr.
Was bedeutete die Kollektivierung für das ganze Land? Vor allem bedeutet die Kollektivierung der Landwirtschaft die Beseitigung der landwirtschaftlichen Kleinproduktion und ihre Ersetzung durch die Großwirtschaft. Sie bedeutete die Mechanisierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion. Ein allgemeiner wirtschaftlicher Aufschwung wurde eingeleitet.
Folgende Zahlen[1] zeigen das:

Die Produktion der wichtigsten Nahrungsmittel
(in Millionen Doppelzentnern)

	1913	1929	1933	1937
Getreide	801,0	717,4	898,0	1202,9
Rohbaumwolle	7,4	8,6	13,2	25,8
Zuckerrüben	109,0	62,5	90,0	218,6
Ölfrüchte	21,5	35,8	46,0	51,1

Der Bestand an wichtigsten Maschinen (in Tausend)

	1930	1933	1937
Mähdrescher	1,7	13,5	128,8
Traktoren	72,1	204,1	
Lastwagen für die Landwirtschaft	0,2	13,5	144,5

Diese Zahlen sind ein erster Beweis dafür, dass die Kollektivierung der für die Bevölkerung der Sowjetunion positive folgen hatte: es gab mehr - und zwar wesentlich mehr - landwirtschaftliche Produkte, und die Arbeit für die Bauern war leichter geworden.
Die Landwirtschaft war im Jahre 1928 weitgehend auf Handarbeit aufgebaut und innerhalb von zehn Jahren schon überwiegend mechanisiert, in manchen Bereichen völlig.

In der Produktion von Getreide hatte die Sowjetunion, im Vergleich zu anderen Staaten, einen großen Fortschritt erzielt und war in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre zum größten Exporteur von Getreide geworden. Zur selben Zeit, als in der Sowjetunion die Landwirtschaft so gewaltig entwickelte, als die westliche Presse eine große Propagandakampagne gegen die Kollektivierung entfaltete, wurden in den USA und in Frankreich die Anbauflächen um jeweils 8 Prozent verkleinert, wurde in Brasilien die halbe Jahresproduktion von Kaffe ins Meer geschüttet, wurden in den USA Lokomotiven mit Getreide geheizt, weil die Landwirtschaft angeblich zu viel produzierte, die Waren so zu billig geworden wären. Diese landwirtschaftliche Krise in fast allen kapitalistischen Ländern - zur selben Zeit, als in der UdSSR dieser große Umschwung geschah - war denn auch einer der Hauptgründe für die Propagandakampagne gegen die Kollektivierung.
Und die Entwicklung der Kollektivierung ging ganz rapide vor sich. Von der gesamten Zahl der Bauernwirtschaften waren Kollektivwirtschaften im Jahre[2]:

1929: 3,9 Prozent
1930:23,6 Prozent
1931: 52,7 Prozent
1932: 61,5 Prozent
1933:65,6 Prozent
1937: 93,0 Prozent

Wie man also leicht sehen kann, waren die Jahre 1930 und 1931 die Jahre, in denen die kollektivierte Landwirtschaft den Durchbruch erzielte.
Nun erheben sich zwei Fragenkomplexe, auf denen auch die Verleumder Stalins stets herumreiten. Einmal: Warum wurde dieser Prozess der Kollektivierung nicht schon vorher eingeleitet? Hätte man das nicht genauso gut schon Jahre vorher machen können? Ist das nicht ein Beweis für Stalins Unfähigkeit in der Wirtschaftspolitik? Hatte er denn nicht selbst ein oder zwei Jahre vorher, vor dem Beginn der beschleunigten Kollektivierung, noch gesagt, es sei zu früh, damit anzufangen? Zweitens: Wie ging das eigentlich vor sich? War da Zwang? Wer wehrte sich dagegen?
Der Beginn der Bewegung zur Kollektivierung der Landwirtschaft liegt schon kurz nach der Revolution, als die ersten Produktionsgenossenschaften gegründet wurden. Aber eine echte Massenbewegung wurde es erst, nachdem der Fünfjahrplan beschlossen war, und erst recht, als die KPdSU(B) am 5. Januar 1930 den Beschluss gefasst hatte, alle Möglichkeiten zu nutzen und zu schaffen, damit die Kollektivierungsbewegung beschleunigt werde.
Die Voraussetzungen dafür waren: das Anwachsen der Produktion des wichtigsten landwirtschaftlichen Produkts, durch die bäuerlichen Einzelwirtschaften im Vergleich zu der Produktion durch die Wirtschaften der Großbauern (Kulaken genannt), also derjenigen, die noch andere Menschen für sich arbeiten ließen. Im Jahr 1928 gab es 1,2 Millionen Großbauernwirtschaften - rund 5 Prozent aller Höfe - , die rund 18,5 Millionen Menschen beschäftigten, die überwiegend selbst ganz kleine Bauern waren, die sich nicht durch die eigene Produktion halten konnten. Es gab 8,2 Millionen Kleinwirtschaften, rund 30 Prozent der Höfe die sich nicht selbst trugen. Den Großteil der Bauernschaft bildeten die mittleren Bauern, die sich zwar selbst behaupten konnten, aber auch keine anderen Menschen für sich arbeiten lassen konnten, die einen Familienbetrieb hatten. Das waren rund 15 Millionen Höfe, über 60 Prozent von allen, mit 95 Millionen Menschen. Und eben ihre Produktion war gegen Ende der zwanziger Jahre immer mehr angewachsen, so dass sie immer mehr die ganze Bevölkerung ernähren konnten.
War man vorher auf die Produktion der Großbauern angewiesen gewesen, so war das nicht mehr der Fall.

Eine weitere Voraussetzung war, dass bei den mittleren Bauern selbst der Drang nach den Kollektivwirtschaften wuchs und sich durchsetzte - was man im Jahre 1929 feststellen konnte, als die Zahl der mittleren Bauern, die in die Kollektive eintraten, sich von nicht ganz 1 Prozent auf beinahe 5 Prozent erhöht hatte. Der freiwillige Zusammenschluss zum Kollektiv - der die Grundvoraussetzung für die Kollektivierung war, da sich eine Politik des Zwangs von selbst verbot, wollte man nicht die Bauern gegen den Arbeiterstaat aufbringen - brach sich die Bahn, weil die Bauern allmählich die Vorteile der Großwirtschaften erkannten.
Und die dritte Voraussetzung schließlich war, die technischen Möglichkeiten der Großproduktion zu haben. Diese wurden mit dem Fünfjahrplan geschaffen, mit landwirtschaftlichen Großmaschinen, der Errichtung von staatlichen Motoren- und Traktorenstationen (MTS genannt), die zur Verfügung der Kollektivwirtschaften standen, und der Ausbildung Zehntausender von Agrarwissenschaftlern aus der Bauernschaft, die die wissenschaftliche Produktionsweise einführen konnten.
Damit ist klar, dass die Kollektivierung genau zu dem Zeitpunkt beschleunigt wurde, als es möglich war, als die nötigen Voraussetzungen geschaffen waren. Bevölkerungsmäßig teilten sich die Bauern in folgender Weise auf:

„Zwar machte die Kulakenklasse nach der Zählung von 1927 nur 10 Prozent der ganzen Dorfbevölkerung aus. Aber in ihrer Hand befanden sich 35 bis 45 Prozent aller Produktionsmittel und 30 bis 40 Prozent allen Arbeitsviehs! 35 Prozent allen Pachtbodens hatten sie in ihre Nutzung zu bringen gewusst - und über 30 Prozent der gesamten Anbaufläche der Sowjetunion in ihren Besitz!"[3]

Die Zahl der Kulaken war zwar bis Ende 1929 durch die wirtschaftliche Entwicklung und die Gesetzgebung der Sowjetregierung, die ihre Entfaltung durch Steuergesetze und neue Arbeitsgesetze behinderte, noch weiter zurückgegangen, aber ihre Besitzverhältnisse bestanden immer noch.
Sie waren es also, die durch die Kollektivierung zu verlieren hatten. Denn zu einem durften sie ja im Kollektiv niemanden für sich arbeiten lassen, da sie ja keine privaten Eigentümer mehr waren, zum anderen musste jedes Kollektivwirtschaftsmitglied selbst arbeiten.
Um einen genauen Begriff davon zu bekommen, was so eine Kollektivwirtschaft eigentlich war, geben wir eine kurze Einführung in ein Kollektivwirtschaftstatut wieder:

„Im Artikel I, in dem von den Zielen und Aufgaben der Kollektivwirtschaften die Rede ist, wird darauf hingewiesen, dass die Bauern des betreffenden Dorfes und Rayons sich freiwillig zu einem landwirtschaftlichen Artel zusammenschließen, um mit gemeinsamen Produktionsmitteln und gemeinsamer organisierter Arbeit eine kollektive, das heißt gesellschaftliche Wirtschaft aufzubauen(...)
Im Artikel II des Statuts ist gesagt, dass der Boden, der der Kollektivwirtschaften zu geteilt ist, ihnen zu unbefristeter Nutzung überlassen ist. Jeder Kollektivwirtschaft wird eine staatliche Urkunde über unbefristete Nutzung des Bodens ausgefolgt. In der Urkunde sind Ausmaße und Grenzen des der Kollektivwirtschaft zuerkannten Bodens genau angegeben. Veringerung der Kollektivwirtschaft zuerkannten Landfläche ist verboten. Hingegen darf sie vergrößert werden(...)"
Die Feldraine, die früher die Landanteile der Kollektivwirtschaftsmitglieder trennten - heißt es im Statut - werden beseitigt, und alle Landanteile werden zu einem einheitlichen Landmassiv vereinigt, das dem Artel zu gemeinsamer Nutzung zu Verfügung steht.
Im Statut ist genau angegeben, welche Produktionsmittel aus dem Besitz der in die Kollektivwirtschaft eintretenden Bauern gesellschaftliches Eigentum werden. Es werden vergesellschaftet: das gesamte Zugvieh, das landwirtschaftliche Inventar (Pflug, Sähmaschine, Egge, Dreschmaschine, Mähmaschine), alle Vorräte an Saatgut, die Futtermittel, soweit sie für del Unterhalt des in kollektiven Besitz überführten Viehs

erforderlich sind, die Wirtschaftsgebäude, die für die Artelwirtschaft notwendig sind, und alle Betriebe zu Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.
Beim Eintritt des Bauern in die Kollektivwirtschaft wird der Wert seines Eigentums, das er in die Kollektivwirtschaft übergibt, genau festgestellt. 50 bis 75 Prozent des Gesamtwerts dieses Eigentums werden als Mitgliedsbeitrag betrachtet. Der Rest wird in den unteilbaren Kollektivwirtschaftsfond abgeführt(...)
Jedes Kollektivwirtschaftsmitglied kann auf Wunsch aus der Kollektivwirtschaft ausscheiden. Beim Ausschieden wird ihm der von ihm geleisteten Beitrag in bar ausgezahlt. Das Grundstück, das er vor dem Eintritt in die Kollektivwirtschaft besaß, wird ihm nicht zurückgegeben, jedoch wird ihm auf Wunsch ein anderes Grundstück aus dem staatlichen Bodenfonds zuerkannt.

Im Statut sind auch verschiedene Bestimmungen über die persönliche Wirtschaft der Kollektivbauern enthalten. Beim Eintritt in das Artel wird das persönliche Eigentum des Kollektivbauern nicht etwa vergesellschaftet, wie es die faschistische Propaganda mit ihren böswilligen Unterstellungen weismachen wollte. Ein so absurder Gedanke, wie es die Aufhebung des persönlichen Eigentums der Bürger wäre, ist den Leitern der Kolchosen niemals gekommen.

„Das persönliche Eigentum der Staatsbürger an ihrem Arbeitseinkommen und ihren Ersparnissen, an ihrem Wohnhaus, an ihrer Kuh, ihrem Kleinvieh, ihrem Geflügel, an Hauswirtschafts- und Haushaltsgegenständen wie auch den Gegenständen des persönlichen Bedarfs und der Bequemlichkeit und auch das Erbrecht auf das persönliche Eigentum ist in der Sowjetunion geschützt“[4]

Man kann also leicht sehen, dass die Kollektivwirtschaften keineswegs jenes Horrorgespenst bürgerlicher Propaganda waren, wie sie oft heute noch dargestellt werden. Die kleineren und mittleren Bauern hatten von ihr, wenn sie sich erst einmal überzeugen konnten, gar nichts zu befürchten, sondern nur sehr viel zu gewinnen, wie es dann ja auch geschah.
Und im Beschluss, den das ZK der KPdSU(B) am 5. Januar 1930 fällte: „Über die Maßnahmen zur Beschleunigung der Kollektivierung der Landwirtschaft“, War das Artel, die Form der Kollektivwirtschaft, deren Statut wir hier wiedergeben haben, als der Regelfall beschlossen worden, als die normale Form der Kollektivwirtschaft.
Die Entwicklung der Bewegung zur Kollektivierung beschreibt der französische Schriftsteller Henri Barbusse 1935 wie folgt:

„Am Ende des vierten Planjahres - die Anbaufläche für Getreide war um 21 Millionen ha gewachsen - waren 224000 Kolchose und 5000 Sowchose geschaffen! Ende 1934 betrug die Zahl der Kolchose 240000. 65 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe der Sowjetunion und 70 Prozent des bebauten Bauernlandes (man kann heute sagen drei Viertel) sind der Anziehungskraft der Kolchose erlegen. In Prozenten ausgedrückt vollzog sich diese Umwandlung der Bauernwirtschaften in Kollektivbetriebe folgendermaßen: 1929 - 4 Prozent; 1930 - 23 Prozent; 1931 - 52 Prozent; 1932 - 61 Prozent; 1933 - 65 Prozent (die mehr als 2 Millionen Bauernwirtschaften darstellen). In großen Wellen ergoss sich die planmäßige Kollektivierung erobernd über die unabsehbaren Ebenen der Sowjetunion. Heute gehört 85 Prozent des Getreidelandes in der UdSSR den Kolchosen und Sowchosen.
Und diese Betriebe sind von erstaunlichem Umfang: Während in den Vereinigten Staaten nur der fünfte Teil der Farmen über mehr als 100 ha verfügt, beträgt in der Sowjetunion der Durchschnittsumfang der Kolchose 434 ha und der Sowchose 2000 ha.
Die materiellen Vorteile der Kollektivierung sind im Laufe dieser epochemachenden Eroberung des flachen Landes durch den Sozialismus durch mannigfaltige charakteristische Tatsachen bewiesen worden. Wir wollen nur eine von ihnen anführen: Es ist heute allgemein anerkannt, dass in der Ukraine erst die Erschließung der großen Hilfsmittel des gemeinschaftlichen Betriebes die Eindämmung der großen Gefahren erlaubt hat, die der

Ernte durch die Dürre drohen. Nur die Kollektivierung hat der ganzen Union im Jahre 1934 ungeachtet der ungünstigen Witterungsverhältnisse eine bessere Ernte eingebracht, als das Jahr 1933.
Der Sowjetstaat ist den Bauern bei der Umgestaltung der Landwirtschaft entgegengekommen, in dem er 2860 Maschinen- Traktorenstationen im Werte von 2 Milliarden Rubel geschaffen und den Kolchosen Kredite eröffnet hat, die im verflossenen Jahr 1 Milliarde 600 Millionen Rubel betrugen. (Man muss verstehen, dass das Kredite sind, die aus einem Zweig der kollektiven Wirtschaft in einen anderen geleitet werden, Kredite aller an alle, und nicht, wie die Kredite der französischen Staatsbank an die Eisenbahn oder die Transalantische Schiffahrtsgesellschaft, herrliche Subventionen von Ministers Gnaden, von denen ein guter Teil - von anderen Wirtschaftszweigen ganz zu schweigen - bei den Aufsichtsräten hängen bleibt.) Der Sowjetstaat hat den Kollektivbauern weiter geholfen, indem er ihnen Saat- und Brotgetreide zur Verfügung stellt, 42 Millionen Dopperlzentner im vergangenen Jahre, und indem er für die armen Bauern Herabsetzung der Steuern und Versicherungsgelder durchführte, die im vergangenen Jahr 370 Millionen Rubel betrugen.
Die Gegenleistung: im Jahre 1929 haben die Einzelbauern dem Staat 780 Millionen Pud und die Kolchose 120 Millionen Pud Getreide geliefert. Im Jahre 1933 war das Bild umgekehrt: die Kolchose 1Milliarde Pud und die Einzelbauern 130 Pud.
Zu alledem kommt noch die planmäßig fortschreitende Einrichtung einer Unmenge von Instituten, Laboratorien, Fachhochschulen, agranomischen Kursen und Expeditionen für landwirtschaftliche Zwecke. Diese wohldurchdachte Organisation der Landwirtschaft mit ihren Riesenbetrieben, mit den Forschungen, Verbesserungsmaßnahmen und Experimenten für die Hebung der Landbebauung und Düngung ist schon an und für sich ein erhebendes Bild“[5]

Aber es gab gegen die Kollektivierung auch Widerstand, vor allem von den Kulaken. Sie waren die Quelle des Widerstands. Sie übten diesen Widerstand aus, weil sie es waren, die durch diese neue Revolution zu verlieren hatten.
Und so muss man dies auch sehen: Das war eine neue Revolution! Eine Revolution, zu der der Staat und die Partei der Arbeiter die Bauernschaft aufriefen, zur Abschaffung der letzten großen Ausbeuterklasse, die im Lande bestand, zur Abschaffung der wirtschaftlichen Position der letzten Gruppe von Menschen, die andere für sich arbeiten ließen. Aber - wir erwähnten schon - diese Kulaken hatten durchaus eine gewisse Macht. Ihr Viehbestand und die Verfügung über fast ein Drittel der Anbaufläche machten sie nach wie vor zu einem Faktor. Und da sie zum Zeitpunkt der Beschleunigung der Kollektivierung immer noch etwa 5,8 Millionen Menschen zählten, und es immer noch mehrer Millionen Menschen gab, die von ihnen abhängig waren, war dieser Faktor recht groß.
Und so organisierten sie eine große Kampagne gegen die Kollektivierung. Oftmals gemeinsam mit kirchlichen Kreisen, verbreiteten sie eine Propaganda, die besagte, die Kollektivierung werde den Ruin aller Bauern bedeuten.
Aber sie ließen es nicht bei der Propaganda, im Gegenteil, diese Propaganda war nur der Auftakt eines großen, umfassenden und auch gewaltigen Kampfes.
Sie trieben ganz massiv Wirtschaftssabotage. Sie schlachteten ihr Vieh, das sie ja in verhältnismäßig großen Mengen besaßen. Sie schlachteten mindestens 10 Millionen Pferde und noch mehr Kühe. Da die anderen Bauern nur wenig mehr als die Hälfte des gesamten Viehbestands besaßen, rechneten sie damit, dass das Stückzahl an Vieh, vor allem an Zugtieren, ohne das Kulakenvieh nicht mehr ausreichen würde, die Wirtschaft zu betreiben. Und sie trieben auch solche mittleren Bauern, die ihnen glaubten, dazu, ihrerseits das Vieh zu schlachten.
Sie versteckten und horteten ihr Getreide, um nach Möglichkeit eine Lebensmittelknappheit in den Städten zu provozieren und dadurch Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik des Sowjetstaates zu erzeugen. Und sie stifteten auch solche Bauern, die ihnen glaubten, dazu an, es ihnen gleichzutun.

Und sie gingen auch direkt dazu über die Getreideproduktion der Kollektivwirtschaften zu sabotieren. Allein in den ersten drei Monaten des Jahres 1931 wurden mehr als 270 Getreidespeicher der Kollektivwirtschaften nachts von Unbekannten in Brand gesteckt.
Eine ganze Reihe von ihnen ging noch weiter. Die meisten von ihnen waren im Besitz von von Waffen. Sie bildeten in manchen Gegenden regelrechte Banden, die Kollektivbauern terrorisierten und die besonders Jagd auf Mitglieder der KPdSU(B) machten, die für die Kollektivierung arbeiteten. Anfang 1931 wurden mehr als 100 Kommunisten erschossen!
Dabei kamen den Kulaken einige Fehler, die bei diesem großen Werk auftraten, zugute. Gleich zu Anfang 1931 war die Lage gerade deswegen so gespannt und in manchen Gegenden regelrecht überhitzt, weil verschiedene Kommunisten und Behörden auch Fehler machten in der Politik gegenüber solchen Mittelbauern, die nicht in die Kollektivwirtschaft eintreten wollten.
Jetzt gab es eine ganze Reihe von Fällen, in denen eben nicht jene Geduld angewandt wurde, die Stalin gezeigt und auch von anderen verlangt hatte, sondern in denen versucht wurde, alles noch schneller besser zu erreichen, und wobei auch Druck und Zwang ausgeübt wurde, und zwar auf die falschen Leute, auf die mittleren Bauern. Von diesen wiederum die Kulakenpropaganda mit erheblich offeneren Ohren angehört als von den meisten anderen Mittelbauern.
Deshalb verfasste J.W. Stalin im März 1930 seine Artikel „Vor Erfolgen von Schwindel befallen“, in dem er dieses Vorgehen kritisierte und nochmals nachdrücklich betonte, dass keinerlei Zwang für den Zusammenschluss in Kollektivwirtschaften ausgeübt worden dürfe, wenn dieser nicht völlig den Sinn verlieren sollte. Mit diesem Artikel führte er einen weiteren Beschluss des Zentralkomitees der KPdSU(B) herbei, der einerseits diese Fehler korrigierte und jeden Kommunisten davor warnte, gegen die Politik der Partei zu verstoßen und sich etwa gegen mittlere Bauern zu wenden, der andererseits eine Reihe von Maßnahmen vorsah, um der Bewegung zur Kollektivierung weiter zu halfen, und der sich gegen noch vorhandene innerparteiliche Kritiker an der Kollektivierung wandte, die meinten, das ganze rentiere sich nicht.
Dazu berichtet Henri Barbusse:

„Es hat ernste Widerstände gegeben. Die Triebkraft dieses Widerstandes war die verzweifelte und wütende Gegenwehr der Kulaken. Und man hat bei den ersten Versuchen der Durchsetzung dieses großen Werkes auch nicht wenig Lehrgeld zahlen müssen. Es gab einen Augenblick, wo man aus dem Tritt kam. Man war zu schnell vorwärts gegangen. Der Artikel Stalins: ‚Erfolge steigen zu Kopf’ (dieser Artikel ist beinahe legendär geworden), führt die Wendung herbei und korrigierte die Abweichung. Danach musste etwas geschehen. Also führte man eine Mobilisierung von Kommunisten und Spezialisten durch, die auf das Land hinausgeschickt wurden. Man ging dabei von dem Grundsatz aus, dass man, um eine verfahrene Sache, welcher Art sie auch sein möge, wieder in die richtige Bahn zu bringen, die Leitung von neuem fest in die Hand nehmen und von vorne anfangen muss, indem man unten bei der Basis beginnt und sie verstärkt. Jede Traktorenstation wurde zu einer ideologischen Festung, von der aus man in das Gehirn der Bauernmassen aufklärend vorstieß. Auf diese Weise wurden 25000 erprobte Kommunisten, 110000 Spezialisten und zu gleicher Zeit 190000 Traktorenführer und Mechaniker den Kolchosen zur Hilfe geschickt. Und sie sind mit ihrer Aufgabe fertig geworden.
Aber die Kritik kommt nicht zum Schweigen. Ein großer Teil der Kolchose ist nicht rentabel. Einige Kommunisten schlagen sogar, das ganze kostspielige Experiment aufzugeben.
Wieder einmal zeigt unser großer Leiter seine großzügige Voraussicht, indem er sich mit bitterer Heftigkeit diesem gewaltsamen Vorschlag der Kurzsichtigen entgegenstellt. In ihr Geschrei hinein tönt sein Ruf: Nicht rentabel? So war es auch mit den Industriebetrieben im Jahre 1927-. Wir haben sie rentabel gemacht. Und, sie sind vor allem die Grundlage des Ganzen, des Systems...

Man darf die wirtschaftliche Rentabilität nicht vom rein geschäftsmäßigen Standpunkt der augenblicklichen Konjunktur aus betrachten. Die wirtschaftliche Rentabilität muss vom Standpunkt der Gesamtheit unseres Wirtschaftslebens für eine Periode von mehreren Jahren betrachtet werden. Nur eine solche Betrachtungsweise kann wirklich leninistisch, wirklich marxistisch genannt werden.“

Und darum ist dies auch der Standpunkt Stalins. Wenn Stalin einerseits sich die Liquidatoren, die ‚Pfuscher’ von rechts vornimmt, so packt er andererseits auch die ‚Phrasenmacher’ von links an und jene, die sich von dem schnellen Gang der Ereignisse überholen lassen. So beschuldigte er schonungslos jene Kommunisten in den Agrargebieten, die es nicht verstanden haben, im Jahre 1932, wo eine gute Ernte zu verzeichnen war, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um die staatliche Getreideaufbringung durchzuführen, bevor die für den Bauern gewinnbringenderen Verkäufe auf dem Kolchosenmarkt erfolgten.
Er kritisierte selbst den Rat der Volkskommissare, der in dieser Frage zwar entsprechende Verfügung erlassen, aber nach seiner Meinung nicht genug zu ihrer Bekanntgabe und Durchsetzung getan hat.
Die bei dem Aufbau der Kolchose erreichten Resultate sind bedeutend, stellt er fest, es wäre aber ein großer Irrtum, sich einzubilden, man könne nun einfach die Hände in den Schoß legen. Noch bestehen große Schwierigkeiten“[6].
Wie man sehen kann, eine insgesamt sehr schwierige, weil völlig neue Situation. In dieser Situation gab es dann natürlich auch harte Maßnahmen gegen Kulaken, die gegen die Staatsgesetze verstoßen hatten, gegen solche, die gemordet, gebrandschatzt, gestohlen hatten. Sie kamen ins Gefängnis oder wurden ausgewiesen, eine Reihe auch erschossen. Gegen die anderen, die sich fügten, gab es keine solchen Maßnahmen, sondern das Angebot mitzuarbeiten. Viele dieser Kulaken taten das. Viele von ihnen aber, die sich Vergehen hatten zuschulden kommen lassen, zogen es auch vor, freiwillig und nicht etwa wie wiederum andere ausgewiesene - in eine andere Gegend der UdSSR zu fliehen, dort in eine Kollektivwirtschaft einzutreten. Entweder um Ruhe zu haben oder aber, wie es einige tausend taten, um auf ihre Stunde der Rache zu warten. Aus dieser Flucht von ungefähr 30000 Kulaken und der Ausweisung weiterer 20000 wurde dann die „Vertreibung Hunderttausender sowjetischer Bauern“ in der westlichen Presse.
In der Sowjetunion selbst verlief die Entwicklung ganz anders. Bereits am 7. Januar 1933 konnte J. W. Stalin feststellen:

„Die Partei hat erreicht, dass das Kulakentum als Klasse zerschmettert, wenn auch noch nicht vernichtet ist, dass die werktätige Bauernschaft von der Knechtung und Ausbeutung durch die Kulaken befreit ist und dass für die Sowjetmacht im Dorfe eine feste wirtschaftliche Basis geschaffen wurde, die Basis der kollektiven Wirtschaft.
Die Partei hat erreicht, dass die Sowjetunion aus einem Lande der kleinbäuerlichen Wirtschaft bereits zum Lande der größten landwirtschaftlichen Betriebe der Weit geworden ist“[7].

Das Dorf war dabei, sein Gesicht zu ändern, oder hatte es bereits geändert.
Wo früher der Posten der Gendarmerie des Zaren gestanden hatte, war jetzt das Klubhaus der Kollektivbauern. Wo früher die Kirchen standen, waren jetzt Krankenhäuser, Bibliotheken und andere Einrichtungen dieser Art.
Wo es früher nur Analphabeten gegeben hatte, existierte jetzt nicht nur eine Grund- und eine höhere Schule, sondern auch ein agrarwissenschaftliches oder ein veterinärmedizinisches Institut, von denen es jeweils Zehntausende gab.
Die sowjetische Bäuerin hatte mit am meisten dabei gewonnen. Nichts an ihr erinnerte noch an die Frau des Landarmen früherer Tage.

„Das Kollektivwirtschaftssystem hat die endgültige Aufhebung der Ungleichheit zwischen Mann und Frau gesichert, denn im Hinblick auf das Tagewerk sind alle in der Kollektivwirtschaft gleich. Die Frauen wurden in den Kollektivwirtschaften eine große Macht. Kollektivbäuerinnen arbeiten als Vorsitzende der Kollektivwirtschaften, als Brigade- und Gruppenleiterinnen, als Traktoren- und Mähdrescherführerinnen. Sie zeigen große Initiative bei der Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs“[8].

Die armen Bauern und die mittleren Bauern hatten also von der Kollektivierung nur zu gewinnen. Deshalb folgten sie, Dutzende und Aberdutzende von Millionen Menschen, dem Ruf der Partei zum Kampf gegen die Kulaken.
Denn der Kampf gegen diese letzte Ausbeuterklasse war kein Kampf zwischen Kommunisten und Kulaken, sondern zwischen den breitesten Teilen der Bauern, an deren Spitze die Kommunisten standen, gegen die Ausbeuter.
Die Bauern, die sich auf die Sowjetmacht stützten, nahmen den Kulaken das Land, das Vieh und die Maschinen ab, so wie die Arbeiter im Oktober 1917 den Kapitalisten die Werke, Fabriken und Banken abgenommen hatten.
Eine Protokollnotiz aus der Versammlung einer Genossenschaft in jenen Tagen soll dies verdeutlichen:

„Zur Debatte stand: die Kollektivierung und die Liquidierung des Kulakentums als Klasse.
Beschlussfassung: nach Anhörung des Referats über die Liquidierung des Kulakentums als Klasse im Dorf haben wir, die Mitglieder der Genossenschaft zur gemeinschaftlichen Bearbeitung des Bodens Bauernarbeit, da wir in Betracht zogen, dass der Kulak der Klassenfeind der Hauptmasse des Dorfes ist und die Maßnahmen der Partei und der Sowjetmacht zur Umgestaltung der Landwirtschaft hemmt, beschlossen, das Eigentum der Kulaken, sowohl das bewegliche als auch das unbewegliche, unverzüglich zu beschlagnahmen und der Genossenschaft zur Verfügung zu stellen und die Miliz zu bitten, die Kulaken selbst aus dem Bezirk auszuweisen“[9].

So reagierten Bauern aus einem Kreis, in dem die Situation sehr zugespitzt war, und tatsächlich wurden auch rund 20000 Kulaken aus ihrer Region ausgewiesen, um keinen Schaden mehr anrichten zu können.
Ober die Auswirkung der Kollektivierung der Landwirtschaft auf die asiatischen Republiken der UdSSR berichtet ein des Kommunismus sehr unverdächtiger Zeuge, der Dekan von Canterbury:

„Die nächste Etappe musste durch den Traktor erobert werden. Es war schwer für die Bauern, das Land, in dessen Besitz sie eben erst gelangt waren, von neuem hergeben zu müssen und sich in größeren Gruppen zu Kollektivfarmern zusammenzuschließen. Es bestand die Gefahr, dass Einzelbauern durch das Zusammenraffen von Land Reichtum erwerben und dass die eben beseitigten Übel von neuem beginnen würden. Der Traktor rettete sie vor sich selbst. Das Frühjahr 1930 brachte den Höhepunkt der Krise. Der Frühling kam spät ins Land. Die Zeit zur Aussaat war kurz bemessen. Die Bauern quälten sich auf ihren kleinen Wirtschaften mit Holzpflügen, um die Erde aufzukratzen, während jenseits der schmalen Furche, die ihr kleines Feld von den Staatsgütern trennte, das riesige Stahlross den harten Boden im Gewalttempo tief aufriss. Vergeblich warnten die Mullahs die Bauern, dass die mit Traktoren umgepflügten Felder keinen Erntesegen brächten'. Das Wunder hatte sich vor ihren erstaunten Augen vollzogen, und der Traktor hatte gesiegt. Die Bauern strömten in die Kollektive. Die Zeit war reif für eine geplante Baumwollindustrie in Zentralasien“[10].

So reagierten also die Bauern in den asiatischen Republiken, die ja zum Teil erst 1927 von der Herrschaft der Feudalen befreit worden waren, erst drei Jahre unter der Sowjetmacht lebten.

Noch viel eindeutiger reagierten jene, die schon zwölf bis fünfzehn Jahre im Staat der Arbeiter und Bauern lebten.
In seinem bereits erwähnten Bericht vom 7. Januar 1933 sagte J.W. Stalin:

„Bei der Verwirklichung des Fünfjahrplans in der Landwirtschaft hat die Partei die Kollektivierung in beschleunigtem Tempo durchgeführt. Hat die Partei richtig gehandelt, als sie die Politik des beschleunigten Kollektivierungstempos betrieb? Ja, sie hat unbedingt richtig gehandelt, obwohl es hier nicht ohne einen gewissen Obereifer abgegangen ist. Bei der Durchführung der Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse und bei der Vernichtung der Kulakennester konnte die Partei nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Sie musste dieses Werk zu Ende führen.
Das als erstes.
Zweitens hat die Partei, da sie einerseits über Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen verfügte und sich andererseits das Fehlen von Privateigentum an Grund und Boden (Nationalisierung des Bodens!) zunutze machte, alle Möglichkeiten, um die Kollektivierung der Landwirtschaft zu forcieren. Und sie hat auf diesem Gebiet in der Tat einen gewaltigen Erfolg errungen, denn sie hat das Programm des Fünfjahresplans der Kollektivierung zu 300 Prozent verwirklicht“[11].

Das war die Politik der Kollektivierung der Landwirtschaft, die den Völkern der Sowjetunion die Sicherheit ihrer Versorgung gewährleistete, ihnen mehr Brot als je zuvor beschaffte und den Bauern wohlhabend machte. Das war die Auswirkung des Stalinschen Fünfjahresplans in der Landwirtschaft. Das war der siegreiche Kampf gegen die letzte Ausbeuterklasse, die Kulaken, die Großbauern. Kann es da irgendjemand verwundern, wenn die sowjetischen Bauern Stalin nicht hassten, wenn er ihnen nicht gleichgültig war, sondern dass sie ihn „Väterchen Stalin“ nannten? Das kann niemand überraschen, war er es doch, der diese Politik, die ihr Leben so sehr zum Guten veränderte, geleitet hatte.

Die Moskauer Prozesse

Warum nennt die bürgerliche Propaganda sie den „Höhepunkt des Stalinismus“?

Die Prozesse von Moskau in den Jahren 1935 bis 1938, die Säuberungskampagnen in der Partei von 1933 bis 1936, Anklagen gegen ehemalige hohe Partei- und Staatsfunktionäre, keiner, der über die Sowjetunion von damals schreibt, vergisst diese Ereignisse zu erwähnen.
Das sei, so der Tenor dieser Propaganda, die große Abrechnung Stalins gewesen, da habe er endgültig alle seine Konkurrenten ausgeschaltet, alte verdiente Bolschewiki seien liquidiert worden.
Es soll damit insgesamt der Eindruck erweckt werden, als sei damals niemand mehr seines Lebens sicher gewesen, als habe eine ständige Atmosphäre der Angst und des Terrors geherrscht.
Die bürgerliche Propaganda will so die Parallele ziehen zur Hitler-Diktatur, zu den heimlichen Verhaftungen im Morgengrauen, zur Massenverfolgung der Arbeiterschaft. Zeugen, die dafür aufgefahren werden, sollen das bestätigen. Vor einiger Zeit machten die Erinnerungen des sowjetischen Musikers Schostakowitsch in Westdeutschland die Runde durch die Presse. In diesen Memoiren erhob er genau diese Anschuldigungen, Man habe, so schreibt er, Angst gehabt, irgendeinen Fehler zu machen, weil man nicht wusste, ob deswegen nicht der Geheimdienst kam. Furcht habe geherrscht. Oder: vor kurzem erschien eine Autobiographie des angeblichen Altkommunisten Kolman, der beteuerte, er sei vom Kommunismus abgekommen, als viele seiner besten Freunde in den Jahren 1937 und 1938 zu Gefängnisstrafen oder sogar zur Todesstrafe verurteilt worden seien. Wenn man weiß, dass ein Mann wie Kolman andererseits eingesteht, eingestehen muss, dass er schon seit 1918 in Opposition zur Linie der Partei gestanden hatte, kann man sich vorstellen, um was für Freunde es sich hier gehandelt haben wird - wir werden das im weiteren Verlauf noch sehen.
Aber, wie bei allen Gerüchten und Lügen über Stalin und die Politik der KPdSU(B) zu jener Zeit, ist es auch hier so, dass es durchaus Ereignisse gegeben hat, die Anlass zu den Hetzkampagnen waren.
Es fanden zahlreiche Prozesse statt, darunter die drei großen Moskauer Prozesse, in denen eine Reihe ehemaliger hoher Funktionäre unter den Angeklagten war.
Was war der Hintergrund, was waren die Ursachen und wie war der Ablauf dieser Ereignisse? Wen trafen diese Prozesse und was war ihr Ergebnis?
Bei seiner Rede über die Ergebnisse des ersten Fünfjahresplans am 7. Januar 1933 sagte J.W. Stalin, nachdem er die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die sozialen Umgestaltungen dargelegt hatte, über den Kampf gegen die Feinde des Sozialismus:

„Die Ergebnisse des Fünfjahresplans in vier Jahren auf dem Gebiet des Kampfes gegen die Überreste feindlicher Klassen:
Als Ergebnis der Verwirklichung des Fünfjahresplans auf dem Gebiet der Industrie, der Landwirtschaft und des Handels haben wir in allen Sphären der Volkswirtschaft das Prinzip des Sozialismus durchgesetzt und aus ihnen die kapitalistischen Elemente vertrieben.
Wozu musste das in Bezug auf die kapitalistischen Elemente führen, und wozu hat es in der Tat geführt?
Das hat dazu geführt, dass die letzten Überreste der sterbenden Klasse: die Privatindustriellen und ihr Anhang, die Privathändler und ihre Handlanger, die ehemaligen Adligen und Popen, die Kulaken und ihre Helfershelfer, die ehemaligen weißen Offiziere und Landpolizisten, die ehemaligen Polizisten und Gendarmen, die verschiedensten bürgerlichen Intellektuellen chauvinistischer Färbung und alle sonstigen antisowjetischen Elemente aus dem Geleise geworfen wurden.

Diese ‚Ehemaligen' die aus dem Geleise geworfen wurden und sich über das ganze Gebiet der UdSSR verstreut haben, verkrochen sich in unseren Werken und Betrieben, in unseren Institutionen und Handelsorganisationen, in den Eisenbahn- und Schifffahrtsbetrieben und hauptsächlich in den Kollektiv- und Sowjetwirtschaften. Sie verkrochen sich und versteckten sich dort unter der Maske von Arbeitern und Bauern, wobei sich der eine oder andere von ihnen sogar in die Partei einschlich.

Was brachten sie dorthin mit? Natürlich das Gefühl des Hasses gegen die Sowjetmacht, das Gefühl erbitterter Feindschaft gegen die neuen Wirtschafts-, Lebens- und Kulturformen.

Gegen die Sowjetmacht direkt Attacke zu reiten sind diese Herrschaften nicht mehr imstande. Sie und ihre Klassen haben schon einige Male solche Attacken geritten, aber sie wurden geschlagen und zerstreut. Darum ist das einzige, was sie noch tun können, Schaden und Unheil für die Arbeiter, die Kollektivbauern, die Sowjetmacht und die Partei zu stiften. Und sie schaden auch, wo sie nur können, indem sie versteckte Wühlarbeit betreiben. Sie stecken Lagerhäuser in Brand und beschädigen Maschinen. Sie organisieren Sabotage. Sie organisieren Schädlingsarbeit in den Kollektivwirtschaften, in den Sowjetwirtschaften, wobei manche von ihnen, unter denen sich auch einige Professoren befinden, in ihrem Schädlingsdrang so weit gehen, dass sie dem Vieh in den Kollektiv- und Sowjetwirtschaften die Pest, die sibirische Seuche einimpfen, die Verbreitung der Meningitis unter den Pferden fördern usw.

Aber das ist nicht die Hauptsache. Die Hauptsache in der Tätigkeit dieser Ehemaligen besteht darin, dass sie massenhaft Diebstahl und Veruntreuung staatlichen und genossenschaftlichen Gutes, kollektivwirtschaftlichen Eigentums organisieren. Diebstahl und Veruntreuung in den Werken und Fabriken, Diebstahl und Veruntreuung von Eisenbahnfrachten, Diebstahl und Veruntreuung in Lagerhäusern und Handelsbetrieben - besonders aber Diebstahl und Veruntreuung in den Sowjet- und Kollektivwirtschaften -, das ist die Hauptform der Tätigkeit dieser Ehemaligen. Sie fühlen sozusagen mit ihrem Klasseninstinkt, dass die Grundlage der Sowjetgesellschaft das gesellschaftliche Eigentum bildet, dass man, um der Sowjetmacht zu schaden, eben diese Grundlage erschüttern muss - und sie bemühen sich tatsächlich, das gesellschaftliche Eigentum dadurch zu erschüttern, dass sie Diebstahl und Veruntreuung in Massenumfang organisieren.

Zur Organisierung von Diebstählen nutzen sie die aus dem Privateigentum herrührenden Gewohnheiten und Reminiszenzen der Kollektivbauern aus, die gestern noch Einzelbauern waren, heute aber Mitglieder der Kollektivwirtschaften sind. Sie als Marxisten müssen wissen, dass das Bewusstsein der Menschen in seiner Entwicklung hinter ihrer tatsächlichen Lebenslage zurückbleibt. Die Kollektivbauern sind ihrer Lage nach nicht mehr Einzelbauern, sondern Kollektivisten, aber ihr Bewusstsein ist einstweilen noch das alte, das Bewusstsein von Privateigentümern. Und die aus den Ausbeuterklassen stammenden Ehemaligen nutzen die aus dem Privateigentum herrührenden Gewohnheiten der Kollektivbauern aus, um Diebstahl an gesellschaftlichem Gut zu organisieren und damit die Grundlage der sowjetischen Gesellschaftsordnung, das gesellschaftliche Eigentum, zu erschüttern.

Viele unserer Genossen stehen diesen Erscheinungen gleichmütig gegenüber und verstehen nicht Sinn und Bedeutung der massenhaften Diebstähle und Veruntreuungen. Sie gehen wie Blinde an diesen Tatsachen vorbei, in der Annahme, dass es daran nichts Besonderes gibt. Aber diese Genossen sind sehr im Irrtum. Die Grundlage unserer Gesellschaftsordnung ist das gesellschaftliche Eigentum, ebenso wie die Grundlage des Kapitalismus das Privateigentum ist. Die Kapitalisten haben das Privateigentum für heilig und unantastbar erklärt und seinerzeit eine Festigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erreicht. Wir Kommunisten müssen umso mehr das gesellschaftliche Eigentum für heilig und unantastbar erklären, um damit die neuen, die sozialistischen Wirtschaftsformen auf allen Gebieten der Produktion und des Handels zu festigen. Diebstahl und Veruntreuung gesellschaftlichen Eigentums - gleichviel, ob es sich um Staatseigentum oder genossenschaftliches und kollektivwirtschaftliches Eigentum handelt zulassen und an solchen konterrevolutionären Schandtaten vorbeigehen heißt die Untergrabung der sowjetischen Gesellschaftsordnung fördern, die sich auf das gesellschaftliche Eigentum als ihre Basis stützt. Davon ging unsere Sowjetregierung aus, als sie unlängst das Gesetz zum Schutz des gesellschaftlichen Eigentums erließ. Dieses Gesetz ist die Grundlage der revolutionären Gesetzlichkeit im

gegenwärtigen Augenblick. Seine strengste Durchführung ist die erste Pflicht jedes Kommunisten, jedes Arbeiters und Kollektivbauern.
Man sagt, dass sich die revolutionäre Gesetzlichkeit unserer Zeit durch nichts von der revolutionären Gesetzlichkeit der ersten Periode der NÖP unterscheide, dass die revolutionäre Gesetzlichkeit unserer Zeit eine Rückkehr zu der revolutionären Gesetzlichkeit der ersten Periode der NÖP sei. Das ist absolut falsch. Die revolutionäre Gesetzlichkeit der ersten Periode der NÖP richtete sich mit ihrer Spitze hauptsächlich gegen die Auswüchse des Kriegskommunismus, gegen die ‚ungesetzlichen' Konfiskationen und Eintreibungen. Sie garantierte dem Privateigentümer, dem Einzelbesitzer, dem Kapitalisten die Unversehrtheit ihres Besitzes unter der Bedingung, dass sie die Sowjetgesetze aufs strengste einhalten. Ganz anders steht es um die revolutionäre Gesetzlichkeit in unserer Zeit. Die revolutionäre Gesetzlichkeit unserer Zeit ist mit ihrer Spitze nicht gegen die Auswüchse des Kriegskommunismus, die schon längst nicht mehr existieren, sondern gegen Diebe und Schädlinge in der gesellschaftlichen Wirtschaft, gegen Rowdys und Leute gerichtet, die das gesellschaftliche Eigentum veruntreuen. Die größte Sorge der revolutionären Gesetzlichkeit in unserer Zeit gilt folglich dem Schutz des gesellschaftlichen Eigentums und nichts anderem.
Deshalb ist der Kampf für den Schutz des gesellschaftlichen Eigentums, ein Kampf, der mit allen Maßnahmen und Mitteln geführt wird, die uns die Gesetze der Sowjetmacht zur Verfügung stellen, eine der Hauptaufgaben der Partei.
Eine starke und mächtige Diktatur des Proletariats das ist es, was wir jetzt brauchen, um die letzten Oberreste der sterbenden Klassen zu vernichten und ihre Diebesmachenschaften zu vereiteln.
Manche Genossen haben die These von der Aufhebung der Klassen, von der Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft und vom Absterben des Staates als Rechtfertigung für Trägheit und Gleichmütigkeit aufgefasst, als Rechtfertigung der konterrevolutionären Theorie vom Erlöschen des Klassenkampfes und von der Schwächung der Staatsmacht. Es erübrigt sich zu sagen, dass solche Leute mit unserer Partei nichts gemein haben können. Das sind Entartete oder Doppelzüngler, die man aus der Partei verjagen muss. Die Aufhebung der Klassen wird nicht durch das Erlöschen des Klassenkampfes, sondern durch seine Verstärkung erreicht. Das Absterben des Staates wird nicht durch Schwächung der Staatsmacht erfolgen, sondern durch ihre maximale Verstärkung, die notwendig ist, um die Oberreste der sterbenden Klassen zu vernichten und die Verteidigung gegen die kapitalistische Umkreisung zu organisieren, die noch bei weitem nicht beseitigt ist und noch nicht so bald beseitigt sein wird.
Durch die Verwirklichung des Fünfjahrplans haben wir erreicht, dass wir die letzten Oberreste der feindlichen Klassen aus ihren Positionen in der Produktion endgültig hinausgeworfen, das Kulakentum geschlagen und die Grundlage für seine Vernichtung geschaffen haben. Das ist das Ergebnis des Fünfjahrplans auf dem Gebiet des Kampfes gegen die letzten Trupps der Bourgeoisie. Aber das ist noch zuwenig. Die Aufgabe besteht darin, diese Ehemaligen aus unseren eigenen Betrieben und Institutionen hinauszuwerfen und sie endgültig unschädlich zu machen.
Man kann nicht sagen, dass diese Ehemaligen durch ihre Schädlings- und Diebesmachenschaften an der jetzigen Lage in der UdSSR irgendetwas ändern könnten. Sie sind zu schwach und ohnmächtig, um sich den Maßnahmen der Sowjetmacht zu widersetzen. Wenn sich aber unsere Genossen nicht mit revolutionärer Wachsamkeit wappnen und das spießbürgerlich gutmütige Verhalten zu Fällen des Diebstahls und der Veruntreuung gesellschaftlichen Eigentums nicht aus der Praxis ausmerzen, so können die Ehemaligen nicht wenig Schaden anrichten.
Man muss im Auge behalten, dass die wachsende Macht des Sowjetstaates den Widerstand der letzten Oberreste der sterbenden Klassen verstärken wird. Gerade weil sie im Sterben liegen und ihre letzten Tage fristen, werden sie von den Vorstößen der einen Form zu Vorstößen in anderen, schärferen Formen übergehen, an rückständige Schichten der Bevölkerung appellieren und sie gegen die Sowjetmacht mobilisieren. Es gibt keine Gemeinheit und keine Verleumdung, zu der diese Ehemaligen in ihrem Kampf gegen die Sowjetmacht nicht greifen und mit deren Hilfe sie nicht versuchen würden, die rückständigen

Elemente zu mobilisieren. Auf diesem Boden können die zerschlagenen Gruppen der alten konterrevolutionären Parteien der Sozialrevolutionäre, Menschewiki, der bürgerlichen Nationalisten im Zentrum des Landes und in den Randgebieten wiederaufleben und sich zu regen beginnen, können die Splitter der konterrevolutionären Elemente aus den Reihen der Trotzkisten und der rechten Abweichler wiederaufleben und sich zu regen beginnen. Das ist natürlich nicht schrecklich. Aber all dies muss man im Auge behalten, wenn wir mit diesen Elementen schnell und ohne besondere Opfer Schluss machen wollen.
Deshalb ist die revolutionäre Wachsamkeit diejenige Eigenschaft, die die Bolschewiki jetzt besonders brauchen“[13].

Das war die entscheidende Tatsache jener Jahre. Die alten Ausbeuterklassen wurden durch die Fünfjahrpläne endgültig abgeschafft. Das Ziel des zweiten Fünfjahrplans, der 1933 begann, war ja genau das: die endgültige Beseitigung der Ausbeuterklassen zu leisten, das Werk zu Ende zu führen, das mit dem ersten Fünfjahrplan, so wie es von Stalin hier gezeigt wurde, begonnen worden war.
Und dagegen wehrten sich diese Klassen. Sie wollten ihre Privilegien, ihre Macht über andere Menschen, nicht verlieren. Und die alten politischen Gruppen wachten tatsächlich wieder zum Leben auf, traten wieder ans Tageslicht.
Eine Welle von Sabotage ging über das Land.

„Im Sommer 1934 entlarvte man eine Gruppe Landesverräter innerhalb der Garnison Petrosavodsk. Die Untersuchungen der Sicherheitsorganisation in der Angelegenheit wurde von Sergej Kirow geführt, Mitglied des Politbüros und Sekretär in der Leningrader Parteiorganisation. Als er die Fäden aufwickelte, die von den Konspiratoren in Petrosavodsk ausgingen, entdeckte er, dass der Parteisekretär und sein Stellvertreter im Ural mit einem heimlichen Oppositionszentrum in Leningrad, Moskau, Kiew und Tiflis in Kontakt standen. Er fand auch heraus, dass der Chef des Sicherheitsdienstes im Ural Führer eines dortigen Oppositionszentrums war und illegale Broschüren in der Druckerei des Sicherheitsdienstes hatte drucken lassen.
Im Dezember 1934 wurde Kirow in seinem Dienstzimmer in Leningrad ermordet. Der Mörder wurde auf frischer Tat festgenommen, und es war sofort klar, dass der Mord geschehen war, um weitere Entlarvungen landesverräterischer Tätigkeiten zu verhindern“[14].

Das war der Auftakt jenes Geschehens, das in der westlichen Presse allgemein als „Stalinistische Schauprozesse“ genannt wird.
Gegen wen richtete sich dieser Kampf?

„Wo an der Spitze einer Kollektivwirtschaft Leute stehen, die unserer Partei und der Sowjetmacht ergeben sind, die die Sache in revolutionärer Weise zu leiten verstehen, dort stehen die Dinge ausgezeichnet. Wo aber an der Spitze der Kollektivwirtschaften der Klassenfeind steht, ein gestriger Diakon, Kulak, weißgardischer Offizier, Petijuraanhänger usw., dort geht die Sache außerordentlich miserabel und wendet sich gegen uns“[15].

Der Kampf richtete sich also zum einen gegen jene Angehörigen von Ausbeuterklassen, die dazu übergegangen waren, den Sozialismus von innen her zu bekämpfen, Sabotage zu betreiben.
Er richtete sich aber auch gegen jene Leute, die zwar noch innerhalb der Reihen der Partei waren, aber sich von Opponenten zu Gegnern, zu Feinden des Sozialismus und der Sowjetvölker entwickelt hatten.
Prozessakten jener Zeit geben Aufschluss darüber, dass eine wirkliche große Verschwörung gegen den Sozialismus in den Sowjetrepubliken existierte.
Die Partei hatte nicht in genügendem Maße die von Stalin in der oben zitierten Rede verlangte Wachsamkeit. Deshalb mussten recht viele Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen werden.

Man muss dazu wissen, dass die Partei in jenen Jahren sehr schnell gewachsen war, über 3Millionen Mitglieder zählte.
Dabei waren allerdings auch eine Reihe Karrieristen in die Partei eingetreten, die sich davon Vorteile versprachen. Andere Mitglieder wiederum waren nicht mehr aktiv. Deshalb wurde gleichzeitig ein Umtausch der Parteibücher vorgenommen, um zu prüfen, wer zu Unrecht Parteimitglied war, und es wurden solche Leute, die sich offensichtlich eingeschlichen hatten, ausgeschlossen. Da die Partei einfach zu schnell gewachsen war, wurde auch - 1933 - ein Aufnahmestopp für einen bestimmten Zeitraum erlassen. So kam es dazu, dass bis 1937 800000 Mitglieder aus der Partei entfernt wurden, 25 Prozent der Mitgliedschaft. So weit zur Reinigung der Partei.
Bestraft und verfolgt aber wurden diejenigen, die sich Verbrechen zuschulden kommen ließen.
Dem Mord an S.M. Kirow im Dezember 1934 folgten noch weitere „Todesfälle“ führender Funktionäre der KPdSU(B), die als Mord entlarvt wurden. Es starb der Genosse W.W. Kuibyschew, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU(B). Es starb der Genosse I. Menshinski, Mitglied des ZK der KPdSU(B) und Vorsitzender des sowjetischen Sicherheitsdienstes NKWD. Es starb der große Schriftsteller Maxim Gorki, ein enger Freund Stalins -, und auch Gorkis Sohn.
Im Jahre 1935 tobte ein heftiger Kampf. In Prozessakten werden über 1000 registrierte Sabotageakte genannt, mehr als 100 untere und mittlere Partei- und Staatsfunktionäre wurden Opfer von Attentaten und anderen Terrorakten.
Und jetzt schlug die Partei, schlug die Arbeiterklasse zurück. Partei, Massenorganisationen und Sicherheitsdienst führten eine große Kampagne zur Säuberung der staatlichen Institutionen von Klassenfeinden und ihren Werkzeugen.
So kam es dazu, dass in den Jahren 1935 bis 1938 rund 140000 Menschen in der UdSSR der Prozess gemacht wurde. 40000 von ihnen waren früher in der Partei gewesen, jeder zwanzigste der 800000ehemaligen Parteimitglieder musste also vor Gericht gestellt werden.
Um einen Begriff davon zu bekommen, wie verlogen die Hetze der „Stalinistischen Terrorwelle“ ist, muss man wissen, dass die UdSSR damals rund 180 Millionen Einwohner hatte. Diese Prozesse trafen also rund 0,06 Prozent der Bevölkerung. Wenn man andererseits weiß, dass wenige Jahre vorher rund 3 Prozent der Gesamtbevölkerung Teil der Ausbeuterklassen waren, etwas mehr als 6 Millionen Menschen, dann kann man leicht nachvollziehen, dass sich diese Prozesse gegen die ehemaligen Ausbeuter und ihre Interessenvertreter in Partei und Staat, die eine Verschwörung organisiert hatten, richteten.
Unter ihnen waren rund 80 ehemalige hohe Funktionäre der Partei, des Staates und der Armee der Sowjetunion, weitere rund 2000 höhere Funktionäre einzelner Sowjetrepubliken.
Wen es traf, ist auch aktenkundig:

„Eine Angabe zeigt auf, dass von den 1094 Personen, die in Leningrad bis zum 16. März 1936 verhaftet und wegen sowjetfeindlicher Tätigkeit oder Spionage für ausländische Mächte angeklagt wurden, 547 frühere Generäle der Zarenarmee und der weißgardistischen Armeen, 142 frühere zaristische Beamte, 133 frühere Beamte in der zaristischen Polizei, 41 frühere Prinzen, 109 frühere Grafen und Barone, 68 frühere Gutseigentümer, 35 frühere Industrieeigentümer und 19 frühere Kaufleute waren“[17].

Die Überreste der feindlichen Klassen! (Wobei natürlich im Industriezentrum Leningrad die Klasse der Großbauern nicht vertreten war).
Diejenigen Prozesse, die am meisten Aufmerksamkeit erregten, die die westliche Pressewelt in Atem hielten, die bis heute Hauptgegenstand aller Lügenpropaganda sind, waren die drei großen Prozesse von Moskau, in denen auch die bekanntesten jener hohen Parteifunktionäre angeklagt waren, die beschuldigt wurden, gegen den Sozialismus mit terroristischen Mitteln gekämpft zu haben.

Der Prozess gegen das „trotzkistisch-sinowjewtische Terroristische Zentrum“, der vom 19. bis 24. August 1936 stattfand, bei dem Sinowjew, Kamenew und 14 weitere Personen angeklagt waren.
Der Prozess gegen das „Sowjetfeindliche Trotzkistische Parallele Zentrum“, der am 23. Januar 1937 eröffnet wurde, bei dem Pjatakow, Radek, Sokolnikow, Serebrjakow und 13 weitere Personen angeklagt waren.
Und schließlich, vom 2. bis 13. März 1938 der abschließende Prozess, der „letzte aller Prozesse“ - wie ihn der amerikanische Journalist Dunanti nannte, gegen den „Block der Rechten und Trotzkisten“, mit Bucharin, Rykow, Jagoda und 18 weiteren Angeklagten. Zu diesen drei Prozessen muss auch noch der geheime - Militärgerichtsprozess gegen Tuchatschewski und 11 weitere Offiziere gerechnet werden, der im Juli 1937 als einziger nicht öffentlich stattfand.
Von den 66 Angeklagten dieser vier Prozesse wurden über 50 zum Tode durch Erschießen verurteilt, die anderen zu langen Gefängnisstrafen.
Als Grund für diese Urteile lagen vor: die Geständnisse der Angeklagten, zahllose Zeugenaussagen, Dokumente über die Tätigkeit der Angeklagten, der Verlauf der Prozesse selbst und zahlreiche Indizien.
Aus der Anklageschrift des ersten dieser Prozesse, im August 1936:

„Anklageschrift in Sachen Sinowjew, G.J. Kamenew, L.B. Jewdokimow, G. J., Smirnow, L.N.,Rakajew, 1.P.Ter Waganjan, WA. Mratschkowski, S.W. Dreitzer, J.A.. Gotzman, E.S. Reingold, L.I. Pikel, R.W. Olberg, V.P. Berman-Jurin, K.B. Fritz David (Kruglianski,Ll.), M. Lurie und N. Lutie, die der Verbrechen gegen Artikel 58(8), 19 und 58(8), 58(11) des Strafgesetzbuches der RSFSR angeklagt werden. [sic!]
Am 15. und 16. Januar 1935 behandelte das Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der Union der SSR während der in Leningrad abgehaltenen Tagung die Strafsache gegen die illegale konterrevolutionäre Gruppe von Sinowjewleuten, die sich Moskauer Zentrum nannte und deren Hauptleiter neben anderen in diesem Prozess Verurteilten Sinowjew, G.J. Kamenew, L.B., Jewdokimow, G.J. und Bekajew, I.P. waren.
Die Voruntersuchung und die Hauptverhandlung in dieser Strafsache ergaben, dass das so genannte Moskauer Zentrum während einer Reihe von Jahren die konterrevolutionäre Tätigkeit verschiedener illegaler Gruppen von Sinowjewleuten geleitet hatte, darunter auch die konterrevolutionäre Tätigkeit der Leningrader Gruppe Nikolajew-Kotolynow, die am 1. Dezember 1934 den niederträchtigen Mord an dem Genossen S.M. Kirow beging.
Das Gericht stellte fest, dass das so genannte Moskauer Zentrum, als ideologische und politische Leitung der Leningrader Gruppe der Sinowjewleute, von den terroristischen Stimmungen dieser Gruppe gewusst und diese Stimmungen in jeder Weise angefacht hatte.
Das mussten auch die Angeklagten Sinowjew und Kamenew gestehen, die jede Beteiligung an der Ermordung des Genossen S.M. Kirow leugneten und heuchlerisch vor Gericht erklärten, dass sie für die Ermordung des Genossen Kirow nur moralisch und politisch verantwortlich seien.
Wie sich jetzt herausgestellt hat, verfügten die Untersuchungs- und Gerichtsorgane vor anderthalb Jahren bei der Untersuchung des Mordes an dem Genossen S.M. Kirow nicht über den gesamten Tatbestand, der die tatsächliche Rolle der Leiter des so genannten Moskauer Zentrums einerseits und der Leiter der trotzkistischen illegalen Organisationen andererseits in der weißgardistischen terroristischen illegalen Tätigkeit der Sinowjewleute aufdeckt.
Auf Grund neu zutage getretener Umstände, die im Jahre 1936 im Zusammenhang mit der Aufdeckung einer Reihe von Terroristengruppen der Trotzkisten und Sinowjewleute durch die Untersuchungsorgane klargestellt worden sind, hat die Voruntersuchung ergeben, dass die im Prozess gegen das Moskauer Zentrum Verurteilten Sinowjew, Kamenew, Jewdokimow und Bakajew in Wirklichkeit nicht nur von den terroristischen Stimmungen ihrer Anhänger in Leningrad wussten, sondern auch die direkten Organisatoren des Mordes an dem Genossen S. M. Kirow waren.

Die Voruntersuchung hat auch ergeben, dass Sinowjew, Kamenew, Jewdokimow, Bakajew und eine Reihe anderer in der vorliegenden Sache Angeklagten, von denen weiter unten die Rede sein wird, die Initiatoren und Organisatoren von Anschlägen waren, die auch auf das Leben anderer Führer der KPdSU(B) und der Sowjetregierung vorbereitet wurden.
Desgleichen hat die Voruntersuchung ergeben, dass die Sinowjewleute ihre verbrecherische und terroristische Praxis in direktem Block mit den Trotzkisten und dem im Ausland befindlichen L. Trotzki betrieben.
Diese neu zutage getretenen Umstände ergeben unzweifelhaft:
1. dass Ende 1932 die Vereinigung der trotzkistischen Gruppe und der Sinowjew-Gruppe zustande kam, die ein vereinigtes Zentrum organisierten, bestehend aus den in der vorliegenden Sache angeklagten Sinowjew, Kamenew, Jewdokimow, Bakajew (von den Sinowjewleuten) und Smirnow, I.N., Ter-Waganjan und Mratschkowski (von den Trotzkisten);
2. dass die Hauptbedingung der Vereinigung dieser konterrevolutionären Gruppen die beiderseitige Anerkennung des individuellen Terrors gegen die Führer der KPdSU(B) und der Sowjetregierung war;
3. dass gerade von dieser Zeit an (Ende 1932) die Trotzkisten und die Sinowjewleute auf direkte Weisungen L. Trotzkis, die das vereinigte Zentrum durch spezielle Agenten erhielt, ihre ganze feindselige Tätigkeit gegen die KHSU(B) und die Sowjetregierung hauptsächlich auf die Organisierung von Terrorakten gegen die hervorragendsten Führer der KPdSU(B) und der Sowjetregierung konzentrierten;
4. dass das vereinigte Zentrum zu diesem Zweck spezielle terroristische Gruppen organisierte, die eine Reihe praktischer Maßnahmen zur Ermordung der Genossen Stalin, Woroschilow, Kaganowitsch, Kirow, Ordshonikidse, Shdanow, Kossior, Postyschew u, a. getroffen haben;
5. dass durch eine dieser terroristischen Gruppen, bestehend aus Nikolajew, Rumjanzew, Mandelstam, Lewin, Kotolynow u.a., die am 28. und 29. Dezember 1934 vom Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der Union der SSR verurteilt wurden, am 1. Dezember 1934 auf direkte Weisung Sinowjews und L. Trotzkis und unter unmittelbarer Leitung des vereinigten Zentrums der niederträchtige Mord an dem Genossen S. M. Kirow ausgeführt wurde.“

Die Aussagen Sinowjews, Kamenews, Jewdokimows, Mratschkowskis, Bakajews und einer Reihe anderer in der vorliegenden Sache Angeklagten haben unzweifelhaft ergeben, dass das einzige Motiv der Organisierung des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks das Bestreben war, um jeden Preis die Macht zu ergreifen, und dass als einziges und entscheidendes Mittel dazu die Organisierung von Terrorakten gegen die hervorragendsten Führer der Partei und der Regierung gewählt wurde.
Ohne jede Stütze in der Arbeiterklasse und in den werktätigen Volksmassen der UdSSR, ohne jeden Rest eines ideologischen Rüstzeugs, ohne jedes politische Programm, durchdrungen vom wütenden Hass gegen die sozialistischen Siege unserer Heimat, sind Trotzki, Sinowjew und Kamenew, die Führer des trotzkistischen-sinowjewistischen konterrevolutionären Blocks, endgültig in den weißgardistischen Sumpf versunken, haben sie sich mit den grimmigsten Feinden der Sowjetmacht zusammengeschlossen und verschmolzen, haben sie sich in die organisierende Kraft der Überreste der in der UdSSR zertrümmerten Ausbeuterklasse verwandelt. In ihrer Verzweiflung und ihrem Hass haben sie im Kampf gegen die Sowjetregierung und die Führer der KPdSU(B) zu dem niederträchtigsten Mittel gegriffen: zu politischen Morden.
Anfänglich gaben sie angesichts der ersten Erfolge des Sozialismus in der UdSSR die Hoffnung nicht auf, dass Schwierigkeiten auftauchen würden, mit denen die Sowjetregierung ihren Berechnungen nach nicht würde fertig werden können. Als sie dann aber sahen, dass diese Schwierigkeiten mit Erfolg überwunden werden und unser Land aus den Schwierigkeiten siegreich hervorgeht, setzten sie ganz offen auf eine Komplikation der internationalen Beziehungen, auf den Krieg und auf eine Niederlage der Sowjetmacht.
Da sie keine für sie günstige Perspektive sehen, greifen sie zur Waffe, organisieren sie illegale terroristische Gruppen und wenden das niederträchtigste Kampfmittel an - den Terror.

Gegenwärtig motivieren die trotzkistisch-sinowjewistischen Verschwörer ihren Kampf gegen die KPdSU(B) und die Sowjetmacht bereits nicht mehr mit der angeblich unrichtigen Politik der Partei und der Sowjetregierung, nicht damit, dass die KPdSU(B) und die Sowjetmacht das Land angeblich dem Untergang entgegenführen, wie sie früher verlogen und verleumderisch behaupteten.
Das Hauptmotiv für die Anwendung von Terror sehen sie jetzt in den Erfolgen des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR, in den Erfolgen bei dem kulturellen und wirtschaftlichen Aufstieg des Landes; diese Erfolge, die den ideologischen und politischen Bankrott der Trotzki-Sinowjewleute demonstrieren, steigern noch mehr ihre Wut gegen die Sowjetmacht und stärken sie in ihrem Bestreben, sich an der Sowjetmacht wegen des eigenen politischen Fiaskos durch Anwendung von Terror zu rächen“[18].

Dieser erste der drei großen Prozesse, die in Moskau öffentlich durchgeführt wurden, ist also faktisch eine Art Neuaufnahme.
Die Neuaufnahme eines Prozesses gegen Sinowjew, Kamenew und andere, der ein Jahr zuvor, 1935, stattgefunden hatte, wo die Mörder von S.M. Kirow angeklagt waren. Damals hatten Sinowjew und Kamenew gestanden, politisch und moralisch für die Ermordung Kirows Verantwortung zu tragen. Sie hatten aber abgestritten, an der Durchführung beteiligt oder ihre Planung vorbereitet zu haben. Deshalb waren sie zu Gefängnisstrafen verurteilt worden, als mitverantwortlich im juristischen Sinne.
Jetzt aber hatte sich gezeigt, wurde durch Zeugen, Dokumente und Indizien völlig klar, dass ihr Geständnis vom Jahr vorher in Wirklichkeit eine Lüge gewesen war. Jetzt wurde klar, dass sie sowohl an der Planung des Mordes, an seiner Organisierung und Durchführung beteiligt gewesen waren, als auch im Jahre 1932 einen gemeinsamen Block mit Trotzki eingegangen waren, mit jenem Mann, den sie in jenen Jahren in der Öffentlichkeit selbst einen Volksfeind genannt hatten.
Zwei der ehemaligen politischen Oppositionsgruppen hatten sich zusammengeschlossen gegen die Sowjetunion, gegen die Partei: einerseits die Trotzkisten, die seit Beginn der zwanziger Jahre in offener Gegnerschaft zur Partei standen (sie nannten die Industrialisierung des Landes unsinnig, da der Sozialismus in einem Lande nicht aufgebaut werden könne) und schließlich 1927 nachdem sie nach jahrelanger Diskussion immer noch nicht von ihrem Kurs gegen den Sozialismus in einem Land abgegangen waren und eine geheime Organisation geschaffen hatten - ausgeschlossen wurden, und andererseits die Sinowjewleute, die Mitte der zwanziger Jahre gegen die Partei intrigiert hatten (ausgerechnet in der Industriestadt Leningrad vertraten sie ein Programm des Kampfes gegen die Industrialisierung), aus der Partei ausgeschlossen und später, nachdem sie ihre Fehler zugegeben hatten, wieder aufgenommen wurden.
Niemand hatte sie bestraft, solange sie eine politische Opposition betrieben hatten. Sicher: Sie waren kritisiert worden, sie waren bekämpft worden, sie waren von Posten abgesetzt und aus der Partei ausgeschlossen worden. Das war nur recht und billig.
Mitte der zwanziger Jahre, als die Partei über 750000 Mitglieder zählte, war die Partei unter Stalins Führung soweit gegangen, dreimal in Parteiwahlen das Programm der Oppositionellen gegen das Parteiprogramm zur Wahl zu stellen. 4000 Stimmen, fast ausschließlich von Hochschul- und Kulturorganisationen, war der höchste Anteil, den Trotzki für sein Programm erhielt.
Vor Gericht kamen sie erst viele Jahre später, als zutage trat, dass sie sich keineswegs auf eine politische Opposition beschränkt hatten, sondern dass sie Blut an ihren Händen hatten. Sie wurden erst verurteilt zu einem Zeitpunkt, da niemand mehr auf sie hörte, außer den Resten der Ausbeuterklassen. Bei den Arbeitern und Bauern, die gesehen, gefühlt, erlebt hatten, dass die Politik der Partei unter Stalins Leitung ihnen ein immer besseres Leben sicherte, hatten diese Herrschaften schon längst jedes Ansehen, das sie einmal gehabt haben mochten, verloren. Das waren nicht Stalins Konkurrenten, wie die westliche Propaganda und die

heutigen Machthaber der UdSSR behaupten, wie es die zahlreichen „Zeugen" immer wiederkäuen, die heute hier aufgetischt werden: das waren heruntergekommene Expolitiker, die seit langem nur noch mit verbrecherischen Mitteln für ihre Ziele, die von den breitesten Massen des Volkes verachtet wurden, eintraten.
In dem Prozess vom August 1936 sagte der Angeklagte Kamenew unter anderem aus:

„Die terroristische Verschwörung wurde von mir, Sinowjew und Trotzki organisiert und geleitet; ich war zu der Überzeugung gekommen, dass die Politik der Partei, die Politik ihrer Führung gesiegt hat, und zwar in dem einzigen Sinne, in dem ein politischer Sieg im Lande des Sozialismus möglich ist, nämlich dass diese Politik von den werktätigen Massen gutgeheißen worden ist. Unsere Hoffnung auf die Möglichkeit einer Spaltung in der Parteiführung war ebenfalls zunichte gemacht worden. Wir hatten auf die rechte Gruppe Rykows, Bucharins, Tomskis gerechnet. Die Entfernung dieser Gruppe von der Führung und ihre Diskreditierung vor den Werktätigen schlugen uns auch diesen Trumpf aus der Hand. Auf irgendwelche ernste innere Schwierigkeiten, die den Sturz der Führung zur Folge haben könnten, welche das Land durch die schwierigsten Etappen, durch die Industrialisierung und die Kollektivierung geleitet hatte, war nicht zu rechnen. Es blieben zwei Wege übrig: entweder den Kampf gegen die Partei ehrlich und vollständig einzustellen oder ihn fortzusetzen, aber schon ohne jede Hoffnung auf jede wie immer geartete Massenunterstützung, ohne politische Plattform, ohne Banner, das heißt mit Hilfe des individuellen Terrors. Wir haben den zweiten Weg gewählt"[19].

Diese Aussage Kamenews ist typisch für das Verhalten nahezu aller Angeklagten in diesen Prozessen. Unter der Last der Beweise, unter dem Druck der Zeugenaussagen müssen sie gestehen und tun dies auch.
Sie gestehen anscheinend alles, was der Ankläger fragt und wissen will.
Aber, erinnern wir uns daran, dass ja zu Beginn dieses Prozesses bereits davon die Rede war, ein Jahr zuvor hätten Kamenew und Sinowjew und andere ebenfalls bereits den Eindruck voller Geständigkeit erweckt, der falsch und geheuchelt war, hatten sie doch ihre direkte Beteiligung am Morden abgestritten.
Und bei dieser Aussage Kamenews ist es ebenso: Er spricht von der Gruppe der Rechten, auf die sie ihre Hoffnung gesetzt hätten. Er spricht davon, dass die Rechten in den Augen der Werktätigen diskreditiert worden seien, was Ihre, Sinowjews, Kamenews und Trotzkis, Hoffnungen zerschlagen habe. Er spricht kein Wort davon, was zwei Jahre später bewiesen werden sollte, im letzten der drei großen Prozesse von Moskau, was Bucharin und seine Leute 1938 dann gestanden: dass die Bucharin-Gruppe nach ihrer „Entfernung von der Führung" sich dem Block der Trotzkisten und Sinowjewleute anschloss, dass sie gemeinsam einen Block bildeten, den Block der Rechten und Trotzkisten. Das wird nicht gestanden, das wird nicht einmal angesprochen, das wird verschwiegen.
Das war die Taktik der Verschwörer: retten, was zu retten ist.
Und durchaus nicht alle Angeklagten waren geständig, überhaupt etwas getan zu haben. In diesem Prozess vom August 1936 leugnete der Angeklagte Smirnow bis zuletzt, an der Arbeit des Terrorzentrums der Trotzkisten und Sinowjewisten teilgenommen zu haben. Selbst als andere Angeklagten übereinstimmend aussagten, er sei Mitglied dieses Blocks gewesen, betonte er, dies sei nur formal gewesen, obwohl er derjenige war, der Trotzkis Weisungen an den Block mündlich überbrachte.
Die Tatsache, dass der Block der Sinowjewisten und Trotzkisten eine Art Koalition war, in die im Laufe der Zeit eben auch die Rechten um Bucharin sowie verschiedene nationalistische Gruppierungen aus den Randgebieten der UdSSR eingetreten waren und Reste anderer Parteien aus der Zarenzeit, hatte auch dazu geführt, dass es neben dem vereinigten Zentrum von Sinowjewisten und Trotzkisten noch ein anderes, ein paralleles Terrorzentrum der Trotzkisten gegeben hatte, das vor allem in Moskau wirkte und von Pjatakow und anderen geleitet wurden. Der Prozess gegen dieses zweite Zentrum, im Jahre 1937, führte durch

Aussagen Pjatakows und Radeks auch dazu, dass eine Gruppe von Verschwörern in der Militärführung der Roten Armee aufgedeckt werden konnte, denen ebenfalls der Prozess gemacht wurde.
Aber der Kampf tobte weiter. Die Sabotage und Terrortätigkeit im Lande wurde fortgesetzt, und auch die Partei führte ihren Kampf weiter, mobilisierte die Massen der Arbeiter und Bauern. Im geheimen wurde sogar von den Terroristen nach diesem ersten großen Prozess ein Militärputsch geplant. Der wurde verhindert durch die weiteren Prozesse.
So kam es dann zum großen letzten Moskauer Prozess im März 1938. Dieser Prozess war der Abschluss des Kampfes, weil er das wahre Zentrum der Terrortätigkeit traf, weil er die führenden Köpfe des Blocks der Rechten und Trotzkisten (der so genannt wurde, weil dies die beiden Hauptströmungen waren, die sich da vereinigt hatten, die - gegenüber anderen Strömungen - die Führung inne hatten) vor die Schranken der sowjetischen Gesetzlichkeit zog.
In der Anklageschrift hebt der Ankläger, A.J. Wyschinski, hervor:

„Durch die Untersuchung wurde festgestellt, dass der ‚Block der Rechten und Trotzkisten' in seinen Reihen die illegalen antisowjetischen Gruppen der Trotzkisten, der Rechten, der Sinowjewleute, der Menschewiki, der Sozialrevolutionäre, der bürgerlichen Nationalisten der Ukraine, Belorusslands, Georgiens, Armeniens, Aserbaidschans, der mittelasiatischen Republiken vereinigte, was nicht allein durch die Materialien der gegenwärtigen Untersuchung, sondern auch durch die Materialien der Gerichtsverhandlungen, die an verschiedenen Orten der UdSSR stattgefunden haben, und im besonderen durch die Materialien der Gerichtsprozesse in Sachen der Gruppe der militärischen Verschwörer Tuchatschewski und anderer bestätigt wird, die vom Sondertribunal des Obersten Gerichtshofes der UdSSR am 11. Juli 1937 verurteilt wurden, und in Sachen der Gruppe der georgischen bürgerlichen Nationalisten Mdiwani, Okudshawa u.a., die vom Obersten Gerichtshof der Georgischen Sozialistischen Sowjetrepublik am 9. Juli 1937 verurteilt wurden.
Ohne jede Stütze innerhalb der UdSSR setzten die Teilnehmer des Blocks der Rechten und Trotzkisten alle ihre Hoffnungen im Kampf gegen die in der UdSSR bestehende sozialistische Gesellschafts- und Staatsordnung und für die Machtergreifung ausschließlich auf die bewaffnete Hilfe ausländischer Aggressoren, die den Verschwörern diese Hilfe unter der Bedingung der Zerstückelung der UdSSR und der Lostrennung der Ukraine, des Fernöstlichen Küstengebiets, Belorusslands, der Mittelasiatischen Republiken, Georgiens, Armeniens und Aserbeidschans von der UdSSR versprachen“[20].

Es war jetzt klar, dass es sich nicht nur um Trotzkisten und Sinowjewisten und deren Handvoll Anhänger handelte. Es war vielmehr ein Block, in dem sich fast alle ehemaligen Führer antikommunistischer Parteien und Organisationen mit den ehemaligen Anführern der Opposition in der Partei vereinigt hatten.
Es war jetzt klar, dass es sich nicht um Opposition, sondern um zentral geplanten, von diesen Leuten koordinierten Terror handelte, die ihre Tätigkeit nach den vorher genannten Prozessen noch fortsetzten.
Es war jetzt klar, dass es sich um eine Konspiration auf hoher Ebene handelte.
An ihr nahmen der ehemalige stellvertretende Finanzkommissar der UdSSR, der ehemalige stellvertretende Außenkommissar der UdSSR und der ehemalige stellvertretende Oberkommandierende der Roten Armee teil. An ihr nahmen auch Leute teil, die in den Anfangsjahren der UdSSR wichtige Posten gehabt hatten. Nicht zuletzt nahm an ihr auch der Nachfolger des ermordeten Menschinski als Vorsitzender des Sicherheitsdienstes, Jagoda, teil.
Und es war jetzt klar, dass dieser Verschwörung, diese Terrortätigkeit sich keineswegs auf die UdSSR beschränkte, sondern dass Fäden in verschiedenste kapitalistische Länder liefen, nicht zuletzt auch nach Hitler-Deutschland.

Es waren nicht nur Terroristen, sondern auch Spione aus den Feinden der Partei geworden. Von Feinden der Partei waren sie zu Feinden des Volkes, Mörder und Landesverräter geworden.
Und selbst jetzt gab es keineswegs jene angeblichen supergeständigen Angeklagten, die in der westlichen Propaganda damals und in der ganzen Anti-Stalin-Propaganda heute stets genannt werden.
Bucharin, einer der Oberführer des Blocks und sein wichtigstes Mitglied im Inland, erklärte, nachdem er gestanden hatte, am Block führend beteiligt gewesen zu sein:

„Ich bestreite kategorisch die Beteiligung an der Ermordung Kirows, Menshinskis, Kuibyschews, Gorkis und Maxim Peschows. Kirow wurde nach den Aussagen Jagodas auf Grund eines Beschlusses des Blocks der Rechten und Trotzkisten ermordet. Ich habe das nicht gewusst“[21].

So wanden und wanden sie sich, um selbst, wenn sie gestanden, ihre Untaten zu beschönigen, um mit dem Leben davonzukommen, in der Hoffnung, dann irgendwann ihre Terrortätigkeit fortsetzen zu können. Aber es traf sie die ganze Härte der sowjetischen Gesetze.
Was nun die zahlreichen Einwände betrifft, der Verlauf der Prozesse sei erzwungen worden, die Angeklagten gefoltert oder ähnliche Behauptungen, wollen wir die Stimmen der damaligen Zeugen vernehmen.
Hören wir zuerst Bucharin selbst:

„Ich werde hier von mir selbst sprechen, von den Ursachen meiner Reue. Natürlich muss man sagen, dass auch die Beweisstücke eine sehr große Rolle spielen. Ich habe ungefähr drei Monate geleugnet. Dann begann ich Aussagen zu machen.“

„Oft erklärt man die Reue mit verschiedenen vollständig unsinnigen Sachen, wie etwa mit tibetanischen Pulvern usw. Von mir will ich sagen, dass ich im Gefängnis, in dem ich etwa ein Jahr gesessen habe, arbeitete, studierte, den Kopf bewahrte.“

„Man spricht auch von Hypnose. Aber ich habe vor Gericht, auf dem Prozess auch juristisch meine Verteidigung geführt, habe mich an Ort und Stelle orientiert, mit dem staatlichen Ankläger polemisiert, und jeder auch nicht besonders in den entsprechenden Zweigen der Medizin erfahrene Mensch wird zugeben müssen, dass es eine solche Hypnose überhaupt nicht geben kann“[22].

Aber jene Prozesse fanden ja vor der Weltöffentlichkeit statt, so dass zahlreiche Personen die Möglichkeit hatten, sie zu verfolgen.
Damals gaben auch westliche Journalisten, Diplomaten und Schriftsteller, Juristen und andere Fachleute ein einmütiges Urteil über die Prozesse ab, das darauf hinauslief, einzugestehen, dass dies normale Prozesse waren, entsprechend den Normen eines Rechtsstaates und der sozialistischen Gesetze der UdSSR durchgeführt.
Am 18. Februar 1937 schreibt der amerikanische Botschafter in Moskau, Joseph Davies, an Senator James Byrnes einen Brief, in dem es unter anderem heißt:

„Die Auffassung überwiegt, dass, wenn man auf Grund der Verhandlungen objektiv abwägt, die Regierung die Berechtigung ihrer Anklage wenigstens so weit erwiesen hat, dass am Bestehen einer Verschwörung gegen die jetzige Regierung nicht gezweifelt werden kann“[23].

Derselbe Davies schreibt über ein Jahr später, am 8. März 1938 über den Bucharin-Prozess an seine Tochter:

„Alle Grundübel und -schwächen der menschlichen Natur zeigen sich in diesem Verfahren. Es enthüllt den Umriss eines Komplotts, das mit seinem Zwecke, den Sturz der jetzigen Regierung zu bewerkstelligen, beinahe Erfolg gehabt hätte.
Die diesmaligen Aussagen erklären, was wir im letzten Sommer nicht verstehen konnten und was damals vorging. (...) Die höchst merkwürdigen Aussagen Krestinkys, Bucharins und der übrigen sind geeignet einen glauben zu lassen, dass die Befürchtungen des Kremls gerechtfertigt waren. Denn es hat sich jetzt herausgestellt, dass Anfang November 1936 eine Verschwörung zur Herbeiführung eines Staatsstreichs bestand (...)“[24].

Der amerikanische Korrespondent Walter Duranty schreibt in seinem Buch „The Kremlin and the people“:

„Es war tatsächlich der letzte aller Prozesse, weil diesmal völlige Klarheit herrschte; die Staatsanwaltschaft hatte genügend Tatsachenmaterial gesammelt, sie kannte ihre Feinde im Inneren und im Ausland. Die anfänglichen Zweifel und Bedenken waren zerstreut, weil die aufeinander folgenden Prozesse, vor allem wohl der gegen die Generale, das zur Zeit der Ermordung Kirows noch höchst nebelhafte und unvollständige Bild allmählich ergänzt hatten (...)“[25].

Und auch von ausgesprochenen Feinden der Sowjetmacht bestehen Zeugnisse, die, wenn auch unfreiwillig, die Richtigkeit dieser Prozesse bestätigen.

„Dafür, dass die bürgerlichen Intellektuellen, die in den großen öffentlichen Prozessen der 30er Jahre u. a. wegen Terrorismus angeklagt und verurteilt wurden, in der Tat schuldig waren, soll ein weiterer Beweis erbracht werden.
Er ist von dem Schweizer Jules Humbert-Droz vorgebracht worden, der in den 20er und 30er Jahren einer der drei Kominternsekretäre war, jedoch 1943 Sozialdemokrat und Sekretär der französischsprachigen Sektion der schweizerischen Sozialdemokratie wurde. In seinen umfangreichen Memoiren gibt er zu, dass er einige Jahre mit Bucharin zusammen gegen Stalin eine Fraktion gebildet habe. Als er im Auftrag der Komintern 1929 von Moskau nach Südamerika reisen sollte, besuchte er Bucharin in dessen Kremlwohnung.
‚Wir hatten ein langes und offenherziges Gespräch, in welchem er (Bucharin) mir von den Kontakten erzählte, die seine Gruppe mit der Fraktion Sinowjew-Kamenew aufgenommen hatte, um den Kampf gegen Stalins Macht zu koordinieren. Ich verbarg nicht vor ihm, dass ich diese Verbindung zwischen den Oppositionsgruppen nicht billigte. - Bucharin teilte mir ebenfalls mit, dass sie beschlossen hätten, sich des individuellen Terrors zu bedienen, um Stalin loszuwerden. An diesem Punkt machte ich ebenfalls deutliche Einwendungen geltend.
Im 3. Band der Memoiren berichtet Humbert-Droz, dass er etlichen Prozessen beigewohnt habe, jedoch nicht bei jenem anwesend war, in dem Bucharin vor Gericht stand. Er sagt, er sei in sämtlichen Fällen von der Schuld der Angeklagten vollkommen überzeugt außer in Bucharins, obwohl jener vor Gericht ein sehr umfangreiches Geständnis abgelegt hat. Dem will Humbert-Droz keinen Glauben schenken. Er glaubt eher an den Brief, den Bucharin geschrieben und aus dem Gefängnis nach der Verurteilung herausgeschmuggelt haben soll, um die Welt zu überzeugen, dass er während des Prozesses gestand und damit ein falsches Zeugnis gegen sich selbst abgelegt habe. Was jedoch Humbert-Droz glaubt, daran braucht man sich keinesfalls zu halten. Es wiegt gar nichts im Verhältnis zu dem Beweis, den er selber erbracht hat, dass nämlich Bucharin an einem Beschluss mitgewirkt hat, im Kampf gegen Stalins Macht individuellen Terror anzuwenden. Außerdem sagt es auch eine Menge über Humbert-Droz, wenn er, der doch all diese Jahre der Komintern angehörte, beharrlich darüber schwieg, was ihm Bucharin anvertraut hatte“ (...).

Der US-Botschafter Davies in einem Brief über ein Gespräch mit anderen ausländischen Diplomaten über die Prozesse:

„Ich sprach mit vielen, wenn auch nicht sämtlichen Mitgliedern des hiesigen diplomatischen Korps; sie sind - vielleicht mit einer einzigen Ausnahme - übereinstimmend der Ansicht, dass die Verhandlung das Bestehen eines politischen Komplotts und einer staatsfeindlichen Verschwörung klar erwiesen hat“[27].

J. Davies fasst schließlich im November 1937 in einem Bericht an seinen Staatssekretär auch den Umfang der ganzen Säuberungsaktionen und Prozesse zusammen:

„Zwar sind keine genauen Zahlenangaben über die Vorgänge erhältlich, aber die kompetentesten Beobachter sind der Meinung, dass die Zahl der seit dem Beginn der gegenwärtigen Säuberungsaktionen hingerichteten Parteifunktionäre und Regierungsbeamte in die Tausende und die der Verhaftungen in die Zehntausende läuft“[28].

Somit widerlegt er, wie die schon genannten Zahlen aus Leningrad, die Mär der millionenfachen Verfolgung.
Es war, ohne Zweifel, ein harter Kampf, ein blutiges Geschehen.
Es ging aber darum, ob die Sowjetunion ein sozialistisches Land bleiben sollte oder ob der Kapitalismus, die Ausbeutung, die Herrschaft der Reichen, das Volk wieder unters Joch zwingen würden. Es ging in der Vorbereitung auf die wachsende Kriegsgefahr darum, das Land vor den Kollaborateuren des Faschismus zu retten.
Botschafter Davies bemerkt dazu:

„Als ich auf der Durchreise nach Hause, nach der Teilnahme an den Juni-Feierlichkeiten zur Erteilung der akademischen Grade an meiner alten Universität, durch Chicago kam, wurde ich gefragt, ob ich bereit wäre, vor dem Universitätsklub in Verbindung mit Gesellschaften von Wisconsin zu sprechen. Es war genau drei Tage nach Hitlers Einfall in Rußland. Jemand von den Zuhörern fragte: Wie steht es denn mit der fünften Kolonne in Rußland? Ohne Bedenken antwortete ich: Gibt es nicht. Alle erschossen.
Heute hing ich im Zug diesem Gedanken nach. Wenn man sich die Mühe gab, darüber nachzusinnen, musste es recht merkwürdig erscheinen, dass bei dieser jüngsten Invasion der Nazis nicht ein Wort von der ‚Arbeit im Innern' hinter den russischen Linien verlautet hatte. Es gab keinen so genannten inneren Angriff in Rußland im Kontakt mit dem deutschen Oberbefehl. Der Einmarsch in Prag 1939 vollzog sich unter aktiver militärischer Teilnahme durch die Organisation Henleins in der Tschechoslowakei. Dasselbe traf beim Einfall in Norwegen zu. Im heutigen Bilde der Sowjetunion fehlen die Sudeten Henleins, die slovakischen Tisos, die belgischen Degrelles und die norwegischen Quislinge“[29].

Wie aber war nun die Reaktion der Arbeiter und Bauern? Waren sie - wie einige Teile der Intelligenz, nämlich jene, die mit dem Block sympathisiert hatten ebenfalls in Angst versetzt?
Die Tatsachen sprechen entschieden dagegen.
Die Öffentlichkeit der Prozesse diente auch der politischen Mobilisierung der Arbeiter und Bauern. Ihnen sollte ganz drastisch vor Augen geführt werden, was passiert, wenn sie ihre Aufmerksamkeit vernachlässigten, wenn sie sich nicht um die Verteidigung ihres Systems bemühten.
So fanden während der Prozesse Zehntausende von Betriebsversammlungen statt, in jedem mittleren, größeren und Großbetrieb mehrere, auf denen die Prozesse, ihr Verlauf, ihre Geschichte und Vorgeschichte die Handlungen der Terroristen diskutiert wurden - und natürlich auch die Arbeit der betreffenden Parteiorganisationen des Betriebs und Gebiets, wo die Versammlung war. Besonders ausführlich wurde natürlich in den mehreren tausend Industriebetrieben diskutiert, in denen die Schädlingsarbeit ihre Auswirkungen gehabt hatte.
Auch in den Kollektivwirtschaften auf dem Lande wurden zahllose Versammlungen und Kundgebungen abgehalten, auf denen dieses Thema anstand. Ebenso gab es in Universitäten, Instituten und Ämtern entsprechende Treffen.

Kaum jemand spricht von den Massendemonstrationen, die stattfanden, auf denen die Verurteilung der Angeklagten gefordert wurde.
Kaum jemand erwähnt Zehntausende von Resolutionen, die an die Partei- und Staatsführung gesandt wurden, die die Verurteilung der Angeklagten forderten und die Partei aufforderten, ihre Arbeit zu verbessern.
Wenn die Angeklagten selbst immer wieder zugeben mussten, dass sie in den Augen der Werktätigen diskreditiert waren, was auch diese angeführten Tatsachen bestätigen, so hat das seinen Grund darin, dass die Arbeiter und Bauern es selbst erlebt hatten, dass der Sozialismus in ihrem Lande sehr wohl möglich war, dass er nicht nur möglich war, sondern schon existierte, dass er nicht nur existierte, sondern ihnen auch ein unvergleichlich viel besseres Leben sicherte, als sie früher gehabt hatten.
Noch während die Prozesse stattfanden, nahm ein anderes Ereignis, das unvergleichlich wichtiger war als die Abrechnung mit den Feinden des Sowjetvolkes, die Aufmerksamkeit der Werktätigen wesentlich mehr in Anspruch.
Das war die neue Verfassung der UdSSR von 1936, die das Volk die „Stalinsche Verfassung“ nannte.
Die ersten Wahlen zum Obersten Sowjet, die entsprechend der neuen Verfassung stattfanden, am 12. Dezember 1937, brachten dem erstmals und auf Stalins Vorschlag hin kandidierenden Block der Kommunisten und Parteilosen 89,8 Millionen Stimmen. 3 Millionen enthielten sich der Stimme, 0,6 Millionen stimmten gegen den Block. Diese einmütige Bestätigung für die Politik des Sowjetstaates liegt darin begründet, dass die neue Verfassung eine wirkliche Verfassung eines Arbeiterstaates, eines Arbeiter- und Bauernstaates war, die sehr genau die Rechte der Werktätigen kennzeichnete.
Unter vielem anderen nennt die Verfassung der Union der SSR im Artikel 118:

„Die Bürger der UdSSR haben das Recht auf Arbeit, das heißt das Recht auf garantierte Beschäftigung mit Entlohnung ihrer Arbeit nach Quantität und Qualität.“

„Keine einzige Verfassung eines kapitalistischen Staates garantiert den Werktätigen ein derartiges Recht und kann es auch nicht garantieren, denn dort ist die Wirtschaft auf dem kapitalistischen Eigentum begründet, was die Anarchie der Produktion hervorruft; dort bestimmen nicht die Arbeiter, sondern die Kapitalisten über die Produktion und über die gesellschaftliche Arbeit; dort befindet sich das Recht, Arbeit zu geben oder nicht zu geben, in den Händen der Privateigentümer der Produktionsmittel; dort gibt es kein Recht auf Arbeit und kann es auch keines geben, dort herrscht das Recht auf fremde Arbeit.“[30].

Und weiter. Der Artikel 119 der Verfassung der Union der SSR lautet:

„Die Bürger haben das Recht auf Erholung. Das Recht auf Erholung wird gewährleistet durch die Festsetzung des achtstündigen Arbeitstages für Arbeiter und Angestellte und die Verkürzung des Arbeitstages auf 7 und 6 Stunden für eine Reihe von Berufen mit schweren Arbeitsbedingungen und auf 4 Stunden in Betriebs Abteilungen mit besonders schweren Arbeitsbedingungen, durch Festsetzung eines voll bezahlten alljährlichen Urlaubs für die Arbeiter und Angestellten und durch das in den Dienst der Werktätigen gestellte umfassende Netz von Sanatorien, Erholungsheimen und Klubs.“

„Es war stets Gegenstand unermüdlicher Fürsorge der Sowjetmacht und der bolschewistischen Partei, die günstigsten Bedingungen für die Erholung der Werktätigen zu schaffen. In den Jahren der Sowjetmacht wurden im Lande Tausende von Sanatorien und Erholungsheimen gebaut, in denen alljährlich mehrere Millionen Menschen sich erholen und Heilung finden. Selbst in der Kriegszeit erhielten Hunderttausende von Werktätigen die Möglichkeit, sich in den Sanatorien und Erholungsheimen zu erholen und zu genesen. Kurz

vor dem Großen Vaterländischen Krieg bestanden in unserem Lande über 3000 Sanatorien und Erholungsheime.“[31]

Und weiter, über das Recht auf Bildung:

„In der Verfassung der Union der SSR wird das Recht aller Bürger der UdSSR auf Bildung verkündet und verankert.
Dies Recht wird gewährleistet durch die allgemeine Grundschulpflicht, durch die Unentgeltlichkeit des siebenjährigen Lehrgangs, durch das System staatlicher Stipendien für Hochschüler, die gute Noten aufzuweisen haben, durch Erteilung des Schulunterrichts in der Muttersprache, durch Organisierung unentgeltlicher Produktions-, technischer und agronomischer Schulung der Werktätigen in den Betrieben, den Sowjetwirtschaften, den Maschinen-und-Traktoren-Stationen und den Kollektivwirtschaften.
In den Jahren der Sowjetmacht wurden in unserem Lande gewaltige Erfolge auf dem Gebiete der Volksbildung erzielt. Während im zaristischen Rußland nur 33 Prozent der gesamten Bevölkerung lesen und schreiben konnten, waren es in unserem Lande im Jahre 1939 81,2 Prozent.
Die Stalinsche Verfassung hat jedem Bürger der UdSSR das Recht auf unentgeltliche Ausbildung in den Grund- und Mittelschulen gesichert. Nur ein geringer Teil der Unkosten wird von den Lernenden in den Klassen 8 bis 10 getragen. In den Schulen für Betriebs- und Werkausbildung, in den Gewerbe- und Eisenbahnschulen wird nicht nur der Unterricht unentgeltlich durchgeführt, sondern der Unterhalt der Lernenden selbst vom Staate getragen.
Die Zahl der Lernenden wächst in unserem Lande von Jahr zu Jahr. Am Ende des Jahres 1949 wurden allein die Grund-, Siebenjahres- und Mittelschulen, die Technikerschulen und andere Speziallehranstalten von mehr als 36 Millionen Menschen besucht. Nach Angaben aus dem Jahre 1948 gab es in den Mittelschulen, Teilmittelschulen und in den Grundschulen des Landes 1250 000 Lehrer. Dabei ist zu erwähnen, dass sich im Schuljahr 1914/15 die Zahl der Lernenden in den allgemein bildenden Grundschulen, Teilmittelschulen und Mittelschulen auf 7,9 Millionen belief, die von 231000 Lehrern ausgebildet wurden.
Welch gewaltige Veränderung erfolgte in den Jahren der Sowjetmacht auf dem Gebiete der Volksbildung!
Da den Bürgern der UdSSR das Recht auf Bildung garantiert ist, wächst in unserem Lande ständig die Zahl der Personen, die mittlere und höhere Schulbildung besitzen, steigt das allgemeine Bildungsniveau der Bevölkerung Im Jahre 1939 besaßen in der Sowjetunion 13178522 Personen Mittelschulbildung (davon 7179492 Männer und 5999030 Frauen). Der größte Teil von ihnen erhielt die Mittelschulbildung während der Sowjetmacht. Nach Angaben aus dem Jahre 1939 kamen somit auf 1000 Einwohner der UdSSR 78 mit Mittelschulbildung.
Bürger mit abgeschlossener Hochschulbildung gab es in der Sowjetunion im Jahre 1939 1080097, davon 293253 Personen im Alter bis zu 29 Jahren und 459598 Personen im Alter von 30 bis 39Jahren. Das bedeutet, dass die überwältigende Mehrheit der Personen mit höherer Bildung sowjetische Hochschulen absolviert hat.
Hochschulen gibt es in allen Unionsrepubliken, so dass die Bürger aller Nationalitäten unseres Landes die Möglichkeit haben, Hochschulbildung zu erhalten.
Vor der Revolution gab es in Rußland 91 Hochschulen. An ihnen studierten 112000 Studenten. Heute dagegen bestehen in der UdSSR 864 Hochschulen, an denen 1128000 Studenten (einschließlich der Teilnehmer am Fernstudium) studieren. Zurzeit studieren an den Hochschulen unseres Landes 316000Menschen mehr als im Vorkriegsjahr 1940. Außerdem lernen in den Technikerschulen und anderen mittleren Speziallehranstalten der Sowjetunion, einschließlich der Fernschüler, 1308000 Menschen. Das sind 333000 Menschen mehr als vor dem Kriege.
Im Sowjetland ist das Recht der Werktätigen auf Bildung wahrhaft verwirklicht. Anders ist die Lage in den kapitalistischen Ländern. Selbst in einem Lande wie den USA gibt es unter der erwachsenen Bevölkerung 20 Millionen Analphabeten, und über 6 Millionen Kinder haben keine Möglichkeit, die Schule zu besuchen. In den USA werden für die Volksbildung nur

unbedeutende Mittel bewilligt. So wurden zum Beispiel im Jahre 1949 für Kriegszwecke 72mal soviel Mittel bewilligt wie für Bildungszwecke“[32].

„Die politischen Freiheiten der Bürger der UdSSR:
Die Stalinsche Verfassung garantiert den Sowjetbürgern große demokratische Rechte und Freiheiten - die Redefreiheit, die Pressefreiheit, die Versammlungs- und Kundgebungsfreiheit, das Recht der Werktätigen der UdSSR, sich in gesellschaftlichen Organisationen zu vereinigen, das Recht aller Bürger der UdSSR auf aktive Teilnahme am gesellschaftlichen und staatlichen Leben - und führt das freieste und demokratischste Wahlsystem ein.
Die politischen Freiheiten werden dadurch gewährleistet, dass den Werktätigen und ihren Organisationen alle zur Verwirklichung dieser Freiheiten notwendigen materiellen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden. So gehören zum Beispiel die Druckereien in unserem Lande nicht einzelnen Personen, sondern allen Werktätigen und ihren Organisationen. Die Papiervorräte werden nicht von irgendwelchen kleinen Gruppen von Personen, sondern vom Staat verwaltet, der diese Vorräte den gesellschaftlichen Organisationen der Werktätigen zur Verfügung stellt. Die Gebäude, in denen man Versammlungen und Kundgebungen durchführen kann, das Rundfunk-, Post- und Fernmeldewesen, all das ist im Sowjetlande gesellschaftliches Eigentum und kann nicht gegen das Volk verwandt werden, da es sich in den Händen der Werktätigen selbst befindet.
Die Werktätigen der UdSSR können ungehindert Demonstrationen in den Straßen der Städte, Kundgebungen in öffentlichen Gebäuden, auf Plätzen usw. veranstalten. An den Tagen der Volksfeiern kommen Millionen von Sowjetmenschen auf die Straßen und Plätze der Städte und Ortschaften, um frei ihren Gedanken und Gefühlen Ausdruck zu geben.
In den bürgerlichen Ländern ist es nur einem kleinen, besitzenden Teil der Bevölkerung möglich, die politischen Freiheiten in vollem Maße auszunützen. Bestrebt, ihre eigene Herrschaft zu festigen, hindern die Kapitalisten die Werktätigen mit allen Mitteln daran, von den in den bürgerlichen Verfassungen verkündeten Freiheiten Gebrauch zu machen. Diesem Zwecke dienen der gesamte Staatsapparat der kapitalistischen Länder, die Armee der verschiedensten Beamten und die Polizei. Sie sind berufen, die Herrschaft der Ausbeuter über die Volksmassen zu beschützen.
In den kapitalistischen Ländern gehören die Druckereien, das Papier, die öffentlichen Gebäude, der Rundfunk, das Post- und Fernmeldewesen privaten Eigentümern, den Ausbeutern. In ihrer überwiegenden Klarheit sind die in den bürgerlichen Ländern erscheinenden Zeitungen Privateigentum und veröffentlichen nur solches Material, das für ihre Herren und hohen’ Gönner, die die Zeitungen durch Zuschüsse oder durch Veröffentlichung von Reklameanzeigen usw. unterstützen, vorteilhaft ist.
So gehören zum Beispiel in den USA 20 Zeitungen, 9 Zeitschriften, eine Nachrichtenagentur und ein Pressesyndikat dem reaktionären Zeitungstrust Hearst. In den Händen einer anderen großen Vereinigung, des Scripps-Howard-Trustes, sind 19 Zeitungen konzentriert. Alle amerikanischen Zeitungen und Zeitschriften gehören den Kapitalisten. Unter solchen Bedingungen kann von einer Freiheit des gedruckten Wortes für die Werktätigen nicht die Rede sein.
Der Herausgeber der amerikanischen Zeitung Wall Street Journal erklärt offen:
‚Die Zeitung ist ein privates Unternehmen, das keinerlei Pflichten dem Publikum gegenüber hat, das seinerseits den Zeitungen keinerlei Vorrechte einräumt. Deshalb spielen die gesellschaftlichen Interessen für die Zeitung gar keine Rolle. Sie ist nur das private Eigentum ihres Herrn, der die fertige Ware auf eigene Rechnung und Gefahr verkauft.’
Es ist natürlich schwer, auch nur ein einziges wahres Wort von einer solchen Zeitung zu erwarten, die mit dem gedruckten Wort wie mit beliebiger Ware handelt.
Es ist klar, dass unter Bedingungen, unter denen die Ausbeuter über sämtliche materiellen Mittel, über Räumlichkeiten, Druckereien, Zeitungen und Papier verfügen und sich auf das auf ihrer Seite stehende Gesetz und auf eine ihre Interessen vertretende Regierung stützen, während für die werktätigen Massen direkt entgegengesetzte Bedingungen bestehen, von einer Gleichberechtigung der Bürger beim Genuss der politischen Freiheiten keine Rede sein kann.

Eine andere Lage herrscht in unserem Lande. In der Sowjetunion dient die Presse den Interessen des Volkes. In fast allen Bezirken des Landes, in allen Sprachen der Völker der UdSSR werden Zeitungen herausgegeben. Im ganzen Lande erscheinen über 7200 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von mehr als 31 Millionen Exemplaren, sowie Hunderte von Zeitschriften und Sammelwerken.
In der UdSSR kann es keine Zeitung oder Zeitschrift geben, die einer Privatperson gehört und volksfeindliche Interessen vertritt. In unserem Lande ist die Presse eine mächtige Waffe in den Händen der Werktätigen, denn sie bringt die Interessen der Arbeiter, der Bauern und der Intelligenz der Sowjetunion zum Ausdruck und verteidigt sie.
In unserem Sowjetland, im Land der sozialistischen Demokratie, machen alle Bürger der UdSSR von den politischen Freiheiten Gebrauch. Im sozialistischen Sowjetstaat werden die politischen Freiheiten durch die Verfassung, das Grundgesetz des Landes, durch die gesamte gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung garantiert. Das ist eine der größten Errungenschaften der Sowjetmacht, einer der besten Beweise des sowjetischen Demokratismus.
Die Stalinsche Verfassung garantiert den Sowjetbürgern die Unverletzlichkeit der Person, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Briefgeheimnis.
In der Verfassung der Union der SSR wird allen Bürgern die Freiheit der Ausübung religiöser Kulthandlungen sowie die Freiheit antireligiöser Propaganda zuerkannt, Bereits am 5. Februar 1918 gab die Sowjetmacht ein Dekret heraus, in dem die Freiheit des Gewissens verkündet wurde:
‚Jeder Bürger kann sich zu einer beliebigen Religion bekennen oder auch ohne jedes Religionsbekenntnis sein.'
In diesem Dekret wurden ferner die Trennung der Kirche vom Staat und die Trennung der Schule von der Kirche bestimmt. Das bedeutete, dass die Kirche nicht mehr vom Staat unterstützt wurde. Die Erteilung von Religionsunterricht in den Schulen wurde verboten. Die Geburts- und Eheschließungs- und Sterbeurkunden werden in der UdSSR von den Organen der Staatsgewalt, den Sowjets, ausgestellt. Gleichzeitig sichert das Dekret allen, die es wünschen, die freie Ausübung religiöser Kulthandlungen zu.
Eins der wichtigsten Rechte der Sowjetbürger ist das Wahlrecht, das Recht auf die Teilnahme am politischen Leben des Landes.
Das sowjetische Wahlsystem ist demokratisch im wahren Sinne des Wortes. Das Recht, Deputierte in die Organe der Staatsgewalt zu wählen, haben im Sowjetlande alle Bürger, die das Alter von 18Jahren erreicht haben, unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Rasse, Glaubenszugehörigkeit. Bildungsgrad, Ansässigkeit, sozialer Herkunft, Vermögenslage und frühere Tätigkeit. Das Prinzip des allgemeinen Wahlrechts wird in unserem Lande konsequent bis zum letzten verwirklicht.
Die Wahlen zu den Sowjets der Deputierten der Werktätigen werden in der UdSSR auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in geheimer Abstimmung vorgenommen. Im Sowjetlande sind die Wahlen wahrhaft frei, wahrhaft allgemein und wahrhaft demokratisch.
Diese Tatsache unterstreichend, führte Genosse Stalin an:
‚Zu solchen freien und wirklich demokratischen Wahlen konnte es nur kommen auf dem Boden des Sieges der sozialistischen Ordnung, nur auf der Grundlage der Tatsache, dass der Sozialismus bei uns nicht einfach aufgebaut wird, sondern bereits in das Dasein, in den Alltag des Volkes eingegangen ist.'
In den kapitalistischen Ländern existiert kein allgemeines Wahlrecht. Dort wird ein bedeutender Teil der Bevölkerung zur Teilnahme an den Wahlen nicht zugelassen, oder er kann nicht aktiv an ihnen teilnehmen. An den Wahlen zum englischen Parlament im Jahre 1945 konnten über 8 Millionen, das heißt 25 Prozent der Wähler nicht teilnehmen. Bei den letzten Kongresswahlen in den USA nahmen nur zwei Fünftel, das heißt weniger als die Hälfte aller Wähler teil. Dazu kommt es, weil auf die werktätigen Wähler alle möglichen Einschränkungen und Vorbehalte in Form eines Zensus verschiedenster Art angewandt werden: eines Vermögens-, Bildungs-, Rassen-, Nationalitäten-, Ansässigkeits-, Alterszensus usw.

In den USA haben zum Beispiel in einer Reihe von Staaten, die Neger kein Wahlrecht. Im Staate Louisiana dürfen Neger an den Wahlen nur dann teilnehmen, wenn sie nicht nur englisch sprechen, sondern auch lesen und schreiben können. Außerdem heißt es in der Verfassung dieses Staates, dass die Neger zur Teilnahme an den Wahlen berechtigt sind, wenn sie einen guten Charakter besitzen und nach dem Lesen eines beliebigen Artikels der Verfassung eine vernünftige Erklärung desselben geben können. In 29 Staaten dieses Landes haben die Soldaten und Matrosen kein Wahlrecht. In sieben Staaten dürfen die Wähler nur dann an den Wahlen teilnehmen, wenn sie in der Lage sind, eine besondere Steuer zu entrichten. In 19 Staaten sind Analphabeten und Halbanalphabeten vom Wahlrecht ausgeschlossen. Durch die vielseitigen Einschränkungen haben in den USA fast 20 Millionen Bürger, einfache Menschen, in Wirklichkeit kein Wahlrecht, obwohl die Verfassung der USA die Gleichheit aller Bürger dieses Landes verkündet.
In England haben die Armen, die Personen, die sich in den so genannten Armenhäusern befinden, kein Wahlrecht.
In einer Reihe bürgerlicher Länder haben die Frauen, die die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, kein Wahlrecht. In der Schweiz, in Belgien, Griechenland, Argentinien, Ägypten, Venezuela, Mexiko und in anderen Ländern sind die Frauen nicht wahlberechtigt. In England dürfen sie erst seit 1928 und in Frankreich seit 1928 wählen. Im Wahlgesetz Kolumbiens heißt es: Frauen und Alkoholiker sind vom Wahlrecht ausgeschlossen. Ebenso dürfen in Portugal verheiratete Frauen nicht wählen“[33].

Wir haben diese Schrift aus den Jahren nach dem Kriege deshalb so ausführlich abgedruckt, weit sie zeigt, wie bereits im Jahre 1939 das Leben der Sowjetmenschen sich verbessert hatte gegenüber den Jahren vor der Revolution, aber auch wie sehr es schon besser war als selbst nach der Revolution, vor der Industrialisierung und Kollektivierung des Landes, zwei Ereignisse, die untrennbar mit Stalins Namen verknüpft sind. Die Werktätigen der SU hatten damals Rechte und Möglichkeiten, von denen die Arbeiter anderer Länder nur träumen konnten.
Die Passage zeigt auch, selbst in den kurzen Auszügen, dass diese Entwicklung selbst durch den mörderischen Überfall der deutschen Faschisten kaum aufgehalten werden konnte, was ein eindeutiger Beweis für die unglaubliche Stärke des Sowjetsystems ist und bleibt, eine Stärke, die nur daher kommen konnte, dass die Massen unerschütterlich fest hinter dem System standen: beim Kampf gegen die Feinde im eigenen Land in den Jahren 1935 bis 1938, beim Kampf gegen die barbarische Hitler-Aggression in den Jahren 1941 bis 1945 und auch beim Wiederaufbau danach.
Angesichts dieser Tatsachen braucht es einen nicht zu wundern, wenn die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion die Verurteilung jener, die sie wieder zum Kapitalismus verdammen wollten, nicht nur begrüßten, sondern sogar forderten. Angesichts dieser Tatsachen wird auch deutlich, was es mit dem immer wieder genannten „Klima der Angst’ auf sich hatte, das in jenen Jahren geherrscht haben soll. Bei den Arbeitern und Bauern war jedenfalls keine Spur davon zu entdecken. Angst herrschte bei jenen, die heute als Zeugen gegen Stalin aufgefahren werden und die deshalb Angst hatten, weil sie nicht nur Gegner der UdSSR waren, sondern Feinde.
Was die von manchen vorgebrachten Argumente betrifft, es habe aber Fehler bei den Säuberungen gegeben, so sei dazu gesagt: nicht, was die großen Prozesse betrifft, nicht, was die Zerschlagung des „Blocks der Rechten und Trotzkisten“ betrifft. Die Zerschlagung dieses Blocks war ein Sieg des Sozialismus, der dazu führte, dass der innere Aufbau des Landes und seine Stärkung ohne Sabotage, ohne Gegenwehr organisiert werden konnte.
Wenn es Fehler gab, so waren diese dort zu suchen, wo zu schnell Menschen aus der Partei ausgeschlossen wurden oder beim Umtausch der Parteibücher ihr Buch zu Unrecht nicht wiederbekommen hatten. Und diese Fehler bemühte sich die Partei unter Stalins Führung so schnell als möglich zu korrigieren.
Auf dem 18. Parteitag der KPdSU(B) im März 1939 wird das nochmals gezeigt.

„Dank allen diesen Maßnahmen erreichte es die Partei, dass sie ihre Reihen von zufälligen, passiven, karrieristischen und direkt feindlichen Elementen säuberte und gleichzeitig eine Auslese der standhaftesten und ergebensten Menschen vollzog. Es läßt sich nicht behaupten, dass die Reinigung ohne ernsthafte Fehler durchgeführt wurde. Leider wurden mehr Fehler begangen als anzunehmen war. Es unterliegt keinem Zweifel, dass wir die Methode der Reinigung im Massenmaßstab nicht mehr anzuwenden brauchen. Doch war die Reinigung in den Jahren 1933-1936 unumgänglich und zeitigte im Wesentlichen positive Ergebnisse. Auf dem gegenwärtigen, dem 18. Parteitag, sind ungefähr 1600000 Parteimitglieder vertreten, das heißt um 270000 Parteimitglieder weniger als auf dem 17. Parteitag. Daran ist jedoch nichts Schlimmes“[34].

Nichts Schlimmes daran, weil die Partei für die Prüfungen, die bald auf das ganze Land zukommen würden, jetzt besser denn je gerüstet war. So wurde auf dem Parteitag auch das Statut der Partei entsprechend geändert und diese Periode des Kampfes abgeschlossen.

Wir meinen, wie alle Kommunisten von jeher, dass diese Prozesse nicht nur von den Kommunisten verteidigt werden müssen. Wir meinen, dass es so sein muss, wie es damals in den dreißiger Jahren auch war, dass auch jene Demokraten, die gegen die Kommunisten Einwände haben, diese Prozesse verteidigen müssen.

Sie waren nicht terroristisch, sondern beseitigten den Terror, sicherten dem Land Sicherheit und kontinuierlichen Aufbau - das war ihr Ergebnis.

Deshalb werden sie so sehr verleumdet.

Wir drucken im folgenden ein Gespräch ab, das J.W. Stalin am 23. 7.1934 mit dem englischen Schriftsteller H.G. Wells führte, in dem es eben um Fragen der gewaltsamen Revolution und ähnliches geht. Wir tun dies, damit der Leser einen Eindruck von Stalins Art zu diskutieren bekommt, und damit die Argumente Stalins selbst bekannt sind.

Anhang

Unterredung mit dem englischen Schriftsteller H.G. Wells

23. Juli 1934

Wells: Ich bin Ihnen sehr zu Dank verbunden, Mr. Stalin, dass Sie mir Gelegenheit zu einem Gespräch mit Ihnen geben. Vor kurzem war ich in den Vereinigten Staaten. Ich hatte eine lange Unterredung mit Präsident Roosevelt und habe dabei versucht herauszufinden, von welchen Vorstellungen er sich leiten läßt. Nun komme ich zu Ihnen, um Sie zu fragen, was Sie tun, um die Welt zu verändern.
Stalin: Nicht gar so viel.
Wells: Ich reise als einfacher Mann durch die Welt, und als einfacher Mann beobachte ich, was um mich her geschieht.
Stalin: Männer des öffentlichen Lebens von Ihrer Bedeutung sind keine „einfachen Leute". Natürlich spricht allein die Geschichte das endgültige Urteil darüber, welche Bedeutung dieser oder jener Mann tatsächlich gehabt hat; jedenfalls aber betrachten Sie die Welt nicht mit den Augen des „einfachen Mannes".
Wells: Ich heuchle keine Bescheidenheit. Was ich sagen will, ist, dass ich die Welt durch die Augen des einfachen Mannes zu sehen versuche und nicht durch die eines Parteipolitikers oder eines hohen Verwaltungsbeamten. Mein Besuch in den Vereinigten Staaten hat mir manchen Denkanstoß gegeben. Die alte Finanzwelt dort bricht zusammen; das Wirtschaftsleben des Landes wird nach neuen Prinzipien reorganisiert. Lenin hat gesagt: „Wir müssen lernen, unser Geschäft zu führen, müssen von den Kapitalisten lernen." Heute haben die Kapitalisten von Ihnen zu lernen und müssen sich den Geist des Sozialismus zu Eigen machen. Mir scheint, dass sich die Vereinigten Staaten in einem tief greifenden Prozess der Reorganisation befinden, dass eine Planwirtschaft, eine sozialistische Wirtschaft im Entstehen ist. Sie und Roosevelt haben verschiedene Ausgangspositionen. Aber gibt es nicht doch Berührungspunkte zwischen dem, was man in Washington, und dem, was man in Moskau denkt, sind Ideen und Bedürfnisse nicht miteinander verwandt? In Washington fiel mir das gleiche auf wie nun auch hier; man errichtet Dienststellen, man schafft eine Reihe von neuen staatlichen Regulierungsorganen, man organisiert den seit langem erforderlichen Staatsdienst. Das, was man benötigt, ist dort wie hier die Möglichkeit, steuernd einzugreifen.
Sta1in: Die Vereinigten Staaten verfolgen ein anderes Ziel als wir in der UdSSR. Das Ziel, das die Amerikaner verfolgen, hat sich aus den ökonomischen Problemen, aus der Wirtschaftskrise ergeben. Die Amerikaner möchten mit privatkapitalistischen Maßnahmen und ohne Änderung der ökonomischen Basis einen Weg aus der Krise finden. Sie versuchen den Schaden, die Verluste, die aus dem bestehenden Wirtschaftssystem erwachsen sind, auf ein Minimum zu beschränken. Bei uns dagegen ist, wie Sie wissen, die alte ökonomische Basis beseitigt und an ihrer Stelle eine völlig andere, eine neue ökonomische Basis geschaffen worden. Selbst wenn die Amerikaner, auf die Sie anspielen, ihr Ziel teilweise erreichen, d. h., wenn es ihnen gelingt, diese Verluste auf ein Minimum zu beschränken, werden sie nicht die Wurzeln der dem kapitalistischen System innewohnenden Anarchie beseitigen. Sie schützen das Wirtschaftssystem, das zwangsläufig, das unausweichlich Anarchie der Produktion hervorbringt. Es geht ihnen also nicht um eine Reorganisation der Gesellschaft, nicht darum, das alte Gesellschaftssystem, aus dem Anarchie und Krisen entstehen, abzuschaffen, sondern höchstens um die Eindämmung bestimmter Nachteile, um die Eindämmung bestimmter Auswüchse. Subjektiv sind diese Amerikaner vielleicht der Meinung, dass sie die Gesellschaft reorganisieren; objektiv jedoch schützen sie die bestehende Basis der Gesellschaft. Deshalb

wird es objektiv keine Reorganisation der Gesellschaft geben. Und genauso wenig eine Planwirtschaft. Was ist Planwirtschaft? Sehen wir uns einige ihrer Eigenschaften an! Planwirtschaft zielt darauf ab, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Nehmen wir an, dass es unter Beibehaltung des kapitalistischen Systems möglich wäre, die Arbeitslosigkeit auf ein bestimmtes Minimum zu beschränken. Mit Sicherheit würde aber kein Kapitalist die völlige Abschaffung der Arbeitslosigkeit gutheißen, die Abschaffung der Reservearmee von Arbeitslosen, die Druck auf den Arbeitsmarkt ausüben soll und ein Reservoir von billigen Arbeitskräften bildet. Da haben Sie einen der Widersprüche in der „Planwirtschaft" der bürgerlichen Gesellschaft. Weiter! Planwirtschaft bedeutet Ankurbelung der Produktion in jenen Industriezweigen, deren Güter für die Masse des Volkes besonders wichtig sind. Aber Sie wissen, dass die Ausweitung der Produktion im Kapitalismus sich nach ganz anderen Regeln vollzieht, dass das Kapital in diejenigen Wirtschaftsbranchen fließt, in denen die Profitrate am höchsten ist. Sie werden niemals einen Kapitalisten dazu bringen, dass er sich selbst Verluste zufügt und sich mit einer niedrigeren Profitrate zufrieden gibt, um die Bedürfnisse des Volkes zu erfüllen. Ohne dass die Kapitalisten verschwinden, ohne dass das Prinzip des Privateigentums an den Produktionsmitteln aufgehoben wird, ist es unmöglich, eine Planwirtschaft aufzubauen.

Wells: Ich stimme Ihnen in vielem zu. Ich möchte jedoch hervorheben, dass dann, wenn sich ein Land als Ganzes für das Prinzip der Planwirtschaft entscheidet, wenn die Regierung allmählich, Schritt für Schritt dieses Prinzip konsequent durchzusetzen beginnt, die Finanzoligarchie schließlich verschwunden und der Sozialismus, in der angelsächsischen Bedeutung des Wortes, erreicht sein wird. Die Wirkung, die von Roosevelts „New-Deal"-Ideen ausgeht, ist außerordentlich stark, und für mich sind dies sozialistische Ideen. Es scheint mir, dass wir den Gegensatz zwischen den beiden Welten nicht betonen, sondern stattdessen danach streben sollten, eine gemeinsame Sprache für alle konstruktiven Kräfte zu finden.

Stalin: Wenn ich von der Unmöglichkeit spreche, die Prinzipien der Planwirtschaft unter Beibehaltung der ökonomischen Basis des Kapitalismus zu verwirklichen, dann will ich damit nicht im geringsten die außergewöhnlichen persönlichen Fähigkeiten Roosevelts herabsetzen, seine Initiative, seinen Mut und seine Entschlusskraft. Unzweifelhaft ist Roosevelt unter allen Führern der kapitalistischen Welt von heute eine der stärksten und hervorstechendsten Erscheinungen. Ich möchte deswegen noch einmal betonen, dass meine Überzeugung, dass Planwirtschaft unter kapitalistischen Bedingungen unmöglich ist, nicht bedeutet, dass ich die persönlichen Fähigkeiten, die Begabung und den Mut von Präsident Roosevelt in Zweifel ziehe. Aber wenn die Umstände es nicht erlauben, kann auch der talentierteste Führer das Ziel, von dem Sie sprechen, nicht erreichen. Rein theoretisch ist natürlich die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, sich unter den Bedingungen des Kapitalismus allmählich, stufenweise dem Ziel anzunähern, das Sie „Sozialismus im angelsächsischen Sinne des Wortes" nennen. Aber was wird das für ein Sozialismus sein? Höchstens würde er bis zu einem gewissen Grad die unverschämtesten Einzelvertreter des Kapitals in die Schranken weisen und das Prinzip der Steuerung der Nationalökonomie in einem etwas weiter gesteckten Bereich anwenden. Alles schön und gut. Aber sowie Roosevelt, oder irgendein anderer Führer der bürgerlichen Welt von heute, darüber hinaus geht und die Grundlagen des Kapitalismus ernstlich angreift, wird er unweigerlich völligen Schiffbruch erleiden. Die Banken, die Industrie, die großen Unternehmen, die großen Farmen gehören nicht Roosevelt. Sie sind ausnahmslos Privateigentum. Die Eisenbahn, die Handelsflotte, dies alles ist in der Hand von Privateigentümern. Und schließlich steht auch das Heer der Facharbeiter, der Ingenieure, der Techniker nicht unter Roosevelts Kommando, sondern unter dem Kommando von Privateigentümern; allesamt arbeiten diese Menschen für Privateigentümer. Wir dürfen auch nicht die Funktion des Staates in der bürgerlichen Welt vergessen. Der Staat ist eine Institution, die die Verteidigung des Landes organisiert und die „Ordnung" aufrechterhält; er ist eine Maschine zum Steuereintreiben. Der kapitalistische Staat hat nicht viel mit Ökonomie

im eigentlichen Sinne des Wortes zu tun; letztere befindet sich nicht in den Händen des Staates. Im Gegenteil, der Staat ist in den Händen der kapitalistischen Ökonomie. Eben deshalb wird Roosevelt trotz all seiner Energie, fürchte ich, das von Ihnen angesprochene Ziel nicht erreichen, immer vorausgesetzt, dass er ein solches Ziel überhaupt verfolgt. Vielleicht wird es in einigen Generationen möglich sein, diesem Ziel etwas näher zu kommen; ich persönlich glaube jedoch, dass nicht einmal das sehr wahrscheinlich ist.

Wells: Vielleicht glaube ich stärker an eine ökonomische Interpretation von Politik als Sie. Die Erfindungen und die moderne Wissenschaft haben starke Kräfte hervorgebracht, die eine bessere Organisation, ein besseres Funktionieren der Gesellschaft, d. h. den Sozialismus, erstreben. Organisation und Regulation der Einzeltätigkeit sind, über alle gesellschaftlichen Theorien hinweg, zu mechanischen Notwendigkeiten geworden. Wenn wir mit der Staatskontrolle über die Banken beginnen und als nächstes die Kontrolle auf die Schwerindustrie ausdehnen, dann auf die Industrie insgesamt, den Handel etc., so wird diese allumfassende Kontrolle gleichbedeutend sein mit dem staatlichen Eigentum aller Branchen der Nationalökonomie. Dies wird der Prozess der Sozialisierung sein. Sozialismus und Individualismus sind keine Gegensätze wie Schwarz und Weiß. Es gibt viele Abstufungen. Es gibt einen Individualismus, der an Räuberei grenzt, und es gibt eine Disziplin und eine Organisation, die gleichbedeutend sind mit Sozialismus. Die Einführung der Planwirtschaft hängt zu einem Großteil von den Organisatoren der Ökonomie, von der ausgebildeten technischen Intelligenz ab, die nach und nach für die sozialistischen Prinzipien der Organisation gewonnen werden kann. Und das ist das, worauf es ankommt. Denn Organisation kommt vor Sozialismus. Sie ist der wichtigere Faktor. Ohne Organisation bleibt die Idee des Sozialismus eine bloße Idee.

Stalin: Zwischen dem einzelnen und dem Kollektiv, zwischen den Interessen des Individuums und denen der Gemeinschaft bestehen keine unvereinbaren Gegensätze, oder zumindest sollten sie nicht bestehen. Sie sollten deswegen nicht bestehen, weil der Kollektivismus, der Sozialismus die individuellen Interessen nicht leugnet, sondern sie vielmehr mit den Interessen des Kollektivs vereinigt. Der Sozialismus kann nicht von den individuellen Interessen abstrahieren. Allein die sozialistische Gesellschaft kann diese persönlichen Interessen maximal befriedigen. Mehr noch: Allein die sozialistische Gesellschaft kann entschieden für die Interessen des einzelnen eintreten. In diesem Sinne gibt es keine unvereinbaren Gegensätze zwischen „Individualismus“ und Sozialismus. Aber können wir die Gegensätze zwischen den Klassen leugnen, zwischen der besitzenden Klasse, der Kapitalistenklasse, und der arbeitenden Klasse, dem Proletariat? Auf der einen Seite haben wir die besitzende Klasse, der die Banken, die Fabriken, die Minen, das Transportwesen, die Plantagen in den Kolonien gehören. Diese Leute sehen nichts als ihr eigenes Interesse, sie wollen Profite. Sie unterwerfen sich nicht dem Willen des Kollektivs; sie trachten danach, jedes Kollektiv unter ihren Willen zu zwingen. Auf der anderen Seite haben wir die Klasse der Armen, die ausgebeutete Klasse, der weder Fabriken noch Betriebe noch Banken gehören, die, um leben zu können, gezwungen ist, ihre Arbeitskraft den Kapitalisten zu verkaufen, und der die Möglichkeit fehlt, ihre elementarsten Bedürfnisse zu befriedigen. Wie sollen so gegensätzliche Interessen und Bestrebungen miteinander in Einklang gebracht werden? Meines Wissens ist es Roosevelt nicht gelungen, den Weg zur Versöhnung dieser Interessen zu finden. Dies ist auch unmöglich, wie die Erfahrung lehrt. Natürlich kennen Sie die Situation in den Vereinigten Staaten besser als ich, denn ich bin nie dort gewesen und informiere mich über die amerikanischen Verhältnisse hauptsächlich aus der Literatur. Aber ich habe einige Erfahrung im Kampf für den Sozialismus, und diese Erfahrung sagt mir, dass Roosevelt, sollte er tatsächlich den Versuch machen, den Interessen der Arbeiterklasse auf Kosten der Kapitalistenklasse zu dienen, von dieser Kapitalisten-klasse durch einen anderen Präsidenten ersetzt werden wird. Die Kapitalisten werden sagen: Präsidenten kommen und gehen, wir aber gehen nicht; wenn dieser oder jener Präsident unsere Interessen nicht vertritt,

werden wir uns einen anderen suchen. Was kann der Präsident dem Willen der Kapitalistenklasse schon entgegensetzen?

Wells: Ich wehre mich gegen diese vereinfachte Unterteilung der Menschheit in arm und reich. Natürlich gibt es eine Kategorie von Leuten, die nur dem eigenen Profit nachjagen. Aber werden diese Leute nicht im Westen genau wie hier als Plage angesehen? Gibt es im Westen nicht viele Leute, für die der Profit kein Selbstzweck ist, die über bestimmte Geldmittel verfügen, die investieren wollen und aus diesen Investitionen ihr Auskommen bestreiten möchten, ohne dass sie dies als ihr Hauptziel ansehen würden? Sie sehen in Investitionen eine lästige Notwendigkeit. Gibt es nicht viele fähige und pflichtbewusste Ingenieure, Organisatoren der Wirtschaft, die den Ansporn zu ihrer Tätigkeit in etwas anderem als im Profit finden? Meines Erachtens gibt es eine zahlenmäßig starke Klasse von fähigen Leuten, die zugeben, dass das gegenwärtige System unbefriedigend ist, und die in der kapitalistischen Gesellschaft der Zukunft noch eine bedeutende Rolle spielen werden. Während der letzten Jahre habe ich mich stark dafür eingesetzt, habe ich viel über die Notwendigkeit nachgedacht, Propaganda für den Sozialismus und Kosmopolitismus in weiten Kreisen der Ingenieure, der Flieger, der militärisch-technischen Angestellten etc. zu treiben. Es ist sinnlos, an diese Kreise mit einer zweispurigen Klassenkrieg-Propaganda herantreten zu wollen. Diese Leute begreifen, in welchem Zustand die Welt ist. Sie begreifen, dass sie ein verfluchtes Durcheinander ist, aber sie halten Ihren einfachen Klassenkrieg-Antagonismus für unsinnig.

Stalin: Sie wenden sich gegen die vereinfachte Unterteilung der Menschheit in arm und reich. Natürlich gibt es eine Mittelschicht; es gibt die technische Intelligenz, die Sie angesprochen haben, und es gibt sehr gute und sehr redliche Menschen in ihr. Es gibt in ihr auch unredliche und schlechte Menschen. Sie finden hier überhaupt alle Arten von Menschen. Aber zuallererst zerfällt die Menschheit in reich und arm, in Besitzende und Ausgebeutete, und von dieser grundlegenden Zweiteilung absehen, heißt, von der grundlegenden Tatsache absehen. Ich bestreite nicht die Existenz von Zwischen-, von Mittelschichten, die sich entweder auf die eine oder die andere Seite dieser beiden kämpfenden Klassen schlagen oder aber in diesem Kampf eine neutrale oder halbneutrale Position beziehen. Aber ich wiederhole, von dieser grundlegenden Zweiteilung der Gesellschaft und dem grundlegenden Kampf zwischen den beiden Hauptklassen absehen, heißt, die Augen vor den Tatsachen verschließen. Dieser Kampf ist im Gang, und er wird weitergehen. Wie der Kampf enden wird, hängt vom Proletariat, von der Arbeiterklasse ab.

Wells: Aber gibt es nicht viele Leute, die nicht arm sind und doch arbeiten, produktiv arbeiten?

Stalin: Natürlich gibt es kleine Landbesitzer, Handwerker, kleine Händler; aber das Schicksal eines Landes hängt nicht von diesen Menschen ab, sondern von den arbeitenden Massen, die alles das produzieren, was die Gesellschaft braucht.

Wells: Aber es gibt doch sehr verschiedene Arten von Kapitalisten. Es gibt Kapitalisten, die nur an den Profit denken, nur daran denken, reich zu werden; aber es gibt auch solche, die bereit sind, Opfer zu bringen. Nehmen Sie z. B. den alten Morgan. Er dachte nur an den Profit; er war einfach ein Parasit der Gesellschaft; er häufte nur Besitz an. Doch nehmen Sie Rockefeller. Er ist ein glänzender Organisator; er hat vorbildlich demonstriert, wie man die Ölförderung organisiert. Oder nehmen Sie Ford. Natürlich ist Ford auf seinen eigenen Nutzen aus. Aber ist er nicht auch ein passionierter Organisator der Rationalisierung in der Produktion von dem Sie lernen? Ich möchte darauf hinweisen, dass sich in letzter Zeit in der Einstellung der englischsprachigen Länder zur UdSSR ein wichtiger Wandel vollzogen hat. Der Grund dafür ist erstens in der Position Japans und in den Ereignissen in Deutschland zu suchen. Aber es gibt daneben noch andere Gründe, die nicht aus der internationalen Politik erwachsen. Es gibt einen tieferen Grund, den nämlich, dass viele Leute die Tatsache erkennen, dass das auf dem Privatprofit basierende System zusammenbricht. Unter diesen

Umständen dürfen wir, wie mir scheint, nicht den Antagonismus zwischen den beiden Welten in den Vordergrund stellen, sondern sollten uns bemühen, alle konstruktiven Strömungen, alle konstruktiven Kräfte, soweit eben möglich, auf einer Linie zu vereinen. Ich habe den Eindruck, dass ich weiter links stehe als Sie, Mr. Stalin, ich glaube, das alte System ist seinem Ende näher als Sie glauben.
Stalin: Wenn ich von Kapitalisten spreche, die nur auf Profit, nur auf Reichtum aus sind, will ich damit nicht sagen, dass diese Leute nicht das Geringste wert sind und zu sonst nichts taugen. Viele von ihnen verfügen zweifelsohne über große organisatorische Fähigkeiten, die ich nicht im Traume bestreiten würde. Wir Sowjetmenschen lernen nicht wenig von den Kapitalisten. Und Morgan, den Sie so unvorteilhaft charakterisieren, war unzweifelhaft ein guter, fähiger Organisator. Aber wenn Sie von Leuten sprechen, die willens sind, eine neue Welt zu schaffen, dann werden Sie sie allerdings nicht in den Reihen derer finden, die getreu der Sache des Profits dienen. Wir und sie stehen an zwei entgegengesetzten Polen. Sie haben Ford erwähnt. Natürlich ist er ein fähiger Organisator der Produktion. Aber kennen Sie nicht seine Einstellung zur Arbeiterklasse? Wissen Sie nicht, wie viele Arbeiter er auf die Straße wirft? Der Kapitalist ist an den Profit gekettet, und keine Macht der Welt kann ihn davon losreißen. Der Kapitalismus wird nicht durch Organisatoren der Produktion, nicht durch die technische Intelligenz beseitigt, sondern durch die Arbeiterklasse, weil die ebenerwähnten Schichten keine selbständige Rolle spielen. Der Ingenieur, der Organisator der Produktion arbeitet nicht so, wie er möchte, sondern so, wie er soll, er arbeitet in einer Weise, die den Interessen seines Arbeitgebers dient. Natürlich gibt es Ausnahmen; es gibt Menschen in dieser Schicht, die aus dem Rausch des Kapitalismus erwacht sind. Die technische Intelligenz kann unter bestimmten Bedingungen Wunder vollbringen und der Menschheit große Dienste erweisen. Aber sie kann auch großen Schaden anrichten. Wir Sowjetmenschen haben nicht wenige Erfahrungen mit der technischen Intelligenz. Nach der Oktoberrevolution weigerte sich ein bestimmter Teil der technischen Intelligenz, am Aufbau der neuen Gesellschaft mitzuarbeiten; er widersetzte sich dieser Aufbauarbeit und sabotierte sie. Wir taten alles, was in unseren Kräften stand, um die technische Intelligenz in diese Aufbauarbeit einzubeziehen; wir versuchten es so und so. Es verging viel Zeit, ehe unsere ausgebildete Intelligenz sich bereit fand, das neue System aktiv zu unterstützen. Heute steht der beste Teil dieser technischen Intelligenz in der vordersten Reihe derer, die die sozialistische Gesellschaft aufbauen. Ausgehend von diesen Erfahrungen sind wir weit davon entfernt, die guten wie die schlechten Seiten der technischen Intelligenz zu unterschätzen; wir wissen, dass sie auf der einen Seite Schaden anrichten, auf der anderen Seite „Wunder“ vollbringen kann. Natürlich stünden die Dinge anders, wenn es möglich wäre, die technische Intelligenz mit einem Schlag der kapitalistischen Welt zu entreißen. Aber das ist Utopie. Gibt es unter der technischen Intelligenz viele, die es wagen würden, mit der bürgerlichen Welt zu brechen und sich für die Errichtung einer neuen Gesellschaft einzusetzen? Glauben Sie, dass es viele solcher Menschen, sagen wir in England oder in Frankreich, gibt? Nein, es sind nur wenige, die bereit wären, sich von ihren Arbeitgebern zu trennen und mit dem Aufbau einer neuen Welt zu beginnen. Außerdem, dürfen wir die Tatsache außer acht lassen, dass man, um die Welt zu verändern, im Besitz der politischen Macht sein muss? Es scheint mir, Mr. Wells, dass Sie die Frage der politischen Macht sehr unterschätzen, dass diese Frage in Ihrer Konzeption überhaupt nicht berücksichtigt ist. Was können diese Menschen auch mit den besten Absichten in der Welt tun, wenn sie nicht in der Lage sind, die Machtfrage zu stellen und selbst nicht im Besitz der Macht sind? Im besten Falle können sie die Klasse, die die Macht ergreift, unterstützen, aber sie können die Welt nicht aus eigener Kraft verändern. Dies kann nur eine große Klasse, die an die Stelle der Kapitalistenklasse tritt und statt ihrer zum souveränen Herrscher wird. Diese Klasse ist die Arbeiterklasse. Natürlich muss man die Hilfe der technischen Intelligenz annehmen; und umgekehrt, muss man ihr helfen. Aber man darf nicht glauben, dass die technische Intelligenz eine selbständige historische Rolle zu spielen

vermag. Die Umgestaltung der Welt ist ein großer, komplizierter und mühevoller Prozess. Diese große Aufgabe erfordert eine große Klasse. Nur große Schiffe gehen auf lange Reisen.
Wells: Ja, aber um auf eine lange Reise zu gehen, braucht man einen Kapitän und einen Steuermann.
Stalin: Das ist richtig, aber das erste, was man für eine lange Reise braucht, ist ein großes Schiff. Was ist ein Steuermann ohne Schiff? Nichts.
Wells: Das große Schiff ist die Menschheit, nicht eine Klasse.
Stalin: Sie, Mr. Wells, gehen offenbar von der Annahme aus, dass alle Menschen gut sind. Ich dagegen vergesse nicht, dass es auch viele schlechte Menschen gibt. Ich glaube nicht an die Tugend der Bourgeoisie.
Wells: Ich erinnere mich an die Situation der Intelligenz vor einigen Jahrzehnten. Damals war die technische Intelligenz zahlenmäßig klein, aber es gab viel zu tun, und jeder Ingenieur hatte, technisch und intellektuell, seine Chance. Deshalb war die technische Intelligenz die am wenigsten revolutionäre Klasse. Heute dagegen gibt es technische Intellektuelle im Überfluss, und ihre Mentalität hat sich sehr deutlich gewandelt. Der Mann mit Fachausbildung, der früher niemals auf revolutionäre Reden gehört hätte, interessiert sich nun sehr dafür. Kürzlich war ich zum Dinner bei der Royal Society, unserer großen englischen wissenschaftlichen Gesellschaft. Die Ansprache des Präsidenten war ein Plädoyer für soziale Planung und wissenschaftliche Kontrolle. Heute vertritt der Mann an der Spitze der Royal Society revolutionäre Ansichten und dringt auf wissenschaftliche Reorganisation der menschlichen Gesellschaft. Ihre Klassenkrieg-Propaganda hat mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten. Das Denken der Menschen verändert sich.
Stalin: Ich weiß, ja, und die Erklärung dafür ist in der Tatsache zu suchen, dass die kapitalistische Gesellschaft sich in einer Sackgasse befindet. Die Kapitalisten suchen einen Ausweg aus dieser Sackgasse, der mit dem Ansehen dieser Klasse, mit den Interessen dieser Klasse vereinbar wäre, finden ihn aber nicht. Sie könnten ein Stück weit auf allen Vieren aus der Krise heraus kriechen, aber sie können keinen Ausweg finden, der es ihnen ermöglichte, erhobenen Hauptes heraus zu schreiten, einen Weg, der nicht grundlegend gegen die Interessen des Kapitalismus verstoßen würde. Dies wird natürlich in weiten Kreisen der technischen Intelligenz begriffen. Ein großer Teil dieser Menschen beginnt die Interessengemeinschaft mit der Klasse zu begreifen, die fähig ist, den Weg aus der Sackgasse zu weisen.
Wells: Wenn jemand etwas von der Revolution, von der praktischen Seite der Revolution versteht, Mr. Stalin, dann sind Sie es. Erheben sich die Massen jemals? Ist es nicht eine unbestreitbare Wahrheit, dass alle Revolutionen von einer Minderheit gemacht werden?
Stalin: Um eine Revolution zu machen, ist eine führende revolutionäre Minderheit nötig; aber die begabteste, ergebenste und tatkräftigste Minderheit wäre hilflos, wenn sie nicht auf die zumindest passive Unterstützung von Millionen bauen könnte.
Wells: Zumindest passiv? Vielleicht unterbewusst?
Stalin: Teilweise auch die halbinstinktive und halbbewusste Unterstützung, aber ohne die Unterstützung von Millionen ist auch die beste Minderheit ohnmächtig.
Wells: Wenn ich die kommunistische Propaganda im Westen beobachte, habe ich den Eindruck, dass diese Propaganda angesichts der heutigen Verhältnisse sehr überholt klingt, weil es Aufstands-Propaganda ist. Propaganda für den gewaltsamen Sturz des Gesellschaftssystems war gut und richtig, solange sie gegen eine Tyrannei gerichtet war. Aber unter den heutigen Verhältnissen, wo das System ohnehin zusammenbricht, sollte man das Gewicht auf Leistung, auf Effektivität, auf Produktivität und nicht auf Aufstand legen. Ich finde, der Aufstands Ton ist ein falscher Ton. Die kommunistische Propaganda im Westen ist ein Ärgernis für konstruktiv denkende Menschen.
Stalin: Natürlich bricht das alte System zusammen und verfault. Ganz richtig. Aber richtig ist auch, dass neue Anstrengungen unternommen werden, mit anderen Methoden, mit allen

Mitteln dieses sterbende System zu schützen, es zu retten. Sie ziehen einen falschen Schluss aus einer richtigen Voraussetzung. Sie stellen zu Recht fest, dass die alte Welt zusammenbricht. Aber Sie irren, wenn Sie glauben, dass sie von selbst zusammenbricht. Nein, die Ablösung eines Gesellschaftssystems durch ein anderes ist ein komplizierter und langwieriger revolutionärer Prozess. Es ist nicht einfach ein spontaner Prozess, sondern ein Kampf; es ist ein Prozess, der sich im Zusammenstoß der Klassen vollzieht. Der Kapitalismus verfault, aber man kann ihn nicht einfach mit einem Baum vergleichen, der so morsch ist, dass er von selbst zu Boden stürzen muss. Nein, die Revolution, die Ablösung eines Gesellschaftssystems durch ein anderes, ist immer ein Kampf gewesen, ein mühsamer und ein grausamer Kampf, ein Kampf auf Leben und Tod. Und jedes Mal, wenn die Menschen der neuen Welt an die Macht kamen, mussten sie sich der Versuche der alten Welt erwehren, die alte Ordnung gewaltsam wiederherzustellen; diese Menschen der neuen Welt mussten stets auf der Hut sein, stets bereit sein, die Angriffe der alten Welt auf das neue System zurückzuschlagen. Ja, Sie haben Recht, wenn Sie sagen, dass das alte Gesellschaftssystem zusammenbricht; aber es bricht nicht von selbst zusammen. Nehmen Sie z. B. den Faschismus. Der Faschismus ist eine reaktionäre Kraft, die unter Anwendung von Gewalt die alte Welt zu erhalten sucht. Was wollen Sie mit den Faschisten machen? Mit ihnen diskutieren? Sie zu überzeugen versuchen? Aber damit erreichen Sie bei ihnen nicht das Geringste. Die Kommunisten verherrlichen keineswegs die Anwendung von Gewalt. Aber sie, die Kommunisten, sind nicht willens, sich überrumpeln zu lassen, sie können sich nicht darauf verlassen, dass die alte Welt freiwillig von der Bühne abtritt, sie sehen, dass das alte System sich gewaltsam verteidigt, und deshalb sagen die Kommunisten der Arbeiterklasse: Beantwortet Gewalt mit Gewalt, tut alles, was in Euren Kräften steht, um zu verhindern, dass die alte, sterbende Ordnung Euch zermalmt, lasst nicht zu, dass sie Fesseln um Eure Hände legt, um die Hände, mit denen Ihr das alte System niederreißen werdet! Sie sehen also, die Kommunisten betrachten die Ablösung eines Gesellschaftssystems durch ein anderes nicht einfach als einen spontanen und friedlichen Prozess, sondern als einen komplizierten, langwierigen und gewaltsamen Prozess. Die Kommunisten können die Augen nicht vor den Tatsachen verschließen.

Wells: Aber sehen Sie doch, was sich heute in der kapitalistischen Welt abspielt. Dies ist nicht einfach ein Zusammenbruch, es ist ein Ausbruch von reaktionärer Gewalt, die zum Gangstertum herabsinkt. Und in meinen Augen können Sozialisten, wenn es zu einem Konflikt mit reaktionärer und unintelligenter Gewalt kommt, das Gesetz anrufen, und statt die Polizei als Feind zu betrachten, sollten sie sie im Kampf gegen die Reaktionäre unterstützen. Ich glaube, es ist sinnlos, mit den Methoden des alten, starren Aufstands-Sozialismus zu operieren.

Stalin: Die Kommunisten stützen sich auf reiche historische Erfahrungen; diese Erfahrungen lehren, dass eine verbrauchte Klasse nicht freiwillig von der Bühne der Geschichte abtritt. Denken Sie an die Geschichte Englands im 17. Jahrhundert. Sagten damals nicht viele, dass das alte Gesellschaftssystem verfault sei? Aber war nicht trotzdem ein Cromwell nötig, um es gewaltsam zu zerschmettern?

Wells: Cromwell operierte auf dem Boden der Verfassung und im Namen der verfassungsmäßigen Ordnung.

Stalin: Im Namen der Verfassung wendete er Gewalt an, ließ er den König hinrichten, trieb er das Parlament auseinander, ließ er Leute ins Gefängnis werfen oder enthaupten! Oder nehmen Sie ein Beispiel aus der Geschichte meines Landes. War es nicht längst klar, dass das zaristische System verfaulte, zusammenbrach? Aber wie viel Blut musste noch vergossen werden, um es zu stürzen? Und die Oktoberrevolution? Gab es nicht viele, denen klar war, dass allein wir, die Bolschewiki, den einzig richtigen Ausweg wiesen? War es nicht klar, dass der russische Kapitalismus verfault war? Aber Sie wissen, wie groß der Widerstand war, wie viel Blut vergossen werden musste, um die Oktoberrevolution gegen alle ihre Feinde, im

Innern und im Ausland, zu verteidigen. Oder nehmen Sie Frankreich Ende des 18. Jahrhunderts. Lange vor 1789 war es klar, wie verfault die Macht des Königs, wie verfault das feudale System war. Dennoch konnte es nicht ohne einen Volksaufstand, einen Zusammenstoß der Klassen abgehen. Warum? Weil jene Klassen, die von der Bühne der Geschichte abzutreten haben, die letzten sind, die daran glauben wollen, dass ihr Spiel aus ist. Es ist unmöglich, sie davon zu überzeugen. Sie glauben, dass die Risse im faulenden Gefüge der alten Ordnung ausgebessert werden können, dass das wankende Gefüge der alten Ordnung instand gesetzt und gerettet werden kann. Eben deshalb greifen die untergehenden Klassen zu den Waffen und setzen jedes Mittel ein, um sich als herrschende Klasse zu halten.
Wells: Aber standen an der Spitze der großen Französischen Revolution nicht einige Rechtsanwälte?
Stalin: Es liegt mir fern, die Rolle der Intelligenz in revolutionären Bewegungen schmälern zu wollen. Aber war die große Französische Revolution eine Rechtsanwalts-Revolution oder eine Volksrevolution, die den Sieg errang, indem sie breite Volksmassen zum Kampf gegen den Feudalismus mobilisierte und die Interessen des Dritten Standes verfocht? Und handelten die Rechtsanwälte unter den Führern der großen Französischen Revolution in Übereinstimmung mit den Gesetzen der alten Ordnung? Führten sie nicht ein neues, bürgerlich-revolutionäres Recht ein? Reiche historische Erfahrungen lehren, dass bis heute keine einzige Klasse freiwillig einer anderen Klasse Platz gemacht hat. Es gibt dafür keinen Präzedenzfall in der Geschichte. Die Kommunisten haben diese historische Lektion gelernt. Die Kommunisten würden es begrüßen, wenn die Bourgeoisie freiwillig abträte. Aber eine solche Wendung der Dinge ist, wie wir aus Erfahrung wissen, unwahrscheinlich. Deshalb sind die Kommunisten auf das Schlimmste gefasst und rufen die Arbeiterklasse auf, wachsam und kampfbereit zu sein. Was ist ein Führer wert, der die Wachsamkeit seiner Armee einschläfert, ein Führer, der nicht begreift, dass der Feind nicht kapitulieren wird, dass er vernichtet werden muss? Wer als Führer so handelt, der betrügt, der verrät die Arbeiterklasse. Das ist der Grund, warum ich der Meinung bin, dass das, was Ihnen überholt zu sein scheint, für die Arbeiterklasse in Wirklichkeit ein Maßstab für revolutionäres Handeln ist.
Wells: Ich bestreite nicht, dass Gewalt angewendet werden muss, aber ich bin der Meinung, dass die Formen des Kampfes, so gut es eben geht, auf die Möglichkeiten abgestimmt sein sollten, die die bestehenden und gegen reaktionäre Angriffe zu verteidigenden Gesetze bieten. Es besteht keine Notwendigkeit, das alte System zu desorganisieren, weil es sich, so wie die Dinge liegen, schon von allein desorganisiert. Deshalb erscheint mir der Aufstand gegen die alte Ordnung, gegen das Gesetz veraltet und überholt. Ich übertreibe, nebenbei gesagt, bewusst, damit die Wahrheit deutlicher sichtbar wird. Ich kann meinen Standpunkt folgenderweise formulieren: Erstens, ich bin für Ordnung; zweitens, ich greife das bestehende System an, insofern es keine Ordnung gewährleisten kann; drittens, ich fürchte, dass Klassenkrieg-Propaganda gerade diejenigen gebildeten Menschen vom Sozialismus abschreckt, die der Sozialismus braucht.
Stalin: Will man ein großes Ziel erreichen, ein wichtiges gesellschaftliches Ziel, braucht man eine zentrale Kraft, ein Bollwerk, eine revolutionäre Klasse. Als nächstes ist es erforderlich, die Unterstützung dieser zentralen Kraft durch Hilfskräfte zu organisieren; in diesem Fall ist diese Hilfskraft die Partei, der auch die besten Kräfte der Intelligenz angehören. Sie haben gerade von „gebildeten Menschen“ gesprochen. Aber an welche gebildeten Menschen haben Sie dabei gedacht? Standen in England im 17. Jahrhundert, in Frankreich Ende des 18. Jahrhunderts und in Rußland in der Epoche der Oktoberrevolution nicht zahlreiche gebildete Menschen auf Seiten der alten Ordnung? Die alte Ordnung hatte viele hoch gebildete Menschen in ihren Diensten, die die alte Ordnung verteidigten, die die neue Ordnung bekämpften. Bildung ist eine Waffe, deren Wirkung davon abhängt, welche Hand sie geschmiedet hat, wessen Hand sie führt. Natürlich braucht das Proletariat, der Sozialismus hoch gebildete Leute. Gewiss, Einfaltspinsel können dem Proletariat im Kampf für den

Sozialismus, beim Aufbau einer neuen Gesellschaft keine Hilfe sein. Ich unterschätze die Rolle der Intelligenz nicht; im Gegenteil, ich unterstreiche sie. Die Frage ist jedoch, von welcher Intelligenz wir sprechen? Denn es gibt verschiedene Arten von Intelligenz.
Wells: Es kann keine Revolution ohne radikale Veränderungen im Erziehungswesen geben. Es genügt, zwei Beispiele anzuführen - das Beispiel der deutschen Republik, die das alte Erziehungssystem nicht antastete und deshalb nie eine Republik wurde; und das Beispiel der britischen Labour Party, die nicht die Absicht hat, auf einer radikalen Änderung des Erziehungswesens zu beharren.
Stalin: Sie sehen das richtig. Gestatten Sie mir nun, auf Ihre drei Punkte zu antworten. Erstens: Das Wichtigste für die Revolution ist die Existenz eines gesellschaftlichen Bollwerks. Dieses Bollwerk der Revolution ist die Arbeiterklasse. Zweitens: Es ist eine Hilfskraft erforderlich, das, was die Kommunisten Partei nennen. Der Partei gehört die Arbeiterintelligenz an und diejenigen Elemente der technischen Intelligenz, die eng mit der Arbeiterklasse verbunden sind. Die Intelligenz ist nur dann stark, wenn sie sich mit der Arbeiterklasse verbindet. Stellt sie sich gegen die Arbeiterklasse, wird sie zu einer bloßen Ziffer. Drittens: Als Hebel der Veränderung ist die politische Macht erforderlich. Die neue politische Macht schafft die neuen Gesetze, die neue Ordnung, die eine revolutionäre Ordnung ist. Ich bin nicht für Ordnung schlechthin. Ich bin für eine Ordnung, die den Interessen der Arbeiterklasse entspricht. Falls freilich irgendwelche Gesetze der alten Ordnung im Interesse des Kampfes für eine neue Ordnung genutzt werden können, dann sollte das geschehen. Ich habe keine Einwände gegen Ihre Forderung, dass das bestehende System angegriffen werden sollte, insofern es die notwendige Ordnung für das Volk nicht sicherstellen kann. Und schließlich: Sie haben unrecht, wenn Sie glauben, dass die Kommunisten in die Gewalt verliebt sind. Sie würden sehr gerne auf Gewaltanwendung verzichten, wenn die herrschende Klasse bereit wäre, ihren Platz der Arbeiterklasse zu räumen. Aber die historische Erfahrung spricht gegen eine solche Annahme.
Wells: Die Geschichte Englands kennt allerdings einen Fall, dass eine Klasse einer anderen Klasse freiwillig die Macht überließ. In der Periode zwischen 1830 und 1870 trat die Aristokratie, die ausgangs des 18. Jahrhunderts noch einen sehr beträchtlichen Einfluss hatte, freiwillig, ohne ernsthaften Kampf, die Macht an die Bourgeoisie ab, was mit ein Grund für die sentimentale Beibehaltung der Monarchie war. In der Folge führte diese Machtübertragung zur Errichtung der Herrschaft der Finanzoligarchie.
Sta1in: Aber Sie sind unmerklich von Fragen der Revolution zu Fragen der Reform übergegangen. Das ist nicht das gleiche. Sind Sie nicht der Meinung, dass die Chartisten-Bewegung große Bedeutung für die Reformen im England des 19. Jahrhunderts hatte?
Wells: Die Chartisten haben wenig getan und sind verschwunden, ohne eine Spur zu hinterlassen.
Stalin: Ich bin anderer Meinung. Die Chartisten und die von ihnen organisierte Streikbewegung haben eine große Rolle gespielt; sie zwangen die herrschenden Klassen zu einer Reihe von Zugeständnissen im Hinblick auf das Wahlrecht, im Hinblick auf die Abschaffung der so genannten „faulen Wahlbezirke“ , im Hinblick auf einige Punkte der „Charter“. Der Chartismus spielte eine nicht unwichtige historische Rolle und zwang einen Teil der herrschenden Klassen, wofern man nicht große Erschütterungen in Kauf nehmen wollte, zu gewissen Zugeständnissen, zu Reformen. Es muss überhaupt gesagt werden, dass sich die herrschenden Klassen Englands, die Aristokratie ebenso wie die Bourgeoisie, vom Standpunkt ihrer Klasseninteressen, vom Standpunkt der Machtsicherung vor allen anderen herrschenden Klassen als die geschicktesten, als die flexibelsten erwiesen haben. Nehmen Sie etwa ein Beispiel aus der Geschichte unserer Tage - den Generalstreik in England im Jahre 1926. Jede andere Bourgeoisie hätte im Falle eines solchen Ereignisses, dass nämlich der Generalrat der Gewerkschaften einen Streik ausruft, als erstes die Gewerkschaftsführer verhaften lassen. Anders die britische Bourgeoisie, die damit vom Standpunkt ihrer eigenen

Interessen aus durchaus klug handelte. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Bourgeoisie der Vereinigten Staaten, Deutschlands oder Frankreichs eine so flexible Strategie angewendet hätte. Um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, haben die herrschenden Klassen Großbritanniens niemals kleine Zugeständnisse, Reformen ausgeschlagen. Aber es wäre ein Fehler, diese Reformen für revolutionär zu halten.
Wells: Sie haben eine höhere Meinung von den herrschenden Klassen meines Landes als ich. Aber besteht ein großer Unterschied zwischen einer kleinen Revolution und einer großen Reform? Ist eine Reform nicht eine kleine Revolution?
Sta1in: Infolge des Drucks von unten, des Drucks der Massen mag die Bourgeoisie gelegentlich unter Beibehaltung des bestehenden sozial-ökonomischen Systems bestimmte Teilreformen zugestehen. Wenn sie so handelt, kalkuliert sie, dass diese Zugeständnisse nötig sind, um ihre Klassenherrschaft zu erhalten. Das ist das Wesen der Reform. Revolution meint dagegen die Übertragung der Macht von einer Klasse auf eine andere. Deshalb auch ist es unmöglich, eine Reform als Revolution zu bezeichnen. Deshalb haben wir keinen Wandel des Gesellschaftssystems zu erwarten, der sich als unmerklicher Übergang von einem in ein anderes System auf dem Wege der Reform, durch Zugeständnisse der herrschenden Klasse vollzöge.
Wells: Ich danke Ihnen sehr für dieses Gespräch, das für mich eine große Bedeutung gehabt hat. Als Sie mir verschiedene Punkte erklärt haben, mögen Sie daran zurückgedacht haben, wie Sie in den illegalen Zirkeln vor der Revolution die Grundlagen des Sozialismus erklärt haben. Es gibt gegenwärtig nur zwei Menschen auf der Welt, deren Meinung, deren geringster Äußerung noch Millionen lauschen - Sie und Roosevelt. Andere mögen predigen, soviel sie wollen; was sie sagen, wird nicht gedruckt oder beachtet. Ich kann noch nicht abschätzen, was in Ihrem Land geleistet worden ist; ich bin erst gestern eingetroffen. Aber ich habe schon die frohen Gesichter von gesunden Männern und Frauen gesehen und ich weiß, dass sich hier etwas sehr Bedeutsames vollzieht. Der Unterschied zu 1920 ist verblüffend.
Stalin: Sehr viel mehr hätte erreicht werden können, wären wir Bolschewiki klüger gewesen.
Wells: Nein, wären Menschen klüger. Es wäre eine gute Sache, einen Fünfjahresplan für den Wiederaufbau des menschlichen Gehirns zu erfinden, denn offenbar fehlen ihm viele Dinge, die für eine vollkommene gesellschaftliche Ordnung erforderlich sind.
Stalin: Haben Sie vor_ zum Kongress des Sowjetischen Schriftstellerverbandes dazubleiben?
Wells: Leider habe ich verschiedene Verpflichtungen und kann nur eine Woche in der UdSSR bleiben. Ich kam mit dem Wunsch, Sie zu sprechen, und ich bin sehr zufrieden mit unserer Unterredung. Aber ich habe vor, mit den Schriftstellern, mit denen ich zusammentreffen kann, über die Möglichkeit ihrer Mitgliedschaft im PEN-Club zu sprechen. Das ist eine internationale Schriftstellerorganisation, die von Galsworthy gegründet wurde; nach seinem Tod wurde ich ihr Präsident. Die Organisation ist noch schwach, aber sie hat Mitgliedergruppen in vielen Ländern, und, wichtiger noch, die Presse berichtet ausführlich über die Reden ihrer Mitglieder. Ihr Grundsatz ist freie Meinungsäußerung - auch gegensätzlicher Meinungen. Ich hoffe, diesen Punkt mit Gorki erörtern zu können. Ich weiß nicht, ob sie hier schon auf so viel Freiheit vorbereitet sind...
Stalin: Wir Bolschewiki nennen das „Selbstkritik“. Sie ist überall in der UdSSR üblich...

Stalin beantwortet Fragen U.S.-amerikanischer Arbeiter

Wir wollen noch einen weiteren Text aus Stalins Werken veröffentlichen, der zeigt, in welcher Offenheit er mit Arbeitern über die UdSSR sprach. Beim Besuch der ersten amerikanischen Arbeiterdelegation in der UdSSR 1927 antwortete Stalin auf die Fragen der Delegationsmitglieder (Band 10, Seite 91 ff).

Dritte Frage. Da in Rußland nur eine Partei legal ist, woher wissen Sie, dass die Massen mit dem Kommunismus sympathisieren?

Antwort. Es stimmt, dass es in der UdSSR keine legalen bürgerlichen Parteien gibt, dass hier nur eine Partei legal ist, die Partei der Arbeiter, die Partei der Kommunisten. Haben wir dennoch Mittel und Wege, um uns davon zu überzeugen, dass die Mehrheit der Arbeiter, die Mehrheit der werktätigen Massen mit den Kommunisten sympathisiert? Es handelt sich natürlich um die Arbeiter- und Bauernmassen, nicht um die neue Bourgeoisie, nicht um die Überreste der alten Ausbeuterklassen, die vom Proletariat bereits zerschlagen worden sind. Ja, wir haben die Möglichkeit, wir haben Mittel und Wege, um zu erfahren, ob die Arbeiter- und Bauernmassen mit den Kommunisten sympathisieren oder nicht sympathisieren.

Nehmen wir die wichtigsten Momente im Leben unseres Landes und prüfen wir, ob wir berechtigt sind zu behaupten, dass die Massen wirklich mit den Kommunisten sympathisieren. Nehmen wir vor allem einen so wichtigen Moment wie die Periode des Oktoberumsturzes im Jahre 1917, als die Partei der Kommunisten, eben als Partei, die Arbeiter und Bauern offen zum Sturz der Macht der Bourgeoisie aufrief und als sie, diese Partei, die Unterstützung der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter, Soldaten und Bauern erlangte.

Wie war damals die Situation? An der Macht standen die Sozialrevolutionäre (SR) und die Sozialdemokraten (Menschewiki), die mit der Bourgeoisie einen Block bildeten. Der Machtapparat im Zentrum und im Lande befand sich ebenso wie der Kommandoapparat der 12-Millionen-Armee in den Händen dieser Parteien, in den Händen der Regierung. Die Partei der Kommunisten war halblegal. Die Bourgeois aller Länder prophezeiten ein unvermeidliches Scheitern der Partei der Bolschewiki.

Die Entente stand voll und ganz hinter der Kerenskiregierung. Nichtsdestoweniger hörte die Partei der Kommunisten, die Partei der Bolschewiki, nicht auf, das Proletariat zum Sturz dieser Regierung und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats aufzurufen. Und was geschah? Die gewaltige Mehrheit der werktätigen Massen im Hinterland und an der Front unterstützte aufs entschiedenste die Partei der Bolschewiki - und die Kerenskiregierung wurde gestürzt, die Macht des Proletariats wurde errichtet.

Wie konnte es geschehen, dass die Bolschewiki damals den Sieg davontrugen, trotz der feindseligen Prophezeiungen der Bourgeois aller Länder über den Untergang der Partei der Bolschewiki? Beweist dieser Umstand nicht, dass die breiten Massen der Werktätigen mit der Partei der Bolschewiki sympathisieren? Ich glaube, er beweist es.

Da haben Sie die erste Prüfung der Autorität und des Einflusses der Partei der Kommunisten unter den breiten Massen der Bevölkerung.

Nehmen wir die folgende Periode, die Periode der Intervention, die Periode des Bürgerkriegs, als die englischen Kapitalisten Nordrußland; das Gebiet von Archangelsk und Murmansk, okkupierten, als die amerikanischen, englischen, japanischen und französischen Kapitalisten Sibirien okkupierten und Koltschak vorschoben, als die französischen und englischen Kapitalisten Schritte zur Okkupation „Südrußlands“ unternahmen und Denikin und Wrangel auf den Schild hoben.

Das war ein Krieg der Entente und der konterrevolutionären Generale Rußlands gegen die kommunistische Regierung in Moskau, gegen die Errungenschaften unserer

Oktoberrevolution. Das war eine Periode größter Prüfung der Stärke und Festigkeit des Einflusses der Partei der Kommunisten unter den breiten Massen der Arbeiter und Bauern.
Und was geschah? Ist es etwa nicht bekannt, dass im Ergebnis des Bürgerkriegs die Okkupanten aus Rußland hinausgeworfen, die konterrevolutionären Generale aber durch die Rote Armee vollends geschlagen wurden?
Hier zeigte es sich gerade, dass die Geschicke des Krieges letzten Endes nicht durch die Technik entschieden werden - mit Technik wurden Koltschak und Denikin von den Feinden der UdSSR reichlich versorgt -, sondern durch eine richtige Politik, durch die Sympathie und die Unterstützung der Millionenmassen der Bevölkerung.
War es ein Zufall, dass die Partei der Bolschewiki damals den Sieg davontrug? Natürlich war es kein Zufall. Zeugt dieser Umstand nicht davon, dass die Partei der Kommunisten bei uns die Sympathie der breiten Massen der Werktätigen genießt? Ich glaube, er zeugt davon.
Da haben Sie die zweite Prüfung der Stärke und Festigkeit der Kommunistischen Partei in der UdSSR.
Gehen wir zur gegenwärtigen Periode, zur Nachkriegsperiode über, in der die Fragen des friedlichen Aufbaus auf die Tagesordnung rückten, in der die Phase der wirtschaftlichen Zerrüttung abgelöst wurde durch die Phase der Wiederherstellung der Industrie und schließlich durch die Phase des Umbaus unserer ganzen Volkswirtschaft auf einer neuen technischen Grundlage. Haben wir jetzt Mittel und Wege, um die Stärke und Festigkeit der Partei der Kommunisten zu prüfen, um den Grad der Sympathie der breiten Massen der Werktätigen für diese Partei festzustellen? Ich glaube, wir haben sie.
Nehmen wir vor allem die Gewerkschaften der Sowjetunion, denen ungefähr 10 Millionen Proletarier angehören, sehen wir uns die Zusammensetzung der führenden Organe unserer Gewerkschaften an. Ist es ein Zufall, dass an der Spitze dieser Organe Kommunisten stehen? Natürlich ist das kein Zufall. Es wäre töricht zu glauben, dass den Arbeitern der UdSSR die Zusammensetzung der führenden Organe der Gewerkschaften gleichgültig ist. Die Arbeiter der UdSSR haben sich in den Stürmen dreier Revolutionen entwickelt und geschult. Sie haben, wie niemand sonst, gelernt, ihre Führer zu prüfen und wenn sie den Interessen des Proletariats nicht entsprechen, sie davonzujagen. Eine Zeitlang war Plechanow der populärste Mann in unserer Partei. Als aber die Arbeiter sich davon überzeugten, dass Plechanow die proletarische Linie verlassen hatte, schreckten sie nicht davor zurück, ihn vollkommen zu isolieren. Und wenn diese Arbeiter den Kommunisten ihr volles Vertrauen ausdrücken und sie auf verantwortliche Posten in den Gewerkschaften stellen, so kann das nur ein direkter Beweis dafür sein, dass der Einfluss der Kommunistischen Partei unter den Arbeitern der UdSSR von gewaltiger Stärke und Festigkeit ist.
Da haben Sie eine Prüfung, die zeigt, dass die breiten Massen der Arbeiter unbedingt mit der Partei der Kommunisten sympathisieren.
Nehmen wir die letzten Wahlen zu den Sowjets. Das Recht, an den Wahlen zu den Sowjets teilzunehmen, hat bei uns die gesamte erwachsene Bevölkerung der UdSSR vom 18. Lebensjahr an, ohne Unterschied des Geschlechts und der Nationalität, mit Ausnahme der bürgerlichen Elemente, die fremde Arbeit ausbeuten und denen das Wahlrecht entzogen ist. Die Zahl der Wähler beläuft sich auf ungefähr 60 Millionen. Die gewaltige Mehrheit der Wähler besteht natürlich aus Bauern. Von diesen 60 Millionen haben ungefähr 51 Prozent, das heißt mehr als 30 Millionen, von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Sehen Sie sich nun die Zusammensetzung der führenden Organe unserer Sowjets im Zentrum und im Lande an. Kann man die Tatsache als Zufall bezeichnen, dass die gewaltige Mehrheit der gewählten führenden Funktionäre aus Kommunisten besteht? Es ist klar, dass man das nicht als Zufall bezeichnen kann. Zeugt diese Tatsache nicht davon, dass die Kommunistische Partei unter den Millionenmassen der Bauernschaft Vertrauen genießt? Ich glaube, sie zeugt davon.
Da haben Sie eine weitere Prüfung der Stärke und Festigkeit der Kommunistischen Partei.

Nehmen wir den Kommunistischen Jugendverband (Komsomol), dem ungefähr 2 Millionen jugendliche Arbeiter und Bauern angehören. Kann man die Tatsache als Zufall bezeichnen, dass die gewaltige Mehrheit der gewählten führenden Funktionäre des Kommunistischen Jugendverbands Kommunisten sind? Ich glaube, das kann man nicht als Zufall bezeichnen.
Da haben Sie eine weitere Prüfung der Stärke und Autorität der Kommunistischen Partei.
Nehmen wir schließlich unsere zahllosen Konferenzen, Beratungen, Delegiertenversammlungen usw., die Millionenmassen von werktätigen Männern und Frauen, Arbeitern und Arbeiterinnen, Bauern und Bäuerinnen aller Nationalitäten der UdSSR erfassen. Über diese Beratungen und Konferenzen spricht man im Westen mitunter ironisch und behauptet, dass die Russen überhaupt gern reden. Indes haben diese Beratungen und Konferenzen für uns gewaltige Bedeutung, weil sie sowohl einen Prüfstein für die Stimmung der Massen abgeben als auch unsere Fehler aufdecken und Mittel und Wege zur Beseitigung dieser Fehler aufzeigen, denn bei uns werden nicht wenig Fehler gemacht, und wir verheimlichen sie nicht, da wir der Auffassung sind, dass die Aufdeckung der Fehler und ihre ehrliche Berichtigung das beste Mittel ist, um die Leitung des Landes zu verbessern. Lesen Sie die Reden, die auf diesen Konferenzen und Beratungen gehalten werden, lesen Sie die sachlichen und offenherzigen Bemerkungen dieser „einfachen Leute“ aus den Reihen der Arbeiter und Bauern, lesen Sie ihre Beschlüsse - und Sie werden sehen, wie gewaltig der Einfluss und die Autorität der Kommunistischen Partei ist, Sie werden sehen, dass jede Partei in der Welt uns um diesen Einfluss und diese Autorität beneiden könnte.
Da haben Sie eine weitere Prüfung der Festigkeit der Kommunistischen Partei.
Das sind die Mittel und Wege, die wir haben, um die Stärke der Kommunistischen Partei und ihren Einfluss unter den Volksmassen zu überprüfen.
Daher weiß ich, dass die breiten Massen der Arbeiter und Bauern der UdSSR mit der Kommunistischen Partei sympathisieren.

Vierte Frage. Wenn eine parteilose Gruppe eine Fraktion organisierte und bei den Wahlen eigene Kandidaten, die auf der Plattform der Unterstützung der Sowjetregierung stünden, aufstellte, gleichzeitig aber die Aufhebung des Außenhandelsmonopols forderte - könnte sie über eigene Mittel verfügen und eine aktive politische Kampagne entfalten?

Antwort. Ich glaube, diese Frage enthält einen unversöhnlichen Widerspruch. Man kann sich keine Gruppe vorstellen, die auf der Plattform der Unterstützung der Sowjetregierung stünde und gleichzeitig die Aufhebung des Außenhandelsmonopols forderte. Warum? Weil das Außenhandelsmonopol eine der unerschütterlichen Grundlagen der Plattform der Sowjetregierung ist. Weil eine Gruppe, die die Aufhebung des Außenhandelsmonopols fordert, nicht für die Unterstützung der Sowjetregierung sein kann. Weil eine solche Gruppe nur eine Gruppe sein kann, die dem gesamten Sowjetsystem zutiefst feindlich gegenübersteht.
In der UdSSR gibt es natürlich Elemente, die die Aufhebung des Außenhandelsmonopols fordern. Das sind die NÖP-Leute, die Kulaken, die Splitter der bereits zerschlagenen Ausbeuterklassen usw. Aber diese Elemente sind eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung. Ich glaube, dass es sich bei der Frage der Delegation nicht um diese Elemente handelt. Wenn es sich aber um die Arbeiter und die werktätigen Massen der Bauernschaft handelt, so muss ich sagen, dass die Forderung nach Aufhebung des Außenhandelsmonopols bei ihnen nur Gelächter hervorrufen und feindselig aufgenommen werden würde.
In der Tat, was würde die Abschaffung des Außenhandelsmonopols für die Arbeiter bedeuten? Das würde für sie Verzicht auf die Industrialisierung des Landes, auf die Errichtung neuer Werke und Fabriken, auf die Erweiterung der alten Werke und Fabriken bedeuten. Das würde für sie Überschwemmung der UdSSR mit Waren aus den kapitalistischen Ländern, Abbau unserer Industrie infolge ihrer relativen Schwäche,

Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen, Verschlechterung der materiellen Lage der Arbeiterklasse, Schwächung ihrer ökonomischen und politischen Positionen bedeuten. Das würde letzten Endes eine Stärkung des NÖP-Manns und der neuen Bourgeoisie überhaupt bedeuten. Kann das Proletariat der UdSSR einen solchen Selbstmord begehen? Es ist klar, dass es das nicht kann.
Und was würde die Abschaffung der Außenhandelsmonopole für die werktätigen Massen der Bauernschaft bedeuten? Sie würde die Verwandlung unseres Landes aus einem selbständigen Land in ein halbkoloniales Land und die Verelendung der Bauernmassen bedeuten. Sie würde die Rückkehr zu jenem Regime des „freien Handels" bedeuten, das unter Koltschak und Denikin herrschte, als die vereinigten Kräfte der konterrevolutionären Generale und der „Alliierten" die Millionenmassen der Bauernschaft nach Herzenslust ausrauben und ausplündern konnten. Das würde letzten Endes eine Stärkung der Kulaken und der übrigen Ausbeuterelemente im Dorfe bedeuten. Die Bauern haben die Herrlichkeiten dieses Regimes in der Ukraine und im Nordkaukasus, an der Wolga und in Sibirien zur Genüge ausgekostet. Was könnte zu der Annahme berechtigen, dass sie von neuem den Kopf in diese Schlinge stecken wollen? Ist es etwa nicht klar, dass die werktätigen Massen der Bauernschaft nicht für die Abschaffung des Außenhandelsmonopols sein können?
Ein Delegierter. Die Delegation hat den Punkt bezüglich des Außenhandelsmonopols, bezüglich seiner Aufhebung, als einen Punkt aufgeworfen, auf dessen Basis sich eine ganze Gruppe der Bevölkerung organisieren könnte, wenn in der UdSSR nicht das Monopol einer Partei, das Monopol auf Legalität, bestünde.
Stalin. Die Delegation kehrt also zur Frage des Monopols der Kommunistischen Partei, als der einzigen legalen Partei in der UdSSR, zurück. Ich habe diese Frage bereits kurz beantwortet, als ich von den Mitteln und Wegen sprach, die wir haben, um die Sympathie der Millionenmassen der Arbeiter und Bauern für die Kommunistische Partei zu überprüfen.
Was die anderen Schichten der Bevölkerung, die Kulaken, die NÖP-Leute, die Überreste der alten zerschlagenen Ausbeuterklassen betrifft, so haben sie bei uns kein Recht auf eine eigene politische Organisation, ebenso wie sie kein Wahlrecht haben. Das Proletariat hat der Bourgeoisie nicht nur die Fabriken und Werke, die Banken und die Eisenbahnen, den Boden und die Bergwerke weggenommen. Es hat ihr auch das Recht auf eine eigene politische Organisation genommen, denn das Proletariat will nicht die Wiederherstellung der Macht der Bourgeoisie. Die Delegation hat offenbar nichts dagegen einzuwenden, dass das Proletariat der UdSSR der Bourgeoisie und den Gutsbesitzern die Fabriken und Werke, den Boden und die Eisenbahnen, die Banken und Bergwerke weggenommen hat. (Heiterkeit.)
Die Delegation ist jedoch, wie mir scheint, etwas darüber erstaunt, dass das Proletariat sich nicht hierauf beschränkt hat, sondern weitergegangen ist und der Bourgeoisie die politischen Rechte genommen hat. Das ist meines Erachtens nicht ganz logisch oder, richtiger gesagt, ganz unlogisch. Mit welcher Berechtigung fordert man vom Proletariat Großmut gegenüber der Bourgeoisie? Legt etwa die Bourgeoisie im Westen, die sich an der Macht befindet, auch nur die geringste Großmut gegenüber der Arbeiterklasse an den Tag? Treibt sie nicht die wirklich revolutionären Parteien der Arbeiterklasse in die Illegalität? Mit welcher Berechtigung fordert man vom Proletariat der UdSSR Großmut gegenüber seinem Klassenfeind? Ich glaube, Logik verpflichtet. Wer an die Möglichkeit denkt, der Bourgeoisie ihre politischen Rechte wiederzugeben, muss, wenn er logisch sein will, weitergehen und auch die Frage der Rückgabe der Fabriken und Werke, der Eisenbahnen und der Banken an die Bourgeoisie stellen.
Ein Delegierter. Die Delegation hatte die Aufgabe, zu klären, auf welche Weise in der Arbeiterklasse und in der Bauernschaft vorhandene Ansichten, die von den Ansichten der Kommunistischen Partei abweichen, ihren legalen Ausdruck finden können. Es wäre falsch, die Sache so aufzufassen, dass die Delegation sich für die Frage der Gewährung politischer Rechte an die Bourgeoisie, für die Frage, wie die Bourgeoisie ihre Ansichten auf legalem

Wege zum Ausdruck bringen könne, interessiert. Es handelt sich eben darum, auf welche Weise in der Arbeiterklasse und in der Bauernschaft vorhandene Ansichten, die von den Ansichten der Kommunistischen Partei abweichen, ihren legalen Ausdruck finden können.

Ein anderer Delegierter. Diese abweichenden Ansichten könnten in den Massenorganisationen der Arbeiterklasse, in den Gewerkschaften usw. ihren Ausdruck finden.

Stalin. Sehr gut. Also, es handelt sich nicht um die Wiederherstellung der politischen Rechte der Bourgeoisie, sondern um den Meinungskampf innerhalb der Arbeiterklasse und der Bauernschaft.

Haben wir gegenwärtig in der Sowjetunion einen Meinungskampf unter den Arbeitern und den werktätigen Massen der Bauernschaft? Ja, unbedingt. Es ist unmöglich, dass Millionen von Arbeitern und Bauern in allen praktischen Fragen und in allen Einzelfragen der gleichen Meinung sind. So etwas gibt es im Leben nicht. Erstens besteht ein großer Unterschied zwischen den Arbeitern und den Bauern sowohl hinsichtlich ihrer ökonomischen Lage als auch hinsichtlich ihrer Ansichten über diese oder jene Fragen. Zweitens bestehen gewisse Unterschiede in den Auffassungen innerhalb der Arbeiterklasse selbst, Unterschiede der Erziehung, Unterschiede des Alters, des Temperaments, Unterschiede zwischen den Stammarbeitern und den Arbeitern, die aus dem Dorfe gekommen sind, usw. All das führt zu einem Meinungskampf unter den Arbeitern und den werktätigen Massen der Bauernschaft, der in Versammlungen, in den Gewerkschaften, in den Genossenschaften, während der Wahlen zu den Sowjets usw. seinen legalen Ausdruck findet.

Aber zwischen dem Meinungskampf jetzt, unter den Verhältnissen der proletarischen Diktatur, und dem Meinungskampf in der Vergangenheit, vor der Oktoberrevolution, besteht ein grundlegender Unterschied. Damals, in der Vergangenheit, drehte sich der Meinungskampf unter den Arbeitern und werktätigen Bauern hauptsächlich um die Fragen des Sturzes der Gutsbesitzer, des Zarismus, der Bourgeoisie, um die Zerschlagung der bürgerlichen Ordnung. Jetzt, unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats, geht der Meinungskampf nicht um die Fragen des Sturzes der Sowjetmacht, der Zerschlagung der Sowjetordnung, sondern um die Fragen der Verbesserung der Organe der Sowjetmacht, der Verbesserung ihrer Arbeit. Hier besteht ein grundlegender Unterschied.

Es kann nicht wundernehmen, dass in der Vergangenheit der Meinungskampf um die Frage der revolutionären Zerschlagung der bestehenden Ordnung ein Grund dafür war, dass mehrere miteinander konkurrierende Parteien innerhalb der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen der Bauernschaft auftraten. Diese Parteien waren: die Partei der Bolschewiki, die Partei der Menschewiki, die Partei der Sozialrevolutionäre. Anderseits ist auch durchaus verständlich, dass jetzt, unter der Diktatur des Proletariats, der Meinungskampf, der nicht auf die Zerschlagung der bestehenden Sowjetordnung, sondern auf ihre Verbesserung und Festigung abzielt, keinen Nährboden für das Bestehen mehrerer Parteien unter den Arbeitern und den werktätigen Massen des Dorfes abgibt.

Das ist der Grund, warum die Legalität einer einzigen Partei, der Partei der Kommunisten, das Monopol dieser Partei, nicht nur auf keinen Widerspruch unter den Arbeitern und den werktätigen Bauern stößt, sondern im Gegenteil als etwas Notwendiges und Wünschenswertes erachtet wird.

Die Stellung unserer Partei als der einzigen legalen Partei im Lande (das Monopol der Kommunistischen Partei) ist nicht etwas Künstliches und eigens Ausgeheckttes. Eine solche Stellung lässt sich nicht künstlich, durch administrative Maßnahmen usw. schaffen. Das Monopol unserer Partei hat sich aus dem Leben ergeben, hat sich historisch herausgebildet, als Ergebnis dessen, dass die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki endgültig Bankrott gemacht haben und bei uns von der Bildfläche verschwunden sind.

Was waren die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki in der Vergangenheit? Schrittmacher des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat. Wodurch wurde das Bestehen

dieser Parteien vor dem Oktober 1917 begünstigt und unterstützt? Durch das Bestehen der Klasse der Bourgeois und schließlich durch das Bestehen der bürgerlichen Staatsmacht. Ist es etwa nicht klar, dass mit dem Sturz der Bourgeoisie die Grundlagen für das Bestehen dieser Parteien verschwinden mussten?
Was wurde aus diesen Parteien nach dem Oktober 1917? Sie wurden zu Parteien der Wiederherstellung des Kapitalismus und des Sturzes der Macht des Proletariats. Ist es etwa nicht klar, dass diese Parteien jeden. Boden und jeden Einfluss unter den Arbeitern und den werktätigen Schichten der Bauernschaft verlieren mussten?
Der Kampf zwischen der Partei der Kommunisten und den Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki um den Einfluss auf die. Arbeiterklasse hatte nicht erst gestern begonnen. Der Beginn dieses Kampfes datiert von dem Zeitpunkt, als die ersten Anzeichen einer revolutionären Massenbewegung in Rußland, noch vor 1905, auftraten. Die Periode von 1903 bis Oktober 1917 war eine Periode erbitterten Meinungskampfes in der Arbeiterklasse unseres Landes, eine, Periode des Kampfes zwischen den Bolschewiki, den Menschewiki und den Sozialrevolutionären um den Einfluss in der Arbeiterklasse. In dieser Periode hat die Arbeiterklasse der UdSSR drei Revolutionen durchgemacht. Im Feuer dieser Revolutionen hat sie diese Parteien, ihre Tauglichkeit für die Sache der proletarischen Revolution, ihren proletarisch-revolutionären Geist erprobt und geprüft. Und in den Oktobertagen 1917, als die Geschichte das Fazit des ganzen revolutionären Kampfes der Vergangenheit zog, als auf der Waage der Geschichte die innerhalb der Arbeiterklasse ringenden Parteien gewogen wurden - da traf schließlich die Arbeiterklasse der UdSSR ihre endgültige Wahl und entschied sich für die Kommunistische Partei als die einzige proletarische Partei.
Wodurch ist die Tatsache zu erklären, dass die Wahl der Arbeiterklasse auf die Kommunistische Partei fiel? Ist es nicht eine Tatsache, dass die Bolschewiki im Petrograder Sowjet zum Beispiel im April 1917 eine unbedeutende Minderheit bildeten? Ist es nicht eine Tatsache, dass die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki damals in den Sowjets eine gewaltige Mehrheit hatten? Ist es nicht eine Tatsache, dass sich bis zu den Oktobertagen der gesamte Machtapparat und alle Zwangsmittel in den Händen der Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki befanden, die mit der Bourgeoisie einen Block bildeten?
Die Erklärung liegt darin, dass die Kommunistische Partei damals für die Beendigung des Krieges, für einen sofortigen demokratischen Frieden war, während die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki für den „Krieg bis zum siegreichen Ende“, für die Fortsetzung des imperialistischen Krieges eintraten.
Die Erklärung liegt darin, dass die Kommunistische Partei damals für den Sturz der Kerenskiregierung, für den Sturz der bürgerlichen Macht, für die Nationalisierung der Fabriken und Werke, der Banken und Eisenbahnen war, während die Parteien der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre für die Kerenskiregierung kämpften und das Recht der Bourgeoisie auf die Fabriken und Werke, auf die Banken und Eisenbahnen verfochten.
Die Erklärung liegt darin, dass die Partei der Kommunisten damals für die sofortige Konfiskation der Ländereien der Gutsbesitzer zugunsten der Bauern war, während die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki diese Frage bis zur Konstituierenden Versammlung hinausschieben wollten, deren Einberufung sie wiederum auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben suchten.
Ist es da verwunderlich, wenn die Wahl der Arbeiter und der armen Bauern schließlich zugunsten der Kommunistischen Partei ausfiel?
Ist es da verwunderlich, wenn die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki so schnell zugrunde gegangen sind?
Daher rührt das Monopol der Kommunistischen Partei, und das ist der Grund, warum die Kommunistische Partei zur Macht gelangt ist.

Die folgende Periode, die Periode nach dem Oktober 1917, die Periode des Bürgerkriegs, war die Periode des endgültigen Untergangs der Parteien der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre, die Periode des endgültigen Triumphes der Partei der Bolschewiki. Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre selbst haben in jener Periode den Triumph der Kommunistischen Partei erleichtert. Nachdem die Parteien der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre während der Oktoberumwälzung zerschlagen und hinweggefegt worden waren, begannen ihre Splitter sich an den konterrevolutionären Aufständen der Kulaken zu beteiligen, bildeten einen Block mit den Koltschak- und Denikinleuten, traten in den Dienst der Entente und bewirkten damit, dass sie in den Augen der Arbeiter und Bauern endgültig erledigt waren. Es ergab sich folgendes Bild: Die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki, die sich aus bürgerlichen Revolutionären in bürgerliche Konterrevolutionäre verwandelt hatten, halfen der Entente, das neue Rußland, Sowjetrußland, zu würgen, während die Partei der Bolschewiki, die alles Lebendige und Revolutionäre um sich sammelte, immer neue und neue Scharen von Arbeitern und Bauern zum Kampf für das sozialistische Vaterland, zum Kampf gegen die Entente mobilisierte.
Es ist durchaus natürlich, dass der Sieg der Kommunisten in dieser Periode zur vollständigen Niederlage der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki führen musste und auch wirklich geführt hat. Ist es da verwunderlich, wenn die Kommunistische Partei nach alledem zur einzigen Partei der Arbeiterklasse und der armen Bauernschaft geworden ist?
So ist bei uns das Monopol der Kommunistischen Partei als der einzig legalen Partei im Lande entstanden.
Sie sprechen von dem Meinungskampf unter den Arbeitern und Bauern jetzt, unter den Verhältnissen der proletarischen Diktatur. Ich habe bereits gesagt, dass es einen Meinungskampf gibt und geben wird, dass ohne ihn eine Vorwärtsbewegung unmöglich ist. Aber der Meinungskampf unter den Arbeitern geht bei den jetzigen Verhältnissen nicht um die prinzipielle Frage des Sturzes der Sowjetordnung, sondern um die praktischen Fragen der Verbesserung der Sowjets, der Berichtigung der Fehler der Sowjetorgane - also um die Festigung der Sowjetmacht. Es ist ganz klar, dass ein solcher Meinungskampf die Kommunistische Partei nur stärken und vervollkommnen kann. Es ist ganz klar, dass ein solcher Meinungskampf das Monopol der Kommunistischen Partei nur stärken kann. Es ist ganz klar, dass ein solcher Meinungskampf keinen Nährboden abgeben kann für die Bildung anderer Parteien im Schoße der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft.

Fünfte Frage. Können Sie uns kurz die Hauptdifferenzen zwischen Ihnen und Trotzki darlegen?

Antwort. Ich muss vor allem sagen, dass die Differenzen mit Trotzki keine persönlichen Differenzen sind. Trügen diese Differenzen einen persönlichen Charakter, so würde sich die Partei damit keine einzige Stunde befassen, denn sie duldet es nicht, dass einzelne Personen sich in den Vordergrund drängen.
Es handelt sich offenbar um Meinungsverschiedenheiten in der Partei. So fasse ich diese Frage auf. Ja, diese Meinungsverschiedenheiten bestehen in der Partei. Über den Charakter dieser Meinungsverschiedenheiten haben Rykow in Moskau und Bucharin in Leningrad unlängst in ihren Referaten ziemlich ausführlich gesprochen. Diese Referate sind veröffentlicht worden. Zu dem, was in diesen Referaten über die Meinungsverschiedenheiten gesagt worden ist, habe ich nichts hinzuzufügen. Wenn Sie diese Dokumente nicht haben, so kann ich sie Ihnen besorgen.
(Die Delegation erklärt, dass sie diese Dokumente besitzt.)
Ein Delegierter. Man wird uns nach unserer Rückkehr über diese Meinungsverschiedenheiten fragen, aber wir besitzen nicht alle Dokumente. Wir besitzen zum Beispiel nicht die „Plattform der 83“.

Stalin. Ich habe diese „Plattform“ nicht unterschrieben. Ich habe kein Recht, über fremde Dokumente zu verfügen. (Heiterkeit.)

Anmerkungen

1. Zusammenfassung der Berichte an den 17. und 18. Parteitag der KPdSU(B), in: J.W. Stalin, Werke Bd. 13
2. W.A. Karpinski: „Wie der Bauer in der Sowjetunion lebt“, S. 20, Berlin 1946
3. H. Mühlestein: „Bauernschaft und Sozialismus“, S. 94, Berlin 1948
4. W.A. Karoinski. a.a.O.. S. 22 ff.
5. Henri Barbusse, „Stalin - eine neue Welt S. 222f., Paris 1935
6. Henri Barbusse, ebenda, S. 22B ff.
7. J.W. Stalin, Werke Bd. 13, S. 171
8. W. Annisimow: „Die Landwirtschaft in der Sowjetunion“, S. 109, Berlin 1947
9. Zit. nach: B.M. Wolin: „Der Kampf um den Sieg des Sozialismus in der UdSSR“, S. 109, Berlin 1947
10. Hewlett Johnson, „Ein Sechstel der Erde“, S. 3D4, Berlin 1948
11. J.W. Stalin, Werke, Bd. 13, S. 174f.
13. J.W. Stalin, Ausgewählte Werke Bd. 11, S. 166 f., Dortmund 1979
14. N. Holmberg: „Friedliche Konterrevolution“, S. 23, Berlin 1976
15. S.M. Kirow: „Ein Sieg von weltgeschichtlicher Bedeutung“, S. 38 f., Moskau 1933
17. N. Holmberg, a.a.O., S. 30
18. „Prozessbericht über die Strafsache des Trotzkistisch-Sinowiewistischen Terroristischen Zentrums“, S. 9, Moskau 1936
19. ebenda, S. 65
20. Prozessbericht über die Strafsache des antisowjetischen Blocks der Rechten und Trotzkisten, S. 20, Moskau 1938
21. ebenda, S. 839
22. ebenda, S, 846
23. Joseph E, Davies: „Als US-Botschafter in Moskau“, S. 41, Zürich 1943
24. ebenda, S. 207
25. zit. nach Sayers/Kahn: „Die Verschwörung des Blocks der Rechten und Trotzkisten gegen die Sowjetunion“, S. 326, Münster 1973
26. N. Holmberg: a.a.O., S. 25 f.
27. Sayers/Kahn: a.a.O., S. 320
28. J.E. Davies: a.a.O., S. 193
29. ebenda, S. 210
30. W. Lebedew/M. Jakowlew: „Die Stalinsche Verfassung - die Verfassung des siegreichen Sozialismus“, S. 35, Berlin 1953
31. ebenda, S. 35
32. ebenda, S. 39
33. ebenda, S. 46
34. J.W. Stalin, Werke Bd. 14, S. 214


Teil 2

Stalin, ein Großmachtpolitiker und Imperialist?

Nein! Ein Internationalist der Tat, ein Vorkämpfer gegen Imperialismus und Faschismus!

Die Vorwürfe, die gegen die Außenpolitik der Regierung der UdSSR, gegen die außenpolitische Linie der KPdSU(B) und das Wirken J.W. Stalins persönlich erhoben werden, sind zahlreich. Insbesondere in den dreißiger und vierziger Jahren - so wird behauptet - habe die UdSSR eine Politik verfolgt, die gegen die Länder Osteuropas gerichtet gewesen sei, denen Land abgenommen worden sei, wofür zum Beispiel Polen dann mit deutschem Land entschädigt worden sei. Stalin - so heißt es weiter - habe Hitler den Weg zum Krieg gebahnt und mit den Nazis zusammen Polen zerstückelt. Die Sowjets hätten die deutsche Bevölkerung in östlichen Ländern vertrieben, und vieles andere mehr wird da aufgeführt.
Wir wollen eine Reihe dieser Ereignisse darstellen, so wie sie wirklich waren. Denn bei all diesen Fragen ist es durchaus nicht so, dass jeder behaupten kann, was er will, sondern es bestehen die geschichtlichen Tatsachen, es bestehen Dokumente und Zeugenaussagen, die natürlich bei uns in der Bundesrepublik verschwiegen werden, die man in keinem Schulbuch und keiner Fernsehsendung findet.
Wir haben dabei die Darstellung der Ereignisse in zwei Teile getrennt. Einmal die Zeit vor und während des Krieges, dann die Zeit nach dem Krieg. Denn in diesen beiden Abschnitten waren die allgemeinen weltpolitischen Verhältnisse, die sich natürlich auf die einzelnen Ereignisse auswirkten, unterschiedlich, waren unterschiedliche Kräfte maßgebend. Zum Beispiel hatten die Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Krieg eine viel größere Rolle, als vor dem Kriege.
Deshalb geben wir zu beiden Zeitabschnitten kurze Einführungen, die die Probleme der jeweiligen Zeit und Entwicklung verschiedener Ereignisse erklären sollen, bevor wir die einzelnen konkreten Fragen behandeln.

Die Entwicklung zum zweiten Weltkrieg

Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre erfasste eine schwere Wirtschaftskrise alle großen kapitalistischen Länder. In USA, England, Frankreich und Deutschland hungerten Millionen und Abermillionen Arbeitslose, wurden die Löhne ständig gekürzt, waren Armut und Not der Alltag der arbeitenden Bevölkerung geworden.
Die Herrschenden dieser Länder, die großen Kapitalisten und Monopolherren, sie begegneten der wachsenden Unruhe der Werktätigen mit einem Kurs der verschärften Unterdrückung, der verstärkten Ausbeutung und des Kampfes um die Umverteilung der Einflussgebiete der einzelnen Mächte.
Die aggressivsten Kräfte waren dabei jene Staaten, in denen es dem Finanzkapital gelungen war, eine offen faschistische Diktatur zu errichten: Deutschland, Italien und Japan. Diese Mächte schlossen auch den so genannten Antikominternpakt, der sich gegen die Sowjetunion richtete.
In anderen Ländern hatten Mitte der dreißiger Jahre breite Bewegungen des Volkes Erfolge erzielt. In Spanien gab es eine Republik, in Frankreich eine Regierung der Volksfront, in den USA das Reformregime des „New Deal“ des Präsidenten Roosevelt.
Und es gab die UdSSR, das einzige sozialistische Land der Welt, in dem die Ausbeutung des Menschen schon so gut wie völlig abgeschafft war, in dem die Werktätigen und ihre bolschewistische Partei den Kurs bestimmten.
Anzeichen für einen großen Krieg gab es mit jedem Jahr mehr. 1.) Italiens Überfall auf Abessinien schon 1935, 2.) die Intervention Deutschlands und Italiens gegen die spanische

Republik 1936, 3.) Japans Oberfall auf China im Jahre 1937, 4.) die Annexion Österreichs und des Sudetenlandes durch Deutschland 1938.
Am 26. Januar 1934 hatte J.W. Stalin in seinem Bericht an den XVII. Parteitag der KPdSU(B) die Außenpolitik der UdSSR wie folgt dargelegt:

„Unsere Außenpolitik ist klar. Sie ist eine Politik der Erhaltung des Friedens und der Verstärkung der Handelsbeziehungen mit allen Ländern. Die UdSSR denkt nicht daran, irgendjemand zu bedrohen, und erst recht nicht, irgendjemand zu überfallen. Wir sind für den Frieden und verteidigen die Sache des Friedens. Aber wir fürchten keine Drohungen und sind bereit, auf einen Schlag der Kriegsbrandstifter mit einem Gegenschlag zu antworten. Wer den Frieden will und sachliche Beziehungen mit uns anstrebt, wird stets bei uns Unterstützung finden.“[1]

Entsprechend dieser Politik schloss die UdSSR in den dreißiger Jahren Nichtangriffspakte mit Italien und Frankreich, mit Finnland und Polen, mit der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien und anderen Ländern ab. Die Beziehungen zu den USA wurden wieder aufgenommen.
Japan weigerte sich, dem sowjetischen Vorschlag zu folgen, ebenfalls einen Nichtangriffspakt zu schließen.
Probleme gab es auch mit England, das in jenen Jahren das Zentrum der Politik der Feindschaft gegen die UdSSR war. Dort war die „harte Gruppe“ der Konservativen Partei an der Regierung, deren außenpolitische Leitlinie darin bestand, dass sie in der UdSSR ihren Hauptfeind sah. Dieser Kurs wurde bestimmt durch Politiker wie Neville Chamberlain und Lord Halifax, die 1937 die Führung der englischen Regierung übernahmen.
Der sowjetische Botschafter in London, I.M. Maiski, charakterisierte diese führenden Kräfte der englischen Politik wie folgt:

„Das führende politische Zentrum dieser reaktionärsten Schichten war die so genannte Cliveden-Clique im Salon der Lady Astor mit Neville Chamberlain, deren allgemein anerkannten Anführer. Aus abgründiger Feindschaft gegen die Sowjetunion war die Cliveden-Clique kategorisch gegen die Schaffung einer Dreierbarriere zum Schutze der britischen Positionen vor den faschistischen Aggressoren und verfiel auf die nach ihrer Ansicht ‚glückliche Idee’, Deutschland und die UdSSR aufeinander zu hetzen, um dann, nachdem sich diese beiden Mächte in einem grausamen Krieg verblutet haben, Europa einen für Großbritannien günstigen Frieden zu diktieren.“[2]

Als der Kriegsdrang Hitler-Deutschlands immer deutlicher wurde, zeigten sich die unterschiedlichen Positionen der UdSSR auf der einen Seite und vor allem Englands, aber auch Frankreichs und der USA auf der anderen Seite immer klarer.
Unter diesen Bedingungen entstand dann der Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und Deutschland, dem wir uns jetzt zuwenden wollen, als erster einer Reihe von Fragen aus der Kriegszeit.

Der „Hitler-Stalin-Pakt“ Nicht Wegbereitung des Krieges, sondern Fortsetzung einer langjährigen Friedenspolitik.

Der Abschluss des Nichtangriffspakts zwischen der UdSSR und Deutschland am 23. August 1939 war stets einer der Hauptangriffspunkte der westlichen Propaganda gegen die Stalinsche Außenpolitik. Erst vor kurzem, anlässlich der zahlreichen Aktionen der Kriegsgegner unseres Landes, am 40. Jahrestag des Nazi-Überfalls auf Polen, wurde diese Propaganda in aller Schärfe wieder aufgenommen. Dieses Abkommen, das von der westlichen Propaganda“ Hitler-Stalin-Pakt genannt wird, soll Hitlers Freibrief für den Krieg gewesen sein, zugleich eine neue polnische Teilung zwischen - wie gesagt wird - „zwei Diktatoren“.
Wie kam es zu diesem Nichtangriffspakt, was bedeutete er, was hatte er für Konsequenzen?
Die Situation in jenen Jahren hatte sich immer offener dahin entwickelt, dass die faschistischen Staaten, vor allem Deutschland und Italien, immer aggressiver wurden, während die anderen kapitalistischen Länder, vor allem England, Frankreich und die USA, immer offener danach trachteten, ihnen Zugeständnisse zu machen und sie nach Osten in Richtung auf die UdSSR zu lenken.
Das Münchner Abkommen vom 29. September 1938 war dafür der beste Beweis. Hitler und Mussolini auf der einen Seite und die Ministerpräsidenten von England und Frankreich, Chamberlain und Daladier, auf der anderen Seite beschlossen dort, ohne jemanden zu fragen, dass die vorwiegend deutsch besiedelten Gebiete der Tschechoslowakei vor allem an den Grenzen von Böhmen und Mähren, aber auch solche Gebiete mit überwiegend nichtdeutscher Bevölkerung bis zum 10. Oktober 1938 von der Tschechoslowakei an Hitler-Deutschland abgetreten werden müssen.
Dieses Abkommen, mit dem die Rechte eines souveränen Staates, der Tschechoslowakischen Republik (CSR), mit Füßen getreten wurden, sollte - so Chamberlain - den Frieden sichern.

„In den Aggressionsplänen des deutschen Imperialismus war die Okkupation der Tschechoslowakei eines der ersten Etappenziele, Die faschistische Henlein-Bewegung erhielt den Auftrag, die Tschechoslowakei sturmreif zu machen. Unter dem Vorwand der ungelösten Minderheitenfrage entfalteten die Faschisten ein wüstes chauvinistisches und irredentistisches Treiben mit dem Ziel, die vorwiegend in den Grenzgebieten Böhmens und Mährens wohnenden deutschen Bevölkerungsteile der Tschechoslowakei zum Stoßtrupp gegen die Souveränität und Integrität der Tschechoslowakischen Republik zu machen.“[3]

Allein schon aus dieser Kenntnis der Rolle der Sudetendeutschen Partei Henleins in der Vorgeschichte des Münchner Abkommens wird klar, dass niemand ernsthaft glauben konnte, mit diesem Abkommen sei der Ausdehnungs- und Eroberungshunger Hitler-Deutschlands gestillt. Am 15. März 1939 marschierten Hitlers Truppen in Prag ein und besetzten die restliche Tschechoslowakei einschließlich der Karpato-Ukraine. Am 23. März marschierte die Wehrmacht in das Memelgebiet in Litauen ein und besetzte es.
Wenige Tage zuvor, am 10. März 1939, hatte J.W. Stalin in seinem Bericht an den XVIII. Parteitag der KPdSU(B) folgendes zum bereits stattfindenden Krieg erklärt:

„Aber der Krieg ist unerbittlich. Man kann ihn hinter keinerlei Kulissen verstecken. Denn hinter keinerlei ‚Achsen’, ‚Dreiecken’ und ‚Antikomintern-Pakten’ läßt sich die Tatsache verstecken, dass Japan während dieser Zeit ein gewaltiges Gebiet Chinas, Italien - Abessinien, Deutschland Österreich und das Sudetengebiet, Deutschland und Italien gemeinsam Spanien an sich gerissen haben, all dies entgegen der Interessen der nichtaggressiven Staaten. Der Krieg blieb Krieg, der Kriegsblock der Aggressoren blieb ein Kriegeblock und die Aggressoren blieben Aggressoren.

Ein kennzeichnender Zug des neuen imperialistischen Krieges besteht darin, dass er noch nicht zu einem allgemeinen, zu einem Weltkrieg geworden ist. Der Krieg wird von den aggressiven Staaten geführt, die die Interessen der nichtaggressiven Staaten, vor allem Englands, Frankreichs und der USA, in jeder Weise schädigen; die letzteren weichen jedoch zurück, treten den Rückzug an, machen den Aggressoren ein Zugeständnis nach dem anderen.“[4]

Das war die klare und eindeutige Auffassung der KPdSU(B) und der Regierung der UdSSR. Dementsprechend unternahm sie alles Mögliche, um eine Situation zu schaffen, wo die Aggressivität der faschistischen Länder, vor allem Deutschlands, gebändigt wurde.
Im ganzen Jahr 1939 gab es eine lange Reihe von sowjetischen Versuchen, einen Beistandspakt mit England, Frankreich und Polen zu erzielen.
Die Haltung der Regierungen dieser Länder aber waren eindeutig. Sie waren gegen einen Pakt mit der UdSSR. Eingestanden wird dies auch vom damaligen stellvertretenden Außenminister der USA, Sumner Welles. Er schreibt:

„In diesen Vorkriegsjahren waren die Finanz- und Handelskreise der westlichen Demokratien einschließlich der Vereinigten Staaten absolut davon überzeugt, dass ein Krieg zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion nur ihren eigenen Interessen dienen würde. Sie glaubten, dass Rußland bestimmt besiegt und damit der Kommunismus vernichtet werden würde. Deutschland aber würde dann so geschwächt sein, dass auf viele Jahre hinaus die übrige Welt nicht mehr ernsthaft werde bedrohen können.[5]

Auf Druck der sowjetischen Politik kam es im März, Juli und August 1939 endlich zu Dreierverhandlungen zwischen Frankreich, England und der UdSSR. Dort machte die UdSSR ganz klare und genaue Vorschläge zur Sicherung des Friedens gegen Hitler-Deutschland.

„Das Mitglied der sowjetischen Delegation, B.M. Schaposchnikow, erklärte, (...) die Sowjetunion sei bereit, gegen den Aggressor 120 Infanteriedivisionen, 16 Kavalleriedivisionen, 5000 Geschütze mittleren und schweren Kalibers, 9000 bis 10000 Panzer, 5000 bis 5500 Bomben- und Jagdflugzeuge bereit zu stellen. Das Mitglied der britischen Mission, General Heywood, nannte fünf Infanteriedivisionen und eine motorisierte Division. Allein das zeugte schon davon, dass die Vertreter Englands die Verhandlungen mit der UdSSR nicht ernst nahmen.[6]

Es war also ganz klar und eindeutig, wer gegen die Aggression der Wehrmacht kämpfen wollte und wer nicht. Alle späteren Vorwürfe, die Sowjetunion hätte damals ein Doppelspiel getrieben, erweisen sich angesichts solcher konkreter Vorschläge als Propagandalügen.
Diese Vorwürfe wurden zum ersten Mal dokumentiert in einem 1948 in Washington herausgegebenen Buch mit dem Titel Nazi-Soviet Relations 1939-1941“. Dass diese dort erhobenen Vorwürfe freie Erfindungen und absichtliche Falschauslegungen sind, gesteht auch ein Mann ein, der der Sympathie zum Kommunismus wahrlich nicht verdächtig ist: Winston Churchill.

„Nicht einmal im Lichte der geschichtlichen Perspektive kann bezweifelt werden, dass England und Frankreich den russischen Vorschlag hätten annehmen müssen (...)“[7].

Churchill gesteht also ein, dass die Verhandlungslage im August 1939 in Moskau so war, wie es vorhergesagt wurde: Die Sowjetunion machte Vorschläge, die Westmächte lehnten sie ab.
Erst angesichts dieser Sachlage nahm die Sowjetregierung ein Angebot der deutschen Regierung an, über die Verbesserung der Beziehungen und einen Nichtangriffspakt zu verhandeln.
Daraus entstand dann der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt.

Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

„Die Deutsche Reichsregierung und
die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,
geleitet von dem Wunsche, die Sache des Friedens zwischen Deutschland und der UdSSR zu festigen und ausgehend von den grundlegenden Bestimmungen des Neutralitätsvertrags, der im April 1926 zwischen Deutschland und der UdSSR geschlossen wurde, sind zu nachstehenden Vereinbarungen gelangt:

Artikel I:
Die beiden vertragsschließenden Teile verpflichten sich, sich jeden Gewaltakts, jeder aggressiven Handlung und jedes Angriffs gegeneinander, und zwar sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten, zu enthalten.

Artikel II:
Falls einer der vertragsschließenden Teile Gegenstand kriegerischer Handlungen seitens einer dritten Macht werden sollte, wird der andere vertragsschließende Teil in keiner Form diese dritte Macht unterstützen.

Artikel III
Die Regierungen der beiden vertragsschließenden Teile werden künftig fortlaufend zwecks Konsultation in Fühlung miteinander bleiben, um sich gegenseitig über Fragen zu informieren, die ihre gemeinsamen Interessen berühren.

Artikel IV
Keiner der beiden vertragsschließenden Teile wird sich an einer Mächtegruppierung beteiligen, die sich mittelbar oder unmittelbar gegen den anderen Teil richtet.

Artikel V:
Falls Streitigkeiten oder Konflikte zwischen den vertragsschließenden Teilen über Fragen dieser oder jener Art entstehen sollten, werden beide Teile diese Streitigkeiten oder Konflikte ausschließlich auf dem Weg freundschaftlichen Meinungsaustausches oder nötigenfalls durch Einsetzung von Schlichtungskommissionen bereinigen.

Artikel VI:
Der gegenwärtige Vertrag wird auf Dauer von zehn Jahren abgeschlossen mit der Maßgabe, dass, soweit nicht einer der vertragsschließenden Teile ihn ein Jahr vor Ablauf dieser Frist kündigt, die Dauer der Wirksamkeit dieses Vertrags automatisch für weitere fünf Jahre als verlängert gilt.

Artikel VII:
Der gegenwärtige Vertrag soll innerhalb möglichst kurzer Frist ratifiziert werden. Die Ratifiaktionsurkunden sollen in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt sofort mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

Angefertigt in doppelter Urschrift, in deutscher und russischer Sprache.

Moskau,
am 23. August 1939

Für die Deutsche Reichsregierung
v. Ribbentrop

In Vollmacht der Regierung der UdSSR
W. Molotow“[8]

Mit dem Abschluss dieses Vertrags waren zunächst einmal alle Versuche der Westmächte - Frankreichs, Englands und der USA - Deutschland und die UdSSR aufeinander zu hetzen, gescheitert.
Dieser Vertrag hinderte Hitler-Deutschland daran, sofort einen Angriff auf die UdSSR vorzunehmen. Dieser Vertrag, dessen Text sich nicht von den Texten anderer in diesen Jahren abgeschlossener Pakte unterscheidet, war eine logische Fortsetzung der Friedenspolitik der UdSSR unter der Bedingung, dass die westlichen bürgerlich-demokratischen Länder sich weigerten, ein gemeinsames Vorgehen gegen Hitler-Deutschland ernsthaft ins Auge zu fassen. Dieser Vertrag konnte überhaupt keine Ermutigung für Hitlers Kriegspläne sein, die ja offen auf dem Tisch lagen.
Bleibt aber noch das „Trumpf-As“ der antisowjetischen Propaganda, vor allem der späteren Zeit des kalten Krieges, das so genannte geheime Zusatzprotokoll.
Nun ist dieses geheimnisvolle Zusatzprotokoll zwar niemals von sowjetischer Seite bestätigt oder gar veröffentlicht worden. Doch nehmen wir einmal an, der Text der amerikanischen Veröffentlichung sei authentisch. Was steht darin?:

Zusatzprotokoll

„Aus Anlass der Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben die unterzeichneten Bevollmächtigten der beiden Teile in streng vertraulicher Aussprache die Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa erörtert. Diese Aussprache hat zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten gehörenden Gebieten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR, Hierbei wird das Interesse Litauens an dem Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt.

2. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt.
Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden.
In jedem Falle werden beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen.
3. Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteressement an diesen Gebieten erklärt.
4. Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim behandelt werden.

Moskau, den 23. August 1939

Für die Deutsche Reichsregierung
v. Ribbentrop

In Vollmacht der Regierung der UdSSR
W. Molotow“[8]

Wir haben in der gesamten Betrachtung der Vorgeschichte dieses Abkommens Polen ausgeklammert, um dies in einem Zug und damit übersichtlich behandeln zu können.
Die Regierung Polens war einer der wichtigsten Gründe für das Scheitern der Verhandlungen der UdSSR mit den Westmächten über ein gemeinsames Vorgehen gegen die faschistischen Mächte.
Der französische Unterhändler bei den Verhandlungen in Moskau, General Doumenc, schickte im August 1939 mehrmals Emissäre nach Warschau, um nachzufragen, ob die polnische Regierung bereit wäre, den sowjetischen Truppen beim Krieg gegen Hitler-Deutschland ein Durchmarschrecht durch polnisches Gebiet zu geben, was die einzige Möglichkeit für die Rote Armee gewesen wäre, rasch gegen den Feind antreten zu können.
Die Antwort des damaligen polnischen Generalstabschefs ist bekannt: „Mit den Deutschen riskieren wir, unsere Freiheit zu verlieren. Mit den Russen verlieren wir unsere Seele.[9]

Das waren die Worte des Marschalls Rydz-Smigly, dem Oberbefehlshaber der polnischen Armee. Das war die Haltung der polnischen Regierung, die lieber bei Hitler ihre Freiheit riskieren wollte, als der Roten Armee das Durchmarschrecht zu genehmigen, Warum hatte die

polnische Regierung eine so feindliche Haltung gegen die UdSSR, dass sie es vorzog, lieber Hitler im Land zu haben, als die Sowjetarmee durchziehen zu lassen?
Das liegt in der Geschichte zwischen den beiden Staaten begründet.
In den drei Jahren nach der Oktoberrevolution von 1917 in Rußland, als Armeen aus 14 Staaten über das Land des Sozialismus herfielen, hatten sich auch die polnischen Großgrundbesitzer und Feudalen, die Pans, einen riesigen Brocken vom Lande der Sowjets geraubt. Und zwar auf folgende Weise:
Trotz des Friedensangebots der Sowjetregierung vom 29. Januar 1920 an Polen eröffnete die polnische Armee einen großen Feldzug gegen die UdSSR. Kriegsziel war es, ganz Weißrußland und die ganze Ukraine zu erobern. Die polnische Armee stieß am 8. Mai 1920 sogar bis Kiew vor. Der Gegenschlag der Roten Armee aber vertrieb die polnische Armee und führte bis vor die Tore Warschaus. Jetzt bekam Polen die volle Unterstützung Frankreichs und Englands. Diese beiden Staaten waren deshalb besonders am polnischen Sieg interessiert, weil englischen und französischen Monopolen fast 40 Prozent der Industrieanlagen in Polen gehörten.
Die Sowjetregierung, die den Frieden wollte, war bereit, einen Vertrag abzuschließen, obwohl die Bedingungen dieses Vertrags schändlich waren. Sie tat es, um endlich den Frieden für ihre Völker zu erreichen. Am 18. März 1921 wurde so der Vertrag von Riga unterzeichnet, der die neuen Grenzen zwischen Polen und der Sowjetunion markierte.
Diese neuen Grenzen waren Polen faktisch schon durch die Pariser Friedenskonferenz von 1919 zugestanden worden. Der Oberste Rat der Friedenskonferenz hatte zwar die so genannte Curzon-Linie als Grenze akzeptiert, aber ohne die Anwesenheit Rußlands noch folgenden Beschluss gefasst:

„Die Konferenz hat (...) ausdrücklich die Frage der Forderungen, die Polen auf die Gebiete östlich dieser Linie anmelden könnte, offen gelassen. Die Konferenzteilnehmer glaubten, nicht in der Lage zu sein, darüber zu entscheiden und überließen die Regelung späteren Verhandlungen zwischen Polen und Rußland.“[10]

Die Curzon-Linie, östlich derer also Polen noch weiteres Territorium zugestanden werden sollte, wurde in der „Erklärung über die provisorischen Ostgrenzen Polens“ vom Obersten Rat der Friedenskonferenz ausgearbeitet. Sie hat ihren Namen nach dem beteiligten britischen Diplomaten Curzon. Folgendermaßen war diese Linie bestimmt:

„Es folgt die Beschreibung der in Frage stehenden Linie. Diese begann an dem Punkt, wo die alte Grenze zwischen Rußland und Österreich-Ungarn den Fluss Bug traf; sie verlief am Westufer dieses Flusses stromabwärts, so dass Brest-Litowsk zu Rußland kam; südlich von Niemirow zweigte sie vom Bug nach Nordosten ab und ließ die Stadt Stolbce bei Polen und die Stadt Skupowo bei Rußland; von dort folgte sie dem Fluss Swisloch stromabwärts gegen Norden bis zur Einmündung der Laszanka; an diesem Fluss verläuft sie stromaufwärts gegen Nordwesten und überlässt Rußland die Stradt Grodno; von da folgt sie immer in nordwestlicher Richtung dem Lauf des Njemen bis zum Dorf Warwiszki, von dort gegen Westen dem Lauf des Marycha, schließlich der Verwaltungsgrenze des Gouvernements Suwakli entlang, bis sie die alte Grenze zwischen Rußland und Ostpreußen trifft.“[11]

Das also war die von der Friedenskonferenz festgehaltene Grenze, die Curzon-Linie. Nachdem aber die Konferenz der Ostverschiebung der polnischen Grenzen faktisch schon grünes Licht gegeben hatte, und weil die Interessen der polnischen Pans, der englischen und französischen Kapitalisten diese Verschiebung verlangten, begann der neue Feldzug gegen die Sowjetunion, der durch die geeinten Kräfte dieser Staaten mit einem sowjetischen Zugeständnis endete.
So wurde der Vertrag von Riga diktiert. Sein Inhalt:

Im Vergleich zur Curzon-Linie vom 8. Dezember 1919 bedeutete die Grenze des Vertrages von Riga für Polen einen Gebietszuwachs von 110000 Quadratkilometern.[12]
Dadurch waren die Ukrainer und die Weißrussen in zwei Staaten gespalten worden und wurden in Polen zu einer unterdrückten nationalen Minderheit. Vor allem dieses Gebiet, diese 110000 Quadratkilometer waren es, die die Regierung der UdSSR im so genannten Zusatzprotokoll als ihre Interessensphäre angab. Aber es umfasst noch mehr. Die ganze Westukraine und das ganze westliche Weißrußland.
An ihren Enden umschließt die Sowjetgrenze von 1939 gewisse Gebiete, welche die Curzon-Linie Polen überlassen hatte. Tatsächlich kommt im Gegensatz zur Abgrenzung von 1919 durch die Grenzziehung von 1939 Bialystok im Norden und Przemysl im Süden zur UdSSR.
Wie W. Molotow am 31. Oktober 1939 im Obersten Rat der Sowjetunion erklärt hat, umfasste das Gebiet, das der UdSSR zugesprochen wurde, insgesamt 196000 Quadratkilometer (Westliches Weißrußland - 108000 Quadratkilometer, West-Ukraine - 88000 Quadratkilometer). Die Bevölkerungszahl des westlichen Weißrußlands betrug 4,8 Millionen, diejenige der West-Ukraine 8 Millionen, im ganzen ungefähr 13 Millionen, darunter über 7 Millionen Ukrainer und über 3 Millionen Weißrussen. Die UdSSR erwarb insbesondere die wichtigen Städte Lemberg, Stanislau, Tarnopol, Luzk, Brest-Litowsk, Grodno und Nowogrodek. Am 10. Oktober 1939 schloss die UdSSR einen gegenseitigen Beistandsvertrag mit Litauen und überließ der Republik Litauen Stadt und Gebiet von Wilna.
Abgeordnetenwahlen für die Volksversammlung der West-Ukraine und für die Volksversammlung des westlichen Weißrußlands fanden am 22. Oktober statt. Wahlberechtigt waren die Männer und Frauen über 18 Jahre. Jeder Wahlkreis umfasste ungefähr 5000 Einwohner und wählte in geheimer Wahl mit absoluter Stimmenmehrheit einen Abgeordneten. In der West-Ukraine betrug die Wahlbeteiligung 93 Prozent, im westlichen Weißrußland 96,7 Prozent. Die Kandidaten, die von verschiedenen Organisationen wie Bauernkomitees, Arbeitervereinigungen usw. aufgestellt worden waren, erhielten in der West-Ukraine 90,9 Prozent und im westlichen Weißrußland 90,7 Prozent der Stimmen. Die Gegenstimmen und die ungültigen Stimmen beliefen sich auf ungefähr 9 Prozent.
Die Volksversammlung der West-Ukraine wurde am 26. Oktober im Lemberg einberufen, die des westlichen Weißrußlands am 28. Oktober 1939 in Bialystok. Beide Versammlungen proklamierten den Beitritt zu den Sowjetrepubliken Ukraine und Weißrußland.
Am 1. November 1939 nahm der in Moskau zusammengetretene Oberste Rat der Sowjetunion, bestehend aus dem Rat der Union und dem Nationalitätenrat, ein Gesetz über den Beitritt der West-Ukraine zu der UdSSR und ihre Eingliederung in die sozialistische Sowjetrepublik Ukraine an. Am nächsten Tag erließ der Oberste Rat ein entsprechendes Gesetz, weiches das westliche Weißrußland mit der sozialistischen Sowjetrepublik Weißrußland vereinigte.[12a]
Am 1. September 1939 hatten die deutschen Nazis den Krieg mit Polen vom Zaun gebrochen, den sie mit ihrer „Blitzkriegtaktik“ rasch gewannen. Die polnische Regierung floh am 13. September nach London.
Erst danach, am 17. September 1939, als es keinen polnischen Staat mehr gab, war die Rote Armee in das bezeichnete Gebiet eingerückt. Alle bisher von Polen beherrschten Westukrainer und Westweißrussen kamen zu ihrer Nation zurück[12b].
Am 1. Oktober 1939 schrieb die französische Zeitung „Le Temps“ dazu, dass „vom rein rassischen Standpunkt punkt aus diese Grenze absolut den Charakter einer ethnischen und Sprachgrenze hat.[12b] Der Moskauer Korrespondent derselben Zeitung, ebenfalls am 1. Oktober: „Die Russen erhalten alte von Ukrainern und Weißrussen besiedelten Gebiete. Die Grenze ist, soweit man das feststellen kann, ethnologisch berechtigt.[12c] Sie waren in Polen einer ständig stärkeren nationalen Unterdrückung ausgesetzt gewesen. Hatte noch die Pariser Friedenskonferenz den Schutz dieser nationalen Minderheiten in Polen verlangt, so hatte

außer der UdSSR niemand gegen den am 13. September 1934 vom polnischen Außenminister Beck verkündeten Beschluss der polnischen Regierung protestiert:

„Bis zur Inkraftsetzung eines allgemeinen und einheitlichen Systems zum Schutze der Minderheiten sieht sich meine Regierung gezwungen, ab heute jegliche Mitarbeit mit den internationalen Organen bezüglich der Kontrolle der Anwendung des Minderheitenschutzes durch Polen zu verweigern.“[13]

Das war der offizielle Auftakt zu einer verstärkten Verfolgung der ukrainischen und weißrussischen Bevölkerung gewesen. Aus diesem Grunde kann sich niemand wundern, wenn die Rote Armee in diesen Gebieten, wo diese Nationalitäten die übergroße Mehrheit darstellten, lebhaft willkommen war.
Das war die Geschichte der polnisch-sowjetischen Grenze bis 1939. Die Interessensphäre der Sowjetunion, wie sie in dem angeblichen Zusatzprotokoll genannt wird - oder real gesagt - Der Einmarsch der Roten Armee in diese Gebiete - war keine Annexion polnischer Gebiete, sondern die Wiedervereinigung der Ukrainer und Belorussen in einem Staat. Sie war gleichzeitig der Haltepunkt für den deutschen Vormarsch, eine sowjetische Frontlinie gegen den deutschen Vormarsch.
Am 22. Februar 1944 hatte Winston Churchill in einer Rede gesagt:

„Wir haben die Besetzung Wilnas im Jahre 1920 nicht gebilligt. Der britische Standpunkt findet seinen Ausdruck in der so genanten Curzon-Linie, die in jedem Fall eine unparteiische Lösung des Problems darstellt.[14]

So wurde vor dem kalten Krieg gesprochen, als noch ehrlich argumentiert wurde, als noch zugegeben wurde, dass der sowjetische Standpunkt keine Großmachtpolitik war, sondern historisch rechtmäßig und militärisch sinnvoll.
Auch an anderer Front unternahm die UdSSR Vorsichtsmaßnahmen. Zum zweiten die baltischen Staaten.

„Die Besetzung Polens durch die deutschen Truppen erhöhte die Gefahr, dass Deutschland auch vom Baltikum aus in die Sowjetunion einfallen könnte. Die bürgerlichen baltischen Republiken konnten den Nazis nicht den nötigen Widerstand entgegensetzen und dies umso weniger, als die deutschen militärischen Erfolge die profaschistischen Elemente dieser Republiken ermunterten. Es musste sogar befürchtet werden, dass sie zu Vasallen des faschistischen Deutschland und späteren Aufmarschräumen für den Krieg gegen die UdSSR würden.
Deshalb bot die Sowjetregierung den baltischen Ländern Beistandspakte an.
Die Völker der baltischen Länder stimmten dem sowjetischen Vorschlag zu und die Regierungen der baltischen Republiken willigten ebenfalls ein. So unterzeichnete die Sowjetregierung am 28. September 1939 mit Estland, am 5. Oktober mit Lettland und am 10. Oktober mit Litauen Beistandspakte. In diesen Verträgen verpflichteten sich die Sowjetunion und die baltischen Länder, einander zu helfen und sich bei einem direkten Angriff oder der Gefahr eines Angriffs durch irgendeine europäische Großmacht auch militärisch zu unterstützen. Estland und Lettland verpachteten der Sowjetunion eine Reihe von Flotten-, Luft- und Artilleriestützpunkten, während Litauen der Sowjetunion das Recht einräumte, in einigen Gebieten Land- und Luftstreitkräfte in bestimmtem Umfang zu stationieren.“[15]

Nachdem in der Folge des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakts auch der Tenno Japans bereit war, einen Nichtangriffspakt zu unterzeichnen, hatte die UdSSR zunächst einmal durch ihre Friedenspolitik eine gewisse Absicherung erreicht, waren die Westgrenzen und die Grenzen in Fernost gegen die faschistischen Hauptaggressoren vertraglich gesichert. Polen aber war vorläufig zerstört. Die Garantien, die England im Frühjahr 1939 einseitig für Polen

gegeben hatte, um die Notwendigkeit eines Abkommens mit der UdSSR überflüssig zu machen, hatten nicht genutzt. Im Gegenteil. Sie waren für die Nazis ein Grund gewesen, mit der UdSSR einen Pakt zu schließen, um ihrerseits zwei Fronten zu vermeiden. So hatte England Polen im Stich gelassen.
Aber selbst nach dem Fall Polens, nachdem der Großteil Polens von Hitler-Deutschland besetzt war, änderten die Westmächte ihre Haltung nicht. Der Herbst 1939 und Winter 1940 waren die Zeit des „komischen Krieges“, wie er in der Militärliteratur genannt wird. An der Westfront standen sich die Truppen Frankreichs und Deutschlands untätig gegenüber. Der Grund war klar: Finnland.
Über die englischen und französischen Politiker in jenen Tagen schrieb Charles de Gaulle:

„Sie dachten weit mehr daran, mit welchen Mitteln man Rußland schlagen könne - sei es durch eine Hilfeleistung an Finnland, sei es durch einen Bombenangriff auf Baku oder durch eine Landung in Konstantinopel - als daran, auf welche Weise man mit dem ‚Reich’ fertig werden könnte.“[16]

Auch die Politik der USA ging nach wie vor in diese Richtung. Im Frühjahr 1940 traf der Sondervertreter des Außenministeriums der USA, Stallforth, in Berlin ein. Er erklärte, er sei nach Berlin gekommen, um „bei den führenden Leuten auf Frieden zu drängen.“[17]
Die Westmächte setzten ihre Hoffnungen auf Finnland. Aber auch die deutschen Nazis setzten ihre Hoffnungen auf Finnland. Denn die Grenze zu Finnland, zu jenem Land also, dem die Oktoberrevolution die nationale Unabhängigkeit gegeben hatte, das vorher vom Zaren unterjocht worden war, die Nordgrenze der UdSSR - sie war jetzt der schwache Punkt der UdSSR, der Punkt, über den am leichtesten eine Aggression gegen die UdSSR gestartet werden konnte.
Und in Finnland herrschte die Reaktion!
Auf der Karelischen Landenge legten die finnischen Armeen eine starke gestaffelte Reihe von Befestigungsanlagen an, die so genannte Mannerheim-Linie.
Die finnischen Behörden ließen zahlreiche Straßen und Bahnlinien an die sowjetische Grenze heranbauen. Das alles zielte auf eins: auf Leningrad! Ganze 30 Kilometer, in Reichweite schwerer Geschütze, lag Leningrad von der finnisch-sowjetischen Grenze entfernt.
Deshalb machte die UdSSR der finnischen Regierung den Vorschlag, Grenzverhandlungen aufzunehmen, die am 12. Oktober 1939 begannen. Diese Grenzverhandlungen waren vorgeschlagen worden, nachdem die finnische Regierung den ersten Vorschlag, einen Beistandspakt, bereits abgelehnt hatte.
Aber die finnische Verhandlungsdelegation war gesteuert, ferngesteuert aus USA. Der US-Botschafter in Finnland berichtete an sein Außenministerium, die Instruktionen für diese Verhandlungsdelegation seien „gerade so hart, wie es die USA wollen.[18]
Die Grenzvorschläge der sowjetischen Regierung waren eindeutig. An der Karelischen Landenge sollten die Finnen der Verlegung der Grenze nach Norden auf ihre Kosten zustimmen. Dafür sollten sie doppelt soviel Territorium von Sowjetkarelien erhalten. Außerdem wollte die UdSSR im finnischen Meerbusen ein Gebiet für einen Flottenstützpunkt pachten. Der gewiss nicht freundlich zur UdSSR eingestellte englische Journalist Alexander Werth macht in seinem Buch „Rußland im Krieg“ dazu folgende persönliche Bemerkung:

„Die beiden späteren Staatspräsidenten Paasikivi und Kekkonen, die seinerzeit für eine friedliche Schlichtung des Streits eingetreten waren, erzählten mir 1945, ihrer Meinung nach seien die sowjetischen Vorschläge gemäßigt und verständlich gewesen. Der Krieg sei vielleicht zu vermeiden gewesen, wenn sich Paasikivis und Kekkonens Politik durchgesetzt hätte.[19]

Aber die finnische Regierung brach die Verhandlungen ab. Sie zog ihre Streitkräfte an der Grenze zusammen und nahm Ende November Einheiten der Roten Armee auf sowjetischem Boden unter Artilleriebeschuss. Damit hatte sie den bestehenden sowjetisch-finnischen Nichtangriffspakt gebrochen.
Obwohl die westliche Propaganda seitdem behauptet, dieser Artillerieüberfall sei erfunden, oder wenigstens, es sei „nur ein ganz kleiner Überfall“ gewesen, können sie damit die Tatsache nicht abstreiten, dass die finnische Regierung den Krieg provozierte. Das gesteht auch Gustav Mannerheim, General der finnischen Armee, ein.

„Ich zweifelte nicht daran, dass die USA und Großbritannien in den Konflikt eingreifen würden.“[20]

So kam es zum Krieg. Die Westmächte beeilten sich, die UdSSR als Aggressor darzustellen und betrieben am 14. Dezember 1939 den Ausschluss der UdSSR aus dem Völkerbund.
Der Völkerbund, der die japanischen, italienischen und deutschen Aggressoren geduldet und begünstigt hatte, vollendete seinen Verfall damit, dass er offen den von den finnischen Machthabern begonnenen Krieg gegen die Sowjetunion billigte und unterstützte.[21]
Die Regierung der USA bewilligte Finnland eine Anleihe von 10 Millionen US-Dollar für den Bezug verbilligter Waffen.[22] In den USA wurden Freiwillige geworben, private Banken gaben weitere Kredite an Finnland. Großbritannien und Frankreich benutzten den Beschluss des Völkerbundes, um eine direkte Aggression gegen die UdSSR vorzubereiten. Am 15. März 1940 beschloss der gemeinsame Oberste Kriegsrat beider Länder, vom Nahen Osten aus in Baku und von Finnland aus in Leningrad einzufallen. Der französische Oberbefehlshaber General Gamelin, der im Auftrag der französischen Regierung den Angriffsplan ausarbeitete, berichtet von einem Brief des französischen Frontkommandierenden General Weygand an ihn, in dem dieser schrieb:

„Ich meinerseits halte es für das wichtigste, der Sowjetunion den Hals umzudrehen in Finnland (...) oder an einem anderen Ort.“[23]

Aber diese Pläne scheiteqrten, weil schon einige Tage zuvor die finnische Regierung den Vorschlag der Regierung der UdSSR angenommen hatte, über Friedensbedingungen zu verhandeln. Die Westmächte wollten zwar, dass Finnland den Krieg weiterführen sollte, stellten sogar ein schwedisch-norwegisches Sonderkorps auf, aber die Finnen, das finnische Volk wollte nicht länger als Kanonenfutter für die Ziele der Westmächte dienen, und so war die finnische Regierung gezwungen, Frieden zu schließen. Denn militärisch hatte die Rote Armee zu diesem Zeitpunkt bereits gesiegt. Sie hatte im Februar 1940 die Mannerheim-Linie durchbrochen, die finnische Armee war geschlagen, die Soldaten desertierten in Massen.
So wurde bereits am 12. März 1940 Frieden geschlossen. Die sowjetisch-finnische Grenze verlief nun 120 Kilometer weiter nördlich, Leningrad war sicherer.
Aus Anlass des Abschlusses des sowjetisch-finnischen Vertrags betonte W.M. Molotow am 29.3.1940 vor dem Obersten Sowjet:

„Die Sowjetunion, die die finnischen Armeen geschlagen und die volle Möglichkeit hatte, ganz Finnland zu besetzen, tat das nicht und forderte keine Kontributionen, um ihre Kriegsausgaben zu decken (...)
Wir strebten mit dem Friedensvertrag keine anderen Ziele an, als die Sicherheit von Leningrad und Murmansk wie auch die der Murmanbahn zu gewährleisten.“[24]

Somit war jetzt auch die Nordgrenze der UdSSR zunächst einmal gesichert und ein Neutralitätspakt mit Finnland geschlossen.

Aber, während England, die USA und Frankreich vor allem damit beschäftigt waren, eine Aggression gegen die UdSSR zu organisieren, während sie immer wieder ihre Fühler nach Berlin ausstreckten, um Friedensverhandlungen mit Hitler-Deutschland zu erreichen, hatten die deutschen Faschisten, hatten die gesamten Achsenmächte wie wild aufgerüstet. Am 9. April besetzte die Wehrmacht Dänemark, das kampflos kapitulierte. Am selben Tag landeten deutsche Truppen in allen norwegischen Häfen. Während der Einmarsch in Dänemark den Westmächten gleichgültig war, da Dänemark entsprechend den Übereinkünften infolge des Münchner Abkommens zum deutschen Interessengebiet gehörte, protestierte Großbritannien gegen den Einmarsch in Norwegen, da Norwegen zum Interessenbereich Großbritanniens gehörte (so waren mehr als 50 Prozent der norwegischen Industrie in den Händen der britischen Kapitalisten). In Nordnorwegen landeten britische Truppen, die aber von der Wehrmacht geschlagen wurden.
Und, obwohl die norwegische Bevölkerung wirklichen Widerstand leistete, wurde Norwegen besiegt. Norwegen war innerlich ausgehöhlt worden durch die Aktivitäten des früheren Kriegsministers Major Quisling, der eine profaschistische Bewegung organisiert hatte, zahlreiche - mehrere tausend - deutsche Agenten ins Land geholt hatte.
Die Besetzung Norwegens aber war ein Einschnitt in der Entwicklung.
Jetzt war die Politik der Westmächte, die Münchner Politik, wie sie entsprechend dem damaligen Abkommen allgemein genannt wurde, gescheitert.
Jetzt waren die Pläne, die deutsche Aggression nach Osten zu lenken, gescheitert. Jetzt kämpften England und Frankreich auf der einen Seite und Deutschland auf der anderen um ihre Interessengebiete, um ihren Einfluss.
Am 10. Mai 1940 marschierte Hitlers Wehrmacht in den Beneluxländern und in Frankreich ein. Am selben Tag wurde Chamberlain als britischer Regierungschef abgelöst und durch Churchill ersetzt.
Der faschistische „Blitzkrieg“ gegen Frankreich wurde von einem unerwartet schnellen deutschen Sieg gekrönt. Die erste Etappe des Überfalls war bereits Anfang Juni abgeschlossen, als die 300000 englischen und 90000 französische Soldaten von Dünkirchen evakuiert wurden. Bereits in diesen Tagen forderte der neue französische Oberbefehlshaber, General Weygand, die Kapitulation. Denn es war die Kommunistische Partei Frankreichs gewesen, die, entgegen aller anders lautenden Propaganda, als einzige Partei einen Volkskrieg gegen die Naziwehrmacht forderte.
Die Haltung der französischen herrschenden Klasse dazu war aber so eindeutig, dass sie selbst in der amerikanischen Presse damals so kommentiert wurde:

„Die französischen Großkapitalisten wollten lieber Hitler als die Volksfront in Paris (…). Einen Sieg fürchteten sie wohl noch mehr als eine Niederlage.“[25]

Die Übergabe von Paris an die deutschen Truppen wurde bezeichnenderweise vom amerikanischen Botschafter in Paris, W. Bullitt, als Unterhändler organisiert.
Nach der Auslieferung von Paris, der faktisch endgültigen französischen Niederlage, machte die britische Regierung der Regierung von Restfrankfreich den Vorschlag, eine „Britisch-Französische Union“ zu gründen, mit einer einheitlichen Staatsbürgerschaft und gleichen Rechten auf den Territorien der Länder. Sie wollte das französische Erbe antreten, Frankreich als Großmacht ausschalten. Denn Tatsache war ja, dass die französische Armee weitgehend zerschlagen war, während die britische nach wie vor bestand. Ministerpräsident Paul Reynaud sprach in der französischen Regierung dafür, diesen britischen Vorschlag anzunehmen. Marschall Petain und die Mehrheit der Regierung vertraten jedoch die Position: „Besser eine Naziprovinz als ein britisches Dominion“[26].

So kam es dazu, dass Frankreich am 22. Juni 1940, mit Petain als neuem Ministerpräsidenten, kapitulierte, der Hauptteil besetzt wurde, während der Rest des Landes in kolonialer Abhängigkeit von Deutschland verblieb.
In allen diesen Ereignissen zeigt sich das wahre Gesicht der herrschenden Klassen Englands und Frankreichs. Sie hatten dieselben imperialistischen Ziele, wie die faschistischen Achsenmächte, auch ihre Handlungen waren vor allem von dem Wunsch nach Vergrößerung der eigenen Macht und der Feindschaft zum Sozialismus und besonders der UdSSR geprägt.
Bis zum letzten Moment suchten sie, die Wehrmacht nach Osten zu hetzen.
Bis zum letzten Moment sahen sie in der UdSSR ihren Hauptfeind.
Bis zum letzten Moment nutzten sie jede Chance, eine Aggression gegen die UdSSR zu organisieren.
Die Stalinsche Außenpolitik der Sicherung des Friedens, der Sicherung der Staatsgrenzen der UdSSR machte alldem einen Strich durch die Rechnung.
Angesichts der Siege der faschistischen Armeen waren in den baltischen Ländern starke faschistische Organisationen entstanden, die systematisch gegen die Rote Armee und die UdSSR hetzten und verschiedene provokative Akte unternahmen. Im März 1940 sprach der litauische Präsident Smetona auf einem Kongress der Schaulisten Litauens, der faschistischen Organisation.
Dort rief Smetona zum Kampf gegen die UdSSR und alle Slawen auf.
Die Regierung der UdSSR wandte sich an die Regierungen der baltischen Staaten und forderte die Einhaltung der geschlossenen Verträge und die Möglichkeit, die - entsprechend den Verträgen - mögliche Zahl von Rotarmisten in diesen Ländern zu stationieren. Das gab dann der - ohnehin schon starken - Arbeiterbewegung in diesen Ländern großen Auftrieb. Es gelang ihnen, die profaschistischen Regimes durch demokratische Regierungen zu ersetzen, nachdem die Anwesenheit der Roten Armee den bewaffneten Terror der faschistischen Organisationen bei den Wahlen verhinderte.
Auch im restlichen Randgebiet Rußlands, in den ehemaligen russischen Gebieten Bessarabiens, verstärkte sich zu jener Zeit die Tätigkeit der faschistischen Organisationen, der Kriegshetze gegen die UdSSR. Die rumänische Regierung unter König Carol intensivierte ihre Beziehungen zu Deutschland.
Das war für die Regierung der UdSSR der Anlass, die Frage Bessarabiens, das die herrschenden Kreise Rumäniens 1918 an sich gerissen hatten, zu stellen und seine Rückgabe zu verlangen, wie auch das ukrainische Gebiet der Nordbukowina. Der „Volkswetsche" (Volksversammlung) der Nordbukowina hatte bereits 1918 beschlossen, sich wieder mit der Sowjetukraine zu vereinigen, war aber von den rumänischen Monarchisten mit ihrer Armee daran gehindert worden. Jetzt, angesichts der feindlichen Haltung Rumäniens, forderte die UdSSR die Freigabe dieser Gebiete, die sie Ende Juni 1940 erreichte.
Das ist der ganze Umfang dessen, was angeblich von der UdSSR an Gebieten annektiert worden sei, im Zusammenhang mit dem Nichtangriffsabkommen mit Hitler-Deutschland.
Man sieht, es gab keine Annexionen. Was es gab, wer der Kampf um die Sicherung der Grenzen. Was es gab, wer die Wiederherstellung der Einheit der ukrainischen und belorussischen Nation, die als nationale Minderheiten in Polen und Rumänien unterdrückt gelebt hatten. Und was es gab, war der freiwillige, selbst gewählte, durch Wahlen verlangte Anschluss der baltischen Staaten an die UdSSR, ihr Eintritt In die Föderation als selbständige Republiken. Natürlich gegen einen erheblichen Widerstand der baltischen Faschisten, die ja auch in der deutschen Geschichte eine berüchtigte Rolle mit Ihren Freikorps der Baltikumer gespielt hatten.
Bleibt noch, kurz auf ein weiteres, zusätzliches Argument der antistalinistischen, antisowjetischen Propaganda einzugehen, das im Zusammenhang mit dem Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Deutschland häufig benutzt wird. Die Partei und die Regierung der UdSSR und auch Stalin persönlich, so wird da behauptet, hätten wirklich an diesen Pakt

geglaubt, sie hätten den Kampf gegen den Faschismus im eigenen Land wie auch international eingestellt und überall den kommunistischen Parteien befohlen, nichts mehr gegen die deutschen Faschisten zu unternehmen.
Wie offen erlogen diese Argumente sind, zeigt sich selbst an den dazu benutzten Dokumenten. In dem Buch „Stalin und Hitler“ von J.W. Brügel im Jahre 1973 im Wiener Europaverlag herausgegeben, das sich ganz auf die „Nazi-Soviet Relations“ von 1948 stützt, das wir schon erwähnt hatten, wird versucht, all diese Behauptungen anhand von Dokumenten zu beweisen.
Unter der Nummer 240 seiner so genannten Dokumentensammlung schreibt Brügel:

„Hitler wird in illegalen Zeitungen der belgischen Kommunisten entschuldigt“.[27]

Mag man sich von dieser Kapitalüberschrift zunächst überraschen lassen, so ist man noch viel mehr überrascht, wenn man das zum Beleg veröffentlichte Flugblatt der KP Belgiens anfängt durchzulesen. Dort steht als Überschrift:

„Zur Erweiterung des Krieges! Skandinavien das neue Opfer der Imperialisten! Die Armeen Hitlerdeutschlands fallen in Dänemark und Norwegen ein“

Eine seltsame Art von Entschuldigung Hitlers, denkt man da unwillkürlich. Aber, was Brügel hauptsächlich meint, ist die Losung der KP Belgiens, die dort veröffentlicht wird:

„Unsere Parole bleibt: Nicht mit London, nicht mit Berlin, nicht mit Paris!“[27]

Was in diesem Dokument angegriffen wird, was in allen Argumenten über die angebliche Hitlerfreundschaft der Kommunisten in der Zeit nach dem Abschluss des Nichtangriffspakts angegriffen wird, ist die Tatsache, dass die Kommunistischen Parteien, der Sowjetunion wie überall auf der Welt, den Krieg als einen imperialistischen Krieg bezeichneten, dass sie sich nicht dazu hergaben, Englands Ziele, die - wie wir gesehen haben - offen auf dem Tisch lagen, zu unterstützen - dass sie für den Frieden kämpften.
Wer angesichts der unermesslichen Blutopfer, die die deutschen, französischen und europäischen Kommunisten in diesen Tagen im Kampf gegen den Faschismus brachten, davon zu sprechen wagt, sie hätten eine profaschistische Politik betrieben, der ist ein schamloser Lügner und Verleumder. Soll er das denjenigen sagen, die damals in den KZs und Gefängnissen der Gestapo saßen!
Jeder, der ein Urteil über diese schwierige und komplizierte Situation in jenen Jahren fällen will, der die Politik der UdSSR in jener Zeit beurteilen will, muss die klaren Tatsachen, die wir angeführt haben, als Voraussetzung für sein Urteil nehmen.
Die UdSSR befand sich natürlich in einer äußerst komplizierten Lage. In dieser Lage führte sie konsequent ihre Politik durch, den Menschen den Frieden zu sichern, den Krieg zu verhindern.
Unter diesen Voraussetzungen wäre eben auch das Zusatzprotokoll zum Nichtangriffspakt ein notwendiger Schritt, die Westukrainer und Westbelorussen vor dem Faschismus zu retten, um den deutschen Faschisten klar zu signalisieren: bis hierher und nicht weiter! Die UdSSR war nicht in der Lage, die antisowjetische, profaschistische Regierung Polens zu schützen, die ihr Land lieber den Faschisten überließ.
Dass dieses Vorgehen korrekt war, läßt sich schließlich auch noch abschließend an einem anderen Fall beweisen. Als Molotow im Jahre 1940 nach Berlin kam, bot ihm Hitler persönlich an, einen Vertrag über Interessensphären im Raum des persischen Golfs und des Nahen Osten zu schließen, was Molotow rundweg ablehnte, da die UdSSR keinerlei Interessen in diesem Raum hatte und ein deutscher Angriff von dieser Seite nicht zu befürchten war.

Nach seinem Sieg in Westen brach Hitler-Deutschland den Vertrag und griff im Juni 1941 die UdSSR an. Damit aber änderte sich die Situation von neuem. Zum Abschluss dieser Epoche, zum Beginn des Krieges hielt J.W. Stalin am 3. Juli 1941 eine Rundfunkansprache an alle Bürger der UdSSR.

„Man könnte fragen: wie konnte es geschehen, dass sich die Sowjetregierung auf den Abschluss eines Nichtangriffspakts mit solchen wortbrüchigen Leuten und Ungeheuern wie Hitler und Ribbentrop eingelassen hat? Ist hier nicht von der Sowjetregierung ein Fehler begangen worden? Natürlich nicht! Ein Nichtangriffspakt ist ein Friedenspakt zwischen zwei Staaten. Eben einen solchen Pakt hat Deutschland uns im Jahre 1939 angeboten. Konnte die Sowjetregierung ein solches Angebot ablehnen? Ich denke, kein einziger friedliebender Staat kann ein Friedensabkommen mit einem benachbarten Reich ablehnen, selbst wenn an der Spitze dieses Reichs solche Ungeheuer und Kannibalen stehen wie Hitler und Ribbentrop. Dies aber natürlich unter der einen unerlässlichen Bedingung, dass das Friedensabkommen weder direkt noch indirekt territoriale Integrität, die Unabhängigkeit und die Ehre des friedliebenden Staates berührt. Bekanntlich ist der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der UdSSR gerade ein solcher Pakt. Was haben wir durch den Abschluss des Nichtangriffspakts mit Deutschland gewonnen? Wir haben unserem Lande für anderthalb Jahre den Frieden gesichert sowie die Möglichkeit, unsere Kräfte zur Abwehr vorzubereiten, falls das faschistische Deutschland es riskieren sollte, unser Land trotz des Paktes zu überfallen. Das ist ein Gewinn für uns und ein Verlust für das faschistische Deutschland. Was hat das faschistische Deutschland durch die wortbrüchige Zerreißung des Pakts und den Überfall auf die UdSSR gewonnen und was hat es verloren? Es hat dadurch für kurze Zeit eine gewisse vorteilhafte Lage für seine Truppen erzielt, hat aber in politischer Hinsicht verloren, da es sich in den Augen der ganzen Welt als blutiger Aggressor entlarvt hat“[28].

So war es dann auch. Die blutige Aggression Nazi-Deutschlands auf die UdSSR endete nicht, wie bisher gewohnt, mit einem Blitzsieg. Sie endete schließlich in Berlin, mit der Zerschlagung der Wehrmacht durch die Rote Armee.
Das ist die ganze Geschichte des Nichtangriffspakts.
Die Kübel von Schmutz, die bei jeder Gelegenheit über Stalin ausgegossen werden, zudem noch oft von Leuten, die sich links nennen, sollen nur das eine verdecken: dass die UdSSR, geführt von der KPdSU(B), geführt von J.W. Stalin, die einzige Macht war, die entschlossen und konsequent auf den Standpunkt des Friedens, der militanten Verteidigung des Friedens, der Zerschlagung des Faschismus gestellt hat. Auf den Standpunkt der Befreiung Europas vom Faschismus, wie sie dann auch erreicht wurde.
Das war die Stalinsche Außenpolitik bis zum Krieg, dem diente die ganze sowjetische Kriegsführung.

Das Massaker von Katyn

Ein Verbrechen der deutschen Faschisten

Immer, wenn es darum geht, Beweise für „Stalinsche Morde“, für „Stalinsche Verbrechen“ zu liefern, taucht - früher oder später - der Begriff „Massaker von Katyn“ auf.
Dort, in Katyn, so lernt man es auch an jeder bundesdeutschen Schule, haben die Bolschewisten rund 10000 polnische Offiziere ermordet. Was Auschwitz für Hitler, das ist Katyn für Stalin, so ungefähr lautet die Behauptung.
In den Wäldern von Katyn, das ist eine Tatsache, gab es tatsächlich ein Massengrab mit Abertausenden Leichen polnischer Offiziere. Polnischer Offiziere, die anlässlich des Einrückens der Roten Armee in die Gebiete der Westukraine und des westlichen Weißrußlands gefangen genommen worden waren, und - im Gegensatz zu den einfachen polnischen Soldaten - nicht sofort wieder freigelassen worden waren.
Als Gefangene der Roten Armee kamen sie, wie auch die sowjetische Zivilbevölkerung jenes Gebiets, beim Überfall Nazi-Deutschlands auf die UdSSR im Sommer 1941 in die Gewalt der Faschisten.
Fast zwei Jahre später, Mitte April 1943, verbreitete das Berliner Ministerium für „Volksaufklärung und Propaganda“, die berüchtigte Goebbelsche Giftküche, die Meldung, deutsche Truppen hätten in den Wäldern von Katyn, in der Nähe der Stadt Smolensk mehrere Massengräber mit den Leichen polnischer Offiziere gefunden, die im März 1940, also drei Jahre zuvor, von den Russen erschossen worden seien.
Die Ziele, die Goebbels mit dieser Falschmeldung verfolgte, waren klar:
Erstens ging es den Nazis darum, von einem eigenen grausamen Verbrechen abzulenken und diese Untat der Sowjetunion in die Schuhe zu schieben. Denn die Lage der Nazis hatte sich nach der vernichtenden Niederlage von Stalingrad so stark verschlechtert, dass sie befürchten mussten, bald die Flucht ergreifen zu müssen und so auch den Raum von Katyn bei Smolensk aufzugeben, wo sie dieses Verbrechen begangen hatten.
Zweitens ging es den Nazis darum, in dieser Situation wachsender Bedrängnis die Beziehungen zwischen der UdSSR und der polnischen Exilregierung in London durch diese Meldung zu verschlechtern. Dabei hatten sie sogar einen gewissen Erfolg, denn die Exilregierung der polnischen Obristen nahm diese Meldung begierig auf und verbreitete sie sofort weiter, was schließlich dazu führte, dass die Regierung der UdSSR die Beziehungen zu der polnischen Exilregierung abbrach.
Die sowjetische Presse hatte diese Falschmeldungen von Goebbels sofort widerlegt.

„Die Goebbelssche Lügenpropaganda hat in den letzten zwei oder drei Tagen empörende und verleumderische Behauptungen über angebliche Massenerschießungen durch sowjetische Organe im Raum Smolensk im Frühjahr 1940 verbreitet. Die deutsche Erklärung läßt keinen Zweifel über das tragische Schicksal der früheren polnischen Kriegsgefangenen, die 1941 in den Räumen westlich Smolensk bei Bauarbeiten beschäftigt waren und zusammen mit vielen Sowjetbürgern, Bewohnern der Provinz Smolensk, den deutschen Henkern nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen aus Smolensk in die Hände fielen (...)
Doch das ist nicht der erste Fall dieser Art: Schon 1941 inszenierten sie in Lwow das Theater mit den ‚Opfern des bolschewistischen Terrors’. Hunderte von Zeugen entlarvten dann die deutschen Lügen.
In dem Bewusstsein, dass die ganze fortschrittliche Menschheit ihre Massaker an friedlichen Bürgern und besonders an Juden verurteilt, suchen jetzt die Deutschen, den Hass der Leichtgläubigen gegen die Juden zu schüren: aus diesem Grund erfanden sie eine ganze Kollektion geheimnisvoller jüdischer Kommissare, die, wie sie behaupten, an der Ermordung der 10000 polnischen Offiziere teilgenommen hätten. Für so ausgekochte Fälscher war es

nicht schwierig, die Namen von Leuten zu erfinden, die niemals existierten - Lew Rybak, Avraam Borisowitsch, Paul Brodninskiy, Chaim Finberg. Diese Personen existierten weder in der ‚Sektion Smolensk der OGPU' noch in irgendeiner anderen Abteilung des NKWD"[30].

Außerhalb Deutschlands zweifelte damals, außer der polnischen Exilregierung, niemand daran, dass die sowjetische Gegendarstellung richtig war.
In einem Brief an J.W. Stalin schrieb der britische Premier Winston Churchill über Goebbels Vorschlag, unter dem Schutz der Wehrmacht eine Untersuchungskommission des Roten Kreuzes zuzulassen:

„Eine solche Untersuchung wäre ein Betrug, und ihre Ergebnisse würden durch Terror zustande kommen. Herr Eden wird heute mit Sikorski (dem Chef der polnischen Exilregierung - d. Verfs.) zusammentreffen und ihn so energisch wie nur möglich drängen, jeder Untersuchung unter dem Schutze der Nazis die Unterstützung zu entziehen"[31].

Für die Antifaschisten war es sowieso kein Zweifel, dass die wahren Täter nur die Nazis sein konnten, die unzählige gleichartige Verbrechen begangen hatten.
Aber im Jahre 1951 gruben, im Rahmen des kalten Krieges, amerikanische Politiker dieses Machwerk aus der Giftküche Goebbels wieder aus. Im amerikanischen Repräsentantenhaus wurde ein eigener Untersuchungsausschuss „über Katyn" gebildet. Neben dem berüchtigten Kommunistenjäger Senator McCarthy gehörten ihm auch alle Vertreter des extremen Antikommunismus der USA an.
Sie entfachten diese Neuauflage der Goebbelspropaganda wider besseres Wissen, denn inzwischen war schon seit Jahren die ganze Wahrheit über das Massaker von Katyn bekannt geworden.
Als die Truppen der Roten Armee Ende August 1943, vier Monate nach Goebbels Kampagne, Smolensk wieder von den Nazi-Truppen befreiten, organisierten die Sowjetbehörden sofort einen Untersuchungsausschuss. Das war die „Sonderkommission zur Feststellung und Untersuchung des Tatbestandes der Erschießung kriegsgefangener polnischer Offiziere im Wald von Katyn" (im folgenden als „Sonderkommission" bezeichnet.).
Ihr gehörten an: als Vorsitzender der Chefchirurg der Roten Armee, Burdienko; als Mitglieder: der Schriftsteller Alexej Tolstoj, der Metropolit von Moskau, Nikolaj, der Vorsitzende des Allslawischen Komitees, Gundorow, der Vorsitzende des Exekutivkomitees des Verbandes der Organisationen des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds, Kolessnikow, der Volkskommissar für Bildungswesen der RSFSR Potjemkin, führende sowjetische Gerichtsmediziner und eine große Zahl weiterer Sachverständiger.
Es ist eine bezeichnende Tatsache, dass die Existenz dieser Sonderkommission von der bürgerlichen Propaganda in den fünfziger Jahren vollkommen verschwiegen wird.
Deshalb wurde nach der Gründung des so genannten Untersuchungsausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses im Jahre 1952 der Untersuchungsbericht dieser „Sonderkommission" in verschiedenen Sprachen neu veröffentlicht. In deutscher Sprache in der Zeitschrift „Neue Zeit" in ihrer Nummer 10 vom 5. März 1952. Aus der dortigen Beilage stammen die folgenden Angaben, sofern nicht anders bezeichnet.
Die Untersuchung war Januar 1944 abgeschlossen worden, im selben Monat wurde der Bericht der „Sonderkommission" veröffentlicht.
Anhand der Aussagen von über 100 Zeugen, zahlreichen Beweisstücken und Leichenfunden wurde dort ein wahrhaft schauriges Geschehen enthüllt, und ein viehisches Verbrechen der Nazis entlarvt.
Als erstes bewiesen die Zeugenaussagen, dass die polnischen Offiziere bei dem Einmarsch der Wehrmacht noch lebten.
Das war für die informierten Kreise nichts Erstaunliches. Denn die Wälder von Katyn waren bis zum Überfall der Wehrmacht das beliebteste Ausflugsziel der Smolensker Gegend

gewesen, in dem sich stets eine große Zahl von Spaziergängern und Urlaubern aufhielt. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht allerdings änderte sich das. Der Wald durfte nicht mehr ohne Passierschein betreten werden. Ein abgeriegeltes Gebiet aber war ja die Hauptvoraussetzung für einen heimlichen Massenmord, den man in einem Ausflugszentrum schlecht geheim halten konnte.
Folgende Aussagen vor der Sonderkommission machten vor allem verschiedene russische Frauen, die beim Stab der Gestapo in einem Waldhaus in der Nähe des „Kosij Gory“ arbeiteten und die Erschießung der Polen durch die Nazis mitbekommen hatten.

„Ende August und längere Zeit im September 1941 trafen vor dem Landhaus in Kosij Gory beinahe täglich mehrere Lastkraftwagen ein.
Zuerst achtete ich nicht darauf, aber später merkte ich, dass jedes Mal, wenn diese Wagen auf das Gelände des Landhauses kamen, sie vorher eine halbe Stunde irgendwo auf dem Landweg, der von der Chaussee zum Landhaus führte, anhielten.
Es gab Tage, an denen beim Landhaus keine Wagen eintrafen, die Soldaten aber dennoch aus dem Landhaus in den Wald gingen und von dort zahlreiche Einzelschüsse gehört wurden. Nach der Rückkehr gingen die Soldaten unbedingt ins Bad und begannen dann zu saufen.“

„Es kam folgender Fall vor. Eines Tages hielt ich mich im Landhaus etwas länger als gewöhnlich auf. Michailowa und Konachowskaja waren schon weggegangen. Ich war mit meiner Arbeit, wegen der ich geblieben war, noch nicht fertig, als unerwartet ein Soldat kam und sagte, dass ich gehen kann. Er berief sich dabei auf eine Anordnung Roses. Er begleitete mich auch bis zur Chaussee.
Als ich mich auf der Chaussee 150 bis 200 Meter von der Stelle entfernt hatte, wo man zum Landhaus abbiegt, sah ich eine etwa 30 Mann starke Gruppe kriegsgefangener Polen unter verstärkter deutscher Bewachung die Chaussee entlang gehen.
Dass es Polen waren, wusste ich, weil ich noch vor Beginn des Krieges und auch eine Zeitlang nach dem Einzug der Deutschen auf der Chaussee kriegsgefangenen Polen begegnete, die dieselbe Uniform mit den auffallenden viereckigen Mützen trugen.
Ich blieb am Wegrand stehen, weil ich sehen wollte, wohin man sie führt, und ich sah, wie sie zu uns, zum Landhaus in ‚Kosji Gory’ abbogen.
Da ich damals bereits alle Vorgänge im Landhaus aufmerksam verfolgte, interessierte mich das. Ich ging auf der Chaussee ein wenig zurück, versteckte mich im Gebüsch an dem Straßenrand und wartete. Nach etwa 20 oder 30 Minuten hörte ich die mir schon bekannten charakteristische Einzelschüsse.“

„Im September 1941 hörte man im Wald ‚Kosji Gory’ sehr oft Schießen. Zuerst beachtete ich nicht die bei unserem Landhaus vorfahrenden, grün angestrichenen Lastwagen; sie waren an den Seiten und von oben geschlossen und immer von Unteroffizieren begleitet. Dann bemerkte ich, dass diese Wagen niemals in unsere Garage einfuhren und auch nicht entladen wurden. Diese Lastwagen kamen sehr oft, besonders im September 1941“.

Neben den dort beschäftigten Frauen bestätigten auch noch zahlreiche weitere Zeugen die Tatsache, dass die polnischen Offiziere beim Beginn der deutschen Besatzung noch am Leben waren. So unter anderem auch ein Herr Basilewski, Professor der Astronomie und Direktor der Sternwarte von Smolensk, den die Nazis zwangsweise zum stellvertretenden Bürgermeister von Smolensk ernannt hatten. (A) Derselbe Professor Basilewski berichtete auch, was ein deutscher Kommandant ihm selbst über die Gründe der Ermordung der polnischen Offiziere sagte (B).

(A) „Anfang September 1941 wandte sich Basilewski an Menschagin mit der Bitte, sich bei dem Kommandanten von Swchetz dafür zu verwenden, dass der Lehrer Shiglinski aus dem Gefangenenlager Nr. 126 entlassen werden. Menschagin wandte sich mit dieser Bitte an von

Schwetz und teilte danach Basilewski mit, dass seiner Bitte nicht stattgegeben werden kann, da, wie von Schwetz gesagt hatte, aus Berlin die Anweisung eingetroffen sei, den Kriegsgefangenen gegenüber die allerhärtesten Maßnahmen anzuwenden und dabei keinerlei Nachsicht zu üben.
‚Unwillkürlich entgegnete ich', sagte der Zeuge Basilewski aus, ‚was könne es denn Härteres geben als das jetzige Regime im Lager?' Menschagin blickte mich seltsam an, beugte sich zu mir und antwortete leise: ‚Vielleicht doch! Die Russen werden wenigstens von selbst sterben, die kriegsgefangenen Polen aber sollen laut Befehl einfach vernichtet werden.'
‚Wieso denn? Wie ist das zu verstehen?' fragte ich.
‚Das ist im buchstäblichen Sinne zu verstehen. So eine Anweisung liegt aus Berlin vor', antwortete Menschagin und bat mich sofort, um Himmels willen niemandem etwas darüber zu sagen...
Etwa zwei Wochen nach dem oben erwähnten Gespräch mit Menschagin, als ich wieder von ihm empfangen wurde, konnte ich mich nicht beherrschen und fragte: ‚Was hört man über die Polen?' Menschagin zögerte, antwortete aber nachher doch: ‚Mit ihnen hat man schon Schluss gemacht.' Von Schwetz sagte mir, dass sie irgendwo in der Nähe von Smolensk erschossen wurden."

(B) „Hirschfeld sagte mir mit zynischer Offenheit, dass die Schädlichkeit der Polen und ihre Minderwertigkeit geschichtlich erwiesen sei und dass darum die Verringerung der Bevölkerung Polens eine Düngung des Bodens sein und die Möglichkeit für die Erweiterung des deutschen Lebensraumes schaffen werde. In diesem Zusammenhang prahlte Hirschfeld mir gegenüber, dass in Polen überhaupt keine Intellektuellen mehr geblieben sind, weil man sie aufgehängt, erschossen oder in Lager gesperrt hat."

Von den verhörten Zeugen entlarvt wurde auch der Schachzug der Nazis, ihrerseits Delegationen zu den Gräbern zu schicken, mit angeblichen Zeugen für den russischen Mord. Wie sie diese Zeugen fanden, beschreibt einer von ihnen, der Bauer Kisseljow, der seinen Hof in der Nähe des Waldes hatte. (A) Derselbe Kisseljow berichtete auch, wie sie speziell für diese Besucherdelegationen vorbereitet wurden (B).

(A) „Im Herbst 1942 kamen zwei Polizisten zu mir ins Haus und forderten mich auf, bei der Gestapo der Station Gnesdowo zu erscheinen. Ich ging am selben Tag zur Gestapo, die sich in einem einstöckigen Haus neben der Eisenbahnstation befand. In dem Zimmer, das ich betrat, waren ein deutscher Offizier und ein Dolmetscher anwesend. Der deutsche Offizier begann mich mit Hilfe des Dolmetschers auszufragen, ob ich schon lange in dieser Gegend wohne, womit ich mich beschäftige und wie meine materielle Lage sei.
Ich erzählte ihm, dass ich seit 1907 auf dem Gehöft bei ‚Kosji Gory' wohne und in meiner Wirtschaft arbeite. Über meine materielle Lage sagte ich, dass ich Schwierigkeiten habe, da ich selbst im vorgeschrittenen Alter bin und meine Söhne im Krieg sind.
Nach kurzer Unterhaltung über dieses Thema erklärte der Offizier, dass nach Mitteilungen, die der Gestapo vorliegen, Mitarbeiter des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten im Jahre 1940 im Wald von Katyn auf dem Gelände von ‚Kosji Gory' polnische Offiziere erschossen haben, und er fragte mich, welche Aussagen ich darüber machen kann. Ich antwortete, dass ich überhaupt nie gehört habe, dass Organe des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten in ‚Kosji Gory' Erschießungen vorgenommen hätten, dies sei auch kaum möglich, erklärte ich dem Offizier, da ‚Kosji Gory' ein offener viel besuchter Ort ist, und wenn man dort Erschießungen vorgenommen hätte, würde es die ganze Bevölkerung der umliegenden Dörfer Wissen.
Der Offizier antwortete mir, dass ich trotzdem diese Aussagen machen müsse, da dies so gewesen wäre. Für diese Aussagen wurde mir eine hohe Belohnung versprochen.
Ich erklärte dem Offizier noch einmal, dass ich von Erschießungen nichts weiß und dass dies vor dem Krieg in unserer Gegend unmöglich geschehen konnte. Trotzdem bestand der Offizier hartnäckig darauf, dass ich falsche Aussagen mache.

Nach dem ersten Gespräch, das ich schon erwähnt habe, wurde ich erst im Februar 1943 zum zweiten Mal zur Gestapo vorgeladen. Zu dieser Zeit war mit bekannt, dass auch andere Bewohner der umliegenden Dörfer zur Gestapo vorgeladen wurden und dass man von ihnen ebensolche Aussagen verlangte wie von mir.
In der Gestapo verlangten derselbe Offizier und derselbe Dolmetscher, die mich schon das erste Mal vernommen hatten, wieder von mir Aussagen darüber, dass ich Augenzeuge der Erschießungen von polnischen Offizieren gewesen sei, die angeblich 1940 vom Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten vorgenommen wurden. Ich erklärte dem Gestapo-Offizier wieder, dass das eine Lüge sei, da ich vor dem Krieg von keinen Erschießungen gehört habe und dass ich keine falschen Aussagen machen werde. Aber der Dolmetscher hörte mich gar nicht an, nahm vom Tisch ein handschriftliches Dokument und las es vor. Darin war gesagt, dass ich, Kisseljow, wohnhaft im Gehöft bei ‚Kosji Gory', selbst gesehen hätte, wie 1940 Mitarbeiter des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten polnische Offiziere erschossen. Nachdem er dieses Dokument vorgelesen hatte, forderte mich der Dolmetscher auf, es zu unterschreiben. Ich weigerte mich. Da begann der Dolmetscher, mich zu beschimpfen und mit Drohungen zu nötigen. Zum Schluss erklärte er: Entweder unterschreiben Sie auf der Stelle oder wir erledigen Sie. Wählen Sie!"

(B) „Bald darauf kam der Dolmetscher der Gestapo zu mir ins Haus und führte mich in den Wald, in die Gegend von ‚Kosji Gory'.
Als wir das Haus verlassen hatten und nur zu zweit waren, machte mich der Dolmetscher aufmerksam, dass ich jetzt den im Wald anwesenden Leuten alles genau so erzählen müsse, wie es in dem von mir bei der Gestapo unterschriebenen Dokument dargelegt sei.
Als ich in den Wald kam, sah ich geöffnete Gräber und eine Gruppe mir unbekannter Personen. Der Dolmetscher sagte mir, dies seien polnische Delegierte, die zur Besichtigung der Gräber gekommen seien.
Als wir zu den Gräbern kamen, begannen die Delegierten, mir in russischer Sprache verschiedene Fragen über die Erschießung der Polen zu stellen. Aber da seit meiner Vorladung zur Gestapo mehr als ein Monat vergangen war, hatte ich alles vergessen, was in dem von mir unterschriebenen Dokument stand, ich geriet in Verlegenheit und sagte schließlich, dass ich über die Erschießung polnischer Offiziere nichts weiß.
Der deutsche Offizier wurde sehr wütend und der Dolmetscher zerrte mich grob von der Delegation weg und jagte mich davon."

Diese Aussagen Kisseljows werden von zahlreichen weiteren Zeugen bestätigt. Von seiner ganzen Familie und von dem Streckenmeister T.I. Sergejew, der bei Kisseljow auf dem Hof wohnte.
Weitere Zeugen wie der Stationsvorsteher von Gnesdowo, S.W. Iwanow und der Verkehrsleiter I.W. Sawwatejew sagten ebenfalls aus, sie seien von den Nazis gezwungen worden zu bezeugen, dass die polnischen Offiziere von den Bolschewiken erschossen worden seien.
Von den sieben Zeugen, die die Nazis in ihrer „Dokumentation" namentlich erwähnten, lebte zum Zeitpunkt der Befreiung von Smolensk durch die Rote Armee und der Einsetzung der Sonderkommission außer dem bereits genannten Kisseljow noch ein weiterer: M. Sacharow, Rangierarbeiter der Bahnstation Smolensk. Alle anderen Zeugen der Nazis waren beim Rückzug der Wehrmacht verschwunden. Sacharow sagte aus:

„Anfang März 1943 kam in meine Wohnung ein Mitarbeiter der Gnesdowoer Gestapo, seinen Namen kenne ich nicht, und sagte, dass mich ein Offizier rufen läßt.
Als ich zur Gestapo kam, ließ mir der deutsche Offizier durch den Dolmetscher sagen: Uns ist bekannt, dass Sie als Wagenkoppler auf dem Smolensker Zentralbahnhof gearbeitet haben, und Sie müssen aussagen, dass im Jahre 1940 die Waggons mit den kriegsgefangenen Polen über Smolensk nach der Station Gnesdowo geleitet wurden, wonach die Polen im Wald bei ‚Kosji Gory' erschossen wurden.'

Ich antwortete darauf, dass die Waggons mit den Polen im Jahre 1940 tatsächlich über Smolensk in westlicher Richtung fuhren, dass ich aber die Bestimmungsstation nicht kenne...
Der Offizier sagte mir, wenn ich nicht gewillt sei, im Guten Aussagen zu machen, dann werde er mich dazu zwingen. Nach diesen Worten griff er zum Gummiknüppel und begann mich zu schlagen. Sodann legte man mich auf eine Bank, und der Offizier zusammen mit dem Dolmetscher prügelten mich. Wie viele Schläge ich bekam, weiß ich nicht mehr, weil ich bald die Besinnung verlor.
Als ich wieder zur Besinnung kam, forderte der Offizier, dass ich das Protokoll des Verhörs unterschreibe, und ich verlor durch die Schläge und die angedrohte Erschießung den Mut, machte falsche Aussagen und unterschrieb das Protokoll. Nachdem ich das Protokoll unterschrieben hatte, wurde ich aus der Gestapo entlassen...
Einige Tage nach meiner Vorladung zur Gestapo, etwa Mitte März 1943, kam der Dolmetscher zu mir in die Wohnung und sagte, dass ich zu einem deutschen General gehen und dort meine Aussagen bestätigen muss.
Als wir zu dem General kamen, fragte er mich, ob ich meine Aussagen bestätige. Ich sagte, dass ich sie bestätige, weil mich der Dolmetscher noch unterwegs darauf aufmerksam machte, dass mich noch etwas viel Schlimmeres als das erste Mal in der Gestapo erwarte, wenn ich mich weigere, die Aussage zu bestätigen.
Da ich mich vor einer Wiederholung der Folterungen fürchtete, antwortete ich, dass ich meine Aussagen bestätige. Dann befahl mir der Dolmetscher, den rechten Arm zu erheben, und sagte mir, dass ich den Schwur geleistet habe und nach Hause gehen kann.“

Aber nicht nur mit Terror hatten die Nazis gearbeitet, sie hatten auch Belohnungen ausgesetzt. Am 3. Mai 1943 erließ der kommandierende Leutnant Voss der Feldpolizei einen Aufruf an die Bevölkerung, sich als Zeugen der Erschießung „polnischer Offiziere und Geistlicher“ durch den NKWD zu melden. „Jede Mitteilung wird belohnt.“ Das bestätigten vor der Sonderkommission nochmals Dutzende von Zeugen.
Die Nazis hatten vor allem auch versucht, ehemalige Mitarbeiter des NKWD selbst, der ja die Morde begangen haben sollte, als ihre Zeugen zu finden. Dafür musste ein ehemaliger Garagenarbeiter des NKWD Smolensk herhalten, der bezeugen musste, dass er Polen zur Erschießung abtransportiert hatte. Auch er war später verschwunden.
Da aber die Nazis die Gräber der Polen entsprechend präparieren mussten, um sie öffentlich vorzeigen zu können, wurden 500 russische Kriegsgefangene dazu gezwungen, diese schmutzige Arbeit zu erledigen, die dann ihrerseits alle ermordet werden sollten. Einigen von ihnen gelang aber die Flucht.
Bei der „Sonderkommission“ meldete sich eine Frau, die einen russischen Kriegsgefangenen halbtot aufgefunden hatte. Aus dem Gespräch mit ihm konnte sie bestätigen, was aus den Aussagen zahlreicher anderer Zeugen bereits rekonstruiert worden war:

„Sein Zuname ist Jegorow, sein Vorname Nikolai; er ist Leningrader. Seit Ende 1941 befand er sich die ganze Zeit im deutschen Kriegsgefangenenlager Nr. 126 in der Stadt Smolensk. Anfang März 1943 wurde er mit einer Kolonne von Kriegsgefangenen von mehreren hundert Mann aus dem Lager in den Wald von Katyn geschickt. Dort wurden sie, darunter auch Jegorow, gezwungen, Gräber zu öffnen, in denen sich Leichen in der Uniform polnischer Offiziere befanden; sie mussten diese Leichen aus den Gruben herausholen und aus ihren Taschen die Dokumente, Briefe, Photographien und alle anderen Sachen herausnehmen. Die Deutschen hatten strengsten Befehl gegeben, in den Taschen der Leichen nichts zurückzulassen. Zwei Kriegsgefangene wurden erschossen, weil ein deutscher Offizier bei diesen Leichen, nachdem sie durchsucht worden waren, irgendwelche Papiere fand.
Die aus den Kleidern der Leichen herausgenommenen Sachen, Dokumente und Briefe wurden von deutschen Offizieren gesichtet; dann mussten die Gefangenen einen Teil der Papiere wieder in die Taschen der Leichen zurücklegen, der auf diese Weise ausgewählte Rest der Sachen und Dokumente kam auf einen Haufen, der dann verbrannt wurde.

Alle Kriegsgefangenen lebten auf dem Territorium des Waldes von Katyn unter fürchterlichen Bedingungen unter freiem Himmel und wurden scharf bewacht. Anfang April 1943 waren alle von den Deutschen vorgesehenen Arbeiten offenbar beendigt, da drei Tage lang keiner von den Kriegsgefangenen zur Arbeit gezwungen wurde...
Plötzlich wurden sie alle ohne Ausnahme in der Nacht geweckt und irgendwohin geführt.
Die Bewachung war verstärkt. Jegorow schöpfte Verdacht, dass irgendetwas drohe, und begann alles, was vor sich ging, mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen. Sie gingen drei bis vier Stunden lang in unbekannter Richtung. Auf irgendeiner Wiese machten sie im Walde bei einer Grube halt. Er sah, wie eine Gruppe von Kriegsgefangenen von der Gesamtmasse abgesondert, zur Grube getrieben und dann erschossen wurde.
Die Kriegsgefangenen gerieten in Aufregung, begannen zu lärmen und unruhig zu werden. Nicht weit von Jegorow stürzten sich einige Kriegsgefangene auf die Wache, denen andere von der Wachmannschaft zu Hilfe kamen. Jegorow benutzte diesen Augenblick der Verwirrung und rannte in das Waldesdunkel; hinter sich hörte er Rufe und Schüsse."

Nach dieser Bearbeitung der Gräber von Katyn hatten die deutschen Nazis dann ihre so genannten Exkursionen dorthin organisiert, vor allem für dubiose „polnische Delegationen" und die einheimische Bevölkerung.
Dabei hatten sie aber, vor allem bei der einheimischen Bevölkerung, wenig Erfolg. Denn unvoreingenommene Besucher, das wurde auch mehrmals von Zeugen vor der Sonderkommission betont, konnten feststellen, dass die Leichen teilweise noch sehr frisch waren. Ohne auseinander zufallen konnten sie transportiert werden, Kleidung, metallische Teile und Schuhe waren noch gut erhalten.
In der Folgezeit waren die Nazis dann, laut zahllosen Zeugenaussagen, vor allem damit, beschäftigt, solche Menschen, die diese Dinge erzählten, zu verfolgen. Da die Exkursionen offenbar nichts fruchteten, wurden sie nach zwei Monaten wieder eingestellt, und es wurde ruhig um Katyn. Als die Wehrmacht sich dann, im August 1943, vor der Roten Armee zurückziehen musste, versuchten die Nazis, soweit als möglich, alle Spuren zu verwischen. Das Landhaus, in dem der Stab der Gestapo seinen Sitz gehabt hatte, wurde niedergebrannt, die vorher präsentierten Zeugen wurden gejagt und zu einem großen Teil ermordet oder verschleppt.
Aber neben den Zeugen und den noch vorliegenden Gegenständen usw. gab es auch noch die Leichen der Opfer dieses Massenmordes.
Als die Sonderkommission im Januar 1944 in Moskau die Exhumierung von 925 der gefundenen Leichen vornahm, tat sie das in der Öffentlichkeit. Dazu wurde die gesamte westliche Presse eingeladen. Über drei Dutzend Berichterstatter dieser Presse waren dabei anwesend, auch sachverständige Beobachter.
Auch schon zuvor, bei der Anhörung der Zeugen, waren zahlreiche unabhängige Beobachter anwesend gewesen. Darunter auch Kathie Harriman, die Tochter des US-Botschafters Averell Harriman, als Korrespondentin der amerikanischen Presse.
Unter allen diesen Anwesenden gab es keinerlei Zweifel über die Richtigkeit des Berichts der „Sonderkommission".
Auch die amerikanische Presse, die einige Jahre später eine wüste Hetzkampagne gegen die UdSSR wegen ihrer angeblichen „Morde von Katyn" starten sollte, berichtete damals ausschließlich in diesem Sinn.
Der abschließende Bericht der Sachverständigen über die medizinische Untersuchung der Leichen der Opfer des Nazi-Terrors, den die Sonderkommission veröffentlichte, lautete wie folgt:

„Die in der Zeit vom 16. bis zum 23. Januar 1944 vorgenommenen gerichtsmedizinische Untersuchung der Leichen zeigt, dass überhaupt keine Leichen im Zustand des Zerfalls durch Verwesung oder Zerstörung und dass alle 925 Leichen gut erhalten sind und sich im Anfangsstadium des Feuchtigkeitsverlustes befinden (was am häufigsten und am

deutlichsten in der Brust- und Bauchgegend und manchmal auch an den Extremitäten in Erscheinung trat; Anfangsstadium des Fettwachses, ausgeprägter Grad des Fettwachses bei den Leichen, die vom untersten Boden der Gräber exhumiert wurden), in einer Kombination der Entwässerung der Leichengewebe und der Bildung von Fettwachs.
Besondere Beachtung verdient der Umstand, dass die Muskeln des Rumpfes und der Extremitäten ihre mikroskopische Struktur und ihre fast gewöhnliche Farbe erhalten haben; die inneren Organe des Brustkastens und der Bauchhöhle haben ihre Konfiguration beibehalten, in einer ganzen Anzahl von Fällen hatte der Herzmuskel an Schnitten eine deutlich unterscheidbare Struktur und die ihm eigene Färbung, und das Kopfhirn wies die charakteristischen Struktureigenarten auf mit deutlich ausgeprägter Grenze der grauen und der weißen Substanz. Außer der mikroskopischen Untersuchung der Leichengewebe und -organe nahm die gerichtsmedizinische Sachverständigenkommission entsprechendes Material für die nachfolgenden mikroskopischen und chemischen Untersuchungen im Laboratorium.
Für die Erhaltung der Gewebe und Organe der Leichen waren die Eigenschaften des Bodens am Ausgrabungsort von gewisser Bedeutung.
Nach der Öffnung der Gräber und der Exhumierung der Leichen beim Liegen im Freien waren sie der Einwirkung der Wärme und Feuchtigkeit im Frühjahr und Sommer 1943 ausgesetzt. Das konnte eine starke Beschleunigung des Zersetzungsprozesses der Leichen bewirkt haben.
Aber der Grad der Entwässerung der Leichen und der Bildung von Fettwachs in ihnen, der besonders gute Zustand der Muskeln und inneren Organe sowie der Kleidung bieten die Grundlage zu der Behauptung, dass sich die Leichen kurze Zeit im Boden befanden.
Vergleicht man aber den Zustand der Leichen in den Gräbern auf dem Gelände von ‚Kosji Gory' mit dem Zustand der Leichen an anderen Grabstätten in der Stadt Smolensk und in ihrer nächsten Umgebung - in Gedeonowka, Magalenschtschina, Readowka, im Lager Nr. 126, in Krassny Bor usw., (siehe Protokoll der gerichtsmedizinischen Sachverständigenkommission vom 22. Oktober 1943), so muss festgestellt werden, dass die Leichen der polnischen Kriegsgefangenen auf dem Gelände von ‚Kosji Gory' vor etwa zwei Jahren begraben wurden. Das findet seine volle Bestätigung in den Dokumenten, die in der Kleidung an den Leichen gefunden wurden, und die frühere Begrabungstermine ausschließen (siehe Punkt e, Artikel 36, und Verzeichnis der Dokumente).
Die gerichtsmedizinische Sachverständigenkommission, die die Tatsachen und Ergebnisse der Untersuchungen zur Grundlage nimmt, betrachtet es als festgestellt, dass kriegsgefangene Offiziere und zum Teil Soldaten der polnischen Armee durch Erschießung getötet wurden;
konstatiert, dass diese Erschießung in eine Zeit fällt, die etwa zwei Jahre zurückliegt, d. h. zwischen September und Dezember 1941 stattfand;
erachtet die Tatsache, dass die gerichtsmedizinische Sachverständigenkommission in der Kleidung der Leichen Wertsachen und Dokumente fand, die mit dem Jahr 1941 datiert sind, als Beweis dafür, dass die faschistischen deutschen Behörden, die im Frühjahr und Sommer 1943 eine Durchsuchung der Leichen vornahmen, diese Durchsuchung nicht sorgfältig durchführten, die aufgefundenen Dokumente hingegen zeigen, dass die Erschießung nach dem Juni 1941 vorgenommen wurde;
stellt fest, dass die Deutschen im Jahre 1943 nur eine verschwindend kleine Anzahl Obduktionen von Leichen der erschossenen polnischen Kriegsgefangenen vornahmen;
stellt fest, dass das Verfahren bei der Erschießung polnischer Kriegsgefangener völlig identisch ist mit der Art der Erschießung friedlicher Sowjetbürger und sowjetischer Kriegsgefangener, die von den faschistischen deutschen Behörden auf dem vorübergehend besetzten Gebiet der Sowjetunion, darunter in den Städten Smolensk, Orel, Charkow, Krassnodar und Woronesh, weitgehend angewandt wurde."

Zweifel an der Arbeit und dem Bericht der Sonderkommission wurden damals nur von einer Seite laut, von der Exilregierung der polnischen Obristen in London, die die Nazi-Verleumdung sofort aufgegriffen hatten und jetzt auch dabei blieben. Für sie war diese Hetze

ein Mittel, das wachsende Ansehen, das die Rote Armee und die UdSSR wegen ihres Kampfes gegen Hitler-Deutschland unter dem polnischen Volk genoss, zu schmälern.
Selbst Alexander Werth, der einer der wenigen Autoren ist, die die sowjetische Darstellung anzweifeln, kann nicht umhin, eine Reihe von Tatsachen anzuführen, die ihm in seiner antisowjetischen Haltung zwar nicht passen, aber selbst ihn dazu bringen zu glauben, dass die Darstellung wohl doch richtig sei. Er schreibt:

„Zunächst war die Technik der Massenmorde, was immer auch die Deutschen sagen mochten, eher deutsch als russisch. An zahllosen anderen Orten hatte die Gestapo eben diese Technik angewandt. Was den NKWD angeht, so war es eher wahrscheinlich, dass die in seiner Obhut befindlichen Menschen an Überarbeitung, Unterernährung oder Kälte starben, nicht aber, weil man sie in Massen hinmordete. Zweitens das Motiv: Warum hätten die Russen die Polen 1940, in Friedenszeiten also, töten sollen, da es ja kaum einen Anlass gab, sie zu liquidieren?
Dann war da die Frage der Kugeln, mit denen man die Opfer erschossen hatte. Die Polen waren mit deutschen Geschossen umgebracht worden - eine Tatsache, die Goebbels sehr verwirrt hatte. General Anders zitiert einen Zeugen, der behauptet hatte, dass diese Geschosse von den Deutschen in großen Mengen in die baltischen Staaten verkauft worden seien. Aber dieses Argument vermag nicht völlig zu überzeugen:
Angeblich hatten die Russen die polnischen Offiziere doch im März 1940 erschossen; die vollständige Besetzung der baltischen Staaten durch die Russen hatte aber erst drei Monate später stattgefunden.“

So bleibt also am Schluss festzustellen, dass das angebliche sowjetische „Massaker von Katyn“ eine jener vielen schmutzigen Erfindungen des Hauses Goebbels war, die damals von niemandem geglaubt wurden, die aber dann, als es als politisch nützlich betrachtet wurde, von der US-amerikanischen Propaganda neu aufgelegt wurden, Eingang in alle Medien fanden und heute von allen reaktionären Kräften mit größter Selbstverständlichkeit als Wahrheit präsentiert werden.
Die Wahrheit ist, dass der Massenmord von Katyn eines der zahllosen Verbrechen der Nazis war.

Wer hat den Aufstand von Warschau verraten?

Anfang August 1944 erhoben sich in Warschau Zehntausende von Polen zu einem bewaffneten Aufstand gegen die verhassten Nazi-Besatzer. Wie ein Jahr zuvor die jüdische Bevölkerung im Warschauer Ghetto, so traten auch jetzt diese heldenhaften Menschen mit wenig Waffen, kaum Ausrüstung und noch weniger Proviant zu einem ungleichen Kampf gegen die gigantische Kriegsmaschinerie der deutschen Nazis an, gegen Kanonen, Panzer, Bomben und Maschinengewehre.
Sie führten einen Kampf, der jedem Bewunderung abringen muss angesichts dieses Muts und dieser Tapferkeit.
Aber ihr Kampf scheiterte. Scheiterte an der Übermacht der Nazis, scheiterte daran, dass niemand ihnen mit allen Kräften zu Hilfe kommen konnte.
Am 1. Oktober, nach mehr als acht Wochen blutigster Kämpfe, mussten die Aufständischen kapitulieren. 300000 Tote waren zu beklagen. Wie besessen hatten die Nazis die bestialische Vernichtung der Aufständischen organisiert. Dieses furchtbare Geschehen versuchte die Regierung der polnischen Obristen in ihrem Londoner Exil für ihren Kampf gegen die Sowjetunion zu nutzen. Der Kommandant ihrer „Armija Krajowa", General Bor Komorowski, und das Mitglied der Exilregierung, MikoIajczyk, verbreiteten als Erste die Version, dass die UdSSR, die Rote Armee, Schuld an der Niederlage der Aufständischen gewesen sei. Stalin, so die polnischen Obristen, habe den Warschauer Aufstand verraten. Stalin, so behaupteten sie, habe die nationalen Kräfte des polnischen Volkes den Nazis geopfert, um nachher nach dem Sieg über die Deutschen - eine prokommunistische Regierung in Polen errichten zu können.
Deshalb habe die Rote Armee vor den Toren Warschaus ihren Vormarsch gestoppt und abgewartet, bis der Aufstand niedergeschlagen gewesen sei.
Auch dieser schmutzige Vorwurf, der zusammen mit den Lügen über die so genannte „polnische Teilung durch Hitler und Stalin" und dem angeblichen „sowjetischen Massaker von Katyn" die drei Hauptargumente für eine von der Reaktion behauptete polenfeindliche Politik der UdSSR darstellt, wurde zu jener Zeit von niemandem geglaubt. Auch dieser Vorwurf wurde erst später, zu einer Zeit, als es politisch nützlich erschien, erneut vorgebracht und - wider besseres Wissen - als absolute Wahrheit in die Welt gesetzt.
Betrachten wir den genauen Verlauf, die Vorgeschichte und Bedeutung dieses Aufstands und die wirklichen Taten der Roten Armee, so wird schnell klar werden, dass das eine weitere Propagandalüge der Reaktion ist.
Am 4. August 1944 sendet der britische Premier W. Churchill eine Botschaft an J.W. Stalin, die als dringend, geheim und persönlich deklariert ist. Er schreibt:

„Auf dringendes Ersuchen der polnischen Untergrundarmee werfen wir, falls das Wetter günstig ist, ungefähr 60 Tonnen Kriegsmaterial und Munition über dem südwestlichen Stadtteil Warschaus ab, in dem, wie mitgeteilt wird, ein polnischer Aufstand gegen die Deutschen im Gange ist. Die Polen erklären ferner, dass sie um russische Hilfe bitten, die sehr nahe scheint. Sie werden von anderthalb deutschen Divisionen angegriffen. Das könnte für ihre eigenen Operationen von Nutzen sein."[33]

Stalin antwortet sofort nach Erhalt am 5. August in einer geheimen Botschaft:

„Ihre Botschaft hinsichtlich Warschaus habe ich erhalten.
Ich halte die Ihnen von den Polen übermittelte Information für stark übertrieben und für nicht sehr vertrauenswürdig. Zu einer solchen Schlussfolgerung kann man schon deshalb kommen, weil sich die polnischen Emigranten gewissermaßen die Einnahme von Wilna durch irgendwelche Einheiten der Armija Krajowa zugeschrieben haben und das sogar im Rundfunk bekannt gaben. Das entspricht aber natürlich in keiner Weise den Tatsachen. Die Armija Krajowa der Polen besteht aus einigen Abteilungen, die sich fälschlicherweise als

Divisionen bezeichnen. Sie haben weder Artillerie, Flugzeuge noch Panzer. Ich kann mir nicht vorstellen, wie solche Abteilungen Warschau einnehmen wollen, das die Deutschen mit vier Panzerdivisionen, darunter die Division ‚Hermann Göring', verteidigen."[34]

Am 12. August schreibt W. Churchill abermals an J.W. Stalin:

„Ich habe eine erschütternde Botschaft von den Polen in Warschau empfangen, die nach zehn Tagen noch immer gegen beträchtliche deutsche Streitkräfte, die die Stadt in drei Teile aufgespalten haben, kämpfen.
Sie bitten flehentlich um Maschinengewehre und Munition. Können Sie ihnen nicht noch etwas mehr Hilfe leisten, da die Entfernung von Italien so sehr groß ist?"[35]

Stalins Antwort vom 16. August:

„I. Nach der Unterredung mit Herrn Mikolajczyk habe ich dem Oberkommando der Roten Armee befohlen, im Raum von Warschau intensiv Waffen abzuwerfen. Es ist auch ein Verbindungsmann mit dem Fallschirm abgesetzt worden, der - wie das Oberkommando meldet - seinen Auftrag nicht erfüllen konnte, weil er von den Deutschen getötet wurde.
Im weitern habe ich mich näher mit der Warschauer Angelegenheit vertraut gemacht und bin zu der Überzeugung gelangt, dass die Aktion in Warschau ein unüberlegtes, furchtbares Abenteuer darstellt, das die Bevölkerung große Opfer kostet. Das hätte vermieden werden können, wenn das sowjetische Oberkommando vor Beginn der Warschauer Aktion informiert worden wäre und die Polen mit ihm Verbindung unterhalten hätten."[36]

Sechs Tage später, in Beantwortung eines weiteren Hilferufs, den Churchill und Roosevelt gemeinsam an Stalin sandten, schreibt J.W. Stalin:

„Ihre und Präsident Roosevelts Botschaft über Warschau habe ich erhalten. Ich möchte dazu meine Meinung äußern.
Früher oder später wird die Wahrheit über die Verbrecherbande, die das Warschauer Abenteuer anzettelte, um die Macht an sich zu reißen, allen bekannt werden. Diese Elemente haben das Vertrauen der Warschauer ausgenutzt und viele praktisch wehrlose Menschen den deutschen Kanonen, Panzern und Flugzeugen ausgeliefert. Es ist eine Lage entstanden, bei der jeder neue Tag nicht den Polen für die Befreiung Warschaus, sondern den Hitlerfaschisten nutzt, die in unmenschlicher Weise die Einwohner Warschaus ausrotten.
Vom militärischen Gesichtspunkt aus ist die entstandenen Situation, die die besondere Aufmerksamkeit der Deutschen auf Warschau lenkt, sowohl für die Rote Armee wie für die Polen außerordentlich unvorteilhaft. Dennoch tun die sowjetischen Truppen, die in der letzten Zeit auf neue beachtliche Versuche der Deutschen gestoßen sind, Gegenangriffe durchzuführen, ihr möglichstes, um diese Gegenangriffe der Hitlerfaschisten zurückzuschlagen und bei Warschau zu einer neuen groß angelegten Offensive überzugehen. Es kann keinen Zweifel geben, dass die Rote Armee keine Anstrengungen scheuen wird, um die Deutschen bei Warschau zu zerschlagen und Warschau für die Polen zu befreien. Das wird die beste und wirksamste Hilfe für die polnischen Antifaschisten sein."[37]

Was bringt J.W. Stalin dazu, die Organisatoren dieses Aufstands eine Verbrecherbande zu nennen?
Dazu muss man die Vorgeschichte des Aufstands betrachten, die Entwicklung in Polen in den Monaten vorher.
Im Januar 1944 war in Warschau der Volkskongress von Polen zusammengetreten (Krajowa Rada Narodowa). Das war die Vereinigung aller Gruppen, Parteien und Personen, die den Kampf gegen die deutschen Nazi-Okkupanten führten.

Darin war die Kommunistische Arbeiterpartei Polens führend beteiligt. Zum Volkskongress gehörten auch die Sozialistische Partei Polens, zahlreiche oppositionelle Organisationen der polnischen Bauernpartei, zahlreiche parteilose Persönlichkeiten und Gruppen von Intellektuellen und Künstlern, sowie auch militärische Untergrundorganisationen, darunter auch verschiedenen Einheiten der Armija Krajowa, die unter dem Befehl der Londoner Exilregierung standen. Einer der dort gefassten Beschlüsse war der, alle Kräfte zu Schaffung einer einheitlichen Volksarmee (Armija Ludowa) einzusetzen.
Der Volkskongress arbeitete auch mit dem 1943 in der UdSSR von Exilpolen gegründeten „Bund der polnischen Patrioten“ zusammen, sowie mit der in den Reihen der Roten Armee kämpfenden „Polnischen Armee in der UdSSR“.
Aus dem Volkskongress entstand dann das „Polnische Komitee der nationalen Befreiung“, das am Tag der Befreiung Lublins durch die Rote Armee sein Manifest von Lublin verkündete und auch Lubliner Komitee genannt wird.
Die politische Einstellung der polnischen Obristenregierung in London ist bereits verschiedentlich dargestellt worden. Für sie war der Hauptgegner bereits vor dem Kriege die Kommunisten gewesen, die polnischen wie die der UdSSR.
Diese Leute, die jetzt in London saßen, waren es gewesen, die selbst einen Einmarsch Hitlers dem Bündnis mit der UdSSR vorgezogen hatten.
Und diese Leute sahen jetzt die Gefahr, dass sich in Polen ohne sie, auch innerhalb ihrer eigenen Organisation, eine echte Volksbewegung gegen die Nazi-Okkupanten entwickelte, an der die Kommunisten teilhatten. Selbst A. Werth, von dem man weiß, dass er keine Sympathien zum Kommunismus hat, kommt angesichts der Sachlage zu folgendem Schluss:

„Es ist keine Frage, dass der Warschauer Aufstand den letzten verzweifelten Versuch darstellte, Polens Hauptstadt von den sich zurückziehenden Deutschen zu befreien und gleichzeitig zu verhindern dass das Lubliner Komitee in Warschau Fuß fasste und sich dort - nach dem Einzug der siegreichen Sowjetarmee - endgültig etablierte.“[38]

Das war der Grund dafür, dass sie faktisch sofort nach dem Manifest des Lubliner Komitees den Befehl zum Warschauer Aufstand gaben.
Die UdSSR, die Rote Armee, ihr Oberkommando waren deshalb natürlich von den Befehlshabern dieses Aufstands nicht informiert worden, keinerlei Koordination war möglich gewesen. Die Kommandierenden der Roten Armee, in Person des Generalissimus Stalin, hatten erst durch die Nachricht der britischen Regierung überhaupt von diesem Aufstand erfahren.
Zum Zeitpunkt dieser Information war bereits begonnen worden, die neuen Befehle für die Rote Armee, die am 28. Juli erlassen worden waren, durchzuführen. Diese Befehle waren folgende:
Die 3. Weißrussische Front sollte bis zum 2. August 1944 Kowno erobern und nach Ostpreußen vorstoßen, die 2. Weißrussische Front über Lomscha nach Westpreußen vorrücken und die 1. Weißrussische Front unter dem Kommando Rokossowskijs sollte Brest und Siedlce erobern und versuchen, bis zum 8. August das Ostufer der Weichsel zu erobern, vor allem Praga, das an diesem Ufer gegenüber von Warschau lag, und sie sollte südlich von Warschau mehrere Brückenköpfe am Westufer der Weichsel errichten.
Zur selben Zeit, als die Durchführung dieser Befehle begann, kam der Befehl der Obristen, in Warschau mit dem Aufstand zu beginnen.
Die Obristen beriefen sich später darauf, in der „Prawda“ habe die sowjetische Nachrichtenagentur TASS einen Artikel veröffentlicht „Auf nach Warschau“, und deshalb hätten sie den Befehl gegeben. Nun ist es einerseits völlig lächerlich, den angeblichen Partner nicht zu informieren, sich nicht mit ihm in Verbindung zu setzen, sondern auf einen Zeitungsartikel zu pochen. Andererseits war es darüber hinaus so, dass dieser Feldzug der Roten Armee schwerer war als gedacht, der deutsche Widerstand wesentlich stärker.

In der ersten Augusthälfte 1944 hatten im Raum östlich Warschaus die Deutschen die Luftherrschaft zurückerobert. Sie flogen vom 1. bis zum 13. August genau 3316 Lufteinsätze, die Rote Armee nur 3170. Das deutsche Oberkommando verstärkte seine Truppen bei Praga um eine Infanterie und vier Panzerdivisionen. Bei der Panzerschlacht vor Praga verlor die Rote Armee 500 Panzer.
In seinen „Erinnerungen eines Soldaten“ schreibt der faschistische deutsche Panzergeneral Guderian, dass die Rote Armee im August und September 1944 nicht in der Lage gewesen sei, Warschau zu nehmen, denn die Wehrmacht hatte dort alle Kräfte konzentriert. Die Naziherrscher in Berlin wussten sehr wohl, dass von Warschau aus der Weg nach Berlin offen war, deshalb hatte Hitler, so Guderian, den Befehl gegeben, „Warschau um jeden Preis zu halten“.[39]
Obwohl also die Situation äußerst schwierig war, obwohl die Sowjetführung im Recht war, dass dieser Aufstand ein Abenteuer sei, versuchte die Rote Armee alles, um den Aufständischen zu Hilfe zu kommen.
Das angebliche Stillhalten der Roten Armee in der Zeit bis Mitte September, ein Stillhalten, das - erstaunlicherweise, wenn doch nichts getan wurde - mit der Eroberung Pragas endete, hatte 160000 Sowjetsoldaten als Tote und Schwerverwundete als Opfer gehabt.
Als die Lage der Aufständischen völlig unhaltbar geworden war, bot das sowjetische Oberkommando an, für die Flucht der Aufständischen ans Ostufer der Weichsel einen Schutzring mit Artilleriefeuer zu bilden. Diesen Fluchtweg nutzten aber nur einige zehntausend der Aufständischen.
Nach der verlustreichen Einnahme von Praga im September und dem von der Wehrmacht zurückgeschlagenen Versuch, Brückenköpfe auf dem Westufer der Weichsel zu errichten, die eine direkte Kontaktaufnahme zu den Aufständischen ermöglicht hätten, verstärkten die Sowjetarmee und die in ihren Reihen kämpfenden polnischen Armeen, unter dem Kommando des Generals Berling, ihre Anstrengungen, Hilfe zu leisten. In den zwei Wochen von 14. September bis zur Kapitulation der Aufständischen am 1. Oktober 1944 flog die Rote Armee mehr als 2000 Lufteinsätze, wobei über dem Gebiet der Aufständischen pausenlos Waffen, Lebensmittel und sonstige Nachschubgüter abgeworfen wurden.
Selbst Churchill muss in seinen hetzerischen Memoiren zugeben, dass ab 10. September sowjetische Granaten den Osten Warschaus, wo die Deutschen massiert waren, konzentriert trafen, dass seit dem 14. September zahllose Sowjetflugzeuge Hilfsgüter und Waffen brachten.[40]
Dass die Haltung und Meinung der Sowjetführung richtig war, bestätigten auch zwei Offiziere der Armija Krajowa, die Warschau am 29. Juli 1944 verlassen hatten, um nach Moskau zu fahren, wo sie Mikolajczyk, das Mitglied der Londoner Exilregierung, der sich gerade in Moskau aufhielt, treffen wollten.
Das Ziel dieser Reise war es, von dem Vertreter der Exilregierung im Namen zahlreicher Offiziere von Abteilungen der Armija Krajowa die Rücknahme des Befehls zum Aufstand zu erreichen.
Bei einer Pressekonferenz des Lubliner Komitees am 26. August 1944 berichteten diese beiden Offiziere:

„Bereits am 25. Juli hatten sie von General Bor Komorowski den Befehl erhalten, sich für den Aufstand bereit zu halten. Nach Auffassung dieser beiden Offiziere hatte kein Zweifel daran bestehen können, dass die Aufständischen Warschau unmöglich halten konnten, es sei denn, sie schlugen erst im letzten Augenblick zu, das heißt zu einem Zeitpunkt, zu dem die Russen praktisch bereits in der Stadt waren. Unglücklicherweise hatten die beiden Oberste fast 14 Tage gebraucht, um Lublin zu erreichen, und als sie endlich eintrafen, war es zu spät. Einer von ihnen, Oberst Rawicz, berichtete, das Hauptquartier habe den Befehl zum Aufstand bereits gegeben, als die Russen noch 35 Kilometer vor Warschau standen. Er und viele andere Offiziere hätten die Erteilung des Aufstandsbefehls für Wahnsinn gehalten,

solange die Russen die Weichselbrücken nicht erreicht hätten. ‚Wir rechneten nicht mit einem Einmarsch der Russen vor dem 15. August. Aber der Mann auf der Straße - und sie wissen, wie mutig und romantisch die Warschauer sind - war überzeugt, die Russen würden schon am 2. August in der Stadt sein, und begeistert machte er mit...'
Rawicz schien sehr bewegt, als er von der Vernichtung Warschaus sprach. Tränen standen in seinen Augen, als er seine Frau und Tochter erwähnte, die in dem brennenden Inferno zurückgeblieben waren. Seiner Schätzung nach hatten bereits 200000 Menschen in Warschau den Tod gefunden.“[41]

Die Zahl der Opfer, wie man heute weiß, war noch weit höher.
Sie alle, die so mutig gekämpft hatten, die ihr Leben im Kampf gegen die bestialische Besatzung der Wehrmacht, SS und Gestapo geopfert haben, fielen, weil die Regierung der Obristen auf ihrem Rücken, mit ihrem Leben den Kampf um die Macht in Polen nach dem Sieg der Deutschen führte.
Dass die polnischen Obristen in London diejenigen waren, die mit dem Leben der Warschauer spielten, ergibt sich auch aus einem Brief J.W. Stalins an Churchill und Roosevelt, den er am 8. August 1944 verfasste.
Darin wird deutlich, dass die polnische Exilregierung, durch ihren Vertreter Mikolajczyk, bei dem Treffen mit den Vertretern des Lubliner Komitees in Moskau eine Zusammenarbeit verhindert hat, trotz der weitreichenden Vorschläge der Repräsentanten des Komitees, die der Exilregierung in einer gemeinsamen polnischen Regierung die Führung, das Amt des Ministerpräsidenten angeboten hatten.

„Ich möchte Sie über die Begegnung mit Mikolajczyk, Grabski und Romer informieren. Die Unterredung mit Mikolajczyk hat mich davon überzeugt, dass er über die Lage in Polen ungenügend unterrichtet ist. Dabei hatte ich den Eindruck, dass Mikolajczyk nicht dagegen ist, dass Wege zur Vereinigung der Polen gefunden werden.
Da ich es für unmöglich halte, den Polen irgendeine Lösung aufzuzwingen, habe ich Mikolajczyk vorgeschlagen, dass er und seine Kollegen sich mit den Vertretern des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung treffen sollten, um mit ihnen gemeinsam ihre Probleme zu erörtern, vor allem die Frage der baldigen Vereinigung aller demokratischen Kräfte Polens auf dem befreiten polnischen Territorium. Diese Begegnungen haben stattgefunden. Ich bin darüber durch beide Seiten informiert worden. Die Delegation des Nationalkomitees hatte vorgeschlagen, der Tätigkeit der polnischen Regierung die Verfassung von 1921 zugrunde zu legen, und billigte im Falle des Einverständnisses der Gruppe Mikolajczyk vier Ministersitze zu, darunter das Amt des Ministerpräsidenten für Mikolajczyk. Mikolajczyk konnte sich jedoch nicht entschließen, dem zuzustimmen. Leider haben diese Begegnungen noch nicht zu den gewünschten Resultaten geführt. Trotzdem waren sie aber von positiver Bedeutung, denn sie gaben sowohl Mikolajczyk wie auch Morawski und dem soeben aus Warschau eingetroffenen Bierut die Möglichkeit, sich gegenseitig ausführlich über ihre Auffassungen zu informieren, insbesondere darüber, dass sowohl das Polnische Nationalkomitee wie auch Mikolajczyk den Wunsch zum Ausdruck bringen, zusammenzuarbeiten und in dieser Richtung nach praktischen Möglichkeiten zu suchen. Man kann dies als erste Etappe in den Beziehungen zwischen dem polnischen Komitee und Mikolajczyk und seinen Kollegen bezeichnen. Wollen wir hoffen, dass es in Zukunft besser vorangeht.“[42]

Diese Hoffnung Stalins, die er auf die Tatsache begründete, dass sich diese Vertreter immerhin getroffen hatten, war leider vergeblich.
Die Exilregierung verweigerte die Zusammenarbeit. Den Aufstand, den sie schon vor diesem Treffen befohlen hatte, seine blutige Niederschlagung durch die Nazis, das wollte sie später dann als Argument gegen die UdSSR verwenden.

Es ist eine ungeheure Lüge, wenn angesichts der gewaltigen Opfer der Roten Armee, ihrer vielfältigen Versuche, Hilfe zu leisten, behauptet wird, sie habe abgewartet, um „den politischen Konkurrenten ermorden zu lassen“.
Es ist eine ungeheure Lüge, wenn angesichts der zahlreichen Versuche der Sowjetführung, eine einheitliche polnische Nationalregierung zu unterstützen, behauptet wird, sie habe nur Kommunisten an der Regierung sehen wollen, deshalb habe sie die Warschauer Helden geopfert.
Gerade anders liegen die Tatsachen: Es war die Exilregierung in London, diese Interessenvertretung der polnischen Feudalen und der englischen und französischen Monopolkapitalisten, die nur Antikommunisten in einer polnischen Regierung sehen wollte und deshalb dieses blutige Abenteuer befahl, den Warschauer Aufstand.

Die Rote Armee in Deutschland

„Die Russen, die waren doch genauso wie die Wehrmacht, die haben doch auch gehaust wie die Vandalen, als sie bei uns einmarschiert sind.“ Solche und ähnliche Behauptungen hört man sehr oft. Gerade in jüngster Zeit ist diese - spezifisch deutsche - Verleumdung der Roten Armee in der westdeutschen Presse und in allen Massenmedien wieder sehr oft vorgekommen. Anlass war auch hier der vierzigste Jahrestag des Überfalls der Nazi-Wehrmacht auf Polen. Da wurde in der westdeutschen Presse mehr über die Rote Armee geschrieben als über die Wehrmacht.

Da werden Frauen interviewt, die auf der Flucht von Osten von Sowjetsoldaten misshandelt und vergewaltigt wurden, Männer wurden weil sie Waffen besaßen, erschossen, ja, sogar Kinder sollen verstümmelt worden sein.

Und selbstverständlich, das wird stets behauptet, geschah dies alles auf Anordnung von oben, durch das Oberkommando der Roten Armee, durch Stalin, versteht sich. Alles dies ist eine der unverschämtesten Lügen, die gegen die UdSSR vorgebracht wird. Denn diese Propaganda bedeutet den Versuch, die Bestialität des Oberfalls Nazi-Deutschlands auf andere Länder, und insbesondere auf die UdSSR, herabzuspielen, die unmenschlichen und zahllosen Verbrechen an der sozialistischen Sowjetunion zu einem sozusagen alltäglichen Kriegsereignis herabzuspielen, unter dem Motto „Ausschreitungen gibt es überall“.

Der Überfall der Nazis auf die Sowjetunion hat rund 20000000 Sowjetbürgern das Leben gekostet. Weitere mindestens 1200000 Sowjetbürger wurden zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt, wo Hunderttausende von ihnen „lebten“ wie Tiere, die anderen starben, nur 10 Prozent kehrten lebend zurück.

Das sind allgemein bekannte Tatsachen, die allerdings in letzter Zeit von interessierten Stellen verschwiegen werden.

Und auch der materielle Schaden, der dort angerichtet wurde, hinter dem sich unendliches menschliches Leiden verbirgt, wurde festgestellt.

Am 13. September 1945 legte die „Außerordentliche Staatliche Kommission der UdSSR zur Feststellung und Untersuchung der Greueltaten der deutschen Eindringlinge und ihrer Verbündeten auf dem Territorium der Sowjetunion“ einen abschließenden Bericht vor. Darin heißt es, Deutschland und seine Satelliten

„haben 1710 Städte und über 70000 Dörfer vollständig oder teilweise zerstört und eingeäschert, über 6 Millionen Gebäude niedergebrannt und zerstört und etwa 25 Millionen Menschen obdachlos gemacht.

Unter den zerstörten und am meisten in Mitleidenschaft gezogenen Städten befinden sich die größten Industrie- und Kulturzentren: Stalingrad, Sewastopol, Leningrad, Kiew, Rostow am Don und viele andere.

(...) haben 31850 Industriebetriebe zerstört, in denen etwa 4000000 Arbeiter beschäftigt waren; sie zerstörten oder verschleppten 239000 Elektromotoren, 175000 Werkzeugmaschinen.

Sie zerstörten 65 000 km Eisenbahngeleise, 4100 Eisenbahnstationen, 36000 Post-, Telegraphen- und Fernsprechämter sowie andere dazu gehörige Betriebe.

Sie zerstörten oder demolierten 40000 Krankenhäuser und andere Heilanstalten, 84000 Schulen, Techniken, Hochschulen, wissenschaftliche Forschungsinstitute, 43000 öffentliche Bibliotheken.

Sie verwüsteten und plünderten 98000 Kollektivwirtschaften, 1876 Sowjetwirtschaften und 2890 Maschinen- und Traktorenstationen; sie schlachteten, requirierten oder schafften nach Deutschland 7 Millionen Pferde, 17 Millionen Stück Rindvieh, 20 Millionen Schweine, 27 Millionen Schafe und Ziegen, 110 Millionen Stück Geflügel“[43].

Der gesamte materielle Schaden der UdSSR wurde auf die enorme Summe von 679000000000 (=679 Milliarden) Rubel berechnet.
Die Obdachlosen, die Verhungernden, die Gequälten und Geschlagenen, alles das läßt sich nicht in Zahlen ausdrücken.
Wer angesichts dieser furchtbaren Tatsachen ernsthaft behaupten will, die Rote Armee habe in Deutschland „genauso gehaust“ wie Wehrmacht, SS und Gestapo in der Sowjetunion, dem sei offen ins Gesicht gesagt: Lüge! Wenn so eine Behauptung auch nur entfernt stimmen würde, dann, das muss man sagen, so bitter es klingt, dann wäre von Deutschland nichts mehr übrig.
Und dieses erbarmungslose Treiben geschah auf Befehl der Obernazis aus Berlin, geschah auf Befehl des Oberkommandos der Wehrmacht.
Das war einmal die wahnwitzige Rückzugspolitik der „verbrannten Erde“. Das war aber Befehl von Beginn an. Am 20. November 1941 erließ der Feldmarschall von Manstein folgenden Befehl, der den ganzen faschistischen Ungeist dieser wilden Soldateska beweist:

„Das jüdisch-bolschewistische System muss ein für allemal ausgerottet werden. Nie wieder darf es in unseren europäischen Lebensraum eingreifen.
Der deutsche Soldat hat daher nicht allein die Aufgabe, die militärischen Machtmittel dieses Systems zu zerschlagen, er tritt auch als Träger einer völkischen Idee und Rächer für alte Grausamkeiten, die ihm und dem deutschen Volk zugefügt werden, auf (...) Die Ernährungslage der Heimat macht es erforderlich, dass sich die Truppe weitestgehend aus dem Lande ernährt und dass darüber hinaus möglichst große Bestände der Heimat zur Verfügung gestellt werden. Besonders in den feindlichen Städten wird ein großer Teil der Bevölkerung hungern müssen. Trotzdem darf es aus missverstandener Menschlichkeit nichts von dem, was die Heimat unter Entbehrungen abgibt, an Gefangene und Bevölkerung - soweit sie nicht im Dienst der deutschen Wehrmacht stehen - verteilt werden“[44].

Wer sich ehrlich erinnert, wird nicht vergessen können, dass es die Rote Armee war, die bei der Besatzung Ostdeutschlands neben den Kanonen auch immer Gulaschkanonen bei sich führte, um nach Möglichkeit die hungernde Bevölkerung aus Beständen der Sowjetunion zu ernähren. Noch deutlicher wird der faschistische Terrorgeist der Wehrmacht in einem weiteren, von Feldmarschall Keitel unterzeichneten Befehl vom 16. Dezember 1942. Das war der so genannte Partisanenbefehl Hitlers, ergangen zu einem Zeitpunkt als klar wurde, dass die Völker der Sowjetunion sich nicht ergeben hatten:

„Wenn dieser Kampf gegen die Banden sowohl Im Osten wie auch auf dem Balkan nicht mit den allerbrutalsten Mitteln geführt wird, so reichen In absehbarer Zeit die verfügbaren Kräfte nicht mehr aus, um dieser Post Herr zu worden. Die Truppe ist daher berechtigt und verpflichtet, in diesem Kampf ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden, wenn es zum Erfolg führt. Rücksichten, gleich welcher Art, sind ein Verbrechen gegen das deutsche Volk.“[45]

Man erinnere sich nur daran, dass nach der Besetzung Ostdeutschlands durch die Armee der UdSSR dort so genannte Kampfgruppen des „Werwolfs“, faschistische Verbrechergruppierungen, ihr Unwesen trieben, die bis zum Jahre 1947 mordeten und raubten. Vor allem versuchten sie damit eine Bodenreform zuungunsten der Junker zu verhindern. Kein einziger Fall ist bekannt, und wurde bisher auch nicht einmal erlogen, dass die Rote Armee wegen faschistischer Terrorgruppen etwa ganze deutsche Dörfer niedergebrannt oder die Einwohnerschaft völlig liquidiert hätte. Fälle, die in der UdSSR in deutschem Namen sehr oft geschahen.
Wer den Charakter der Roten Armee als einer revolutionären, sozialistischen Armee auch nur entfernt versteht, kann darüber auch gar nicht überrascht sein, denn es war eben nicht ihr Ziel, das deutsche Volk zu terrorisieren, sondern die deutschen Nazis zu schlagen. Und das tat sie

auch. Vom Oberkommando der Roten Armee kamen an die Truppe Befehle, die zeigen, wie anders diese Armee war als die deutsche Nazi-Wehrmacht.
Belege sind dafür ein Befehl des Generalissimus Stalin selbst anlässlich des Überschreitens der eigenen Landesgrenzen durch die Rote Armee(A) und - unter vielen anderen - auch ein Artikel der „Prawda“ vom 9. Februar 1945(B).

(A) “Offiziere und Rotarmisten aller Truppen! Wir gehen jetzt in feindliches Land. Von jedem wird Selbstbeherrschung verlangt, jeder hat tapfer zu sein, wie es einem Kämpfer der Roten Armee gebührt. Die auf von uns besetztem Gebiet zurückgebliebene Bevölkerung, unabhängig davon, ob es Deutsche, Tschechen oder Polen sind, soll nicht belästigt und beleidigt werden, denn die Schuldigen werden nach Kriegsgesetzen bestraft. Im besetzten Feindgebiet darf kein intimer Verkehr mit Frauen stattfinden. Für Misshandlungen und Vergewaltigungen werden die Schuldigen erschossen.“[46]

(B) „Auge um Auge, Zahn um Zahn ist ein alter Spruch. Aber man muss ihn nicht wörtlich nehmen. Wenn die Deutschen marodierten und unsere Frauen schändeten, heißt das nicht, dass wir dasselbe tun müssen. Es war niemals so und wird niemals so sein. Unsere Soldaten werden nicht zulassen, dass so etwas geschieht, nicht aus Mitleid mit dem Feind, sondern aus dem Gefühl für ihre persönliche Würde.“[47]

Das war die Fortsetzung jener Politik, mit der die UdSSR unter Stalins Führung in den Krieg eingetreten war. Am 3. Juli 1941, in seiner ersten Rundfunkansprache nach dem deutschen Überfall sagte J.W. Stalin:

„Dieser Vaterländische Volkskrieg gegen die faschistischen Unterdrücker hat nicht nur das Ziel, die über unser Land heraufgezogene Gefahr zu beseitigen, sondern auch allen Völkern Europas zu helfen, die unter dem Joch des deutschen Faschismus stöhnen. In diesem Befreiungskrieg werden wir nicht alleine dastehen. In diesem Krieg werden wir treue Verbündete an den Völkern Europas und Amerikas haben, darunter auch am deutschen Volk, das von den faschistischen Machthabern versklavt ist.“

Am 23. Februar 1942 verlangte J.W. Stalin in seinem Tagesbefehl anlässlich des 24. Jahrestages der Gründung der Roten Armee folgende Haltung:

„Es wäre lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volk, mit dem deutschen Staate gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte sagen, dass die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“[49]

A. Werth führt schließlich in seinem Buch auch die Rede W.M. Molotows vom Tage des deutschen Überfalls an:

„(...)Dieser Krieg ist nicht ein Krieg, der vom deutschen Volk geführt wird, von den deutschen Arbeitern, Bauern und Intellektuellen, über deren Leiden wir voll informiert sind; (...)“[50]

Aber es ist ohne Zweifel so, dass es trotzdem Übergriffe und Ausschreitungen gab.
Ihren ganzen Umfang kann man an den vier Zeilen sehen, die A. Werth in seinem 700 Seiten starken Buch „Rußland im Krieg“ diesen Vorfällen widmet.

„Im ersten Rausch brannten die russischen Soldaten zahlreiche Häuser nieder, ja, manchmal ganze Städte nieder - nur, weil es deutsche Städte waren. Es wurde geplündert, geraubt und vergewaltigt. Gerade in dieser Beziehung kam es ziemlich häufig zu Scheußlichkeiten.“[51]

Werth, der trotz seines Antikommunismus ehrlich ist, beschreibt aber auch die Beweggründe für einen Sowjetsoldaten, so etwas zu tun.

„Nahezu jede befreite Stadt, jede befreite Ortschaft in Rußland, Weißrußland oder der Ukraine hatte eine furchtbare Geschichte zu erzählen. (...)
In allen Städten war die Gestapo am Werk gewesen und hatte erschossen und gehängt. Die Einsatzkommandos und andere Verbände hatten keinen Augenblick nachgelassen in ihrem Eifer, Partisanen und deren angebliche Komplizen zu liquidieren, oft ganze Ortschaften mit Frauen und Kindern. In Hunderten von Städten waren die Juden systematisch umgebracht worden. In Kiew beispielsweise töteten die Deutschen Zehntausende von Juden in einem Graben außerhalb der Stadt, der Babij Jar hieß.
Aber auch jede andere ukrainische und weißrussische Stadt hatte von Gräueln zu berichten. Als die Rote Armee nach Westen vorrückte, hörte sie täglich diese Geschichte des Terrors, der Erniedrigungen und der Verschleppungen. Sie erlebte die zerstörten Städte, sah die Massengräber mit ermordeten oder verhungerten russischen Kriegsgefangenen, sah Babij Jar mit seinen zahllosen Männer-, Frauen- und Kinderleichen. So lernten die russischen Soldaten die Wahrheit über das nationalsozialistische Deutschland kennen, mit seinem Hitler und seinem Himmler, seiner Theorie vom Untermenschen und seinem unbeschreiblichen Sadismus.
Was Alexej Tolstoj und Scholochow und Ehrenburg über die Deutschen geschrieben hatten, war nichts im Vergleich zu dem, was die russischen Soldaten mit ihren eigenen Ohren hören, mit ihren eigenen Augen sehen - und mit ihrer eigenen Nase riechen konnten.
Denn wo immer auch die Deutschen gewesen waren, hing der Geruch verwesender Leichen in der Luft. Babij Jar aber war ein Kinderspiel gemessen an Majdanek, dem Vernichtungslager bei Lublin, das die Russen im August 1944 besetzten. In Majdanek waren innerhalb von wenigen Jahren eineinhalb Millionen Menschen umgebracht worden. Mit dem Geruch Majdaneks in den Nasen erkämpften sich Tausende russischer Soldaten ihren Weg nach Ostpreußen. Es gab den gewöhnlichen Fritz des Jahres 1944, und es gab Tausende von Himmlers Berufsmördern - aber konnte man zwischen ihnen eine klare Trennungslinie ziehen? Hatte nicht der gewöhnliche Fritz ebenfalls an der Liquidierung der Partisanendörfer teilgenommen? Und billigte der gewöhnliche Fritz nicht das, was seine Kollegen von der SS und der Gestapo taten? Hier bestand ein psychologisches und politisches Problem, das der Sowjetregierung und dem Kommando der Roten Armee besonders 1944 und 1945 beträchtliche Sorgen bereitete.[52]
Die Partei und Sowjetführung aber ließen es nicht bei Aufrufen und Aufklärungsarbeit in den Reihen der Soldaten. Wo dies nichts nutzte, wo Verstöße gegen menschliche Normen und Gesetze der Kriegsführung der Roten Armee vorkamen, wurde mit strengen Befehlen und Bestrafungen vorgegangen. Während also die faschistischen Kommandeure ihre Soldaten zum Terror trieben, ihn befahlen, schritten die Kommandeure der Roten Armee bei Ausschreitungen ein.
Es gab für Vergewaltiger und Plünderer standrechtliche Erschießungen. Militärangehörige mit geringeren Vergehen wurden entweder degradiert oder in Strafbataillone versetzt.
Während Hitler die Gestapo, diese faschistische Mordorganisation, In die UdSSR schickte, um des sowjetische Volk zu terrorisieren, zu brandschatzen und zu quälen, schickte Stalin den sozialistischen Sicherheitsdienst, den NKWD, In die besetzten Gebiete, um Ausschreitungen der eigenen Truppe zu verhindern.
Selbst der „Spiegel“ berichtet, dass

„Rußlands gefürchtetes Innenministerium, das NKWD, Sondereinheiten entsandte, die mit den Schuldigen hart umgingen, wo sie gefasst wurden. Auch Gerichtsoffiziere wurden verstärkt eingesetzt. Sobald sie ihre Tätigkeit beginnen, wird nicht mehr gestohlen und geraubt, denn die schweren Strafen wirken abschreckend.[53]

„Die Oberbefehlshaber der Roten Armee, die Marschälle Rokossowski, Konew, Schukow oder Sokolowskij schritten energisch gegen Übergriffe ein, zum Schutz der deutschen Bevölkerung.
‚Marschall Rokossowski befahl seiner 2. Belorussischen Heeresgruppe am 22. Januar, diese für die Rote Armee schändlichen Erscheinungen mit glühendem Eisen auszumerzen.' Rokossowski:
‚Ich verlange in kürzester Frist eine musterhafte Ordnung und eiserne Disziplin in allen Einheiten.'
Auch Marschall Konew von der 1. Ukrainischen Heeresgruppe ordnete am 27. Januar Sofortmaßnahmen gegen Brandstiftungen und sinnlose Zerstörungen des vom Feinde zurückgelassenen Eigentums' an. Der Streifendienst der Armeen wurde verstärkt. Plünderungen und Vergewaltigungen erneut unter Todesstrafe gestellt. (...)
Die Militärstaatsanwälte erhielten Order, mit ihren Untersuchungsrichtern zu jeder Tages- und Nachtzeit überraschende Besuche in Militärquartieren zu unternehmen. Oberstleutnant der Justiz, Maljarow, ermahnte die Militärstaatsanwälte der 48. Armee: Gegen die Erschießungen von Kriegsgefangenen ist entschieden vorzugehen."[54]

Solches Vorgehen der Führung der Roten Armee kann kein ernsthafter Wissenschaftler bestreiten. Nicht einmal der „Spiegel" bestreitet dies, auch wenn er zu diesem Zugeständnis das verlangte antikommunistische Trommelfeuer dazuliefert.
Die Ausschreitungen verschiedener Angehöriger der Roten Armee - gegen die Befehle der eigenen Oberkommandierenden - wurden also bestraft und abgestellt; ganz im Gegensatz zur Wehrmacht, wo die vieltausendmal schlimmeren, systematischen, geplanten, befohlenen Terrorakte mit Orden ausgezeichnet wurden.
Solche Ausschreitungen waren, nach Erlebnissen einzelner Soldaten, nahe liegend, deshalb die große und schnelle Vorsicht des Kommandos der Roten Armee.
Provoziert wurden solche Verfehlungen noch durch die faschistischen Durchhalteparolen, die Wehrmacht, SS und selbst den Volkssturm zum sinnlosen Widerstand und zur Vernichtung der „von England aus den Steppen Asiens heran geholten Horden", zum Kampf bis zum bitteren Ende aufriefen.
Mit Horrormeldungen über sowjetische Gräueltaten wurden deutsche Soldaten und Zivilisten, besonders kurz vor der Kapitulation, aufgehetzt und in Angst und Schrecken versetzt, um zu Wahnsinnstaten bereit zu sein.
Über die regelrechte Panik, die bei den Deutschen ausbrach, berichtet Werth:

„Die Furcht vor den Russen war so groß, dass in und um Danzig sogar zahlreiche Zivilisten Selbstmord begingen. Ich sah später ein deutsches Flugblatt, das während der letzten Tage des Kampfes um Danzig gedruckt worden war, es rief zum Widerstand bis zum Letzten auf und berichtete von angeblichen Grausamkeiten, die Russen begangen hatten. Eine große deutsche Offensive wurde angekündigt."[55]

Aber es gab doch auch, mag jetzt manch einer einwenden, in der sowjetischen Presse Artikel, die regelrecht zum Deutschenhass aufriefen, die Ausrottung der Deutschen verlangten.
Nun, es gab in der sowjetischen Presse einige wenige solcher Artikel. Und sie stammten alle von einem Autor.
In den Passagen dieser Artikel konnte man auch regelrechte Ausfälle gegen die Deutschen im Allgemeinen lesen.

„Die Deutschen haben keine Seele. Ein englischer Politiker hat gesagt, die Deutschen seien unsere Brüder. Nein! Es ist eine Blasphemie, wenn man diese Kindermörder zu der großen Völkerfamilie rechnet (...)

Wir vergessen nichts. Wenn wir durch Pommern ziehen, haben wir das verwüstete, blutgetränkte Weißrussland vor Augen (...) Manche sagen, die Deutschen vom Rhein seien anders als die Deutschen an der Oder. Ich weiß nicht, warum wir so feine Unterschiede machen sollten. Ein Deutscher ist überall ein Deutscher. Die Deutschen wurden bestraft, aber nicht genug. Immer noch sind sie in Berlin. Der Führer steht noch, anstatt dass er hängt. Der Fritz läuft noch, anstatt dass er tot am Boden liegt. Wer kann uns aufhalten? General Model?
Die Oder? Der Volkssturm?
Nein, Deutschland, es ist zu spät, Du kannst Dich drehen und wenden und in Deinem Todeskampf. brüllen: die Stunde der Rache hat geschlagen.“[56]

Das allerdings steht in ganz eklatantem Widerspruch zu allem, was die Sowjetführung, was die bolschewistische Partei, was J.W. Stalin die Sowjetmenschen gelehrt hatte.
Das sind auch Passagen, die in jeder deutschen Darstellung, die die Ereignisse von damals entschuldigen oder verdrehen will, genüsslich zitiert werden.
Am 14. April 1945 wird in der „Prawda“ ein Artikel veröffentlicht, in dem der Autor dieser rassistischen Tiraden scharf kritisiert wird.
Dort wird gesagt, dass solche Äußerungen dem Marxismus völlig fremd sind und eine totale Entstellung der Stalinschen Friedenspolitik darstellen.
Aber der Autor wurde nicht nur öffentlich gerügt. Er durfte seine Berichterstattung nicht fortsetzen, wurde von seinem Posten entbunden.
Der Autor. Seinen Namen haben wir deshalb noch nicht genannt, weil er nicht irgendwer war.
Der Autor war Ilja Ehrenburg. Derselbe Ehrenburg, der in der Zeit nach Stalins Tod ein Vorbeter des Chors über den angeblichen stalinistischen Terror war. Dieser selbsternannte große Demokrat wurde von der KPdSU(B) völlig zu Recht und jedem verständlich wegen seiner rassistischen Tiraden kritisiert und abgesetzt. Das machte ihn im Nachhinein zum Märtyrer!
Zu einem so genannten Märtyrer, der auch von der westdeutschen Propaganda verbreitet wird - als Zeuge gegen Stalin. Ein passender Zeuge! In seinen Memoiren beklagte er sich darüber, dass seine Absetzung auf direkte Weisung J.W. Stalins erfolgte. Ein unfreiwilliges, weiteres Zeugnis der korrekten internationalistischen Haltung Stalins.[57]
Dieser Art sind aber viele der so genannten Kronzeugen, den die heutigen Herrscher der UdSSR und die westlichen Kapitalisten gegen Stalin und die Bolschewiki anführen.
Mögen solche Elemente darüber jammern, dass ihre Politik damals keine Chance hatte, sich in der UdSSR durchzusetzen. Tatsache bleibt, dass die Partei und die Armee weiterhin die marxistisch-leninistische Linie verfolgte, wie sie J.W. Stalin schon zu Beginn des Krieges bezeichnete.
In der ausländischen Presse wird manchmal darüber geschwätzt, dass die Sowjetmenschen die Deutschen als Deutsche hassten, dass die Rote Armee die deutschen Soldaten oben als Deutsche, aus Hass gegen alles Deutsche, vernichte, dass die Rote Armee darum deutsche Soldaten nicht gefangen nehme. Das ist natürlich ebenfalls eine dumme Lüge und eine törichte Verleumdung der Roten Armee. Die Rote Armee ist vom Gefühl des Rassenhasses frei. Sie ist frei von solch einem unwürdigen Gefühl, weil sie im Geist der Gleichberechtigung der Rassen und der Achtung der Rechte anderer Völker erzogen Ist. Man darf außerdem nicht vergessen, dass in unserem Lande jede Äußerung von Rassenhass gesetzlich bestraft wird.
Gewiss ist die Rote Armee vor die Notwendigkeit gestellt, die faschistischen deutschen Okkupanten zu vernichten, da sie unsere Heimat unterjochen wollen, oder wenn sie - eingekesselt von unseren Truppen - sich weigern, die Waffen zu strecken und sich gefangen zu geben. Die Rote Armee vernichtet sie, nicht weil sie deutscher Abstammung sind, sondern weil sie unsere Heimat unterjochen wollen.“[58]

Die Situation nach der Niederlage der faschistischen Staaten

Die alliierten Staaten, die Sowjetunion, USA und England vor allem, gingen als Sieger aus dem größten Stahlbad der Weltgeschichte hervor, das den Völkern der Welt von den Imperialisten aufgezwungen worden war.
Aus diesem Krieg entstanden die Vereinten Nationen - auf Vorschlag der UdSSR und der USA - als ein Gremium, das der friedlichen Zusammenarbeit aller Länder dienen sollte, der Verhinderung eines neuen furchtbaren Krieges.
Deutschland, Italien und Japan waren geschlagen.
Sie waren zunächst aus dem Konzert der Großmächte ausgeschieden.
Als die stärksten Mächte gingen aus dem Krieg die Sowjetunion und die USA hervor, während England trotz seiner Siegerrolle stark geschwächt war, und Frankreich noch schwächer war als England.
Jetzt waren aber auch die Bedingungen dafür entstanden, dass in einer ganzen Reihe von Ländern des östlichen und südöstlichen Europa neue demokratische Staaten entstanden waren oder dabei waren zu entstehen; Staaten der Volksdemokratie, Staaten auf dem Weg zum Sozialismus.
Der Kampf der Völker dieser Länder hatte dazu geführt, dass sie einerseits die eigenen früher herrschenden, oft halbfeudalen Könige als ihre Feinde, als Vasallen der Faschisten gesehen und andererseits die kommunistischen Parteien als Kämpfer an ihrer Seite erlebt hatten. Deshalb gelangten in diesen Ländern die kommunistischen Parteien oder die nach der bitteren faschistischen Erfahrung vereinigten Arbeiterparteien in die politische Führung des Landes.
Aber auch in westlichen Ländern gewannen die Kommunisten gewaltig an Einfluss, vor allem in Italien und Frankreich, wo sie eindeutig an der Spitze des antifaschistischen Kampfes gestanden hatten.
Die kommunistische und Arbeiterbewegung war ungeheuer erstarkt. An ihrer Spitze stand die KPdSU(B), stand ihr Führer J.W. Stalin.
Vor dieser Entwicklung hatten natürlich auch die ehemaligen Alliierten Angst, die ja ebenfalls kapitalistische Länder waren, in denen eine kleine Minderheit von Finanzmagnaten das Land beherrschte.
Deshalb ergab sich schon bald, dass diese Staaten von den ursprünglich gemeinsam formulierten Zielen abgingen und einen neuen Kurs steuerten; einen Kurs der offenen Unterdrückung der Kommunisten in den eigenen Ländern und der offenen Konfrontation gegen die UdSSR und die volksdemokratischen Staaten.
Die Konvention der Vereinten Nationen, die so genannte UNO-Charta, wurde von den Westmächten im Laufe der Zeit ausgehöhlt, das Potsdamer Abkommen und die Absichtserklärungen von Jalta und Teheran zerrissen, die gemeinsamen Institutionen - wie die Pariser Friedenskonferenz und der Alliierte Kontrollrat - gespalten und boykottiert.
Da Deutschland das Land war, an dem sich die Westmächte unter der Führung der USA und die Staaten der Volksdemokratie und des Sozialismus direkt gegenüberstanden, war es logisch, dass hier die Gegensätze am schnellsten aufbrechen mussten, dass aus Deutschland abermals ein Hauptschauplatz der Weltpolitik wurde.
Am 14. Oktober 1946 sagte W.M. Molotow in der Plenarsitzung der Pariser Friedenskonferenz:

„Die Sowjetunion ist ihrem Programm des Kampfes für einen dauerhaften Frieden und die Sicherheit treu, sie verteidigt die Grundsätze der ehrlichen Zusammenarbeit der Völker. Sie haben gehört, wie vor kurzem die ruhige, feste Stimme des großen Stalin über die ganze Welt ertönte. Das Haupt der Sowjetregierung, J.W. Stalin, sagte, er glaube unbedingt an die Möglichkeit einer freundschaftlichen und dauernden Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den westlichen Demokratien, ungeachtet der bestehenden ideologischen Meinungsverschiedenheiten, und glaube auch an den freundschaftlichen Wettbewerb

zwischen den beiden Systemen. Das ist die Generallinie der Außenpolitik der Sowjetunion.“[59]

Das Ziel der sowjetischen Außenpolitik jener Jahre war es, für einen dauerhaften Frieden, für Völkerverständigung und Zusammenarbeit zu kämpfen und zu sorgen. Dazu mussten die Keime des Faschismus beseitigt werden, dazu mussten Quellen eines neuen Krieges, wie die Kolonialpolitik - damals vor allem Englands beseitigt werden.
Dieses Ziel werden wir dementsprechend bei allen zu behandelnden Fragen immer wieder sehen, egal in welchem Land sich Ereignisse abspielen. Und wir werden auch immer wieder sehen, wie die Westmächte die gemeinsamen Vereinbarungen verletzten und zusehends Kurs auf einen neuen Krieg nahmen.

Die „Vertriebenen“ ein Racheakt der Russen?

Die Kongresse der „Vertriebenenverbände“ in Westdeutschland pochen jedes Jahr auf die Wiedergutmachung eines angeblichen Unrechts, das ihnen zugefügt worden sei. Obwohl in diesen Organisationen aus verschiedensten Gründen auch ehrliche Menschen sind, sind sie doch von ihrer Führung, ihrer gesamten politischen Rolle und ihrer Organisation her eine der wichtigsten Waffen der westdeutschen Reaktion, die für die Niederlage im von ihr angezettelten Krieg Revanche fordert.
Erst zu Beginn des Jahres 1979, als die Sendung des Films „Holocaust“ eine enorme antifaschistische Reaktion unter der werktätigen Bevölkerung und der Jugend unseres Landes erzeugte, wurde - sozusagen zur Entschuldigung des Nazi-Völkermordes - das so genannte „Holocaust“ an den Deutschen im Osten angeführt, das von den Russen organisiert worden sei.
Nun verschweigt niemand, dass nach dem Zusammenbruch des Traums vom „Großdeutschen Reich“ Millionen Deutsche aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei umgesiedelt wurden.
Welches waren die Gründe für den Beschluss dieser Umsiedlung, wie wurde sie durchgeführt, und was waren ihre Ergebnisse? Das sind die Fragen, die wir im Folgenden behandeln wollen.
Es handelte sich vor allem um Polen und Deutschland, um die deutsch-polnische Grenze. Die Siegermächte waren sich einig darüber, dass Polen eine neue sicherere Westgrenze erhalten musste. Eine Grenze, die vom militärischen Standpunkt aus sicherer war. Eine Grenze aber auch, die klar und eindeutig; auch ethnographisch und kulturell, politisch unumstritten war.
Zur polnisch-deutschen Grenze beschlossen die Alliierten in dem am 2. August 1945 geschlossenen Abkommen der Konferenz von Potsdam:

„In Übereinstimmung mit dem auf der Krim-Konferenz erzielten Abkommen haben die Häupter der drei Regierungen die Meinung der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit hinsichtlich des Territoriums im Norden und Westen geprüft, das Polen erhalten soll. Der Präsident des Landesnationalrates und die Mitglieder der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit sind auf der Konferenz empfangen worden und haben ihre Auffassungen in vollem Umfange dargelegt.
Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, dass mit der endgültigen Delimitation der Westgrenze Polens bis zu einer Friedensregelung abzuwarten ist.
Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, dass bis zur endgültigen Delimitation der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.“[60]

Damit ist das erste Argument, das gegen die neuen Grenzen Polens, jenen im Westen wie jenen im Osten, vorgebracht wird, bereits beseitigt. Das Argument nämlich, es handle sich um einen Raub polnischen Territoriums durch die UdSSR, wofür Polen wiederum diktatorisch mit deutschen Landen entschädigt worden sei.
In Wirklichkeit, wie man sieht, handelt es sich um einen gemeinsamen Beschluss der alliierten Mächte, die die Existenz Polens garantieren wollten.
Auch das später von den Westmächten vorgebrachte Argument, mit dem sie ihre neuen westdeutschen revanchistischen Partner stützen wollten, dies - nämlich die „Oder-Neiße-

Linie“ - sei nur provisorisch gedacht gewesen, wird von den Tatsachen, die in den Abkommen festgehalten sind, widerlegt.
Wie hätte so ein Beschluss provisorisch sein können, wenn man gleichzeitig beschloss, Millionen Menschen umzusiedeln? Das wäre doch der Höhepunkt an Zynismus und Menschenfeindlichkeit gewesen!
Und dieser Beschluss über die Umsiedlung der Deutschen wurde im selben Potsdamer Abkommen ausdrücklich gefasst.

„XIII.
Ordnungsmäßige Umsiedlung deutscher Bevölkerung
Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Umsiedlung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn:
Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, dass die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss. Sie stimmen darin überein, dass jede derartige Umsiedlung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.
Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, dass der Alliierte Kontrollrat für Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll.“[61]

Das waren Grundlagen zur Bestimmung der polnisch-deutschen Grenze. Bevor wir uns diesem Problem ausführlich widmen, wollen wir nochmals die eng damit im Zusammenhang stehende Frage der polnischen Ostgrenze, zur UdSSR also, klären, um das Argument der „Entschädigung“ völlig zu beseitigen.
In seinem 1945 in deutscher Sprache herausgegebenen Buch „Die Curzon-Linie“ (La ligne Curzon) gibt der französische Autor Alius einen kurzen Abriss der Entwicklung der polnisch-sowjetischen Grenze.
Die wichtigsten Daten des polnisch-sowjetrussischen Problems, wie es sich im Februar 1945 darstellt, lassen sich in folgende Punkte zusammenfassen:
1. Polen vor 1914, aufgeteilt zwischen dem zaristischen Rußland, Österreich-Ungarn und Deutschland.
2. Besetzung Russisch-Polens durch die deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen während des ersten Weltkrieges und die vagen Versprechungen der Besatzungsmächte an die Bewohner dieses Teiles des polnischen Territoriums.
3. Proklamationen des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch im Jahre 1914 und der provisorischen russischen Regierung im Jahre 1917, die sich für ein ungeteiltes polnisches Gebiet erklärten.
4. Punkt 13 der Botschaft des Präsidenten Wilson, der einen unabhängigen polnischen Staat verlangt, der alle von unzweifelhaft polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete umfassen soll, sowie die Erklärung der Regierungen von Frankreich, Großbritannien und Italien.
5. Verhandlungen der Konferenz von Paris, die im Dezember 1919 zur Festsetzung einer Ostgrenze des polnischen Gebietes auf Grundlage des ethnischen und sprachlichen Prinzips führte - der Curzon-Linie.
6. Polnisch-sowjetrussischer Krieg von 1920, der mit Erfolgen Pilsudskis anfing, danach der polnische Rückzug und das Protokoll von Spa, das die beiden Kriegführenden auffordert, an der Curzon-Linie stehen zu bleiben.
7. Günstige Wendung der militärischen Lage Polens und Rückzug der Russen, der den Vertrag von Riga im Jahre 1921 zur Folge hatte, durch welchen den Sowjets eine Grenze aufgezwungen wurde, die erheblich weiter östlich lag als die Curzon-Linie.

8. Der besondere nationale Charakter der östlichen Provinzen Polens, die überwiegend von Ukrainern und Weißrussen bewohnt werden; es sind hauptsächlich landwirtschaftliche, industriell wenig entwickelte Provinzen; die dortigen polnischen Großgrundbesitzer und Ansiedler bilden nur Inseln inmitten einer nichtpolnischen Bevölkerung.
9. Die polnische Niederlage in dem deutsch-polnischen Krieg von 1939; ihr folgte der Einmarsch sowjetrussischer Truppen in die Westukraine und in das westliche Weißrußland, da die UdSSR befürchtete, dass sich Deutschland an der durch den Vertrag von Riga bestimmten Grenze festsetzen würde. Beitritt der Westukraine und des westlichen Weißrußlands zur Sowjetunion.
10. Deutsch-sowjetischer Krieg zwingt die Sowjets, vorübergehend große Teile des Sowjetgebietes, vor allem die Ukraine und Weißrußland, aufzugeben.
11. Siege der Roten Armee in den Jahren 1943 und 1944, wodurch die Sowjetunion und Teile des polnischen Bodens von der deutschen Besetzung befreit werden. Errichtung eines polnischen nationalen Befreiungskomitees in Polen, das im Gegensatz zur polnischen Exilregierung in London steht. Verhandlungen über die Festsetzung der polnisch-sowjetrussischen Grenze; die Sowjetunion, Großbritannien und das polnische Befreiungskomitee erklären sich für eine Grenze, die ungefähr der Curzon-Linie entspricht, und für eine Ausdehnung Polens nach Westen und Norden.
12. Proklamation einer provisorischen Regierung der polnischen Republik in Lublin am 31. Dezember 1944. Siegreiche Offensive der Roten Armee in Polen. Erklärung Stalin-Churchill-Roosevelt vom 12. Februar 1945, laut welcher die Ostgrenze Polens der Curzon-Linie folgen soll und Zuerkennung von territorialen Kompensationen im Norden und Westen. Vorschlag der Dreierkonferenz zur Bildung einer Provisorischen Polnischen Regierung der nationalen Einigkeit.
Als das Deutsche Reich noch ganz Polen und weite Gebiete der Sowjetunion besetzt hielt, führten die Okkupanten dort umfangreiche Deportationen und Umsiedlungen der Bevölkerung durch, was für diese unsägliches Leid bedeutete. Die westpolnischen Provinzen wurden vom Reich einfach annektiert, und aus dem Restgebiet von Polen wurde ein Generalgouvernement gebildet, dem man Ostgalizien angliederte, während das Gebiet von Bialystok verwaltungstechnisch Ostpreußen einverleibt wurde. Die übrigen besetzten Gebiete Weißrußlands bildeten zusammen mit den baltischen Republiken das Reichskommissariat Ostland.[62]
Der Beschluss der drei Regierungen von Jalta am 12. Februar 1945 wurde von der neuen polnischen Regierung anerkannt.

„Die Polnische Provisorische Regierung und die sie unterstützenden linken, demokratischen und patriotischen Kräfte erklärten sich mit der Entscheidung von Jalta, die die polnisch-sowjetische Grenze betrafen, einverstanden. Diese polnischen politischen Kreise sprachen sich noch früher bei der Regelung der polnischsowjetischen Grenze entschieden für die Verwirklichung des Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechts der Völker aus. In dem Manifest des PKWN findet man in dieser Frage folgende Formulierung: ‚Der Landesnationalrat und das durch ihn berufene Polnische Komitee der Nationalen Befreiung meinen, dass die Regelung der polnisch-sowjetischen Grenze im Wege gegenseitiger Verständigung erfolgen sollte. Die östliche Grenze sollte eine Linie freundschaftlicher Nachbarschaft sein und nicht ein Hindernis zwischen uns und unseren Nachbarn und sollte geregelt werden gemäß dem Grundsatz: die polnischen Gebiete - an Polen; die ukrainischen, weißrussischen, litauischen - an die sowjetische Ukraine, Weißrußland und Litauen. Das dauerhafte Bündnis mit unseren unmittelbaren Nachbarn ... wird eine grundsätzliche Richtschnur in der polnischen Außenpolitik...'“[63]

Schon am 30. Juli 1941 hatte der sowjetische Botschafter in London, I.M. Maiski, mit dem Oberhaupt der polnischen Exilregierung, General Sikorski, ein Abkommen unterzeichnet, das alle deutsch-sowjetischen Verträge über polnisches Territorium für ungültig erklärte und die

Grenzziehung künftigen Vereinbarungen überließ, wobei Maiski betonte, dass die UdSSR der Auffassung war, wie von jeher, dass es einen polnischen Staat geben sollte, der von Polen bewohnt sei.[64]
Am 26. Juli 1944 hatten die polnischen Behörden und das sowjetische Oberkommando ein Abkommen geschlossen zum gemeinsamen Vorgehen gegen die faschistischen Okkupanten.[65]
Der Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der Republik Polen vom 21. April 1945 hatte diese Entwicklung der neuen sowjetisch-polnischen Beziehungen endgültig geregelt.[66]
Und am 16. August 1945 wurde zwischen diesen beiden Staaten schließlich ein Grenzvertrag geschlossen, in dem die Curzon-Linie als Grundlinie galt, die Republik Polen aber noch einiges Gebiet zusätzlich erhielt.[67]
Dass diese Grenzziehung auch von den Westmächten unterstützt wurde, beweist auch der Briefwechsel Stalins mit Churchill und Roosevelt, in dem die beiden westlichen Regierungschefs die Richtigkeit dieser Grenze verschiedentlich betonen.
Also kann man feststellen: Die Lösung der polnisch-sowjetischen Grenzfrage war mit Schwierigkeiten verbunden, die aus dem Überfall Polens auf die junge Sowjetrepublik kurz nach der Oktoberrevolution resultierten, einer aggressiven antisowjetischen Politik, die von der Londoner Exilregierung fortgeführt wurde. Die Lösung war mit einer polnischen Regierung der Nationalen Einheit keine Schwierigkeit und wurde schnell erreicht. Dieser Lösung wurde von allen beteiligten Seiten zugestimmt.
Die Lösung der polnisch-sowjetischen Grenzfrage ist eine eigene Frage, die nichts damit zu tun hat, dass auch an der Westgrenze Polens, an der deutsch-polnischen Grenze Schwierigkeiten zu regeln waren, klare Verhältnisse geschaffen werden mussten.
Zwischen Polen und Deutschland hatte es von jeher Schwierigkeiten in den Grenzfragen gegeben. Alte Behauptungen, nach denen bestimmte Gebiete, die heute zu Polen gehören, seit langem eingedeutscht gewesen wären, sollten allerdings nicht zu laut vorgebracht werden. Denn sie sind falsch.
Es gab im Osten durchaus Gebiete, die „germanisiert“ waren. Sie waren dies durch die Politik von Feuer und Schwert, die die deutschen Feudalherrscher angewandt hatten, durch den berüchtigten Deutschritterorden und andere und durch die militaristische und expansionistische Politik Preußens. So war es zum Beispiel auch dazu gekommen, dass ein Großteil der herrschenden Klasse in den baltischen Staaten Deutsche gewesen waren, während die Bevölkerung vor allem aus Balten bestand. Niemand wagt es deshalb heute, die baltischen Staaten für Deutschland zu verlangen. Dasselbe gilt aber auch für polnische Territorien.
Das Problem der deutsch-polnischen Grenze aber entstand in ganzer Schärfe von neuem, als die Nazis 1939 Polen überfielen.
Niemand, der die Fragen der deutsch-polnischen Grenzziehung klären will, darf vergessen, welch ungeheueres Leid diese faschistische Aggression über Polen brachte. Die Bilanz:

„Polen wurde als selbständiger Staat vernichtet. Die Hauptstadt Polens, Warschau wurde eine Stätte grausamer Verwüstung. Die Stadt wurde zu 93 Prozent zerstört. 84 Prozent der polnischen Eisenbahnanlagen wurden vernichtet und die polnische Industrie und Landwirtschaft, besonders In der Zeit des Rückzugs, In einem Umfang zerstört, dass ein Gesamtschaden von fast 130 Milliarden Mark (in Vorkriegskaufkraft) entstand. In der ganzen Welt werden von Millionen Menschen mit Schrecken die polnischen Orte Lublin und Oswiecim (Maidanek und Auschwitz) genannt, die Stätten deutscher faschistischer Vernichtungslager von Millionen Menschen Im Osten. Fast sechs Millionen polnischer Bürger wurden außerhalb jeder Kampfhandlungen ermordet, darunter Hunderttausende von Kindern. Fünf Millionen polnischer Kinder wurden elternlos. Besonders empfindlich waren die Verluste der polnischen Intelligenz. Die Zahl der in deutschen KZs vorsätzlich er mordeten

Lehrer beträgt 5000, die Zahl der Geistlichen 3500, der Professoren 700; dazu kommen Hunderte von Künstlern.“[68]

Das war die erschütternde Bilanz des deutschen Überfalls. Das war die Tragödie des polnischen Volkes.
Dass deshalb die Grenzregelung entlang der Oder-Neiße-Linie als endgültig betrachtet wurde, geht auch aus folgenden Äußerungen der Regierungschefs hervor, von denen es zahlreiche ähnlich lautende gibt.
Churchill sagte am 15. Dezember 1944 vor dem britischen Unterhaus:

„Soweit Großbritannien in Betracht kommt, steht es den Polen frei, ihr Gebiet auf Kosten Deutschlands nach Westen auszudehnen. Dabei muss die Ausweisung der Deutschen aus dem an Polen fallenden Gebiet im Westen und Norden vorgenommen werden.“[69]

Und der amerikanische Präsident Truman sagte in einer Rundfunkansprache vom 9. August 1945:

„Das Territorium, das Polen verwalten soll, wird Polen befähigen, seine Bevölkerung besser zu erhalten. Es wird Polen mit einer kürzeren und leichter zu verteidigenden Grenze mit Deutschland versehen. Von Polen besiedelt wird es eine einheitlichere Nation.“[70]

Damit sind auch schon die Hauptgründe dafür genannt, warum gerade die Linie Oder-Neiße als Grenze gewählt wurde.
Das Abtreten jener Gebiete östlich von Oder und Neiße brachte für Polen eine klare und überschaubare und allgemein definierte Grenze.
Die Beseitigung der deutschen Brückenköpfe in Polen, die den „Ostrittern“ immer wieder als Argument zur Abschaffung des „polnischen Korridors“ dienten, zerstörte diese Aufmarschbasis großdeutscher Eroberer.
Die beschlossene Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus diesen Gebieten war natürlich für die Betroffenen bitter. Aber es mussten hier Tatsachen geschaffen werden, die nicht mehr zur Revision anstanden, die deutschen Minderheiten als Vorwand für Anschlüsse ans Reich“ mussten wegfallen.
Dazu ist es wichtig, sich ganz klar vor Augen zu hatten, weiche Rolle diese deutschen Minderheiten in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn gespielt hatten,

„Die Festlegung der neuen polnisch-deutschen Grenze auf der Potsdamer Konferenz durch Übertragung der Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie, die bisher zum Reich gehörten, an Polen wurde aufgrund der Entscheidung der Großmächte mit der Überführung der deutschen Bevölkerung von Polen nach Deutschland verbunden. Es ging hier um die Umsiedlung der Bevölkerung sowohl aus dem Vorkriegsterritorium Polens als auch aus Gebieten, die man aufgrund des Potsdamer Vertrages von 1946 an Polen übertrug. Um die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz zu verwirklichen, bestätigte der Alliierte Kontrollrat den Plan, die deutsche Bevölkerung in die einzelnen Besatzungszonen Deutschlands umzusiedeln (20. November 1945); die Besatzungsbehörden wirkten bei der Durchführung der obigen Maßnahme mit. Die Umsiedlung von Millionen Menschen wurde in Potsdam deshalb beschlossen, weil der Entschluss gefasst war, ehemalige Reichsgebiete, die in der Mehrheit von Deutschen bewohnt waren, an Polen zu übertragen. Die Umsiedlung hatte natürlich einmaligen und endgültigen Charakter, denn es wäre Unsinn anzunehmen, dass man so einen bedeutenden Schritt wie die Umsiedlung von Millionen Menschen unternimmt, um nach einer gewissen Zeit diese Aktion in umgekehrter Richtung zu wiederholen. Es ist hier wichtig, daran zu erinnern, dass das Institut einer Bevölkerungsumsiedlung nicht auf der Potsdamer Konferenz erfunden wurde, sondern auf der Grundlage von völkerrechtlichen Verträgen mehrfach schon viele Jahre vor Potsdam angebahnt wurde. Während des Krieges wurde dies vielfach von der Regierung des Dritten Reiches im Hinblick auf die deutsche

Bevölkerung missbraucht, indem sie sie im Rahmen der so genannten Aktion ‚Heim ins Reich' umsiedelte; dies geschah jedoch hauptsächlich gegenüber der Bevölkerung der okkupierten Länder, die sie zwangsweise aus Gebieten, die sie seit Jahrhunderten bewohnte (z.B. die polnische Bevölkerung aus dem Posener Gebiet und aus dem Bezirk von Zamoc) in andere Gebiete umsiedelte, um bald darauf zu ihrer direkten Umsiedlung in die Gaskammern überzugehen.
Eine nicht geringe Rolle beim Entschluss, aus manchen ost- und mitteleuropäischen Ländern die deutsche Bevölkerung umzusiedeln, spielte die Erinnerung an das Verhalten der deutschen Minderheiten in diesen Ländern während der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, als das Dritte Reich die Aggression gegen diese Länder vorbereitete, sowie während der Besatzungszeit, als diese Minderheiten die politische und militärische Rolle einer ‚Fünften Kolonne' übernahmen. Eine nicht geringe Bedeutung beim Entschluss zur Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus diesen Ländern spielte ebenfalls die Tatsache, dass Deutschland ständig den Trumpf einer deutschen Minderheit ausspielte, um die Meinung der Weltöffentlichkeit zu gewinnen und um die betreffenden Länder zu annektieren.
Das Hauptmotiv für die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus den Polen zugewiesenen Gebieten war der Wille, diesem Lande Sicherheit vor der potentiellen Aggression von Seiten eines wieder entstehenden deutschen Militarismus zu geben. Ein grundlegender Faktor dieser Sicherheit sollte die gut zu verteidigende Oder- und Neiße-Grenze sein. Die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aber sollte den endgültigen unabänderlichen Charakter der polnisch-deutschen Grenzregelung unterstreichen und die Sicherheit Polens als eines einheitlichen Nationalstaates stärken. Die Sicherheit Polens wiederum sah man damals im Lager der Staaten der Anti-Hitler-Koalition als ein unerlässliches Element für die Sicherheit Europas und die allgemeine Sicherheit an."[71]

Um es klar zu sagen: Um eine Grenze des Friedens zwischen Polen und Deutschland zu erreichen, einem Deutschland, das ja nach den Absichten der UdSSR und damals - vorgeblich - auch noch der Westmächte ein einheitliches und demokratisches Deutschland sein sollte, mussten die Deutschen bestimmte Opfer bringen. Oder hätte man diese Opfer etwa auch noch von den Polen verlangen sollen, die schon so bitter gelitten hatten? Das war völlig unmöglich. Damit wäre Deutschland durch den faschistischen Krieg sogar noch belohnt worden.
Und diejenigen Kräfte, die den Frieden wollten, erkannten diese Grenze an, erklärten sie zur unantastbaren Friedensgrenze.
Am 6. Juni 1950 wurde folgende Erklärung veröffentlicht:

„Deklaration über die Markierung
der deutsch-polnischen Staatsgrenze

Die Delegation der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Republik Polen haben, von dem Wunsch erfüllt, den Frieden zu festigen und das unter Führung der Sowjetunion stehende Friedenslager im Kampf gegen die Umtriebe der imperialistischen Kräfte zu stärken, sowie in Anbetracht der Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik bei der Festigung der neuen demokratischen Ordnung und der Entwicklung der Kräfte, die sich um die Nationale Front den demokratischen Deutschlands scheren, vereinbart, dass es im Interesse der Weiterentwicklung und Vertiefung der gutnachbarlichen Beziehung, des Friedens und der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem polnischen Volke liegt, die festgelegte, zwischen beiden Staaten bestehende, unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze an der Oder und Lausitzer Neiße zu markieren."[72]

Es war nur ein Teil Deutschlands, das diesen Vertrag unterzeichnete. Denn inzwischen hatten die US-amerikanischen Welteroberungspläne dazu geführt, dass Deutschland gespalten war, dass Deutschland abermals, in seinem westlichen Teil, zu einem Aufmarschgebiet der Kriegstreiber und Revanchehetzer wurde.

Und es waren ja nicht nur die deutschen Revanchisten, die sich unter nordamerikanischem Schutz in Westdeutschland versammelt hatten, die zu jener Zeit, schon ab 1947, offen die Revision der Grenzen und aller anderen damaligen Beschlüsse verlangten.
Bezeichnenderweise arbeiteten damals auch die polnischen Revanchisten, die von einem Großpolen auf Kosten Deutschlands und der Sowjetunion träumten, mit den deutschen Revanchisten zusammen. Obwohl sie gegensätzliche Interessen hatten, waren sie sich einig darin, dass die neue friedliche und demokratische Regelung ihrer beider Absichten zunichte machen würden. Und die herrschende Klasse der USA hatte selbst in jenen Gebieten ihre Interessen.
Der US-Sonderbotschafter jener Jahre, Averell Harriman, der vorher Botschafter in Moskau gewesen war, besaß seit 1922 Aktien von oberschlesischen Hüttenwerken. Über die Consolidated Silesian Steel Corporation, New York, beherrschte der Finanzclan der Familie Harriman einen beachtlichen Teil der West- und Ostoberschlesischen Schwerindustrie.[73]
Von daher war es keine Überraschung, dass er, der diese Betriebe verloren hatte, ein gemeinsames Interesse an Revanche hatte mit den Junkern, den Fürsten von Pleß, den Grafen Henckel von Donnersmarck, den Grafen Ballestrem und Schaffgotsch und wie sie alle hießen.
So sahen jene Kräfte aus, die gegen diese neue Grenze waren.
Sie suchten sich eine Massenbasis zu schaffen für ihren Revanchismus vor allem unter den umgesiedelten Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei.
Weiter oben wurde unter anderem die Rolle der deutschen Minderheiten beim faschistischen Überfall auf die Tschechoslowakei und Polen bereits erwähnt.
Wie erlebten und fühlten, wie dachten fortschrittliche Menschen aus diesen Ländern über das Problem der deutschen Minderheiten?

„Die Gemeindewahlen von 1938 brachten den Henlein-Faschisten im Vergleich zu den Parlamentswahlen von 1935 einen weiteren erheblichen Stimmengewinn, indem rund 80 Prozent der deutschen Wähler im Grenzgebiet für Henlein stimmten; 1935 waren es 64 Prozent. Hatte sich damit auch die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung für Henlein ausgesprochen, so hatte dieser die mit großem Aufwand als Ziel proklamierte ‚Totalität' im Grenzgebiet doch nicht erreicht. Neben den deutschen Antifaschisten, die heldenhaft ihre Stellungen hielten, fielen in diesem politischen Ringen auch die Stimmen der tschechischen Bewohner dieser Gebiete ins Gewicht, die fast vollzählig zu den Verteidigern von Demokratie und Republik gehörten."[74]

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung der tschechischen Grenzgebiete folgte also der Sudentendeutschen Partei Henleins, die eine offene faschistische und Anschlusspropaganda machte. Natürlich wurde die deutsche Minderheit, soweit sie werktätig war, von der tschechischen Großbourgeoisie unterdrückt. Die einzige Partei, die ein Programm zum nationalen Ausgleich in der Tschechoslowakei hatte, war aber die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei. In ihren Reihen kämpften zahlreiche deutsche Kommunisten, die erbittert gegen Henlein und den Anschluss kämpften.
Nach dem „Anschluss" genannten Raubzug der Hitler-Truppen gegen die Tschechoslowakei aber begann im Land eine zügellose Plünderung, Enteignung alles Tschechischen und Slowakischen, rückten Deutsche überall in Besitz und Führung ein. Das Terrorregime der Heydrich und Konsorten in diesem Land ist mehr als bekannt.

„Sechstens werden wir konsequenterweise und gründlich die Säuberung der Republik von den Deutschen durchführen und das Grenzgebiet mit Tschechen und Slowaken besiedeln. Die Lösung dieser Frage - wobei sich unsere Partei schützend vor die deutschen Antifaschisten stellen wird, die gemeinsam mit uns gegen Hitler gekämpft und gemeinsam mit uns gelitten haben - ist im Hinblick auf die Zukunft und Sicherheit unseres Staates von außerordentlicher Wichtigkeit. Wir müssen uns diesmal dieser fünften Kolonne entledigen, damit sich nie mehr wiederholen kann, was zu München beigetragen hat. Gleichzeitig aber

werden wir darauf bestehen, dass aus den Reihen der Tschechen und Slowaken die verräterischen Elemente ausgemerzt werden, die innerhalb des eigenen Volkes eine fünfte Kolonne gebildet haben und weiterhin bilden und ohne deren Ausmerzung die neue Republik auf schwankenden Grundlagen stehen würde“[75].

Das sagte, am 9. Juli 1945 auf einer Funktionärskonferenz des Bezirks Prag der KPTsch, der Vorsitzende der Partei, Klement Gottwald.
Es ist eindeutig, dass er damit die Gefühle der Werktätigen der Tschechoslowakei zum Ausdruck brachte, die unter der Hitler-Diktatur einen furchtbaren Blutzoll hatten entrichten müssen. Man wollte jene Deutschen aussiedeln, die die Hitler-Diktatur verlangt, gestützt und mit ausgeübt hatten. Dass Gottwald den Schutz der deutschen Antifaschisten durch die Kommunistische Partei und die Bestrafung der Verräter unter den Tschechen und Slowaken fordert, hat seinen Grund darin, dass zu jener Zeit auch bürgerliche und reaktionäre Parteien in der Tschechoslowakei bestanden, die Deutschenhatz betreiben wollten, die nur die deutschen Faschisten verfolgen wollten und nicht auch die einheimischen.
Dieses Beispiel der Rolle der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei, wo sie besonders krass zutage trat, zeigt, dass es berechtigt war, zu fordern, dass hier für Ruhe und Ausgleich gesorgt wurde.
Die neue Grenzziehung, die konkrete Rolle, die die Minderheiten selbst gespielt hatten und ihre langjährige Ausnutzung als Brückenköpfe der Aggression, das waren also die Gründe für die Umsiedlungspolitik der alliierten Siegermächte gegenüber den Deutschen.
Deshalb also kam es dazu, dass eine von den vier Regierungen der UdSSR, USA, Englands und Frankreichs benannte Kommission einen Plan ausarbeitete zur Umsiedlung der deutschen Minderheiten, die aus Österreich, der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen ausgewiesen wurden.
Dieser Plan wurde dem Alliierten Kontrollrat am 20. November 1945 vorgelegt, der ihn einstimmig annahm und so verabschiedete.

„Plan der Umsiedlung der aus Österreich, der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen ausgewiesenen deutschen Bevölkerung nach den vier Besatzungszonen Deutschlands.
1. Die gesamte aus Polen ausgewiesene deutsche Bevölkerung (3,5 Millionen Menschen) wird in die sowjetische und in die englische Besatzungszone Deutschlands aufgenommen.
2. Die gesamte aus der Tschechoslowakei, Österreich und Ungarn ausgewiesene deutsche Bevölkerung (3150000 Menschen) wird in die amerikanische, französische und sowjetische Besatzungszone Deutschlands aufgenommen.
3. Die vorläufige Verteilung dieser Bevölkerung auf die Zonen wird orientierungsweise folgende sein: a) In die sowjetische Zone aus Polen 2000000 Menschen; in die sowjetische Zone aus der Tschechoslowakei 750000 Menschen; b) in die englische Zone aus Polen 1500000 Menschen; c) in die amerikanische Zone aus der Tschechoslowakei 1750000 Menschen; d) in die französische Zone aus Österreich 150000 Menschen. Die französische Zone wird mit dem Beginn der Aufnahme dieser Bevölkerung nicht früher als am 15. April 1946 anfangen. Bis dahin wird die französische Zone, nach Beendigung des Austausches deutscher Flüchtlinge nach dem Grundsatz 1:1, etwa 250000 Flüchtlinge aus der amerikanischen Zone aufnehmen, die früher in der französischen Zone lebten.
4. Es wird für möglich gehalten, nach der Bestätigung dieses grundsätzlichen Planes unverzüglich mit der Aufnahme der Bevölkerung aus den oben erwähnten Staaten laut folgendem Plan zu beginnen: Im Laufe des Dezembers 1945 - 10 Prozent der Gesamtzahl, im Januar 1946 - 5 Prozent der Gesamtzahl, im Februar 1946 - 5 Prozent der Gesamtzahl, im März 1946 - 16 Prozent der Gesamtzahl, im April 1946 - 15 Prozent der Gesamtzahl, im Mai 1946 - 20 Prozent der Gesamtzahl, im Juni 1946 20 Prozent der Gesamtzahl, im Juli 1946 - 10 Prozent der Gesamtzahl. Änderungen sind infolge der Witterungs- oder Verkehrsverhältnisse sowie bei Vorliegen genauerer Angaben über die Zahl der umgesiedelten Bevölkerung möglich.

Die britische Zone beginnt die oben erwähnten Flüchtlinge aufzunehmen, wenn dies der Umfang des gegenwärtig stattfindenden Flüchtlingsaustausches gestatten wird. Das Datum des Austauschbeginns wird von dem Chef der Repatriierungsabteilung der sowjetischen und britischen Seite festgesetzt werden.
5. Die Erfüllung dieses Plans soll nicht die Verwirklichung des früher erzielten Abkommens über den Austausch deutscher Flüchtlinge zwischen den Zonen nach dem Grundsatz 1:1 stören.
6. Nach der Bestätigung dieses Planes werden die Regierungen Polens und der Tschechoslowakei sowie die Kontrollkommissionen Ungarns und Österreichs darüber informiert werden"[76].

Entsprechend diesem Plan sollten also insgesamt 6650000 Deutsche aus den vier genannten Ländern ausgewiesen und umgesiedelt werden.
Diese Zahl wurde aber noch überboten, in Polen nämlich. Dort wurden statt dreieinhalb Millionen Deutsche rund 5700000 Deutsche umgesiedelt, es verblieben in den entsprechenden Gebieten nur noch 400000 Deutsche, während am selben Stichtag, dem 1. Januar 1947, dort fünf Millionen Polen lebten.
Damit umfasste das Problem der Ausweisung und Umsiedlung rund 9 Millionen Menschen.
Dass es sich dabei keinesfalls um einen russischen Racheakt, um eine Vertreibung handelte, beweist weiter die Tatsache, dass die größte Zahl der Umgesiedelten in der sowjetisch besetzten Zone aufgenommen wurde.
Das Schicksal der Umsiedler aber war sehr unterschiedlich, je nachdem, in welche Besatzungszone sie kamen.
In der vom Amt für Information der DDR im Jahre 1950 herausgegebenen Broschürenreihe „Die Wahrheit dem Volke", Nummer 6, mit dem Titel „Die Oder-Neiße-Friedensgrenze" wird über dieses unterschiedliche Schicksal mit genauen Zahlen berichtet.
„Viele Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik haben durch die Bodenreform eine neue, gute Heimat erhalten. Der Anteil der Umsiedler an der Gesamtbevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik beträgt 24,2 Prozent, während er in der amerikanischen Zone 18,1 Prozent, in der britischen Zone 15,9 Prozent und in der französischen Zone 3 Prozent ausmacht. In der Deutschen Demokratischen Republik ist der Prozess der Einbürgerung so weit fortgeschritten, dass es keine Sonderrechte der Altbevölkerung mehr gibt, sondern nur noch Bürger der Deutschen Demokratischen Republik.
Die auf Grund der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone konsequent durchgeführte Bodenreform machte es möglich, fast 500000 besitzlosen Landarbeitern und Angehörigen anderer Berufsschichten insgesamt 2,2 Millionen Hektar Land zu übergeben. Zusammen mit deren Familienangehörigen erhielten dadurch rund 1700000 Menschen eine feste wirtschaftliche Grundlage. 762000 ha Land - das ist im Durchschnitt pro Bauernstelle 8,4 ha (in Mecklenburg sind es sogar 9,6 ha) - wurden von der Gesamtmenge 90591 Umsiedlern als eigener Grund und Boden zugewiesen. Damit stehen etwa 350000 Menschen auf eigenem Besitz! Es ist auch bekannt, dass die Umsiedler für ihre Neubauten weitgehende Kredithilfen und andere Hilfen seitens der Regierung erhalten haben. Außer den Neubauten erhielten aus dem vorhandenen Gebäudebestand die bäuerlichen Umsiedler 19719 Wohnhäuser mit 75109 Wohnräumen, 21862 Stallungen, 9141 Scheunen, 151 Schmieden, 136 Stellmachereien, 46 Treibhausanlagen und eine Reihe von sonstigen Kleinbetrieben. Nach dem Stand vom 1. Januar 1949, der sich inzwischen erheblich vergrößert hat, waren die Umsiedler mit 62000 Pferden, 209000 Stück Rindvieh, 191000 Schweinen, 51000 Schafen, 26000 Ziegen, 650000 Stück Geflügel und 5000 Bienenvölkern ausgestattet. Und über 200000 Umsiedler üben selbständige Berufe aus, fast 2 Millionen sind in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung, also als Arbeiter oder Angestellte, tätig. Für ältere, nicht mehr arbeitsfähige Umsiedler wurden allein in einem Jahr 350 Millionen Mark Sozialfürsorgeunterstützung aufgebracht. Ober 1,9 Millionen Umsiedler erhielten eine weitere

finanzielle Unterstützung. Nicht jede Not konnte in den wenigen Jahren nach dem Zusammenbruch des Hitler-Staates, der uns schwerste Verluste und Schäden hinterließ, beseitigt werden.
Von Jahr zu Jahr wird aber auch das Leben für die Umsiedler leichter werden, bedingt durch die Erfolge des Zweijahresplanes und der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1950. Den Umsiedlern wurde in der Deutschen Demokratischen Republik wirklich eine neue Heimat geboten, in der sie selber an verantwortlichen Stellen mitarbeiten. Über 2500 Stadt- und Gemeinderäte sowie 233 Bürgermeister entstammen Umsiedlerkreisen. Über 25000 Männer und über 15000 Frauen besuchen die Universitäten und Hochschulen, um an der Demokratisierung in Stadt und Land mitarbeiten zu können, um eine Heimat zu schaffen, in der für alle das Leben lebenswert ist.
Drüben, in Westdeutschland sind 500000 Umsiedler dazu verurteilt, noch heute in abscheulichen Verhältnissen zu vegetieren. Planlos verteilte man die Umsiedler auf Gebiete, in denen den meisten der Neuaufbau einer Existenz unmöglich gemacht wurde. So erklärt es sich, dass von 1,3 Millionen Arbeitslosen, die am 15. Oktober 1949 registriert wurden, 450480 Umsiedler waren. In Bayern sind von 700000 erwerbsfähigen Umsiedlern 200000 und im Bayerischen Wald 80 Prozent arbeitslos. Anfang 1950 befanden sich 500000 Umsiedlerfamilien in Lagern oder Massenunterkünften, wie Bunkern, Sälen, Turnhallen, Kegelbahnen usw. Der größte Teil lebt in ‚Einrichtungen', die aus Kisten und Brettern zusammengenagelt sind. Heute noch kocht ein Teil der Umsiedler sein Essen in amerikanischen Konservenbüchsen, die sie in Müllgruben aufgelesen haben.
Jetzt zeigt die amerikanische Regierung den Deutschen einen ‚Ausweg' aus diesem Elend, der typisch für die Methoden von Kolonialherren ist: Mindestens eine Million Deutsche sollen auswandern! Der westdeutsche ‚Bundesminister' und USA-Lakai Dr. Lukaschek scheut sich nicht, zu versichern, dass nach deutscher Auffassung für eine Auswanderung hauptsächlich etwa 250000 deutsche Bauernfamilien in Frage kämen, die dorf- und stammesweise unter Führung von Arzt und Lehrer in die Fremde gehen sollen.
In den Dschungeln Vietnams sterben Zehntausende junger Deutscher, die unter dem Druck des Arbeitslosenelends in Westdeutschland ihr Leben an die französische Fremdenlegion verkauften. Jetzt will man deutsche Bauernfamilien nach Afrika und andere ‚unentwickelte Gebiete' verschleppen, damit sie zur Erschließung neuer Profitmöglichkeiten den amerikanischen Großkapitalherren ihre Arbeitskraft und ihre Gesundheit opfern. Aber der Großgrundbesitz von mehreren tausend Junkern und Großgrundbesitzern darf nicht angetastet werden! Dass es ohne die Junker besser geht, ganz besonders aber den bäuerlichen Umsiedlern, beweisen die hervorragenden Ergebnisse der Bodenreform in der Deutschen Demokratischen Republik. Von ihr, wie von allen gerechten sozialen Forderungen, will man die Umsiedler ablenken - aus diesem Grunde schreit man ihnen immer wieder die von amerikanischen Propagandisten ausgebrüteten Lügen über die angeblich schlechten Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik und über die Oder-Neiße-Grenze in die Ohren.

„...und man will die Menschen blind manchen gegen die ganze fortschrittliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie sollen nicht sehen, dass es uns aus eigener Kraft gelungen ist, mit den schwierigsten Aufgaben und Verhältnissen fertig zu werden. Die amerikanischen Kriegstreiber und Atombombenwerfer wollen aus tödlichem Hass gegen tatsächliche Demokratie, gegen die aufwärts gehende soziale Entwicklung bei uns und in den Volksdemokratien, gegen den Sozialismus in der Sowjetunion, einen neuen Krieg vorbereiten!“[77].

Die Politik der westdeutschen Revanchisten und ihrer US-amerikanischen Oberherren war eindeutig. Ihnen ging es darum, einerseits die Umsiedler auf einem schlechten Lebensniveau zu halten, um in ihnen den Wunsch nach Rückkehr zu nähren, andererseits eine möglichst

negative Schilderung der Zustände im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands bzw. später in der DDR allgemein zu verbreiten, um den Wunsch nach einer Umgestaltung in der alten Heimat zu erwecken, und schließlich um die Schaffung verschiedenster Spannungen zwischen der einheimischen Bevölkerung der verschiedenen Besatzungszonen und den Umsiedlern, um eine Atmosphäre der Feindseligkeit und des Misstrauens zu erzeugen und zu erhalten. Diese Menschen wurden von ihnen gebraucht. Sie sollten als Kanonenfutter für einen neuen Zug gegen Osten benutzt werden. Sie sollten eine Massenbasis für eine revanchistische Politik darstellen.
In den Flüchtlingslagern, in denen sie zusammengepfercht leben mussten, trieben sich aber auch dunkle Elemente herum, die sozusagen die Rolle von Kadern des Revanchismus übernahmen.
In verschiedenen Lagern lebten ausgewiesene deutsche Umsiedler zusammen mit von den Nazis verschleppten Menschen anderer Nationalitäten, unter die sich aber auch Kollaborateure und Faschisten gemischt hatten, die gemeinsam mit den deutschen Großgrundbesitzern und Kapitalisten die direkte Revanchepolitik durchführten.
Auf beide Arten von Lager bezugnehmend, sagte der sowjetische Delegierte auf der UNO-Generalversammlung am 15. Dezember 1946:

„Im Zusammenhang damit muss man noch einmal betonen, dass die Lage in den Lagern gegenwärtig völlig anomal ist, da das Verwaltungspersonal für die Posten nicht geeignet ist. Auf den Verwaltungsposten der Lager befinden sich oft profaschistische Elemente“[78].

So wurde aus diesem Problem ein Kaderreservoir der Reaktion. Erfolgreich, zumindest teilweise, vor allem aus einem Grund: weil es gelungen war, im Westen Deutschlands jene Reformen und Umgestaltungen zu verhindern, die nicht nur den Werktätigen dieser Zonen, sondern auch den umgesiedelten Menschen ein besseres Leben verschafft hätten; weil es gelang, Deutschland zu spalten. Wäre stattdessen ein einheitliches, demokratisches Deutschland zustande gekommen, wie es dem Programm der UdSSR entsprach, wie es der Stalinschen Außenpolitik entsprach, dann wäre auch das Problem der Umsiedler in einer Atmosphäre der Zusammenarbeit, des Kampfes um den Frieden und des sozialen Neuaufbaus gelöst worden und heute längst normalisiert. Bleibt schließlich noch - im Rahmen der Fragen der Nachkriegszeit und der Grenzen - ein Problem: Kaliningrad, das frühere Königsberg.
Während jene Gebiete, die östlich der Oder und Neiße an Polen abgetreten waren, historisch gesehen polnische Gebiete waren, sofern man sich nicht den Blickwinkel der preußischen Friedriche und der ostelbischen Junker zu eigen macht, sondern nüchtern betrachtet, so kann von Königsberg niemand behaupten, es sei ursprünglich russisch.
Königsberg war, und das betonten auch die Genossen der damaligen Sowjetführung, ein Preis, den die Deutschen für die Hitleraggression an die Sicherheit der UdSSR bezahlen mussten, ein vorgeschobener Brückenkopf, der weg musste.
Die Verantwortung dafür tragen die Hitler-Faschisten. Die Verantwortung dafür trägt die jahrhundertelange Politik des junkerlich-imperialen Drang nach Osten.
So, wie die Grenzen Deutschlands gezogen waren, konnte man damals sicher sein, dass das deutsche Volk einen lebensfähigen, einigen Nationalstaat errichten konnte, der auch den ausgewiesenen Minderheiten ein gutes Leben verschaffen konnte. Keine der Grenzveränderungen ging an die Substanz dessen, was Deutschland ist.
Deutschland, das ist heute, und wird es immer sein, das Gebiet, auf dem die beiden Staaten Deutsche Bundesrepublik und Deutsche Demokratische Republik existieren. Nicht mehr. Aber auch nicht weniger.
Das ganze deutsche Volk kann in diesen Grenzen leben. Denn die Ausweisung der deutschen Minderheiten, das haben wir durch die Tatsachen bewiesen, war keineswegs ein Versuch, die Deutschen auszurotten, ihnen den Faschismus, sozusagen mit gleicher Münze, heimzuzahlen.

Es war ein Bestandteil der damals nötigen Friedenspolitik, wie sie in erster Linie von der UdSSR unter Stalins Führung gemacht wurde.

Die „Berliner Blockade“

Ein Lügenmärchen

Das Märchen von der Berliner Blockade gehört zu jenen Propagandalügen aus dem Arsenal der USA-Imperialisten, die am meisten verbreitet sind. Auch viele fortschrittliche Menschen glauben daran, kennen sich nicht so genau aus, haben schon viel darüber gehört. Man lernt ja auch darüber in der Schule. Jeder, der durch Berlin zieht, sieht das Luftbrückendenkmal.
Die bösen Russen, der üble Stalin - so die Mär - wollten Berlin aushungern. Da kamen unsere amerikanischen Freunde durch die Luft und brachten uns alles, was nötig war. Und das solange, bis die Russen aufgaben. So ungefähr der ganze Inhalt.
Nun ist es ohne Zweifel so, dass es damals tatsächlich eine „Krise um Berlin“ gab.
Aber: Warum entstand diese Berliner Krise, wer war der Urheber?
Was geschah eigentlich tatsächlich?
Das wollen wir feststellen, indem wir die damaligen Ereignisse Schritt für Schritt nachvollziehen, so wie sie wirklich waren.
Deutschland war von den Alliierten besetzt. In der sowjetischen Besatzungszone lag die ehemalige Hauptstadt Berlin. Berlin war unbestreitbar ein Teil der sowjetischen Besatzungszone und nicht etwa eine eigenständige fünfte Zone, die sich die vier alliierten Mächte teilten. Das war ja auch nur logisch, lag die Stadt doch mitten in der Sowjetzone.
Das geht aus dem Abkommen über das Kontrollverfahren in Deutschland, das die Alliierten am 14. November 1944 geschlossen hatten und am 1. Mai 1945 veränderten, deutlich hervor[79].

„Die Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland sowie die Provisorische Regierung der Französischen Republik haben bezüglich der Organisierung des Kontrollverfahrens der Alliierten in Deutschland für die Zeit der Erfüllung der grundlegenden Forderungen der bedingungslosen Kapitulation durch Deutschland folgendes Abkommen geschlossen:

Artikel 1
Die oberste Gewalt in Deutschland wird von den Oberbefehlshabern der Streitkräfte der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs sowie der Französischen Republik auf Anweisung ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt, von jedem in seiner eigenen Besatzungszone und gemeinsam in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten als Mitglieder des gemäß dem vorliegenden Abkommen errichteten obersten Kontrollorgans.

Artikel 3
a) Die vier Oberbefehlshaber bilden, gemeinsam handelnd, das oberste Kontrollorgan, Kontrollrat genannt.
b) Die Funktionen des Kontrollrates bestehen in:
4. der Leitung der Verwaltung von „Groß-Berlin“ durch entsprechende Organe.

Artikel 7
a)Zwecks gemeinsamer Leitung der Verwaltung des Gebiets von „Groß-Berlin“ wird eine Interalliierte Behörde (russisch: Komendatura) errichtet, welche aus vier, einem von jeder Macht, von den entsprechenden Oberbefehlshabern ernannten Kommandanten besteht. Die Interalliierte Behörde wird von einem Hauptkommandanten geleitet, dessen Befugnisse jeder der Kornmandanten abwechselnd ausüben wird.“

Es gab noch ein weiteres Abkommen, in dem diese Feststellungen bekräftigt werden, vom 5. Juni 1945.
Ausdrücklich ist in diesen beiden Abkommen betont, dass die Viermächtebesatzung von Berlin lediglich der Verwaltung der Stadt dient, ansonsten aber keine weiteren Befugnisse hat. Diese liegen in den Händen der sowjetischen Besatzungsorgane.
Und natürlich war es so, dass die Rechte der westlichen Besatzungsmächte in Berlin nur so lange bestanden, wie sie selbst die Beschlüsse von Potsdam in ihren Zonen einhielten.
Entsprechend diesen Bedingungen lautete auch der Befehl Nummer 1 der Interalliierten Militärkommandantur der Stadt Berlin vom 11. Juli 1945 - unter anderem - wie folgt:

„Alle früher vom Chef der Garnison und Militärkommandanten der Roten Armee der Stadt Berlin und von den unter alliierter Kontrolle stehenden deutschen Behörden ausgegebenen Befehle und Anordnungen, die die Ordnung und Haltung der Bevölkerung der Stadt Berlin regulieren, sowie die Verantwortung der Bevölkerung für die Verletzung der Befehle und Anordnungen und für gesetzwidrige Handlungen gegen die alliierten Okkupationstruppen betreffend, bleiben bis auf besondere Verfügung in Kraft“[80].

Der erste Kommandant der US-amerikanischen Besatzungstruppen in Berlin, General Howley, drückt in seinen Memoiren seine Wut darüber aus, diesen Befehl unterzeichnet zu haben. Er bestätigt damit, dass die Alliierte Kommandantur mit diesem Befehl die Kontrolle der UdSSR über ganz Berlin nochmals bestätigte.

„Indem wir dieses Dokument unterzeichneten, fanden wir uns mit der russischen Kontrolle über Berlin ab“[81].

Und auch die verschiedenen Militärjuristen der westalliierten Truppen gestehen offen ein, dass die Sachlage völlig klar ist.
Der britische Militärjurist F.A. Mann schreibt 1947 in einem Artikel für die „Süddeutsche Juristenzeitung“:

„Der britische Sektor Berlins gehört nicht zur britischen Zone, so dass die britische Gesetzgebung dort nicht anwendbar ist. Berlin sei ein Teil der Sowjetzone. Deshalb sei die Gesetzgebung der Sowjetzone in Berlin anwendbar“[82].

Groß-Berlin war also einwandfrei ein Teil der sowjetischen Besatzungszone. Nun hätte es diese Krise um Berlin nie gegeben, wenn nicht dahinter die Versuche der Westmächte gestanden hätten, das Potsdamer Abkommen zu brechen, Deutschland zu spalten. Dabei kam ihnen ein eigenes Westberlin, mitten in der sowjetischen Zone, natürlich sehr gelegen.
Im Frühjahr 1948 gingen die Westmächte, vor allem die USA, energisch daran, die Spaltung Deutschlands durchzuführen. Entgegen allen Beschlüssen von Potsdam, die die Bildung eines einigen antifaschistischen Deutschland vorsahen, hatten sie bereits in den Jahren zuvor eine scheinbare Entnazifizierung in den Westzonen organisiert, um die reaktionären deutschen Kräfte wieder ins Spiel bringen zu können. Ab Herbst 1947 boykottierten sie faktisch das oberste Gremium, den Alliierten Kontrollrat. Dann, im März 1948 konferierten sie in London über Deutschlands Zukunft. Konferenzteilnehmer waren neben den USA, England und Frankreich die Beneluxstaaten, die keinerlei Rechte hatten, an den Entscheidungen über Deutschland teilzunehmen.
Das Ergebnis dieser Tagung war denn auch eindeutig und ganz offen die geplante Spaltung Deutschlands. Die Konferenz war am 6. März 1948 beendet worden. In der Sitzung des Alliierten Kontrollrats vom 20. März 1948 forderte der sowjetische Kommandant Marschall Sokolowski, über diese Konferenz informiert zu werden. Das wurde einfach verweigert. - Sokolowski legte Protest ein. Damit war praktisch der Alliierte Kontrollrat funktionslos

geworden. Er war beseitigt. Die Ergebnisse der Märzkonferenz der Westmächte wurden der Öffentlichkeit erst nach einer weiteren Konferenz im Juni 1948 mitgeteilt. Im Londoner Pressekommunique vom 7. Juni 1948 steht unter anderem:

„Wie in dem bei Beendigung der ersten Phase der Besprechung ausgegebenen Kommunismus vom 6. März festgestellt wurde, wurde Übereinstimmung darüber erzielt, dass das wirtschaftliche Leben der Länder Westeuropas und eines demokratischen Deutschlands eng miteinander verbunden werden muss, damit ihr politisches und wirtschaftliches Wohlergehen erreicht werden kann. Diese enge Verbindung, die es Deutschland ermöglicht, am europäischen Wiederaufbau teilzunehmen und zu ihm beizutragen, wurde durch die am 16. April erfolgte Einbeziehung der britisch-amerikanisehen und der französischen Zone in die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas als vollberechtigte Mitglieder gesichert. (...)
Die Delegationen sind daher übereingekommen, ihren Regierungen zu empfehlen, dass die Militärgouverneure eine gemeinsame Sitzung mit den Ministerpräsidenten der Westzonen Deutschlands abhalten sollen. Auf dieser Sitzung werden die Ministerpräsidenten Vollmacht erhalten, eine verfassungsgebenden Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung einzuberufen, die von den Ländern zu genehmigen sein wird“[83].

Was für Interessen hinter dieser amerikanischen und englischen Spaltungspolitik standen, liegt auf der Hand. Man braucht darüber nicht zu theoretisieren, sondern einfach nur die führenden Personen der angloamerikanischen Delegationen beim Alliierten Kontrollrat betrachten.
Da ist als erstes zu nennen Brigadegeneral William F. Draper, Mitglied der Wirtschaftsleitung des Alliierten Kontrollrats. Als Zivilist: Mitinhaber der großen Wallstreetbank Dillon, Read u. Co.
Inspektor der Stahlindustrie in der amerikanischen Zone war R.J. Wisor, ehemaliger Präsident der Republic Steel Corporation.
Inspektor der Maschinenbauindustrie war E.S. Zdunek, früher Leiter der General Motors Antwerpen.
Inspektor des Bergbaus war Philip Goethke, vor dem Krieg Geschäftsführer der amerikanischen Anaconda-Gießereien in Oberschlesien.
Schließlich, kein Wunder, verantwortlich für Erdöl und Brennstoffe in der amerikanischen Besatzungszone war P.P. Clover, Direktor der Standard Oil of New Jersey.
Aber auch bei den britischen Militärs sah es nicht anders aus.
Der britische Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen in Deutschland war General Sir Brian Robertson, früher Generaldirektor von Dunlop in Südafrika.
Sir Percy Mills, Mitglied der Kommission für Wirtschaftsfragen beim Kontrollrat, war Direktor der W. u. T Avery u. Co., eines britischen Monopols der Schwerindustrie.
Der erste Hochkommissar der französischen Besatzungszone schließlich war Rene Mayer, Hauptanwalt der Rothschildbank, der zweite Francois-Poncet, der Makler der französischen Stahlmonopolisten, der Schneiders.
Diese kurze Aufzählung, die man beliebig erweitern könnte, zeigt in alter Deutlichkeit, dass die Besatzungspolitik der Westmächte ganz direkt von den Finanzmagnaten bestimmt, ja zum Teil sogar selbst durchgeführt wurde.
Diese Leute waren es, die Deutschland als Aufmarschgebiet gegen den Sozialismus haben wollten, dafür mussten sie es spalten, dafür mussten sie auch die deutschen Kapitalisten, die Hitler an die Macht gebracht hatten, wieder aufrichten.
Und diese Leute wussten auch, wie man das macht. Sie wussten sehr genau, dass man mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen Tatsachen schafft, denn darin hatte ja von jeher eine ihrer wichtigsten Tätigkeiten bestanden.

Speziell für dieses Ziel, für den Kampf gegen den Sozialismus, hatten sie auch noch andere Maßnahmen ergriffen. Im Sommer 1947 organisierte das amerikanische Großkapital einen Obergeheimdienst, der alle anderen Spionage- und Sabotageorganisationen koordinieren und verstärken sollte: den CIA. Mit 16500 „Ganztagsagenten“ ausgerüstet, war sein erstes Haupttätigkeitsfeld: Deutschland. Die ehemaligen CIA-Agenten Marchetti und Marks berichten:

„In den frühen Jahren des Kalten Kriegs sandte die Agentur ihre eigenen Agenten und wesentliche Geldbeträge hinter den Eisernen Vorhang, um die Dinge in Gang zu halten, was meistens verhängnisvolle Folgen hatte“[84].

In diesem ganzen Aggressions- und Spaltungsplan sollte eine Währungsreform in den Westzonen die entscheidende Rolle spielen.
Denn, eine eigene Währung erfüllte faktisch zwei Aufgaben auf einmal.
Zum einen ist es völlig unmöglich, einen einheitlichen Staat mit zwei Währungen aufzubauen. Mit unterschiedlichem Wechselkurs, unterschiedlicher Notenauflage, unterschiedlicher Verbreitung - das zu einem verbinden zu wollen, ergäbe das absolute Chaos. Zum anderen war eine eigene Währung, deren Kurs man je nach Bedarf diktieren konnte, die man mit allen Kräften stützen konnte, eine gute Möglichkeit, den anderen Teil Deutschlands in Schwierigkeiten zu bringen, zu erpressen, bankrott zu machen.
Deshalb beschlossen die Westmächte die Währungsreform.
Der Journalist W.G. Burchett schreibt in seinem Buch „Der Kalte Krieg in Deutschland“:

„Deutschland wurde wie mit dem Messer eines Chirurgen in zwei Hälften geteilt, als die Banken der drei westlichen Zonen am Sonntag, den 20. Juni 1948, jedem der fünfzig Millionen Einwohner der britischen, amerikanischen und französischen Zone fünfzehn neue gegen fünfzehn alte Mark eintauschten“[85].

Die separate Währungsreform, die im März in London beschlossen worden war, wurde am 18. Juni 1948 offiziell für die drei Westzonen verkündet.
Der Tauschkurs zur Mark in der Sowjetzone wurde völlig willkürlich festgesetzt. 10 Sowjetzonenmark sollten für eine neue, so genannte D-Mark bezahlt werden müssen. Das zielte auf den Ruin der Sowjetzone.
Als Rechtfertigung für diese Maßnahme diente den Westmächten die Behauptung, sie brauchten eine neue Währung, um die Wirtschaft ihrer Zonen, die in einem schlimmen Zustand war, wieder anzukurbeln.
Da sie selbst merkten, dass dieses Argument schwach war (gab es doch, wenn dies stimmte, weder einen Grund, dies geheim vorzubereiten, noch einen Grund, eine separate Währungsreform ohne die Sowjetzone zu machen), erfanden sie als zusätzliches Argument die Behauptung, in der Sowjetzone hätte sich bereits eine eigene separate Ostwährung in Vorbereitung befunden.

„Die Russen verhängten um Mitternacht des 20. Juni eine Kontrolle über alle Straßen-, Eisenbahn- und Schiffstransporte, die vom Westen her in ihre Zone kamen. Die neue Westwährung machte natürlich die Mark in der sowjetischen Zone wertlos, und die gesamte Produktion der Ostzone hätte mit der neuen Westmark aufgekauft werden können. Man hätte erwartet, dass die Westmächte die Russen über den Beschluss, eine neue Währung auszugeben, zumindest rechtzeitig unterrichten würden, damit gleichzeitig Maßnahmen für die sowjetische Zone vorbereitet werden könnten.
Die propagandistischen Behauptungen über die angebliche Vorbereitung einer Sonderwährung in der Ostzone erwiesen sich als lügenhaft. Die Russen hatten gar nichts vorbereitet, es waren überhaupt keine neuen Geldscheine vorhanden. Nachdem die

Westwährung in Umlauf gesetzt worden war, griff man nach der Notlösung, Marken auf die alten Geldscheine zu kleben.
Innerhalb einer kurzen Frist wurde eine Währungsreform mit diesen improvisierten Geldscheinen durchgeführt, die dann nach drei oder vier Wochen durch neue ostzonale Geldscheine ersetzt wurden“[86].

Am 20. Juni 1948 also hatten die Behörden der Sowjetarmee die Kontrolle verhängt. Aber trotzdem gingen die Westmächte noch weiter.
Am 18. Juni hatten die Generale Robertson und Clay dem sowjetischen Oberbefehlshaber Sokolowski versichert, dass die Maßnahmen

„sich nicht auf ihre Sektoren von Berlin beziehen“[87].

Am 22. Juni noch erklärten die westlichen Finanzspezialisten bei der einberufenen Beratung der Alliierten Finanzkommission, dass sie

„volles Verständnis besitzen für die Argumentation der sowjetischen Besatzungsbehörden, wonach es unmöglich ist, in Berlin anderes Geld als in der Sowjetzone in Umlauf zu bringen, da Berlin im Zentrum dieser Zone liegt und mit ihr durch wirtschaftliche Beziehungen aller Art verbunden ist“[88].

Schon am nächsten Tag, am 23. Juni 1948 aber, wurde die Währungsreform auch noch auf die westlichen Sektoren Berlins ausgedehnt!
Dies war praktisch der Übergang vom Bruch der Abkommen zur offenen wirtschaftlichen Aggression gegen die sowjetisch besetzte Zone.
Das zwang die sowjetischen Besatzungsbehörden dazu, die Kontrollmaßnahmen zu verlängern und zu verstärken. Aufgrund dessen sandte die Regierung der USA an die Regierung der UdSSR am 6. Juli 1948 eine Note, in der die UdSSR beschuldigt wird, die Schuld an der Entwicklung in Berlin zu tragen, da sie die Stadt blockiere.
Am 14. Juli 1948 antwortete die Regierung der UdSSR der US-Regierung:

„Da die in Berlin ebenso wie in ganz Deutschland entstandene Lage eine direkte Folge der systematischen Verletzung der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz sowie des Viermächteabkommens über den Kontrollmechanismus in Deutschland durch die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs ist, muss die Sowjetregierung die Erklärung der Regierung der Vereinigten Staaten als völlig unbegründet zurückweisen, wonach die Maßnahmen zur Einschränkung des Güterund Personenverkehrs zwischen Berlin und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands, die vom sowjetischen Kommando zum Schutz der Wirtschaft der Sowjetzone vor Desorganisierung vorgenommen wurde, angeblich eine Verletzung der bestehenden Abkommen über die Verwaltung von Berlin darstellen.
Berlin liegt im Zentrum der Sowjetzone und bildet einen Teil dieser Zone. Die Interessen der Berliner Bevölkerung lassen es nicht zu, dass in Berlin oder auch nur in den westlichen Sektoren Berlins eine besondere Währung eingeführt wird, die in der Sowjetzone nicht im Umlauf ist. Indessen versetzte die Durchführung der separaten Währungsreform in den Westzonen Deutschlands Berlin und mit ihm auch die ganze sowjetische Besatzungszone in eine Lage, wo die ganze Masse der in den Westzonen außer Kraft gesetzten Geldscheine Berlin und die sowjetische Besatzungszone Deutschlands zu überschwemmen drohte“[89].

Das war die Frontstellung der Westmächte gegen die sowjetische Besatzungszone. So war sie im Juni gezogen worden.
Dann musste auch die sowjetische Besatzungsbehörde für ihre Zone eine neue Währung herausgeben, was am 23. Juli 1948 geschah.

„Befehl Nr. 111 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland vom 23. Juni 1948 über die Durchführung der Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (Auszug).
Unter Berücksichtigung der Vorschläge der Deutschen Wirtschaftskommission und der Wünsche der deutschen demokratischen Öffentlichkeit befehle ich:
1. Ab 24. Juni 1948 auf dem gesamten Territorium der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und auf dem Gebiet Groß-Berlins neue Geldscheine einzuführen: Reichsmark und Rentenmark alten Musters mit aufgeklebten Spezialkupons. Scheidemünzen bleiben ihrem Nominalwert nach im Umlauf.
2. Als einziges gesetzlich zugelassenes Zahlungsmittel in der sowjetischen Besatzungszone und im Gebiet von Groß-Berlin gelten Reichsmark und Rentenmark mit aufgeklebten Spezialkupons sowie im Umlauf befindliche Scheidemünzen.
3. Um einer Desorganisation des Geldumlaufs vorzubeugen und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu beseitigen, sind im Gebiete von Groß-Berlin, das sich in der sowjetischen Besatzungszone befindet und wirtschaftlich einen Teil der Sowjetzone bildet, nur neue Geldscheine der sowjetischen Besatzungszone im Verkehr zuzulassen“[90].

Die Westmächte hatten alle Vereinbarungen gebrochen, alle Versprechen enttäuscht. Nicht nur, dass sie einen Tag nach ihrer Versicherung, die separate Währungsreform nicht auf Berlin auszudehnen, eben dies taten. Monatelang hatten sie zuvor mit den sowjetischen Besatzungsbehörden in der Alliierten Finanzkommission über die Herausgabe einer gemeinsamen neuen Währung verhandelt, es waren auch schon Beschlüsse gefasst, die jetzt sinnlos waren.
Die Gegenmaßnahmen, die eigene Ostwährung und die verschärfte Kontrolle durch die sowjetischen Behörden waren unbedingt nötig. Und sie waren eigentlich auch gar nichts Besonderes.
Denn das Recht, diese Kontrollen auszuüben, hatte die sowjetische Militärverwaltung laut Abkommen seit 1945. Dasselbe Recht hatte sie übrigens auch in Österreich auf dem Weg nach Wien, das ebenfalls in der sowjetischen Zone lag. Dort hatte sie von Beginn an davon Gebrauch gemacht, ohne dass es jemals zu irgendwelchen Protesten gekommen wäre.
In Deutschland allerdings hatten die Westmächte schon länger nach einem Anlass für eine offene Provokation gesucht, jetzt war er da!
In einem Presseinterview am 2. Oktober 1948 fasste der sowjetische Oberbefehlshaber, Marschall Sokolowski, die Ereignisse noch einmal zusammen:

„In den Westsektoren Berlins wurde sofort auf dem schwarzen Markt in großem Maßstab die Spekulation mit der Währung der sowjetischen Besatzungszone organisiert, wobei zwischen den beiden Währungen künstlich ein Kursverhältnis aufrechterhalten wurde, das für die Währung der Sowjetzone ungünstig war.
Mit dem gleichen Ziel, die Währung der Sowjetzone zu untergraben, wurden von den Amerikanern in den westlichen Sektoren Berlins Zigaretten, Kaffee, Schokolade und andere amerikanische Waren zum Verkauf „nur gegen ‚D’-Mark“ auf den spekulativen schwarzen Markt geworfen. In Verfolgung dieses Weges eröffneten die westlichen Besatzungsbehörden in Berlin am 5. August in den Westsektoren so genannte „Wechselstuben“ für die legale Spekulation mit der Währung der Sowjet-Zone.
Der Spekulation wird in diesen Wechselstuben von deren Besitzern zusammen mit Vertretern der westlichen Besatzungsbehörden abhängig von politischen Erwägungen willkürlich festgesetzt.
Der Leiter der Finanzabteilung des- Berliner Magistrats, Stadtrat Dr. Haas, konnte nicht umhin, diese Tatsache zu bestätigen. Die Gewinne aus der Spekulation mit der Währung der Sowjetzone in Berlin benutzen die westlichen Besatzungsbehörden, um auf Kosten der Sowjetzone die Besatzungs- und sonstigen Ausgaben der westlichen Behörden in Berlin zu decken.

Die westlichen Behörden in Berlin haben auch andere Maßnahmen ergriffen, um den Geldumlauf zu stören und ein Währungschaos in Berlin zu schaffen, was nicht ohne Rückwirkung auf die Lage in der Sowjetzone bleiben kann.
Am 10. August 1948 erließen die britischen und französischen Behörden In Berlin eine Verordnung, die allen Dienststellen und Personen in den Westsektoren verbot, Geld von Ihren Konten auf Konten Im sowjetischen Sektor zu überweisen oder entsprechende Überweisungen aus dem sowjetischen Sektor anzunehmen.
Durch diese Verordnung beseitigten die westlichen Besatzungsbehörden faktisch den freien Geldumlauf innerhalb Berlins und verursachten eine Störung in der Tätigkeit der Berliner Kreditanstalten.
Außerdem erteilten die westlichen Besatzungsbehörden dem Berliner Magistrat den Befehl, die Steuern in den Westsektoren gesondert einzutreiben, wodurch die Einheit des Stadtbudgets aufgehoben wurde“[91].

Wie man sieht, trieben die Westmächte ihr Spiel auf Kosten Deutschlands immer weiter, immer neue wirtschaftliche Maßnahmen zur Vertiefung der Spaltung wurden ergriffen.
Und sie wurden in Berlin verstärkt begleitet von Maßnahmen administrativer Art, die ebenfalls der Spaltung der Stadt dienen sollten. Die Kommunalbehörden wurden gespalten, die einheitliche Polizeiverwaltung wurde gespalten, das einheitliche Postwesen wurde gespalten, Kurs auf eine eigene separate Verwaltung, auf einen Westberliner Magistrat, wurde genommen.
Die Westmächte bildeten in den Westsektoren Filialen der einzelnen Hauptabteilungen des Magistrats. Einige Abteilungen verlegten sie mit Hilfe reaktionärer Magistratsmitglieder ganz in die Westsektoren. Der damalige Leiter des Magistrats, Friedensburg, (Adenauer, CDU), bestätigte den rechtswidrigen Charakter dieser Maßnahmen, als er am 28. November 1958 in der Hamburger „Welt“ unter der Überschrift „Wie es zur Spaltung kam“ schrieb, dass „einige Magistratsmitglieder, allerdings gegen den Beschluss des Magistrats handelnd, ihre Dienststellen in die Westsektoren verlegten“[92].

„Ende September 1948 nahmen die reaktionären Mitglieder des Stadtparlaments auf Anweisung der britisch-amerikanischen Behörden ihre Tätigkeit im britischen Sektor auf und zerstörten damit endgültig die einheitliche Selbstverwaltung Berlins.
Nachdem die westlichen Besatzungsmächte demokratische Organisationen in Westberlin verboten hatten (Kulturbund, FDGB, Ausschüsse des Volkskongresses für die Einheit Deutschlands und gerechten Frieden u.a.) und zahlreiche demokratische Persönlichkeiten verhaftet hatten, ließen sie am 5. Dezember 1948 In den Westsektoren rechtswidrig Wahlen abhalten. Diese Wahlen verletzten nicht nur die Grundsätze des Viermächteabkommens, sondern auch die von den Westmächten selbst gebilligte Provisorische Berliner Verfassung, die keine Wahlen in den einzelnen Sektoren vorsah. Während der Wahlkampagne wurden 491 Personen lediglich deshalb verhaftet, weil sie Flugblätter verteilten, die zur Durchführung einheitlicher Wahlen und zur Erhaltung der Einheit der Stadt aufriefen.
So entstand das Westberlin-Problem.
Um diese in Westberlin durchgeführten Maßnahmen abzuwehren, bildeten die Werktätigen Berlins auf Vorschlag des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien am 30. November 1948 einen arbeitsfähigen demokratischen Magistrat, der die 1945 begonnene fortschrittliche Entwicklung im Osten der Stadt konsequent fortsetzte“[93].

So war also die weitere Entwicklung.
Der Sowjetmarschall Sokolowski hatte die politischen Gründe dafür in seinem Interview vom 2. Oktober folgendermaßen genannt:

„Die tiefsten Ursachen dieser Krise liegen in der Politik der Spaltung Deutschlands, die von den Westmächten betrieben wird. Hätten die Westmächte nicht die Politik der Spaltung Deutschlands verfolgt, so hätte weder die Berliner noch irgendeine andere, Krise in

deutschen Angelegenheiten entstehen können. Die Londoner Beratung der drei Mächte hat Im März dieses Jahres den Beschluss gefasst, die Spaltung Deutschlands zu vollenden und einen westdeutschen Staat zu schaffen. Als das sowjetische Kommando am 20. März im Kontrollrat forderte, über die geheimen Beschlüsse der Londoner Beratung der drei Mächte zur deutschen Frage Informiert zu werden, weigerten sich die drei westlichen Oberbefehlshaber, dem Kontrollrat eine solche Information zu geben. Sie gaben auch keinerlei Zusicherungen, dass die separaten Beschlüsse der Londoner Konferenz den Potsdamer Beschlüssen und den Grundsätzen der Viermächteverwaltung Deutschlands nicht widersprechen.
Diese Separatbeschlüsse der drei Mächte über grundlegende Schicksalsfragen Deutschlands haben den Kontrollrat und die Viermächteverwaltung Deutschlands gesprengt und folglich der Viermächteverwaltung von Berlin eine vernichtenden Schlag versetzt, um so mehr, als die westlichen Besatzungsmächte versuchten, die Westsektoren der Stadt in den west-deutschen Staat einzubeziehen, der von ihnen geschaffen wird.
Die unmittelbare Ursache für die Entstehung der so genannten ‚Berliner Krise' war die am 18. Juni 1948 von den amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsbehörden durchgeführte separate Währungsreform in Westdeutschland, die einige Tage später auch auf die Westsektoren Berlins ausgedehnt wurde"[94].

Aber, wird man jetzt fragen, wie sah es denn mit der Bevölkerung der Berliner Westsektoren aus? Wurde etwa der Kampf gegen die Spalterpolitik der Westmächte auf ihrem Rücken ausgetragen?
Kurz geantwortet: Er wurde nicht auf dem Rücken der Westberliner ausgetragen. Zu keiner Zeit erwog die UdSSR oder ihr Oberkommando der Besatzungsarmee auch nur, eine Hungerblockade gegen das Volk zu organisieren. Es wurde um die Einheit Deutschlands gekämpft - so, wie es der Stalinschen Außenpolitik entsprach:
Zur selben Zeit, da sie die zur Sicherung der Wirtschaft nötigen Beschränkungen des Personen- und Güterverkehrs vornahm, erklärte sich die sowjetische Behörde bereit, für die Versorgung der gesamten Berliner Bevölkerung aufzukommen.
Und es blieb nicht bei Worten. Aus der UdSSR selbst wurden 100000 Tonnen Getreide und 10800 Tonnen Fette angeliefert.
Die Deutsche Wirtschaftskommission der SBZ bot den Betrieben in den Westsektoren die Lieferung des nötigen Stroms und sonstiger Brennstoffe an. Marschall Sokolowski betonte am 2. Oktober:

„Aber sogar bei der gegenwärtigen Lage, bei dem Bestehen der so genannten Luftbrücke zwischen Berlin und den Westzonen, wird Berlin faktisch im wesentlichen auf Kosten der Sowjetzone versorgt. Nach keineswegs vollständigen Angaben gelangen aus der Sowjetzone auf verschiedenen Wegen täglich bis zu 900 Tonnen Lebensmittel, von Kohle, Textilien und anderen Waren ganz abgesehen, in die Westsektoren."[96]

Das Mitglied des Präsidiums des Deutschen Volksrats, der CDU-Politiker Otto Nuschke aus der SBZ nahm ebenfalls eindeutige Stellung gegen die Blockadenpropaganda.
Er sagte:

„Man jammert in Berlin über die Not, die hier durch die so genannte Blockade entstanden sei. Die Sowjetunion hat Brot, Getreide und Fett eingeführt, und die Deutsche Wirtschaftskommission hat jedem Einwohner der Westsektoren die Möglichkeit gegeben, seine Lebensmittelkarten im Ostsektor beliefern zu lassen. Kein Berliner braucht also Not zu leiden (...) Trotzdem stimmt man ein großes Lamento an und schwingt überall in Deutschland und in der Welt den Klingelbeutel für Berlin.
Die Westmächte sollten ihre Berliner Schieberwährung zurückziehen, und gleichzeitig sollte die Sowjetunion die Verkehrsbeschränkungen aufheben. Die technische Durchführung sollte zwischen den Oberbefehlshabern in Berlin festgelegt werden."

Aber es waren die Behörden in den Westsektoren, die Lieferungen an die Bevölkerung und Betriebe verhinderten:

„Im Juli und August dieses Jahres wurden in den Westsektoren der Stadt von den Besatzungsbehörden Verordnungen erlassen, die den Handels- und Industriefirmen der Westsektoren verboten, irgendwelche industrielle oder kommerzielle Verbindungen mit den Firmen des sowjetischen Sektors und der sowjetischen Besatzungszone aufrechtzuerhalten, was der Berliner Wirtschaft als Ganzes und vor allem der Industrie der Westsektoren einen schweren Schlag versetzte. Die Besatzungsbehörden zwangen die deutschen Firmen der Westsektoren, Handelsabmachungen mit Firmen des sowjetischen Sektors selbst in den Fällen zu lösen, wenn diese den Betrieben der Westsektoren die fehlenden Kohlen und Rohstoffe lieferten.“[97]

Friedrich Ebert, Oberbürgermeister von Berlin nach der Bildung des demokratischen Magistrats, sagte, er gäbe der Erwartung Ausdruck, dass keine Besatzungsmacht der Durchführung dieser lebensnotwendigen Maßnahmen Schwierigkeiten bereiten würde. Der Magistrat konnte und wollte nicht annehmen, dass die westlichen Besatzungsmächte die zwischen den Alliierten bestehenden Schwierigkeiten dadurch einen Teil der Berliner Bevölkerung unverschuldet entgelten lassen, dass die geplante und mögliche Versorgung aller Berliner mit Kohle, Licht, Kartoffeln usw. durch den Magistrat von Berlin in den westlichen Sektoren verhindert wurde.
Das Propagandaunternehmen „Luftbrücke“ wurde von den USA aber noch bis zum 12. März 1949 ausgedehnt, eben auf Kosten der werktätigen Bevölkerung der Berliner Westsektoren. Und dieses „auf Kosten“ kann durchaus wörtlich genommen werden. Denn die Waren wurden keinesfalls umsonst geliefert, wie die aus der Sowjetunion, so weit geht bei einem amerikanischen Kapitalisten, wie es General Clay, einer der Berater der Morgan-Bank, war, die „Freundschaft“ nicht. Berlin musste den horrenden Preis von 100 Dollar je Tonne Kohle bezahlen!
Der USA-Kriegsminister Forrestal schließlich betonte noch einen weiteren Aspekt der „Luftbrücke“, als er davon sprach, dass sie eine hervorragende militärische Übung sei.
Der berüchtigte John Foster Dulles, damals und in den fünfziger Jahren weltweit bekannt als Sprachrohr Nummer 1 der Wallstreet-Magnaten, sagte am 24. Januar 1949 in Paris in einer Rede vor Schriftstellern:

„Zu jeder Zeit hätte man die Situation in Berlin klären können (...) Die gegenwärtige Lage ist jedoch aus propagandistischen Gründen für die USA sehr vorteilhaft. Dabei gewinnen wir das Ansehen, die Bevölkerung von Berlin vor dem Hungertod bewahrt zu haben, die Russen aber erhalten die ganze Schuld wegen ihrer Sperrmaßnahmen. Wenn wir uns in der Berliner Frage einigen, so müssen wir uns mit Deutschland in seiner Gesamtheit befassen. Dann müssen wir jedoch sofort auf einen russischen Vorschlag rechnen, der die Forderung nach einer Zurückziehung der Besatzungstruppen und eine Rückgabe Deutschlands an die Deutschen enthält.“[99]

So ein Vorschlag aber hätte den amerikanischen Plänen ganz und gar widersprochen. Deshalb machten die USA auch im ganzen restlichen Jahr 1948 alle Versuche der UdSSR zunichte, wieder Bewegung in die deutsche Frage zu bekommen, eine Lösung der Probleme anzustreben. Sie gingen dabei immer weiter.
So kam es am 30. August 1948 bei einer Viermächteverhandlung in Moskau zu einer Einigung über das aktuelle Berlin-Problem.
Bei dieser Einigung waren die Aufhebung der Kontrollen und die Abschaffung der westlichen D-Mark in Berlin vorgesehen. Jedoch, die Westmächte kümmerten sich nicht darum. Am 7. September stellten sie plötzlich zusätzliche Forderungen. Zuerst: Aufhebung der Kontrolle!

Um einen Propagandaerfolg zu haben, brachten sie die Frage, wer für den Zusammenbruch der Verhandlungen über die Währungsreform verantwortlich gewesen sei, vor einen Ausschuss der UNO.
Darüber gibt es folgenden Bericht:

„Die Bemühungen des argentinischen Delegierten Bramuglia, festzustellen, wer für den Zusammenbruch der Verhandlungen über die Währungsreform verantwortlich war und unter welchen Bedingungen eine Währung auf einer einheitlichen Basis geschaffen werden könnte, wurden für die Engländer und Amerikaner allmählich äußerst peinlich. Sie bereuten, die Angelegenheit jemals vor die UN gebracht zu haben. Die kleineren Staaten gaben mit aller Deutlichkeit zu verstehen, dass sie nicht die geringste Lust hätten, für Berlin in den Krieg zu ziehen. Der Präsident und der Sekretär der UN, Dr. Evatt und Trygve Lie, appellierten an die vier Mächte, die Schwierigkeiten beizulegen. Die sowjetischen Vertreter waren die einzigen, die darauf reagierten.
Dr. Bramuglia, dem die Aufgabe übertragen war, den Streit beizulegen, forderte die Vertreter der vier Mächte auf, ihm Vorschläge zur Regelung der Berliner Währungsfrage zu unterbreiten, und setzte zu diesem Zweck einen Fragebogen in Umlauf. Die sowjetischen Vertreter waren die ersten, die antworteten. Im Verlaufe der Montagsitzung in Paris gelang es tatsächlich, eine Einigung hinsichtlich einer gemeinsamen Währung für Berlin und einer gemeinsamen Handelskontrolle zu erzielen. Dieses Ereignis rief tiefste Bestürzung in General Clays Hauptquartier, bei Oberbürgermeister Reuter und den sozialdemokratischen Führern hervor. Es bestand praktisch kein Unterschied zwischen dem sowjetischen Vorschlag und dem der Westmächte. Aber Clay hatte noch einen letzten Trumpf in der Hand. Am gleichen Abend ließ er zwei Berichterstatter, Charles Wheeler von der „Chicago Sun-Times“ und Stephen White von der „New York Herald Tribune“ zu sich kommen. Er gab ihnen ganz bewusst Material für einen Bericht, dass es in Paris zu keiner Einigung kommen werde, da die Verhältnisse in Berlin sich „geändert“ hätten und Clay daher die ursprünglichen Vorschläge nicht weiter unterstützen könne. Clay hatte zwei Finanzexperten mit neuen Instruktionen nach Paris geschickt, und die amerikanische Delegation in Paris schloss sich seiner Auffassung hinsichtlich der veränderten Verhältnisse an. (...)
In Wirklichkeit hatte sich in Berlin seit der Ausarbeitung des ursprünglichen amerikanischen Vorschlags überhaupt nichts geändert. Aber die Luftbrücke durfte nicht abgebrochen werden, Berlin musste ein Pulverfass bleiben.
Das Ergebnis von Bramuglias Bemühungen war die Einsetzung einer Kommission, die von Genf aus weiterhin versuchen sollte, eine Einigung in der Währungsfrage herbeizuführen. Schließlich begaben sich die Finanzsachverständigen der vier Mächte von Berlin nach Genf. Der französische Vertreter, der den Verhandlungen in Genf beiwohnte, erzählte mir später, dass die von dem sowjetischen Delegierten Valentin unterbreiteten Vorschläge sofort von dem französischen und britischen Delegierten angenommen wurden. Nur die Amerikaner sagten weiterhin zu allem nein, ohne jedoch irgendwelche Gründe für ihre Haltung anzugeben oder Gegenvorschläge zu machen. Auch diese Verhandlungen verliefen ergebnislos.
Ein weiterer Beweis für den Zynismus der Berliner Saboteure war der UGO-Eisenbahnerstreik während der Pariser Konferenz im Juni 1949, auf der die Aufhebung sämtlicher Verkehrsbeschränkungen und die Einstellung der Luftbrücke erörtert werden sollten.
Unmittelbar nach Beginn der Verhandlungen ließ Clays Vertrauensmann, General Howley, einen seiner Zeitzünder platzen, von dem man mit Bestimmtheit erhoffte, dass er die Konferenz zum Scheitern bringen würde, bevor die Verhandlungen noch richtig angefangen hatten. Die von Howley geschaffene und geförderte Spaltergewerkschaft, die UGO, rief sämtliche ihr angehörenden Eisenbahner zum Streik auf, so dass sich die von den sowjetischen Vertretern versprochene Aufhebung der Transportbeschränkungen überhaupt nicht auswirken konnte. Kein Zug kam nach Berlin, da die Streikenden auf Howleys Veranlassung den gesamten Bahnverkehr in Berlin lahm gelegt hatten. (Der offizielle Anlass für den Streik bestand darin, dass die Westberliner Eisenbahner - merkwürdigerweise

ausgerechnet am Vorabend der Pariser Außenministerkonferenz - beschlossen hatten, die Auszahlung eines höheren Prozentsatzes ihrer Gehälter in Westmark zu fordern.)
Als nun die Züge nicht nach Berlin durchkamen, warf man den sowjetischen Behörden vor, durch mangelnde Bereitschaft zur Zusammenarbeit diese Situation heraufbeschworen zu haben.“[100]

Die Politik der Provokation und Aggression, vor allem der USA, wurde also stetig weiterverfolgt, wobei man stets auch eigene Beteuerungen durchbrach, log und betrog.
Zum ganzen Charakter dieser Politik sagte J.W. Stalin in einem „Prawda“-Interview folgendes:

„Es handelt sich darum, dass die Inspiratoren der aggressiven Politik in den USA und England sich an einer Verständigung und Zusammenarbeit mit der UdSSR nicht für interessiert halten. Sie brauchen keine Verständigung und Zusammenarbeit, sondern Gerede über Verständigung und Zusammenarbeit, um, wenn sie die Verständigung hintertrieben haben, die Schuld auf die UdSSR abwälzen und hierdurch die Unmöglichkeit einer Zusammenarbeit mit der UdSSR beweisen zu können. Die Kriegsbrandstifter, die einen neuen Krieg zu entfesseln bestrebt sind, fürchten vor allem Verständigung und Zusammenarbeit mit der UdSSR, da eine Politik der Verständigung mit der UdSSR die Positionen der Kriegsbrandstifter untergräbt und die aggressive Politik dieser Herrschaften gegenstandslos macht. Eben deshalb hintertreiben sie die schon zustande gebrachten Übereinkommen, desavouieren sie ihre Vertreter, die gemeinsam mit der UdSSR solche Übereinkommen ausgearbeitet haben, und bringen die Frage unter Verletzung der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen vor den Sicherheitsrat, wo sie über eine gesicherte Mehrheit verfügen und wo sie alles beweisen können, was ihnen genehm ist. Das alles wird getan, um zu zeigen, dass eine Zusammenarbeit mit der UdSSR unmöglich sei, um zu zeigen, dass ein neuer Krieg notwendig sei, und um dadurch die Voraussetzungen für die Entfesselung eines Krieges zu schaffen.
Die Politik der heutigen Führer der USA und Englands ist eine Politik der Aggression, eine Politik der Entfesselung eines neuen Krieges.“[101]

Damit ist alles gesagt.

Die UdSSR und die Gründung Israels

Solche Leser, die sich in politischen Fragen einigermaßen auskennen, werden jetzt vielleicht sagen: „Gut, was ihr schreibt, leuchtet mir ein, es wird eine Linie deutlich, die die sowjetische Außenpolitik bestimmt hat, die durch den ganzen Wust von Lügen hindurch scheint.“
Aber, wie - mag dann manch einer fragen - steht es denn damit, dass die UdSSR für die Gründung Israels war?
Heute sehen doch - anders als vielleicht noch vor 12 Jahren - viele Menschen, dass Israel ein aggressiver Staat ist, der seine Nachbarn bombardiert, die Araber im Land verfolgt, völlig mit den USA zusammenarbeitet. Wie kann die Sowjetunion der Gründung so eines Staates auf Kosten der palästinensischen Bevölkerung zustimmen?
Betrachten wir - als letzte der außenpolitischen Fragen der Politik der UdSSR unter Stalins Führung die Frage Israels.
Wir werden sehen, dass auch dort dieselbe politische Linie zum Vorschein kommt wie in Mittel- und Osteuropa, wie in Deutschland, nämlich der Kampf für Frieden und Unabhängigkeit und Zusammenarbeit.
Zum einen sei das Argument, die Bolschewiki wollten die ihnen unliebsamen Juden loswerden, entkräftet, was man einfach anhand der Zahlen tun kann.
Von den 2562000 jüdischen Flüchtlingen in den Jahren 1935 bis 1943 hatten allein 1930000 oder 75,3 Prozent in der UdSSR eine neue Heimat gefunden. Die Sowjetunion förderte auch keineswegs die Emigration jüdischer Sowjetbürger in irgendeine andere Region der Welt, auch nicht nach Palästina. Und sie war die einzige Großmacht, die in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre, als das Nahost-Problem brennend wurde, keine Waffenlieferungen an irgendeine Partei dieses Gebiets leistete.
Diese Tatsachen beweisen den unabhängigen, nicht von eigenen Interessen getriebenen Standpunkt der UdSSR in der Israel-Frage.
Wodurch war die damalige Situation in Palästina geprägt?
Vor allem durch die koloniale Herrschaft Großbritanniens, das vom Völkerbund im Jahre 1923 ein Mandat über Palästina erhalten hatte.
Zur allgemeinen Lage im Nahen Osten nach der Friedenskonferenz von 1919:

„Die Friedenskonferenz des Jahres 1919 brachte zwar den Versailler Vertrag zustande und den Vertrag über die Gründung des Völkerbundes - mit vielen wohlklingenden Phrasen über die Verpflichtung weiter entwickelter Nationen gegenüber den weniger entwickelten, und auch wieder über das Selbstbestimmungsrecht - aber keine Regelung der Lage im Nahen Osten.
Dort blieben die Besatzungsarmeen, wie sie bei Kriegsende verteilt gewesen waren: Die Briten in Ägypten, Palästina, Syrien und Mesopotamien, die Araber unter Feisal im Hedschas mit Kontrolle über das Innere Arabiens bis Damaskus. Aber binnen kurzem veränderten die Briten und die Franzosen die politische Karte der Gegend so, dass sie spätere Spannungen und Explosionen auch dann unvermeidlich gemacht haben würden, wenn es kein Palästina-Problem gegeben hätte.
Ende 1919 übergaben die Briten Beirut und die libanesische Küste an französische Truppen, und ‚alliierter’ Administrator Syriens wurde der französische General Gouraud.
Die Araber konnten dem entnehmen, dass die Alliierten das Sykes-Picot-Abkommen über die Aufteilung, dessen Existenz sie gegenüber Hussein und seinem Sohn Feisal so wortreich abgestritten hatten, nunmehr in die Tat umsetzen würden. Sie revoltierten.
In Jerusalem und Jaffa brachen außerdem antijüdische Unruhen aus.
Der arabische Nationalkongress in Damaskus wählte Feisal zum König von Syrien und Feisals Bruder Abdallah zum König von Irak.
Nichts davon hinderte Briten und Franzosen, sich an ihr abgemachtes Spiel zu halten, mit nur geringen Abwandlungen. Im Vertrag von Sèvres ließen sie sich im August 1920 von den Türken die Loslösung Syriens, Mesopotamiens, Arabiens und Ägyptens vom osmanisehen

Reich unterschreiben, nachdem sie sich ein paar Monate vorher in San Remo endgültig geeinigt hatten, wie sie nun verfahren würden. Das ganze Arrangement wurde dann im Vertrag von Lausanne 1923 noch einmal (mit belanglosen Änderungen) bestätigt.
England wurde Protektoratsmacht über Ägypten und Mandatsmacht über den Irak, der aus den Bezirken Bagdad, Basra und Mossul gebildet worden war.
Frankreich wurde Mandatsmacht über Syrien (das zunächst den Libanon einschloss, der im September 1920 abgespalten wurde). Es bekam freie Hand, Feisal und sein arabisch-syrisches Königreich mit Gewalt zu beseitigen.
Im März 1921 (britischer Kolonialminister war Winston Churchill) komplettierten die Engländer das Arrangement. Sie entschädigten ihren übers Ohr gehauenen alten Helfer und Waffengefährten Feisal, den die Franzosen nun vertrieben hatten, indem sie ihn in Bagdad zum König des Irak machten. Das wiederum war ja nun eigentlich Abdallah vorbehalten gewesen, und der arabische Nationalkongress hatte ihn doch schon dorthin gewählt. Also musste für ihn ein neuer Thron gefunden werden. Großbritannien schnitt aus Palästina östlich des Jordan den ‚Staat' Transjordanien heraus und machte Abdallah zu seinem König.
Schließlich: im September 1923 trat das PalästinaMandat in Kraft."[102]

Allein schon an diesen wenigen Tatsachen kann man leicht feststellen, was für ein schmutziges Spiel die imperialistischen Kolonialmächte betrieben, wie sie Regierungen und Könige machten und absetzten, über die Köpfe aller beteiligten Gruppen hinweg, und so unweigerlich den Zündstoff für kommende Auseinandersetzungen legen mussten.
Dieser Zündstoff wurde nun noch drastisch vermehrt durch das Anwachsen der jüdischen Minderheit in diesem Bereich, in Palästina.
Insbesondere die zionistischen Organisationen, diejenigen also, die für ein expansionistisches Großisrael auf arabische Kosten kämpften, hatten seit der Jahrhundertwende dafür Propaganda gemacht, dieses Großisrael von Palästina ausgehend zu erbauen.
Die britische Kolonialmacht hatte in der Balfour-Deklaration von 1917 die Berechtigung eines jüdischen Staates anerkannt. Für sie war zu diesem Zeitpunkt die zionistische Bewegung, die daranging, einen „Staat im Staate" zu organisieren, eine willkommene Hilfstruppe im Kampf gegen die antikolonialen Bestrebungen der Araber.
Diese Politik wurde dann, bei der Errichtung des Mandats beibehalten.

„Das Mandat schloss in die Präambel den Text der Balfour-Deklaration ein; in Artikel 2 wurde die Verantwortung ‚für die Schaffung solcher politischer, administrativer und ökonomischer Bedingungen im Lande, welche die Errichtung der zionistischen nationalen Heimstätte sichern wird', Großbritannien übertragen; in Artikel 4 wurde Vorsorge getroffen, dass eine ‚Jüdische Agentur' als ‚öffentliche Körperschaft' anerkannt würde, welcher die Aufgabe zufiel, ‚die Beratung und Zusammenarbeit mit der Administration Palästinas in solchen ökonomischen, sozialen und anderen Angelegenheiten' durchzuführen, ‚welche die Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte betreffen könnten', und in Artikel 11 wurde die Administration befugt, sich mit der Jüdischen Agentur zu arrangieren, um ‚alle öffentlichen Arbeiten, Dienste und Vorkehrungen auf gerechter und gleicher Basis auszuarbeiten oder ins Werk zu setzen, und um jede der natürlichen Hilfsquellen des Landes zu erschließen'.
Das Mandat versäumte es, die Prinzipien zu beachten, welche in Artikel 22 des Vertrags des Völkerbundes vorgesehen waren: dass nämlich Palästina - wie auch Libanon, Syrien und Irak - Anspruch auf eine vorläufige Anerkennung als unabhängiger Staat hatte, welche gebunden ist an den administrativen Rat und Beistand eines Mandatarstaates, bis zu einer Zeit, zu der sie (die Einwohner) auf eigenen Füßen stehen können. Ebenso wenig stellte das Mandat die Versprechungen in Rechnung, weiche die Alliierten den Arabern früher bezüglich der Unterstützung ihrer Unabhängigkeit gemacht hatten, oder auch nur die Sicherheitsklauseln der britischen Erklärung von 1922 (des Churchill-Memorandums)."[103]

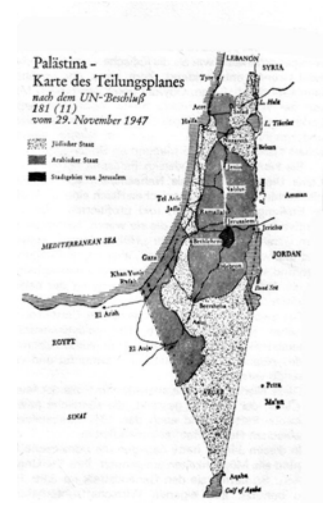
So waren also in Palästina faktisch drei Kräfte wirksam: die britische Kolonialmacht, die jüdische Agentur und die Palästinenser.
Die Einwanderung von Juden nach Palästina und ihre Rolle dort entwickelten sich folgendermaßen weiter:

„Mit dem Inkrafttreten des Mandats wurden die Grenzen des ‚Mandatsgebietes Palästina' um ein gesamtes Landgebiet von 26322 Quadratkilometern gezogen. Dazu kam eine binnenländische Wasserfläche von 704 Quadratkilometern mit den Seen Huleh (13 Quadratkilometer), Tiberias oder See Genezareth (161 Quadratkilometer) und der Hälfte des Toten Meeres (1049 Quadratkilometer). Die Gesamtfläche betrug somit 27026 Quadratkilometer.
Als die Alliierten 1918 das Land besetzten, hatte Palästina etwa 700000 Einwohner. Davon waren 644000 Araber (574000 Moslems und 70000 Christen) und 56000 Juden.
1922 wurde eine Volkszählung durchgeführt, die zeigte, dass die Gesamtbevölkerung 757182 betrug (590000 Moslems, 83794 Juden, 73014 Christen und 9474 andere).
1931 fand eine zweite Volkszählung statt, die zeigte, dass sich die Bevölkerung auf insgesamt 1035821 erhöht hatte (759712 Moslems, 174610 Juden, 91398 Christen und 10101 andere).
1944 schätzte die Regierung Palästinas die Gesamtbevölkerung auf die Zahl 1764000 (1179000 Araber, 554000 Juden und 32000 andere).
Mitte Mai 1948 hätte die Gesamtbevölkerung von Arabern und Juden - nach den gleichen Schätzmethoden der Regierung Palästinas - die Zahl 2065000 erreicht (1415000 Araber und 650000 Juden).
Danach stieg der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung von 8 % im Jahre 1918 auf über 12 % im Jahre 1922, etwa 17 % im Jahre 1931, auf 31 % im Jahre 1944 und Mitte Mai 1948. Das rasche Tempo dieses Zuwachses der jüdischen Gemeinschaft erscheint noch bestürzender, wenn man die Tatsache in Betracht zieht, dass die reine natürliche Zuwachsrate der Araber Palästinas etwa 50 % höher lag als die der Juden in Palästina (3,2% zu 2,2%). Eine Einwanderung großen Stils war für das rasche Wachstum des jüdischen Anteils an der Gesamtbevölkerung verantwortlich.
1918 besaßen die Juden erst etwa zwei Prozent (65764 Hektar) der gesamten Agrarfläche (2663231 Hektar).
Während der folgenden dreißig Jahre kauften die Juden zusätzliches Land und erhöhten ihren gesamten Landbesitz bis zum Ende des Mandats im Mai 1948 auf 143853 Hektar oder etwa 5% des gesamten Landgebietes. Doch die Regierung Palästinas schätzte im Jahre 1946, dass die Juden über 15% des kultivierbaren Landes Palästinas innehatten."[103]

Für die in den vierziger Jahren zutage tretende Schwäche der palästinensischen Bewegung - die weit weniger organisiert war als die jüdische - sind vor allem zwei Gründe entscheidend. Zum einen der erwähnte Landkauf durch Juden. Obwohl unter den breiten Massen der Araber eine relativ breite Bewegung gegen Landverkauf an Juden bestanden hatte, konnten diese, und von ihnen natürlich vor allem die reichen, zionistischen Kreise, erhebliche Mengen an Boden kaufen.
Sie kauften ihn von den in Palästina herrschenden Clans. Diese, die Husseinis, Nahashibis, Hadis und Dajanis, hatten schon im Osmanischen Reich eine privilegierte Stellung eingenommen und profitierten jetzt vom Landverkauf. Reaktionäre, die sie waren, hatten sie mit dem Osmanischen Reich der „Hohen Pforte" kollaboriert und waren auch jetzt bereit, eher mit den Imperialisten und selbst mit den Zionisten zusammenzuarbeiten, als die nationale und Befreiungsbewegung der palästinensisch-arabischen Volksmassen zu unterstützen.
Der zweite Grund war der gewaltige Blutterror der britischen Kolonialisten nach dem palästinensischen Generalstreik von 1936. In drei Jahren wurden Zehntausende palästinensischer Aktivisten ermordet und viele tausende verschleppt.

Diese Niederlage hatte abermals die Rolle der feudalen Clans, der Effendis, gestärkt, die sämtliche palästinensische Parteien und auch den 1942 neu gebildeten ‚Arabischen Hohen Rat' kommandierten.
In diesen Jahren hatte dagegen die zionistische Bewegung alle Möglichkeiten ausgenutzt, ihre Stellung zu stärken. So hatten sie den Generalstreik im Jahr 1936 dazu benutzt, ihre eigenen Wirtschaftsunternehmen verstärkt zur Geltung zu bringen.
Das war die allgemeine Lage, in der es dazu kam, dass Großbritannien im Frühjahr 1947 sich an die UNO wegen des Mandatsgebiets wandte.
Denn jetzt hatte sich auch die jüdische Minderheit gegen die Kolonialherrschaft gewandt. Jetzt waren alle gegen Großbritannien, das jetzt Hilfe von der UNO wollte.

„Am 2. April 1947 ersuchte Großbritannien als Mandatarstaat den Generalsekretär der Vereinten Nationen, ‚die Palästinafrage auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Sitzung der Generalversammlung zu setzen'. Und am 21. und 22. April 1947 ersuchten Ägypten, Irak, Syrien, Libanon und Saudi-Arabien den Generalsekretär, das folgende Thema mit auf die Tagesordnung zu setzen: Die Beendigung des Mandats von Palästina und die Erklärung seiner Unabhängigkeit'.
Die Generalversammlung ernannte ein Sonderkomitee (UN-SCOP), welches Palästina besuchen und Nachforschungen anstellen sollte. Der Bericht, den es am 31. August 1947 lieferte, bestand aus zwei Plänen: einem Mehrheitsplan der Teilung mit einer wirtschaftlichen Union und einem Minderheitsplan eines Bundesstaates.



Die Teilungsresolution

Die Teilungsresolution - als Empfehlung ausgedrückt - trennte Palästina in sechs Hauptteile - drei davon (56% des Gesamtgebietes) waren für einen ‚zionistischen Staat' reserviert; die anderen drei mit der Enklave Jaffa (43%) für einen ‚arabischen Staat'. Jerusalem und Umgebung (0,65%) sollte eine ‚internationale Zone' unter der Verwaltung der Vereinten Nationen werden.
In den ‚zionistischen Staat' waren alle Gebiete, die in jüdischem Besitz und/oder von Juden bewohnt waren, natürlich eingeschlossen. Doch diesen wurden weite Gebiete angegliedert, die gänzlich in arabischem Besitz und ausschließlich von Arabern bewohnt waren, welche die Zionisten aber begehrten. Südpalästina zum Beispiel (Negev), welches das halbe Gebiet Palästinas umfasst und in dem der jüdische Besitz weniger als 1/2% ausmachte, wurde in das für den ‚zionistischen Staat' vorgesehene Gebiet eingeschlossen. Auf der anderen Seite sollte der ‚arabische Staat' die geringstmögliche Anzahl Juden und das kleinstmögliche jüdische Landgebiet umschließen. Die Bevölkerung des ‚zionistischen Staates' sollte 498000 Juden und 497000 Araber umfassen; die des ‚arabischen Staates' dagegen 725000 Araber und nur 10000 Juden. Die restlichen Araber und Juden sollten in der ‚internationalen Zone' von Jerusalem leben.
Die Araber lehnten die Teilung mit der Begründung ab, dass sie die Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen verletzte, welche einem Volk das Recht zuerkennt, sein Schicksal selbst zu bestimmen. Die arabische Ablehnung stützte sich auf die Tatsache, dass in dem ‚jüdischen Staat', dessen Bevölkerung zu 50% aus Arabern und zu 50% aus Juden bestand - wobei den Juden weniger als 10% der gesamten Landfläche gehörte -, den Juden die Führungsrolle zugesprochen werden sollte."[104]

Bei der Diskussion dieser Pläne sagte der sowjetische Delegierte im November 1947:

„Dass kein westeuropäisches Land imstande gewesen ist, die Verteidigung der elementaren Rechte des jüdischen Volkes zu gewährleisten oder es vor den Gewaltakten der faschistischen Henker zu schützen - das erklärt das Verlangen der Juden, ihren eigenen

Staat zu gründen. Man kann dieses Recht dem jüdischen Volk nicht verweigern, wenn man alles berücksichtigt, was es im Verlauf des zweiten Weltkrieges erlitten hat. ... Weder die Vorgeschichte noch die heutigen Verhältnisse in Palästina können eine einseitige Lösung der palästinensischen Frage rechtfertigen, sei es im Sinn der Gründung eines unabhängigen arabischen Staates, ohne die legitimen Rechte des jüdischen Volkes zu berücksichtigen, sei es im Sinn der Gründung eines unabhängigen jüdischen Staates ohne Berücksichtigung der legitimen Rechte der arabischen Bevölkerung ... Die Interessen der Juden wie der Araber Palästinas können in angemessener Weise nur durch die Gründung eines jüdischarabischen Staates geschützt werden, der demokratisch und unabhängig ist ... Sollte diese Lösung wegen den immer gespannteren Beziehungen zwischen Juden und Arabern nicht zu verwirklichen sein - und es ist sehr wichtig, die Meinung der Sonderkommission über diesen Punkt zu erfahren - müsste man eine zweite Lösung prüfen, die wie die erste in Palästina ihre Anhänger hat und die Teilung dieses Landes in zwei unabhängige Staaten vorsieht: einen jüdischen und einen arabischen Staat. Ich wiederhole: diese Lösung wäre nur gerechtfertigt, wenn sich herausstellen sollte, dass die Beziehungen zwischen Juden und Arabern Palästinas so gespannt sind, dass es unmöglich ist, die friedliche Koexistenz der Araber und Juden zu gewährleisten."[105]

Die sowjetische Delegation hatte der Versammlung, wie auch aus dieser Redepassage hervorgeht, im Frühjahr 1947 den Vorschlag unterbreitet, einen gemeinsamen Jüdisch-arabischen Staat mit demokratischem Charakter zu bilden und so die nationalen Spannungen zu beseitigen.
Das war ein Vorschlag, wie er ganz der Linie der Stalinschen Außenpolitik entsprach, wie wir sie auch schon in anderen Fällen gesehen haben. Nur fand sich für diesen Vorschlag keine Mehrheit, und vor allem waren auch die Beteiligten dagegen.
Um trotzdem zu einer Lösung zu kommen, sprach sich die sowjetische Delegation für den Weg der Errichtung zweier Staaten aus, verbunden durch eine Wirtschaftsunion. Sie tat das, wie ja auch der Sowjetdelegierte betont hatte, aus der Kenntnis der furchtbaren Tragödie der Juden in Europa. Der sowjetische Vorschlag hatte aber sowohl ursprünglich wie auch später Immer eine Bedingung: den vollständigen Rückzug der britischen Truppen. In einem Artikel der ,,Iswestija" vom 8. Februar 1947[106] wurde diese Forderung als unverzichtbar und Grundvoraussetzung für eine friedliche Lösung bezeichnet.
Und der Teilungsplan, den die UNO verabschiedete, entsprach durchaus nicht den zionistischen Zielen von einem Großisrael. Die UdSSR unterstützte nicht den Zionismus, sie unterstützte solche Juden, die aus Europa flohen und sich jetzt auch gegen die britische Besatzung wandten.
Der Teilungsplan war ein aus der Situation geborener Kompromiss. Die richtige Lösung, ein gemeinsamer demokratischer Staat Palästina für Juden und Palästinenser, scheiterte an den Machenschaften der Imperialisten.
Die britischen Kolonialherren hetzten die arabischen Feudalen der umgebenden Staaten, über deren Armeen sie verfügten, auf. Die neue imperialistische Macht in diesem Raum, die USA, unterstützte nach einigen Wendungen die zionistischen Organisationen. Zwischen Juden und Palästinensern herrschten schließlich extrem aufgepeitschte nationale Differenzen.
Deshalb ist natürlich auch die Begründung keineswegs richtig, mit der die arabischen Feudalherren in der UNO, die keineswegs die legitimen Vertreter Palästinas waren, den Plan ablehnten. Sie pochten jetzt auf das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser.
Was mit den Juden geschehen sollte, wird allerdings nicht gesagt. Die Ausrottungsjagd der Nazis, die erst dazu geführt hatte, dass wirklich massenweise Juden nach Palästina kamen, die keineswegs alle Zionisten waren, dieser Völkermord blieb dabei unerwähnt.
Während auf der einen Seite die zionistische Führung die Rechte des arabischen Volkes in Palästina glattweg leugnete, weigerten sich das Arabische Hochkomitee und die Arabische Liga andererseits, solchen Juden, die nach 1939 eingewandert waren, das Wahlrecht zuzugestehen.

In einer solchen komplizierten Situation gab es nur wenige besonnene Kräfte auf beiden Seiten.
Die einzige größere Organisation, die gemeinsam Juden und Araber als Mitglieder hatte, war die KP Palästinas. Aber selbst in ihren Reihen hatte es Schwankungen gegeben, so tief saßen die Differenzen.
Nach dem Beschluss der UNO vom 29. November 1947, die eben diesen Teilungsplan akzeptierte, also: zwei Staaten, neutrales Jerusalem und die Wirtschaftsunion dieser Staaten, komplizierte sich die Lage noch mehr.
Bereits im September 1947 wurde von den Arabern eine palästinensische Regierung unter Ahmed Hlimi Pascha gebildet.
Nach einigen Monaten der Ruhe, in denen sich auch die zionistischen Militärorganisationen Haganah und Irgun ruhig verhielten, vom Druck der Weltöffentlichkeit gezwungen, kommt es im April 1948 zu größeren militärischen Operationen zionistischer Militäreinheiten gegen arabische Truppeneinheiten, die im Gebiet des künftigen Israels, das sie nach wie vor nicht anerkennen, operieren; als Antwort darauf wiederum marschieren am 15. Mai 1948, dem Tag der Unabhängigkeit Israels, die Truppen der benachbarten arabischen Staaten, der Arabischen Liga, nach Palästina ein.
Am Vorabend des Einmarsches der Truppen der Arabischen Liga nach Palästina erklärt der Generalsekretär der Arabischen Liga, Azzam Pascha, in Kairo:

„Dies wird ein Ausrottungskrieg und ein gewaltiges Massaker werden, von dem man in der Weise sprechen wird wie vom Massaker der Mongolen und jenem der Kreuzfahrer.“[107]

Es gibt manche, die heute gegen die israelische Politik der Aggression und des Rassismus gegen die Araber zu Recht eingestellt sind, die aber solche ebenfalls offen rassistischen Ausfälle der Araber verniedlichen.
Was für eine Position wirklich hinter diesem bösartigen, rassistischen Nationalismus steht, zeigte sich sehr schnell an den Taten der Truppen der Arabischen Liga.
Sie massakrierten nicht etwa die Juden.
Abu Ihad, einer der Führer der Al Fatah“, schreibt über diesen Feldzug der Arabischen Liga:

„Ihre Armeen, die am 15. Mal 1948 in Palästina einfielen, waren nicht einmal in der Lage, die Durchsetzung der Teilung zu garantieren, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im November 1947 beschlossen war. Und das aus guten Gründen: König Abdallah von Jordanien, der mit Cisjordanien liebäugelte, annektierte ganz einfach dieses Gebiet, während König Faruk den Gazastreifen unter ägyptische Verwaltung stellte. Die palästinensische Regierung, die im September unter Ahmed Pascha gebildet worden war, war ein totgeborenes Kind, da keine Regierung das Risiko auf sich nehmen wollte, sie zu unterstützen.“[108]

Diese angeblichen Helfer Palästinas hatten also nichts anderes zu tun, als sich so schnell wie möglich je ein Stück Palästina zu sichern. Ansonsten wurden sie von den stärkeren israelischen Verbänden schnell geschlagen. Und jetzt schlugen die Zionisten mit ihrem „großisraelischen Traum“ zum ersten Mal voll zu. Sie forderten Gebietszuwachs, und die arabischen Feudalen gestanden diesen zu. Statt der 56,47 Prozent des palästinensischen Territoriums, das der UNO-Beschluss für Israel vorsah, besaß Israel jetzt 77,4 Prozent dieses Territoriums. Ben Gurion betonte zwar, dass auch dieser Gebietszuwachs noch nicht alles sei, was sie, die Zionisten, wollten, denn dieses Territorium „erstrecke sich nur über einen Teil des Landes“[109].

Aber immerhin hatten die Zionisten, durch die abenteuerliche und reaktionäre Haltung der Feudalen der Arabischen Liga begünstigt, schon große Fortschritte bei der Realisierung ihrer Pläne machen können.

Abu Ihad über diese Führer der Araber:

„Ihr Irrtum bestand aber darin, nichts zu akzeptieren, weil sie nicht alles haben konnten. So trugen sie dazu bei, das Unternehmen der Zionisten noch zu fördern, das heißt die Ansiedlung einer neuen Bevölkerung, die im Laufe der Jahre das palästinensische Volk seiner Ländereien beraubte und ihm somit einen immer größeren Teil der Heimat nahm. Es stimmt zwar, dass der 1947 für die Vereinten Nationen ausgearbeitete Plan einer Teilung im Prinzip unannehmbar war, doch warum haben es die palästinensischen Führer damals den zionistischen Führern nicht gleichgetan und einer Obergangslösung zugestimmt, indem sie einen Staat gründeten auf dem Teil des nationalen Territoriums, den die UNO ihnen zugestanden hatte.“[110]

Das ist die Einschätzung dieser Situation, die einer der neuen Führer der Palästinenser rückblickend abgibt.
In dieser komplizierten Situation stimmte die Sowjetunion eben diesem Kompromiss des Teilungsplans zu. Mehr noch. Sie musste für diesen Kompromiss sogar noch einen Kampf führen, gegen die USA zum Beispiel, die nach anfänglicher Unterstützung dieses Plans eine Zeitlang einer anderen Lösung zuneigte: nämlich einer UNO-Treuhandschaft über Palästina, mit den USA als Treuhänder, was eine Neuauflage der Mandatsherrschaft gewesen wäre.
In der Proklamationsurkunde des Staates Israel vom 14. Mai 1948 heißt es:

„Der Staat Israel wird bereit sein, mit den Institutionen und Vertretern der Vereinten Nationen bei der Verwirklichung des Beschlusses der Vollversammlung vom 29. November 1947 zusammenzuwirken und auf die Durchführung der wirtschaftlichen Einheit hinzuwirken.“

Von dieser Verpflichtung sind die Zionisten abgegangen. Sie wurden sehr schnell zu einem reaktionären Bollwerk des US-Imperialismus, der in 20 Jahren mehr als 40 Milliarden US-Dollar in diesen Staat investierte, als seinen Brückenkopf in Nahost.
Ende des Jahres 1952, als diese Rolle Israels deutlich wurde, brach die Regierung der UdSSR die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab.
Der Versuch war gescheitert.
Es war der Versuch gewesen, in einer Region, wo seit langem Spannungen geschürt wurden, für Frieden und Ausgleich der Völker zu sorgen.
Dass die UdSSR niemals den Zionismus unterstützt hat in seinen Bestrebungen, ein Großisrael zu erzwingen, zeigt sich nicht nur daran, dass sie keine Waffen lieferte und dass sie die Auswanderung der Sowjetjuden nicht förderte, sondern auch daran, dass die KPdSU(B) es begrüßte, als in den volksdemokratischen Ländern Osteuropas feindliche Gruppen entlarvt wurden, an denen auch Zionisten beteiligt waren, dass denen der Prozess gemacht wurde.
Die Prozesse gegen die Gruppen um Slanyks in der CSSR, Rajk in Ungarn und Pauker in Rumänien waren auch ein Teil des Kampfes gegen die großisraelischen Pläne der Zionisten.
Von diesem Standpunkt der Kommunisten, nämlich der friedlichen Zusammenarbeit der Völker, des Kampfes gegen die Kolonialherren und Kriegstreiber, gehen die marxistisch-leninistischen Parteien auch heute aus.
Es ist eine Fortsetzung der Stalinschen Außenpolitik jener Jahre im Nahen Osten, wenn der erste Sekretär der Partei der Arbeit Albaniens, Enver Hoxha, 1978 im Namen der Kommunisten sagt:

„Der Kampf gegen Israel, das blutrünstige Werkzeug des amerikanischen Imperialismus, das zu einem großen Hindernis für das Voranschreiten der arabischen Völker geworden ist, ist ein gemeinsames Problem aller dieser Völker. Trotzdem sind die arabischen Staaten in der Praxis nicht alle einer Meinung über den Kampf, den sie gemeinsam gegen Israel führen müssen, und über den Charakter, den dieser Kampf gegen den gemeinsamen Feind haben

muss. Oft wird dieser Kampf von einigen unter engen nationalistischen Blickwinkel betrachtet. Wir können mit einer solchen Haltung nicht einverstanden sein. Wir sind dafür, dass sich Israel in seinen eigenen Bau schert und dass seine chauvinistischen, provokatorischen, angriffslüsternen und aggressiven Haltungen und Handlungen gegen die arabischen Staaten ein für allemal aufhören. Wir fordern, dass Israel den Arabern ihre Gebiete freigibt, dass die Palästinenser alle ihre nationalen Rechte gewinnen, doch wir sind niemals dafür, dass das israelische Volk ausgerottet wird.“[112]

Das eben ist und bleibt die internationalistische Haltung der Kommunisten, wie sie es schon vor über dreißig Jahren war.

Anmerkungen

1. J.W. Stalin, Werke, Bd. 13, S. 272, Dortmund 1976
2. I.M. Maiski, Wer half Hitler?, S. 189, Moskau 1960
3. G. Fuchs, Gegen Hitler und Henlein, S. 281, Berlin 1961
4. J.W. Stalin, Ausgewählte Werke Band 11, S. 292f., Dortmund 1979
5. Sumner Welles, Jetzt oder nie, S. 294f., Stockholm 1944
6. Auswärtiges Amt der UdSSR: Akte der englisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen, Band 3, Blatt 138 (Moskau 1946)
7. Winston Churchill, Der zweite Weltkrieg, Band 1, S. 325, Stuttgart 1954
8. Aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes, Serie D, Band 8, S. 205f., Baden Baden 1950
9. Paul Reynaud, La France a sauvé L'Europe, Band 1, S. 587
10. R.H. Lord, US-Mitglied der Kommission für polnische Angelegenheiten bei der Friedenskonferenz, zitiert nach: Alius, Die Curzon-Linie, S. 22, Zürich 1945
11. Alius, a.a.O., S. 21
12. Alius, a.a.O., S. 36
13. Offizielles Journal des Völkerbundes, Ausgabe Oktober 1934, Genf 1934
14. zitiert nach G. Deborin, Der zweite Weltkrieg, S. 64
15. G. Deborin, Der zweite Weltkrieg, S. 67, Berlin 1960
16. C. de Gaulle, Memoires de la guerre, L'appel 1940-1942, S. 26, Paris 1954
17. U. von Hasse[, Vom anderen Deutschland, S. 201, Zürich 1946
18. Langer/Gleason, Challenge to isolation 1937-1940, S. 322, New York 1952
19. Alexander Werth, Rußland im Kriege 1941-1945, S. 70, München 1965
20. G. von Mannerheim, Erinnerungen, S. 339, Freiburg i. Breisgau 1952
21. G. Deborin, a.a.O., S. 70
22. Documents on American Foreign Relations July 1939-June 1940, Bd. 2, S. 391, Boston 1940
23. G. Gamelin, Servir, Bd. 3, S. 199, Paris 1947
24. Geschichtsfälscher, S. 53, Dortmund 1979
25. The New York Post, 3.8.1940
26. K. von Tippelskirch, Geschichte des zweiten Weltkriegs, S. 91, Borin 1956
27. J.W. Brügel, Stalin und Hitler, S. 206, Wien 1973
28. J.W. Stalin, Ausgewählte Werke, Bd. 2, S. 30ff., Dortmund 1979
30. Prawda, 16.4.1943, 19.4.1943
31. Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman, S. 152, Berlin 1961
32. A. Werth, a.a.O., S. 449
33. Briefwechsel, S. 308
34. Briefwechsel, S. 309
35. Briefwechsel, S. 312
36. Briefwechsel, S. 314
37. Briefwechsel, S. 316
38. A. Werth, S. 589
39. Guderian, Erinnerungen eines Soldaten, S. 588/589, Heidelberg 1951
40. W. Churchill, Memoiren, Bd. 6, 1. Buch, S. 177f.
41. A. Werth, a.a.O., S. 587
42. Briefwechsel, S. 310
43. W.M. Molotow, Reden zur Außenpolitik, S. 141f., Moskau 1949
44. A. Werth, a.a.O., S. 475f.
45. A. Werth, a.a.O., S. 487
46. Der Spiegel, Nr. 20/1975, S. 76

47. A. Werth, a.a.O., S. 646
48. J.W. Stalin, Werke, Bd. 14, S. 241
49. J.W. Stalin, Ausgewählte Werke Bd. 14, S. 266
50. A. Werth, a.a.O., S. 132
51. a.a.O., S. 643
52. A. Werth, a.a.O., 514f.
53. Spiegel, a.a.O., S. 76
54. Spiegel, a.a.O., S. 78
55. A. Werth, a.a.O., S. 641
56. A, Werth, a.a.O., S. 645f.
57. Spiegel, a.a.O., S. 78
58. J.W. Stalin, Werke, Bd. 14, S. 241
59. W.M. Molotow, Reden zur Außenpolitik, S. 251f.
60. Dokumente zur Deutschlandfrage: Das Potsdamer Abkommen, S. 70, Berlin 1971
61. abends, S. 73
62. Alius, Die Curzon-Linie, S. 96
63. L. Gelberg, Die Entstehung der Volksrepublik Polen, S. 90f., München 1970
64. 1.M. Maiski, Memoiren eines sowjetischen Botschafters, S. 651, Berlin 1967
65. Dokumente: Das Ostpaktsystem (Hrg.: B. Meissner), S. 24, Köln 1971
66. ebenda, S. 25
67. ebenda, S. 52f.
68. P. Wandel, Wie es zur Oder-Neiße-Grenze kam, S, 41f., Berlin 1955
69. zitiert nach: Wandel, a.a.O., S. 69
70. zitiert nach: Wandel, a.a.O., S. 70
71. L. Gelberg, a.a.O., S. 109f.
72. Die Wahrheit dem Volke, Broschürenreihe, Nr. 6, S. 6, Berlin 1950
73. P. Wandel, a.a.O., S. 74
74. G. Fuchs, Gegen Hitler und Henlein, S. 244
75. Klement Gottwald, Ausgewählte Reden und Schriften, S. 372f., Berlin 1974
76. Dokumente zur Deutschlandfrage, Das Potsdamer Abkommen, S. 78f.
77. Die Wahrheit dem Volke, Broschürenreihe, Nr. 6, S. 50ff.
78. Die Sowjetunion und die internationale Zusammenarbeit, S. 184, Moskau 1947
79. siehe Dokumente zur Deutschlandfrage, a.a.O.
80. Dokumente zur Westberlinfrage, S. 38, Berlin 1964
81. ebenda, S. 8
82. Brennpunkt Berlin, S. 41, Berlin 1959
83. Dokumente zur Deutschlandfrage, a.a.O., S. 105ff.
84. Marchetti/Marks: CIA, S. 218f., München 1974
85. G. Burchett, Der Kalte Krieg in Deutschland, S. 64, Berlin 1950
86. Burchett, a.a.O., S. 63f.
87. Dokumente zur Westberlinfrage, S. 28
88. zitiert nach: Dokumente zur Westberlinfrage, S. 44
89. Dokumente zur Westberlinfrage, S. 53
90. ebenda, S. 50
91. Die Sowjetunion und die Berliner Frage, S. 66f., Berlin 1948
92. Brennpunkt Berlin, S. 68
93. ebenda, S. 70
94. Die Sowjetunion und die Berliner Frage, S. 64f.
95. ebenda, S. 69
96. zitiert nach: Wilhelm Koenen, Das ganze Deutschland soll es sein, S. 104f., Berlin 1958
97. Die Sowjetunion und die Berliner Frage, S. 66

99. zitiert nach: G.S. Wheeler, Die amerikanische Politik in Deutschland, S. 223, Berlin 1958
100. G. Burchett, a.a.O., S. 349ff.
101. J.W. Stalin, Werke, Bd. 15, S. 93, Dortmund 1976
102. G. v. Paczensky, Faustrecht am Jordan?, S. 54f., Tübingen 1978
103. Sami Hadawi, Brennpunkt Palästina, S. 28, Rastatt 1970
104. ebenda, S. 42f.
105. Paczensky, a.a.O., S. 78
106. A. Kramer, The Forgotten Friendship, S. 15, Chicago 1974
107. W. Hollstein, Kein Frieden um Israel, S. 184, Frankfurt 1972
108. Abu Ihad, Heimat oder Tod, S. 57
109. Israel Government Yearbook 1952, S. 15, Tel Aviv 1953
110. A. Ihad, a.a.O., S. 196f.
112. Enver Hoxha, Imperialismus und Revolution, S. 206f., Tirana 1978

J.W. Stalin, ein großer Marxist-Leninist, Führer des Weltproletariats

Am Ende dieser Broschüre angelangt, möchten wir zusammenfassen, was der Inhalt der vielen einzelnen Punkte beweist.

J.W. Stalin war weder ein Diktator noch ein Massenmörder, sondern er stand an der Spitze der sowjetischen Kommunisten, der sowjetischen Arbeiter und Bauern, in ihrem Kampf gegen die Ausbeuter, gegen die Bürokraten, gegen die Feinde des Sozialismus. Sein Kampf, seine Arbeit, sein Wirken als Führer der größten Partei der Welt trugen entscheidend dazu bei, den Sowjetmenschen Errungenschaften zu sichern, von denen die Arbeiter anderer Länder höchstens träumen konnten. Zu Beginn der fünfziger Jahre war der Sowjetstaat in vielen Bereichen bereits in der ganzen Welt führend, sei es auf dem Gebiet der Wissenschaft, wo man in der physikalischen und Steuerungstechnik eine führende Rolle einnahm, sei es auf dem Gebiet der Kultur oder des ganzen Sozialwesens. In jenen Jahren war der Lebensstandard der sowjetischen Arbeiter besser als jener ihrer Klassenbrüder in Westeuropa.

J.W. Stalin war weder ein Großmachtpolitiker noch ein Imperialist, sondern er führte konsequent und zielstrebig, vor und nach dem Weltkrieg, eine Politik der Sicherung des Friedens, der internationalen Zusammenarbeit und der Völkerfreundschaft durch. Aus den Annalen des großen Sieges über die faschistischen Horden kann niemand seinen Namen streichen, er bleibt auf ewig damit verbunden. Die sowjetische Politik unter Führung J.W. Stalins schuf in Europa in Wahrheit alle Voraussetzungen, die Herde eines neuen Krieges zu beseitigen und ein friedliches Leben für Europas schwergeprüfte Völker zu sichern.

Der ungeheure Aufschwung der UdSSR zu einem mächtigen Industriestaat, zu dem Staat mit der damals produktivsten Landwirtschaft der Welt, auch dies ist untrennbar mit Stalins Werk verbunden. Er war der Inspirator der Fünfjahrpläne, der Organisator dieses gigantischen Kampfes. Deshalb verehrten ihn die Sowjetvölker so sehr.

Dieses Land gab allen Arbeitern der Welt ein Beispiel für ihre Zukunft, füllte ihre Hoffnungen mit einem konkreten Inhalt.

Nicht umsonst war die kommunistische Weltbewegung nie so stark wie zu Stalins Zeit.

Nicht nur die Millionen und Abermillionen Werktätigen, die sich damals in die Reihen der kommunistischen Parteien einreihten, verehrten Stalin und sahen in ihm zu Recht ihren Führer. Auch viele, viele Millionen Menschen, die keine Kommunisten waren, sahen in Stalin ihren Freund, einen von ihnen, der Spanien zu Hilfe gekommen war, der Hitler schlug, der für Deutschlands Einheit kämpfte und so vieles andere mehr tat.

Der „Stalinismus“, wie ihn die heutige westlich-kapitalistische Propaganda nennt, das war nichts anderes als der wahre Sozialismus, die Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Partei.

Wenn das reaktionäre Vorgehen der heutigen Machthaber im Osten Europas von der Westpropaganda des öfteren „Stalinismus“ genannt wird, so ist dies nur ein Versuch, Stalin und den Sozialismus zu verunglimpfen.

Denn diese Leute, die heute in den einst sozialistischen Ländern herrschen, waren nicht nur diejenigen, die der Anti-Stalin-Propaganda überhaupt erst wieder Auftrieb gaben, sondern sie waren es auch, die das politische System in ihren Ländern, unter Beibehaltung der Bezeichnung „sozialistisch“, veränderten. In der DDR wurde unter der Leitung der Ulbricht und Konsorten in den sechziger Jahren das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung“ in der Wirtschaft eingeführt, das nicht neu war, sondern die Rückkehr zum Kapitalismus bedeutete. Ungarn wurde wie Polen zu einem Land mit offen kapitalistischer Landwirtschaft, mit immer offener kapitalistisch organisierter Industrie gemacht und so weiter.

Und die heutigen Herrscher der Sowjetunion, die sich als Antistalinisten profilieren, sie waren es, die erst ein Regime der Unterdrückung der werktätigen Massen geschaffen haben, die heute aus der UdSSR allerdings eine imperialistische Großmacht gemacht haben.

Nicht umsonst hatte Stalins Kampf in den letzten Jahren unter anderem auch solchen Leuten wie Chruschtschow und Kossygin gegolten, die er für ihre vorgetragenen abenteuerlichen Pläne zur Wirtschaftsreform nicht nur kritisierte, sondern auch bekämpfte.
Sein ganzes Leben lang galt seine Ironie, sein ganzer Spott, seine Verachtung und sein Kampf den Bürokraten, den menschlichen Tonbändern, den Kanzleimenschen - eben jenen Schichten, auf die gestützt Chruschtschow und seine Nachfolger in der KPdSU(B) jenen Putsch erfolgreich durchführen konnten, der nicht nur vielen Kommunisten das Leben, sondern auch die Sowjetvölker ihre Freiheit kostete.
Stalin verteidigen - das heißt heute den Marxismus-Leninismus, den Sozialismus verteidigen!
Von Stalin lernen, das heißt heute, wie eh und je siegen lernen!
Deshalb haben zahlreiche marxistisch-leninistische Parteien das Jahr 1979, das hundertste Geburtsjahr Stalins, zum Stalin-Jahr erklärt, auch unsere Partei.
Deshalb hat das ZK der KPD/ML auch die Herausgabe dieser Broschüre beschlossen, um der einmütigen Hetzkampagne aller Reaktionäre gegen Stalin, die auch so viele ehrliche und fortschrittliche Menschen beeinflusst, entgegenzutreten.
Sie soll die Mitglieder unserer Partei in die Lage versetzen, Stalins Werk noch besser verteidigen zu können, eine Aufgabe, der unsere Partei seit ihrer Gründung stets nachkam.
Sie soll jedem Fragenden Antwort geben und den wahren Stalin zeigen.
Stalins Name wird noch in den Herzen der Völker loben, wann niemand mehr die Namen seiner Verleumder kennt!